



**Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2015  
gemäß § 99 Abs. 2 Gemeindeordnung für den  
Freistaat Sachsen (SächsGemO)**

## Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) hat der Landkreis Leipzig dem Kreistag einen Bericht über seine Beteiligungen und deren wirtschaftliche Entwicklung vorzulegen und diesen öffentlich auszulegen. Mit Vorlage des aktuellen Berichtes für das Jahr 2015 kommen wir dieser Verpflichtung gerne nach.

§ 99 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) legt dazu fest:

„(1) Die Gemeinde schafft die Voraussetzungen, um die Unternehmen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu steuern und zu überwachen sowie die auf ihre Veranlassung in diesen Unternehmen tätigen Aufsichtsratsmitglieder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

(2) Dem Gemeinderat ist jeweils bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. In dem Bericht müssen mindestens enthalten sein:

1. eine Beteiligungsübersicht unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszweckes und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils der Gemeinde an diesem,
2. die Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinde und den Unternehmen, insbesondere unter Angabe der Summe aller Gewinnabführungen an den Gemeindehaushalt, der Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt, der Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen sowie der Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
3. ein Lagebericht, der den Geschäftsverlauf und Lage aller Unternehmen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird; der Lagebericht soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung, die während des letzten Geschäftsjahres eingetreten sind, und auf die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Geschäftsjahr eingehen.

Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

(3) Darüber hinaus soll der Bericht für jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist, insbesondere folgendes ausweisen:

1. die Organe des Unternehmens, die Zusammensetzung der Organe unter namentlicher Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, die Anzahl der Mitarbeiter sowie den Namen des bestellten Abschlussprüfers und soweit möglich, die Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner,
2. die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahre; für das Berichtsjahr sind die Planwerte den aktuellen Ist-Werten gegenüberzustellen; die Kennzahlen sollen eine Beurteilung der Vermögenssituation, der Kapitalstruktur, der Liquidität, der Rentabilität und des Geschäftserfolgs des Unternehmens zulassen,

3. wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht der Geschäftsführung zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich einer Bewertung der Kennzahlen.

(4) Der Beteiligungsbericht ist der Rechtsaufsichtsbehörde zuzuleiten. Die Angaben des Beteiligungsberichts nach Absatz 2 sind von der Gemeinde zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Dies ist ortsüblich bekannt zu geben.“

Der Landkreis Leipzig verfügt im Jahr 2015 insgesamt über zwei Eigenbetriebe, neun unmittelbare und elf mittelbare Beteiligungen an Gesellschaften und Zweckverbänden sowie über zehn Beteiligungen an Zweckverbänden.

Der für das Geschäftsjahr 2015 erstellte Beteiligungsbericht enthält die gesetzlich geforderten Angaben und soll einen Beitrag zu größerer Transparenz der Verwaltung hinsichtlich der Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich verselbständigte Organisationseinheiten leisten.

Im Sinne einer optimalen Aufgabenerfüllung steht nicht die Frage nach der Rechtsform, sondern vielmehr die Frage nach den effektivsten Instrumentarien zur Zielerreichung im Vordergrund. Dabei sind Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit ebenso zu berücksichtigen wie politische und gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen.

Der Beteiligungsbericht soll Anregung sein für eine weitere strategische Entwicklung sämtlicher kommunaler Beteiligungen. Für den vorliegenden Beteiligungsbericht bilden die geprüften Jahresabschlüsse bzw. Jahresrechnungen der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2015 die Grundlage.

Borna, im April 2017



Henry Graichen

Landrat des Landkreises Leipzig

# Beteiligungsbericht des Landkreises Leipzig für das Geschäftsjahr 2015

erstellt durch: Landratsamt Landkreis Leipzig,  
Beteiligungsmanagement  
Redaktionsschluss: 28.04.2017

## INHALTSVERZEICHNIS

	Vorwort	I
	Inhaltsverzeichnis	III
	Abkürzungsverzeichnis	V
<b>Teil I</b>		
	1. Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen	1
	2. Übersicht über die Beteiligungen und Finanzbeziehungen des Landkreises	9
<b>Teil II</b>		
<b>Einzeldarstellung der Eigenbetriebe</b>		
	1. Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig	12
	2. Musikschulen des Landkreises Leipzig	19
<b>Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform</b>		
a)	Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von 25 %	23
	1. Regionalbus Leipzig GmbH	24
	2. Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	31
	Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	37
	Servicegesellschaft Muldental mbH	41
	3. WILL – Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.	45
	4. KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH	50
b)	Unternehmen in der Privatrechtsform einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von unter 25 %	54
	5. Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	55
	6. Technologiezentrum Borna GmbH	60
	7. Invest Region Leipzig GmbH	61
	8. THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	71
	9. Kommunale Datennetze GmbH (KDN)	77
	10. Lecos GmbH	78
	11. Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)	79
	12. Flughafen Altenburg-Nobitz GmbH	90
	13. Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV)	95



## **Einzeldarstellung der Zweckverbände sowie deren Beteiligungsberichte**

1. Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)	97
2. Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	113
Beteiligungsbericht für die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	125
3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	143
4. Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	155
Beteiligungsbericht für die Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	162
5. Kulturraum Leipziger Raum	173
6. Regionaler Planungsverband Westsachsen	174
7. Kommunaler Sozialverband Sachsen	203
8. Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig	233
9. Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA	236
10. Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig	292

### **Anlagen:**

Anlage 1: Kennzahldefinition	293
------------------------------	-----

## **Abkürzungen**

AbfAbIV	Abfallablagerungsverordnung
AGSGBGesetz	zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
AO	Abgabenordnung
AWK	Abfallwirtschaftskonzept
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BKZ	Betriebskostenzuschuss
BM	Bürgermeister
BPfIV	Bundespflegeverordnung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
DMP	Disease-Management-Programm
DRG	Diagnosis Related Groups
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EW	Einwohner
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen
GF	Geschäftsführer
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Haushalt
HK	Handwerkskammer
HRB	Handelsregister B
IRL	Invest Region Leipzig GmbH
i. V. m.	in Verbindung mit
IHK	Industrie- und Handelskammer
KH	Krankenhaus
KHBV	Krankenhaus-Buchführungsverordnung
KHG	Krankenhausgesetz
KrW/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSV	Kommunaler Sozialverband Sachsen
LDL	Landesdirektion Leipzig
LeitStVO	Leitstellenverordnung
LK	Landkreis
LR	Landrat

LRA	Landratsamt
LWV	Landeswohlfahrtsverband Sachsen
MBA	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MDV	Mitteldeutscher Verkehrsverbund
MTL	Muldentalkreis
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
NL	Niederlassung
OBM	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinAusG	Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr
ÖPNVFinVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs
ÖRKSF-G	Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002
ÖSPNV	straßengebundener öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PVM	Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH
RL	Regionalbus Leipzig GmbH
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RTW	Rettungstransportwagen
RZV	Rettungszweckverband
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsBRKG	Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes im Freistaat Sachsen
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsGVBl	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsKrGebNG	Sächsisches Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen
SächsKomHVO	Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsKRG	Sächsisches Kulturraumgesetz
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SächsLWVG	Gesetz über den Landeswohlfahrtsverband Sachsen
SächsLRettDPVO	Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung
SächsVwNG	Gesetz zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung
SchwBG	Schwerbehindertengesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SMI	Sächsisches Ministerium des Inneren

SMS	Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie
SMWA	Sächsisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
TBA	Tierkörperbeseitigungsanlage
VbÄ	Vollbeschäftigtenäquivalent
THÜSAC	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH Altenburg
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst
VHS	Volkshochschule
Vj./Vorj.	Vorjahr
VmHH	Vermögenshaushalt
VwHH	Verwaltungshaushalt
WEV	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
WRL	WRL-Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH
ZAW	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZVNL	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

## 1. Lagebericht

über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen, Eigenbetriebe und Zweckverbände des Jahres 2015 sowie die voraussichtliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2016.

Der Landkreis erfüllt seine vielfältigen Aufgaben nicht nur in der Kernverwaltung. Dort, wo es sinnvoll ist, werden öffentliche Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen in privater Rechtsform übertragen. 2015 hatte der Landkreis Leipzig 2 Eigenbetriebe und war an insgesamt 9 Gesellschaften unmittelbar beteiligt. An 3 weiteren Gesellschaften und 3 Zweckverbänden hält der Landkreis Leipzig elf mittelbare Beteiligungen. Darüber hinaus ist der Landkreis in 10 Zweckverbänden vertreten.

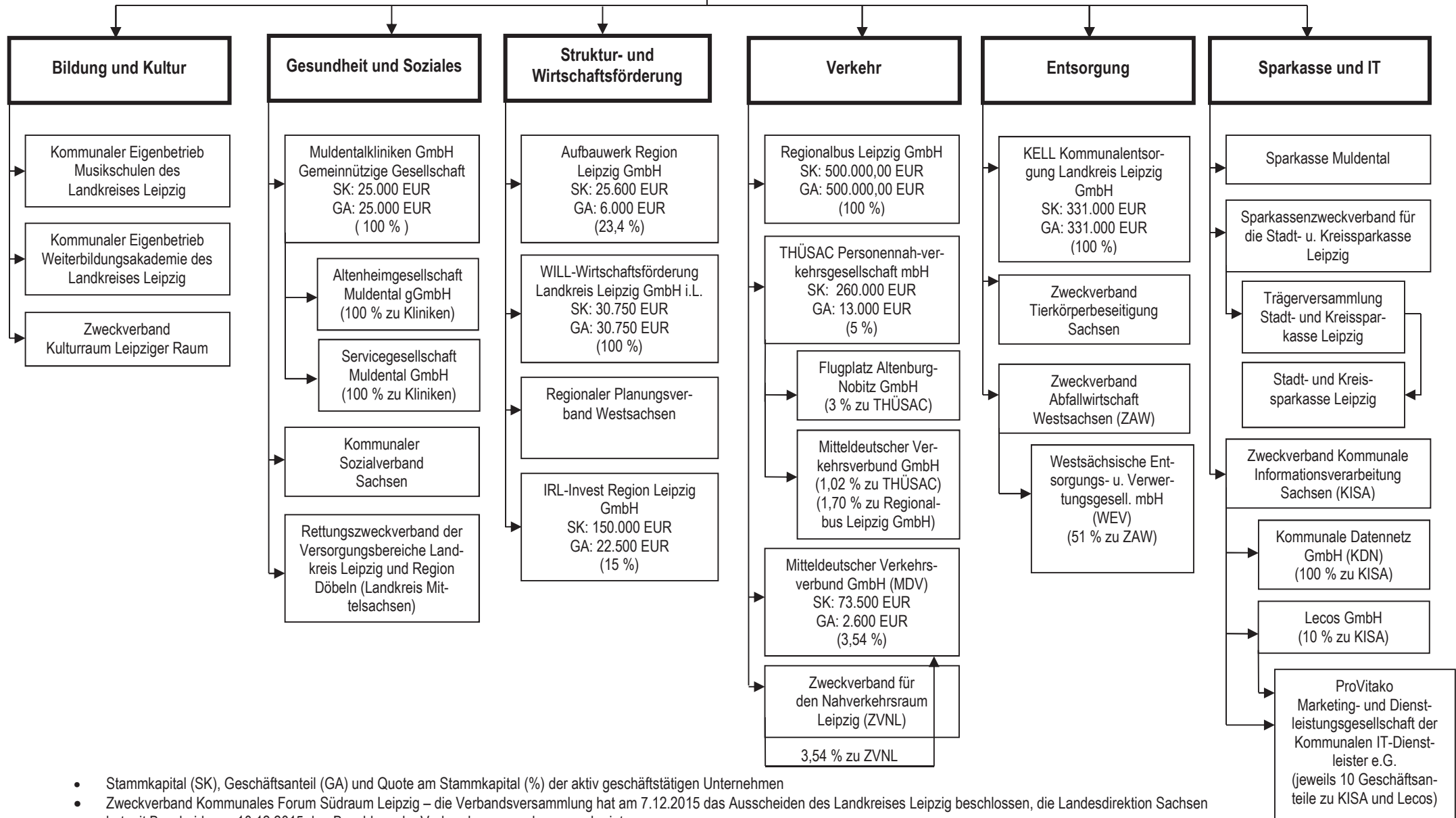
**Die Sparkasse Muldentale** mit Sitz in Grimma ist eine Sparkasse in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts im Freistaat Sachsen. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den östlichen Teil des Landkreises Leipzig (ehemaliger Muldentalkreis). Träger ist der Landkreis Leipzig. Zum Berichtsstichtag 31.12.2015 unterhielt die Sparkasse 17 Geschäftsstellen. Im Zuge einer Optimierung wurde im Februar 2016 die Anzahl der Geschäftsstellen auf 13 reduziert. Sparkassenaufsichtsbehörde ist das Sächsische Staatsministerium der Finanzen.

Rechtsgrundlagen der Sparkasse sind neben dem Gesetz über das Kreditwesen vom 9. September 1998 (rechtsbereinigt mit Stand vom 20. November 2015) das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002 (rechtsbereinigt mit Stand vom 1. April 2014) und die Verordnung des sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Geschäfte und die Verwaltung der Sparkassen vom 11. Januar 2002 (rechtsbereinigt mit Stand vom 9. September 2003).

Die Organe der Sparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand.

Eine Gesamtübersicht über die Beteiligungen des Landkreises Leipzig sehen Sie in der folgenden Übersicht:

# Landkreis Leipzig – Organigramm Beteiligungen (Stand: Dezember 2015)



- Stammkapital (SK), Geschäftsanteil (GA) und Quote am Stammkapital (%) der aktiv geschäftstätigen Unternehmen
- Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig – die Verbandsversammlung hat am 7.12.2015 das Ausscheiden des Landkreises Leipzig beschlossen, die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 10.12.2015 den Beschluss der Verbandsversammlung genehmigt
- Mit Beschluss des Amtsgerichtes Leipzig vom 20.10.1997, Az.: 92 N 1140/97, wurde das Gesamtvollstreckungsverfahren über das Vermögen der Technologiezentrum Borna GmbH (TBZ) eröffnet. Vom zuständigen Registergericht wurde die Gesellschaft wegen Vermögenslosigkeit zum 31.07.2015 von Amts wegen gelöscht.



## Bildung und Kultur

Der **Kommunale Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig (WALL)** hat seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2011/071 zum 01.01.2012 aufgenommen. Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2015 erfolgte am 03.12.2014 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 26.01.2015 bestätigt.

Der Kommunale Eigenbetrieb WALL legt mit dem Jahresabschluss 2015 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb WALL durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 752.700,00 EUR gewährt. Die Umsatzerlöse des Eigenbetriebes lagen im Jahr 2015 mit 35 TEUR unter dem Plan. Nach Angaben der Betriebsleitung wird für das Jahr 2016 erneut mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet.

Der **Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig** nahm seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2011/071 zum 01.01.2012 auf.

Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2015 erfolgte am 03.12.2014 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 26.01.2015 bestätigt.

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen legt mit dem Jahresabschluss 2015 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb Musikschulen durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 1.011.921,79 EUR gewährt. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis betragen 72.996,75 EUR, davon 71.315,53 EUR für nicht verbrauchte Zuschüsse.

Der **Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum** entstand aus dem Kulturraumgesetz vom 20.01.1994 und ist ein Pflichtzweckverband. Die Ausgaben werden aus Zuweisungen des Freistaates Sachsen und den Umlagen der Verbandsmitglieder finanziert. Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2013, zum 31.12.2014 und zum 31.12.2015 bei Redaktionschluss noch nicht vor.

## Gesundheit und Soziales

Die **Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft** betreiben die Betriebsstätten als Einrichtungen der Regelversorgung entsprechend Krankenhausplan 2014 bis 2015 mit 355 Planbetten.

Das Wirtschaftsjahr 2015 schließt die Gesellschaft mit einem Bilanzgewinn von 674 TEUR (Vj. 589 TEUR) ab. Der Jahresabschluss 2015 wurde im Aufsichtsrat der Gesellschaft am 15.06.2016 beraten und von der Gesellschafterversammlung festgestellt.

Der Bilanzgewinn in Höhe von 674.068,24 Euro wird wie folgt verwendet:

- 200.000 Euro Abführung an den Landkreis Leipzig für eine ausschließlich Gemeinnützige Verwendung im Einzugsgebiet der Muldentalkliniken,
- 94.721,76 Euro (10 % des Jahresüberschusses und 1/3 der Zinsüberschüsse) Zuführung zur freien Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 3 Abgabenordnung.
- Der verbleibende Betrag in Höhe von 379.346,48 Euro wird zweckgebunden für die Finanzierung der Eigenanteile „Umbau und Erweiterung Krankenhaus Wurzen, Bauteil E (Nord)“ verwendet (Gewinnrücklage).

Im Geschäftsjahr 2015 wurde bei Gesamterlösen in Höhe von TEUR 59.657 (2014: TEUR 59.128) und einem Aufwand in Höhe von TEUR 59.144 (2014: TEUR 58.664) ein Betriebsergebnis von TEUR 513 (2014: TEUR 464) erwirtschaftet.

Die Zunahme der betrieblichen Erträge ist auf den Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen zurückzuführen, die im Berichtsjahr um TEUR 1.755 (3,68 %) auf TEUR 49.384 gestiegen sind. Ursache dafür waren die Budgetsteigerungen im Vergleich zum Jahr 2015. Diese resultieren überwiegend aus der Erhöhung des Landesbasisfallwertes.

Die Personalaufwendungen und der medizinische Sachbedarf beeinflussen die betrieblichen Aufwendungen mit 64,9 % bzw. 14,3 % am meisten. Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2014 um TEUR 804 gestiegen. Die Erhöhung resultiert aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD. Die Geschäftsführung erwartet auch für die nächsten Jahre positive Ergebnisse für die Muldentalkliniken und deren Tochtergesellschaften. Für das Geschäftsjahr 2016 geht die Geschäftsführung von einem Jahresergebnis etwas unterhalb des Geschäftsjahres 2015 aus.

Der **Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV)** ist seit 1993 der überörtliche Sozialhilfeträger und überörtliche Betreuungsbehörde. Weitere Aufgaben wurden mit dem SächsVwNG ab 01.08.2008 übertragen.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt der KSV eine Umlage für nicht gedeckten Bedarf. Der Landkreis Leipzig zahlte 2015 eine Sozialumlage in Höhe von 23.026.169,56 EUR (Vorjahr 21.647.008,44 EUR). Der Jahresabschluss 2015 wurde in der Verbandsversammlung am 05.12.2016 beschlossen. Die ordentlichen Erträge liegen bei 538,0 Mio. EUR (Vorjahr 521,7 Mio. EUR), die ordentlichen Aufwendungen bei 539,8 Mio. EUR (Vorjahr 520,6 Mio. EUR). Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Fehlbetrag i. H. v. 1,8 Mio. EUR (Vorjahr Überschuss 1,2 Mio. EUR) ab.

Der **Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln** ist Träger des Rettungsdienstes im Zweckverbandsgebiet. Der Rettungszweckverband erhebt zur Deckung seines Finanzbedarfes eine Umlage in Höhe von 761.239,00 EUR (Vorjahr: 762.734,00 EUR). Davon entfielen auf den Landkreis Leipzig 608.561,94 EUR. Das Jahr 2015 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 178.719,85 EUR (Vorjahr Jahresüberschuss in Höhe von 541.095,30 EUR).

## **Struktur- und Wirtschaftsförderung**

Mit Kreistagsbeschluss Nr.2011/065 vom 06.07.2011 wurde die Liquidation der **WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.** beginnend am 01.08.2011 beschlossen.

Mit Gesellschafterbeschluss am 15.08.2016 wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2015 festgestellt. Die WILL- Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L. erwirtschaftete im Jahr 2015 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 9.843,03 (Vorjahr: Fehlbetrag in Höhe von 2.308,64 Euro). Eine belastbare Aussage, wann die Liquidation abgeschlossen sein wird, ist derzeit noch nicht möglich.

Die **Aufbauwerk Region Leipzig GmbH** ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zumeist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

Die Gesellschaft befindet sich in der schwierigen Übergangszeit zur neuen Förderperiode. Die Verzögerungen auf politisch-administrativer Ebene bei der Verabschiedung der operationellen Programme (europäisch/national/regional) für die Förderperiode 2014-2020 betragen aktuell über zwei Jahre und wirken sich negativ auf die Tätigkeit der Gesellschaft aus.

Die Verzögerung führt dazu, dass sich ein Großteil der im Jahr 2015 beantragten Projekte noch in der Evaluierung befinden und daher zum Ende des Jahres 2015 nicht vollständig absehbar ist, wann welche Projekte in welchem Umfang förderfähig sein werden. Bisher wurde nur ein Projekt (RESQUE 2.0) in Höhe von 315 T€ verteilt auf die Jahre 2015 bis 2019 bewilligt.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 95.932,67 Euro ab (Vorjahr: Jahresüberschuss 774,21 Euro). Die Gesamtleistung in Höhe von 139.799,00 Euro sank gegenüber dem Vorjahr um 71,29%. Um den Verlust zu begrenzen, wurden seitens der Geschäftsführerin die Fixkosten reduziert und zusätzliche Erträge durch die Untervermietung der Büroräume generiert. Der Betriebsaufwand beläuft sich auf 293.619,17 Euro und sank damit um 219 TEUR gegenüber dem Vorjahr, konnte aber die Verringerung der Gesamtleistung nicht kompensieren. Die Personalaufwendungen sind um 139.317,32 Euro gesunken.

Entsprechend der Wirtschaftsplanung sollte die Gesellschaft mit Billigung durch die Gesellschafter neben der Geschäftsführerin ein Kernteam von fünf Mitarbeitern halten. Nach Abzug einer Personalstelle wurde zum Stichtag ein Kernteam von fünf Mitarbeitern beschäftigt. Die Reduzierung der Personalaufwendungen beruht im Wesentlichen auf der Einführung der Kurzarbeit zum 01.06.2015 und der nicht erfolgten Neubesetzung einer Personalstelle.

Da eine Vielzahl von Projektleistungen über eigenes Personal und nicht über Dritte realisiert wurde, sanken die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 36.044,00 Euro gegenüber dem Vorjahr auf 1.897,00 Euro. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 89.814,77 Euro und verringerten sich um 43.358,56 Euro.

Die **Invest Region Leipzig GmbH** fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Die Gesellschaft weist für das Jahr 2015 ein ausgeglichenes Ergebnis in Höhe von 0 TEUR aus. Zum 31. Dezember 2015 verfügte die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von 316 TEUR (31.12.2014: 460 TEUR). Bis zum Bilanzstichtag wurden die vereinbarten Zuwendungszahlungen in Höhe von 1.429 TEUR (netto) von allen Gesellschaftern geleistet. Der Zuschuss des Landkreises Leipzig betrug im Berichtsjahr 255 TEUR. Mit Blick auf die Vermögens- und Ertragslage erwartet die IRL für das Geschäftsjahr 2016 eine konstante Ergebnis- sowie eine konstante Liquiditätsentwicklung.

Der **Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig** ist ein Zusammenschluss von 13 Städten und Gemeinden des Landkreises Leipzig, dem Landkreis Leipzig selbst und der Stadt Leipzig. Das Anliegen des Zweckverbandes besteht darin, die Bergbaufolgelandschaft im Südraum Leipzig gemeinsam zu entwickeln, Planungen miteinander und aufeinander abzustimmen und Projekte voranzutreiben, die diesem Anliegen entsprechen. Genau wie sich die Bergbaufolgelandschaft in den letzten 20 Jahren stetig gewandelt hat, haben sich auch die Aufgaben des Zweckverbandes verändert. Waren es anfangs maßgeblich Planungen, die in Übereinstimmung gebracht werden mussten, ist es heute darüber hinaus die Verantwortung für ganz konkrete Projekte und Bauvorhaben.

Der Landkreis Leipzig zahlte 2015 eine Umlage in Höhe von 17.400,00 EUR. Für den Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig lag der Jahresabschluss zum 31.12.2013, zum 31.12.2014 und zum 31.12.2015 bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Der Kreistag des Landkreises Leipzig hat am 25.2.2015 den Austritt beschlossen.

Dem **Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen** obliegt die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Landesdirektionsbereich Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen. In den Braunkohlegebieten der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohletagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen. Der Regionale Planungsverband und der Zweckverband Kommunales Forum Leipzig spielen für die Region aus planerischen Gesichtspunkten eine wesentliche Rolle. Die finanzielle Belastung für den Landkreis betrug 2015 10.300,00 EUR.

Mit Ablauf des Haushaltsjahres 2012 hat der Regionale Planungsverbandes Leipzig-Westsachsen den kameralistischen Buchungsbetrieb eingestellt. Seit dem 1. Januar 2013 erfolgt die Abbildung der Geschäftsvorfälle auf der Grundlage eines doppelten Rechnungswesens. Der Planungsverband weist in seiner Ergebnisrechnung 2013 einen Jahresüberschuss in Höhe von 79.903 EUR aus. Hierbei standen den Gesamterträgen in Höhe von 1.103.761 EUR Aufwendungen in Höhe von 1.017.508 EUR entgegen. Die Gesamtaufwendungen wurden demnach vollständig durch die Erträge gedeckt. Liquiditätsprobleme bestanden sowohl zum Eröffnungsbilanzstichtag als auch im Haushaltsjahr 2013 nicht. Die liquiden Mittel zum 31.12.2013 betrugen 1.218.502 EUR.

Der Planungsverband weist in seiner Ergebnisrechnung 2014 einen Jahresüberschuss in Höhe von 116.862 EUR aus. Hierbei standen den Gesamterträgen in Höhe von 1.103.761 EUR Aufwendungen in Höhe von 1.107.647 EUR entgegen. Die Gesamtaufwendungen wurden demnach vollständig durch die Erträge gedeckt. Liquiditätsprobleme bestanden im Haushaltsjahr 2014 nicht. Die liquiden Mittel zum 31.12.2014 betrugen 1.297.076 EUR.

Für den Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen liegt der festgestellte Jahresabschluss zum 31.12.2015 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

## **Verkehr**

Die **Regionalbus Leipzig GmbH** kann auf ein im Vergleich zum Wirtschaftsplan sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2015 zurückblicken. Grundlage für die Erbringung der Verkehrsleistungen bildet seit dem 01.01.2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 09.10.2013. Seit dem 13.12.2015 betreibt die Regionalbus Leipzig GmbH die Linie 106 im Raum Markkleeberg. Die zusätzliche Verkehrsleistung wurde vom Landkreis Leipzig auf dem Weg der Direktvergabe an die Regionalbus Leipzig GmbH bis zum 31.12.2023 vergeben. Teile der Verkehrsleistung im Bedienstgebiet Muldental werden nach wie vor von vertraglich gebundenen Nachauftragnehmern der Gesellschaft erbracht.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 16. Juli 2015 wurde u. a. das Stammkapital der Gesellschaft auf TEUR 500 erhöht und § 3 des Gesellschaftsvertrages entsprechend geändert.

Die Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienverkehr stellt mit ca. 95 % des Leistungsvolumens den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft dar.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 781 (2014: Jahresüberschuss TEUR 753). Es wurden Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt TEUR 15.394 (2014: TEUR 14.529) erzielt.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt TEUR 4.609 getätigt. Die Businvestitionen setzen sich zusammen aus Ersatzinvestitionen (16 Busse, TEUR 3.545) und dem Einbau von Klimageräten in Bestandsfahrzeuge (9 Busse, TEUR 60).

Zur Erkennung von Risiken wurde ein Risikomanagementsystem eingerichtet, womit Risiken frühzeitig erkannt werden sollen, um gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zur Gegensteuerung einleiten zu können.

Für das Jahr 2016 wird mit Einnahmen im ÖPNV-Linienverkehr von TEUR 6.410 (2015: TEUR 6.210) geplant. Die Regionalbus Leipzig GmbH plant für 2016 ein Jahresergebnis von TEUR 461. Die in den Folgejahren angestrebten Jahresergebnisse orientieren sich an den Regelungen des ÖDA und sollen die Eigenkapitalquote der Gesellschaft weiter stabilisieren. Der Anteil der von Nachauftragnehmern erbrachten Verkehrsleistungen wird sich im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Gegenstand der **THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH** ist der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Die Gesellschaft erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN.

Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienverkehrs nach § 42 PBefG wurden für das Bedienegebiet Sachsen durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienverkehr für 13 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des neuen ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31.12.2023 verlängert.

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich zum 31. Dezember 2015 um 4,5 % auf EUR 20,2 Mio. erhöht. Die Umsatzerlöse betragen TEUR 10.667 (Vorjahr: TEUR 10.818). Im Kerngeschäft des Unternehmens – dem ÖPNV – konnten bei leicht gestiegenen Fahrgastzahlen, höhere Fahrgeldeinnahmen verbucht werden. Diese sind insbesondere auf die Wirkung des S-Bahnnetzes und dem PlusBus-Netz sowie der Tarifierhöhung zum 1. August 2014/1. August 2015 zurückzuführen. Die Umsätze aus Schülerverkehr verzeichnen einen leichten Rückgang zum Vorjahr, die Umsätze aus dem Mietwagenverkehr sind leicht angestiegen. Die Endabrechnung der MDV Einnahmen für 2014 wies eine Rückzahlungsverpflichtung aus. Dieser Betrag schlägt sich negativ im periodenfremden Ertrag mit TEUR 90 nieder.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden TEUR 2.741 (Vj. TEUR 2.318) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert und lag damit über dem Vorjahresniveau. Die Finanzierung erfolgte mit TEUR 886 aus Fördermitteln, mit TEUR 610 durch Kreditaufnahmen aus dem Überhang 2014 (4 Fahrzeuge) und mit TEUR 965 durch weitere Kreditaufnahmen 2015 zu sehr günstigen Konditionen.

Die Eigenkapitalquote hat sich trotz des Jahresüberschusses in Höhe von TEUR 91,5 durch den überproportionalen Anstieg der Bilanzsumme um 1,2 Prozentpunkte auf 37,4 % der Bilanzsumme am Bilanzstichtag verringert. Für das Geschäftsjahr 2016 rechnet die THÜSAC mit einem negativen Jahresergebnis.

Der Jahresabschluss 2015 der **Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV)** weist gemäß gesellschaftsrechtlicher Regelung ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Die von den Gesellschaftern gezahlten und aus den Vorjahren übertragenen Zuschüsse von 2.470 TEUR wurden in Höhe von 2.163 TEUR in Anspruch genommen. Der nicht verbrauchte Zuschuss in Höhe von 307 TEUR wurde passiviert. Die Gesellschafterversammlung hat am 2.12.2015 beschlossen, Mittel der Vorjahre nach 2016 (27 TEUR) und nach 2018 (71 TEUR) zu übertragen. Die Verwendung der nicht verbrauchten und nicht bereits übertragenen Mittel in Höhe von 209 TEUR wurde der Gesellschafterversammlung am 29.06.2016 zur Entscheidung vorgelegt. Auch diese Mittel werden in die Jahre 2016-2018 übertragen.

Die Einnahmen aus den Tarifierlösen der Verkehrsunternehmen stiegen 2015 um 11,9 Mio. Euro, d. h. 6,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, und damit auf insgesamt 200,3 Mio. Euro.

Die Aufgaben der Verbundgesellschaft in den nächsten Jahren 2016 und 2017 werden wesentlich durch die Ergebnisse des Strategieprozesses „MDV2025“ bestimmt sein.

Die Risiken der künftigen Entwicklung werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und gemäß Gesellschaftsvertrag von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt ist. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Im Bereich des schienengebundenen Personennahverkehrs ergeben sich für den Landkreis keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen, da der **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** zur Finanzierung der Ausgaben die entsprechenden Mittel durch den Freistaat Sachsen erhält.



## Entsorgung

Die Umsätze der **KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % auf 8,1 Mio. EUR.

Der Jahresüberschuss beträgt 250 TEUR.

Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von 2.587 TEUR getätigt. Die Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2015 wurden bezüglich der Fahrzeugtechnik in Höhe von 500 TEUR sowie des Behältertausches Papier in Höhe von 1.034 TEUR mit Fremdmitteln finanziert.

Durch das Geschäftsmodell der KELL sind bei den Erträgen zukünftig keine größeren Ausschläge nach oben oder unten zu erwarten. Durch die LSP-Kalkulation kann man von stabilen Ertragserwartungen ausgehen. Allerdings sind dadurch auch Ertragszuwächse unwahrscheinlich.

Der **Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen** schließt das Jahr 2015 mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Die Gesamterträge geplant mit 6.936.200 EUR (Vorjahr 7.772.750 EUR) wurden mit 6.771.334,96 EUR (Vorjahr: 6.912.931,23 EUR) erfüllt und liegen mit 164.900 EUR unter dem Plan (Vorjahr 859.800 EUR unter Plan). Die Umsatzerlöse liegen mit 198 TEUR über dem Planansatz (Vorjahr 590 TEUR unter Plan). Grund sind die höheren als geplanten Rohwarenmengen. Die abschließend ermittelte Höhe der Verbandsumlage beträgt insgesamt 1.245.672,87 EUR (Vorjahr: 1.018.018,57 Euro). Die Vorauszahlungen der Verbandsmitglieder betragen 1.324.012 EUR (Vorjahr: 1.149.664 Euro), so dass nach Feststellung der Jahresrechnung Rückzahlungen vorzunehmen sind. Für den Landkreis Leipzig beträgt die Rückzahlung 1.870,09 EUR (Vorjahr: 9.614,68 EUR) bei einem zunächst gezahlten Umlagebeitrag in Höhe von 92.736,00 Euro.

Für den **Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW)** erfolgte der Feststellungsbeschluss für den Jahresabschluss zum 31.12.2015 in der am 26.09.2016 stattgefundenen Verbandsversammlung. Der Jahresabschluss wurde von der Deloitte&Touche GmbH geprüft und hat zu keinen Einwendungen geführt. Dem Jahresabschluss und dem Lagebericht wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Mit dem Jahresgewinn 2015 in Höhe von 2.532.123,27 EUR (Vorjahr: 992.289,64 EUR) erhöht sich das Eigenkapital zum 31.12.2015 auf 4.863.534,91 EUR (Vorjahr: 2.331.411,64 EUR). Die Geschäftsleitung prognostiziert auch für die Folgejahre positive Jahresergebnisse.

## Sparkassen

**Die Sparkasse Muldental** mit Sitz in Grimma ist eine Sparkasse mit kommunalem Träger im Freistaat Sachsen. Träger ist der Landkreis Leipzig. Die Sparkasse ist Mitglied im Ostdeutschen Sparkassenverband (OSV). Insgesamt hat sich der Jahresüberschuss in Höhe von 1.347 TEUR (Vorjahr: 1.353 TEUR) verringert. In der Anhörung zur Verwendung des Jahresüberschusses wurde beschlossen, dem Kreistag eine Ausschüttung an den Landkreis Leipzig aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 200.000 EUR vorzuschlagen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 28.09.2016 die Ausschüttung über 200.000 EUR beschlossen. Um diesen Teilbetrag verringert sich somit die Zuführung des Bilanzgewinns zur Sicherheitsrücklage. Im folgenden Beteiligungsbericht wird kein weiterer Bezug zur Sparkasse Muldental genommen. Es besteht kein Beteiligungsverhältnis und somit ist nach SächsGemO kein Beteiligungsbericht zu erstellen.

Zum Ablauf des 31. Dezember 2012 sind der **Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig** und der Landkreis Nordsachsen aus der Sachsen-Finanzgruppe ausgeschieden. Seitdem ist die Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wieder in kommunaler Hand. Träger der Sparkasse sind der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig (mit rd. 85,85 %) und der Landkreis Nordsachsen (mit rd. 14,15 %). Das Verhältnis der übernommenen Trägerschaft entspricht den vormaligen Beteiligungen der übernehmenden Träger an der SFG, bezogen auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, zum Ausscheidenszeitpunkt. Auf mittlere Sicht sollen, d. h. nach erfolgter Rückführung sämtlicher Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem SFG-Austritt durch die Träger, die Stadt Leipzig, der Landkreis Leipzig und der Landkreis Nordsachsen direkte Träger der Sparkasse werden. Der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig soll dann aufgelöst werden.

## Informationstechnologie (IT)

Für den **Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)** wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2015 in der Verbandsversammlung am 16.06.2016 festgestellt.

KISA befindet sich in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation.

Das Geschäftsjahr 2015 war geprägt von weitreichenden strukturellen Änderungen, der vertiefenden Analyse und Umsetzung des Haushaltstrukturkonzepts, dass Grundlage für Konsolidierung des Verbands ist, sowie der Ausprägung einer Servicekultur gegenüber den Kunden.

Um die Stabilisierung des Zweckverbandes weiter voran zu schreiten, mussten die im Jahr 2014 festgelegten umfangreichen Reformen fortgesetzt und weiter präzisiert werden.

**2012** entstand ein Jahresfehlbetrag von 4.625 TEUR. Die Bilanz weist zum Abschlussstichtag einen „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ in Höhe von 4.030 TEUR aus.

Im Geschäftsjahr **2013** entstand erneut ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.663 TEUR. Die Bilanz weist zum Abschlussstichtag 2013 einen „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ in Höhe von 5,7 TEUR aus.

Im Geschäftsjahr **2014** beträgt der Jahresfehlbetrag 1.214 TEUR. Die Bilanz weist zum Abschlussstichtag 2014 einen „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ in Höhe von 6,9 TEUR aus.

Im Geschäftsjahr **2015** beträgt der Jahresüberschuss 2.534 TEUR. Die Bilanz weist zum Abschlussstichtag 2015 einen „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ in Höhe von 4,4 TEUR aus.

Der bis zum 31.12.2014 aufgelaufene sehr hohe nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag, lässt sich kurz- bzw. mittelfristig aber nur durch die Erhebung von Umlagen in nennenswertem Umfang abbauen. Nach § 12 Abs. 3 der am 1. Januar 2014 in Kraft getretenen neuen „Verordnung des Sächsischen Staatsministerium des Innern über kommunale Eigenbetriebe im Freistaat Sachsen (SächsEig-BVO) ist dafür eine Frist von bis zu drei Jahren vorgesehen. Diese Frist kann nur mit Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde verlängert werden, wenn ein Ausgleich absehbar ist.

Die Umlage ist ebenfalls als umzusetzende Maßnahme im Haushaltsstrukturkonzept benannt. Bereits mit dem Haushaltsjahr 2015 erfolgte die Erhebung in Höhe von 3.000 TEUR. In den Jahren 2016 und 2017 sollen nochmal 2.000 TEUR und 1.000 TEUR erhoben werden.

Für den Landkreis Leipzig bedeutet das folgende Umlagehöhen:

2015 77.765,75 Euro

2016 51.843,83 Euro

2017 25.921,92 Euro

Das beschlossene und im Jahr 2015 fortgeschriebene Haushaltsstrukturkonzept legt die wesentlichen notwendigen wirtschaftlichen Eckpunkte und Handlungsanforderungen an den Zweckverband fest. Die Erarbeitung und Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen erfolgte in enger Abstimmung mit der Rechtsaufsichtsbehörde. Durch die Umsetzung der im Konzept genannten Maßnahmen, haben sich bereits im Jahr 2015 die Liquiditäts- und Ertragslage deutlich verbessert.

## Zusammenfassung

Die sich aus den Jahresabschlüssen und Jahresrechnungen der Unternehmen und Zweckverbände ergebenden Risiken wurden ausreichend dargestellt.

Borna, den 28.04.2017



Übersicht über die Finanzbeziehungen des Landkreises									
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbands, Unternehmens	Stammeinlage/ Haftungskapital			Verlustabdeckungen und sonstige Zuschüsse aus dem Kreishaushalt		Gewinnabführung an den Landkreis		Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen des Landkreises	Sonstige gewährte Vergütungen
	Gesamt in €	Anteil absolut in €	Anteil in %	2014 in €	2015 in €	2014 in €	2015 in €	2015 in €	2015 in €
<b>Kultur und Bildung</b>									
<i>Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	715.808,61	752.700,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	928.073,89	1.011.921,79	0,00	0,00	0,00	
<i>Kulturraum Leipziger Raum</i>	0,00	0,00	0,00	2.139.333,05	1.934.151,52	0,00	0,00	0,00	
<b>Gesundheit/Soziales</b>									
<i>Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft</i>	25.000,00	25.000,00	100,00	0,00	0,00	0,00	200.000,00	0,00	
<i>Altenheimgesellschaft MuldentalkgmbH</i>	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)</i>	0,00	0,00	0,00	609.125,85	608.561,94	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen</i>	0,00	0,00	0,00	72.269,32	90.865,91	0,00	0,00	0,00	
<i>Kommunaler Sozialverband Sachsen</i>	0,00	0,00	0,00	21.647.008,44	23.026.169,56	0,00	0,00	0,00	
<b>Wirtschaftsförderung/Tourismus</b>									
<i>WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.</i>	30.750,00	30.750,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Aufbauwerk Region Leipzig GmbH</i>	25.600,00	6.000,00	23,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Technologie Zentrum Borna GmbH</i>	230.081,34	49.084,02	21,33	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Invest Region Leipzig GmbH</i>	150.000,00	22.500,00	15,00	255.000,00	255.000,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen</i>	0,00	0,00	0,00	10.300,00	10.300,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	16.400,00	17.400,00	0,00	0,00	0,00	

Übersicht über die Finanzbeziehungen des Landkreises									
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbands, Unternehmens	Stammeinlage/ Haftungskapital			Verlustabdeckungen und sonstige Zuschüsse aus dem Kreishaushalt		Gewinnabführung an den Landkreis		Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen des Landkreises	Sonstige gewährte Vergünstigungen
	Gesamt in €	Anteil absolut in €	Anteil in %	2014 in €	2015 in €	2014 in €	2015 in €	2015 in €	2015 in €
<b>Verkehr</b>									
<i>Regionalbus Leipzig GmbH</i>	500.000,00	500.000,00	100,00	8.173.216,11	8.498.160,32	0,00	0,00	0,00	
<i>THÜSAC Personennahverkehrs-gesellschaft mbH</i>	260.000,00	13.000,00	5,00	2.952.000,00	2.952.000,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)</i>	73.500,00	2.600,00	3,54	78.977,40	78.977,40	0,00	0,00	0,00	
<i>Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH</i>	51.129,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband für den Nahverkehrs-raum Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<b>Ver- und Entsorgung</b>									
<i>KELL Kommunalentsorgung Land-kreis Leipzig GmbH</i>	331.000,00	331.000,00	100,00	0,00	0,00	8.954,40	8.438,85	3.494.150,00	
<i>Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH</i>	1.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband Abfallwirtschaft West-sachsen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<b>Sonstiges</b>									
<i>Servicegesellschaft Muldental mbH</i>	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Kommunale Datennetze GmbH (KDN)</i>	60.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Lecos GmbH</i>	200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband Kommunale Informati-onsverarbeitung Sachsen (KISA)</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	77.754,61	0,00	0,00	0,00	
Gesamt	2.987.060,53	973.934,02	32,61	37.597.512,67	39.313.963,05	8.954,40	208.438,85	3.494.150,00	

## **Teil II**

### **Einzeldarstellung der Eigenbetriebe**

- 1. Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig**
- 2. Musikschulen des Landkreises Leipzig**

## Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig

### Beteiligungsübersicht

Lüptitzer Straße 2  
04808 Wurzen

Tel. 03425 90470  
Fax 03425 904718

E-Mail Thomas.friedrich@vhs-muldental.de

Gründungsdatum 01.01.2012  
Rechtsform Eigenbetrieb  
Gründung durch Beschluss am 06.07.2011

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Kommunale Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie setzt sich aus den Betriebsteilen Volkshochschule Leipziger Land, Volkshochschule Muldental, Berufliches Qualifikationszentrum und dem Schullandheim Bennewitz zusammen. Das Mehrgenerationenhaus Markranstädt wird als Projekt der VHS LL geführt.

Die Volkshochschule bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre Bildung zu vertiefen und zu erweitern. Sie soll durch die Weiterbildungsangebote dabei helfen, die allgemeinen und beruflichen Qualifikationen zu erweitern sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse beurteilen und interessenorientiert mit gestalten zu können.

Das Schullandheim unterbreitet ein Ergänzungsangebot zur schulischen Bildung der Grund- und Mittelschulen sowie Gymnasien. Im Besonderen leistet es einen Beitrag zur Umweltbildung, zum Naturschutz sowie zur sozialen Bildung und Kommunikation der Schüler.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	752.700,00

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

### Lagebericht 2015

#### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

##### **1. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Der kommunale Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig vereinigt die Volkshochschulen Leipziger Land und Muldental, das BerufsQualifikationsZentrum und das Schullandheim Bennewitz. Der Weiterbildungsbetrieb ist gemeinnützig tätig und entsprechend der Satzung ist eine Gewinnerzielungsabsicht auf Dauer ausgeschlossen.

Die Struktur des Eigenbetriebes teilt die Volkshochschule Leipziger Land (VHS LL) und die Volkshochschule Muldental (VHS MTL) in selbstständige Verantwortungsbereiche, was sich in der Benennung von zwei Leitern, die gleichzeitig als stellvertretende Betriebsleiter fungieren, dokumentiert. Das Schullandheim (SLH) und das BerufsQualifikationsZentrum (BQZ) sind dem Betriebsleiter direkt unterstellt.

Das Wirtschaftsjahr 2015 endete mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Dieses Ergebnis wurde aufgrund eines guten Geschäftsverlaufes erreicht.

Die Umsatzerlöse im klassischen VHS-Bereich lagen für die VHS Muldentale mit 672 T€ um 100 T€ über den Planzahlen. Gegenüber 2014 ergibt sich eine Steigerung um 121 T€. Die für die VHS Leipziger Land geplanten deutlichen Umsatzsteigerungen konnten erreicht werden. Mit 500 T€ wurden die Planzahlen um 102 T€ überboten. Die Steigerung gegenüber 2014 beträgt 111 T€. Aufgrund der stabilen Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter (KJC) des Landkreises Leipzig konnten in den beiden Volkshochschulen im Berufsqualifikationszentrum (BQZ) Erträge erzielt werden, die den Planansatz leicht um ca. 16 T€ übertreffen. Die Zuordnung dieser Erträge zu den beiden Volkshochschulen ist durch die Umsetzung der Bildungsmaßnahmen durch das VHS Personal begründet. Die Erträge wurden als Erträge BQZ ausgewiesen. Die in diesem Betriebszweig geführten Bewerbercenter arbeiten auf der Grundlage einer Vollkostendeckung und leisten so einen positiven Deckungsbeitrag zu den allgemeinen Betriebs- und Personalkosten. Für das Schullandheim wurden die Planzahlen leicht überboten.

Im Wirtschaftsjahr ist es durch erfolgreiche Projektakquise gelungen, zusätzliche Mittel einzuwerben. Wesentlich waren dabei die Projekte „Analyse des Weiterbildungsbedarfs bei regionalen kleinen und mittelständigen Unternehmen (KMU) und Ableitung von Methoden der aufsuchenden Bildungsberatung für Volkshochschulen“, „Mitarbeiterfortbildung“, und weitere Projekte, die durch das SBI als innovative Projekte gefördert wurden. Eine Fortsetzung hat das Projekt „Juniorranger“ mit Förderung durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes erfahren. Des Weiteren wurden Projekte mit Mitteln aus dem Projekt „Globales Lernen“ von dvv International umgesetzt. Die damit flächendeckend im LK angebotenen Ferienkurse für Schüler „talentCAMPus“ sind vollkostendeckend kalkuliert. Das Projekt wird auch in 2016 fortgesetzt.

Wichtigstes Projekt in der VHS Leipziger Land ist das Mehrgenerationenhaus in Markkleeberg.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 752.700,00 EUR gewährt. Durch die Zuschussgewährung werden keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.

Die Umsätze der WeiterbildungsAkademie sind wie folgt darzustellen:

VHS MTL: WP 2015 572.280,00 € Ist 672.331,71 €

BQZ MTL: WP 2015 495.000,00 € Ist 466.723,32 €

VHS LL: WP 2015 398.150,00 € Ist 500.234,17 €

BQZ LL: WP 2015 401.855,00 € Ist 446.564,65 €

Die Einnahmen des Schullandheimes lagen über Plan:

SLH: WP 2015 110.000,00 € Ist 116.199,22 €

## 2. Darstellung der Lage des Eigenbetriebes

Das Eigenkapital sowie die Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

### A. Eigenkapital

	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
	EUR	EUR	EUR
<b>I. Rücklagen</b>			
1. Kapitalrücklage	1.215.246,62	1.215.246,62	0,00
	1.215.246,62	1.215.246,62	0,00
<b>II. Gewinn/Verlust</b>			
Jahresverlust/ -gewinn	0,00	0,00	0,00
	1.215.246,62	1.215.246,62	0,00

### B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen

	EUR	EUR
Anfangsbestand	1.474.340,79	2.157.788,67
Zugänge	0,00	26.063,62
Abgänge	0,00	633.670,32
Auflösungen	74.650,42	75.841,18
Endstand	1.399.690,37	1.474.340,79

Die Sonderposten wurden zum 01.01.2012 vom Landkreis übernommen und stammen aus den ehemaligen Eigenbetrieben Kultuseinrichtungen für die Volkshochschule Leipziger Land und Kultur und Weiterbildung für die Volkshochschule Muldental und das Schullandheim. In diesem Zusammenhang wurde aus Fördermitteln des Landes Anlagevermögen angeschafft. Die Sonderposten werden in Höhe der Abschreibung der zugehörigen Wirtschaftsgüter aufgelöst.

### C. Rückstellungen

	Stand 01.01.2015	Inanspruch- nahme	Auflösung	Bildung/ Erhöhung	Auf-/Ab- Zinsung	Stand 31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Jahresabschluss- und Prüfungskosten	6.075,00	6.075,00		6.560,00		6.560,00
Rückstellung für Archivierung	1.000,00					1.000,00
Rückstellung Fördermittel	7.386,95	688,18		35.358,65		42.057,42
Altersteilzeit	158.900,00	104.730,48				54.169,52
ausstehende Rechnungen	18.729,64					18.729,64
						0,00
	192.091,59	111.493,66	0,00	41.918,65	0,00	122.516,58

Die Rückstellungen sind gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Dabei werden künftige Preis- und Kostensteigerungen einbezogen. Sofern die Laufzeit der Rückstellung größer ein Jahr ist, erfolgt eine Abzinsung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre (Abzinsungssätze der deutschen Bundesbank). Die Altersteilzeitrückstellungen wurden nach den Grundsätzen IDW RS HFA 3 gebildet.

Die Zahlungsfähigkeit des Betriebes wurde ganzjährig gewährleistet.



#### D. Umsatzerlöse

Die wesentlichen Umsatzerlöse gliedern sich folgendermaßen:

Bereich	Umsatzerlöse 2015	Umsatzerlöse 2014	Differenz	Differenz
	EUR	EUR	EUR	%
VHS MTL	672.331,71	551.285,79	121.045,92	21,96
SLH	116.199,22	108.917,05	7.282,17	6,69
VHS LL	500.234,17	389.227,76	111.006,41	28,52
BQZ	913.287,97	866.305,92	46.982,05	5,42
	2.202.053,07	1.915.736,52	286.316,55	14,95

An der Volkshochschule Leipziger Land wurden im Jahr 2015 insgesamt 553 Kurse mit 13.821 Unterrichtsstunden und 5.286 Teilnehmern veranstaltet. An der Volkshochschule Muldental wurden 720 Kurse mit 19.419 Unterrichtsstunden und 8.695 Teilnehmern durchgeführt. Dazu kommen noch in Summe für beide VHS 107 Einzelveranstaltungen mit 1.437 Teilnehmern und Projekte.

Die außergewöhnliche Steigerung der Erträge aus Umsätzen erklärt sich durch eine stabile Ertragslage in den Volkshochschulen und dem Schullandheim in Bennewitz, sowie wesentlich durch die große Zahl an Deutschkursen für die Asylbewerber im Landkreis Leipzig. Im Jahr 2015 wurden fast allen Asylsuchenden im Landkreis Leipzig Integrationskurse mit Förderung durch das BAMF, Grundkurse a 320 Stunden, gefördert durch den Landkreis angeboten. Gegen Ende des Jahres wurden einige Kurse, gefördert durch die Bundesagentur konzipiert und beantragt, die ab Anfang 2016 umgesetzt wurden. Im Wirtschaftsjahr 2015 war die Zahl der Weiterbildungsmaßnahmen für Leistungsempfänger des Kommunalen Jobcenters außerhalb der vertraglich geregelten Übernahme der Bewerbercenter stabil. Die Ertragssteigerungen wurden ohne zusätzliches festangestelltes Personal in der Pädagogischen Leitungsebene erzielt.

#### E. Personal

Im Wirtschaftsjahr 2015 stellt sich der Personalaufwand wie folgt dar:

	2015	2014
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	1.229.104,30	1.109.958,45
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge	299.116,16	258.871,39
	1.528.220,46	1.368.829,84

In 2015 war für sechs vollbeschäftigte Mitarbeiter der Volkshochschule Muldental und fünf vollbeschäftigte Mitarbeiter der Volkshochschule Leipziger Land die Arbeitszeit auf freiwilliger Basis auf 95% und eine Mitarbeiterin der VHS Muldental auf 90% gesenkt.

Alle anderen Mitarbeiter der Volkshochschulen Muldental und Leipziger Land und des Schullandheimes haben ihre Arbeitszeiten entsprechend ihrer Arbeitsverträge beibehalten. Für das BerufsQualifikationsZentrum wurden neun Mitarbeiter in Teilzeit (je 0,75 VbE) befristet eingestellt. Die Beschäftigtenzahl betrug im Wirtschaftsjahr 36 (VJ: 36).

### **3. Chancen und Risikobericht**

#### **Chancen:**

Der Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig nahm zum 01.01.2012 seine Tätigkeit auf. Er verzeichnete auch im Wirtschaftsjahr 2015 eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung aller Betriebszweige. Aufgrund der Investitionen im Wirtschaftsjahr 2015, hat sich die Liquidität leicht verschlechtert. Für 2016 werden die im Finanzplan vorgesehenen Investitionen in der Höhe planmäßig nicht überschritten.

Die Zusammenarbeit der WeiterbildungsAkademie mit dem Kommunalen Jobcenter des Landkreises Leipzig hat sich 2015 weiter stabil entwickelt. Neben der Durchführung der Bewerbercenter gab es eine deutliche gestiegene Zahl von weiteren Bildungsmaßnahmen, mit denen der Eigenbetrieb durch das Kommunale Jobcenter des Landkreises Leipzig beauftragt wurde. Diese wurden in den beiden Volkshochschulen umgesetzt. Für 2016 wird von einer weiterhin gesicherten Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter ausgegangen.

Die Zusammenarbeit mit den Schulen der Region auf der Grundlage der abgeschlossenen Kooperationsverträge hat sich für die Volkshochschule Muldental weiter positiv entwickelt. Eine Fortsetzung und ein Ausbau der Zusammenarbeit werden angestrebt. Der Aufbau des Außenstellennetzes in der Volkshochschule Leipziger Land verläuft planmäßig und zeigt sich auch in 2016 durch weiter deutlich gestiegene Nachfrage nach den Kursen. Für die Volkshochschule Leipziger Land wird für 2016 aufgrund dieser Entwicklung mit einer weiteren Steigerung der Kurs- und Teilnehmerzahlen sowie der Erträge durch Entgelte gerechnet.

Eine besondere Herausforderung für 2016 ist die weiter deutlich gestiegene Zahl der Asylbewerber im Landkreis Leipzig. Während einerseits die Bearbeitung der Anträge auf Asyl durch das BAMF noch immer nicht ausreichend schnell erfolgt und damit die Durchführung der BAMF-geförderten Integrationskurse erheblich erschwert wird, gibt es nach wie vor keine Förderprogramme für die Sprachkurse für Asylbewerber aus „sicheren“ Herkunftsländern. Während einerseits diesen Personen Leistungen wie Unterbringung und Lebensunterhalt zustehen, steht die wichtigste Maßnahme zur Integration, der Erwerb von Sprachkenntnissen, ungeklärt im Raum. Im Haushalt des Landkreises Leipzig sind für diese Maßnahmen 400.000 € vorgesehen. Nach dem ersten Quartal 2016 ist abzusehen, dass diese Mittel nicht reichen werden, um allen Asylbewerbern einen Sprachkurs mit Ziel des Erwerbs der Sprachkompetenz auf dem Niveau A1 anzubieten.

#### **Risiken:**

Im Jahr 2013 wurde das Controlling in der WeiterbildungsAkademie vollständig überarbeitet und mit Wirkung zum 01.01.2014 eingeführt. Das neue Controllingsystem basiert auf Monatsberichten, die die

finanzielle und statistische Entwicklung darstellen. Ergänzt wird das Controlling durch die Erstellung einer Halbjahresbilanz.

Bestandteile der Monatsberichte sind:

#### Finanzberichte

1. die Einnahmen und Ausgaben entsprechend des Kontenplans darstellen
2. die Einnahmen und Ausgaben im Vergleich zum Wirtschaftsplan darstellen
3. die Einnahmen und Ausgaben im Vergleich zu den Vorjahreswerten darstellen

#### Statistikberichte

1. die Anmeldezahlen im Vergleich zu den Vorjahren gesamt und für die Fachbereiche darstellen
2. die Anmeldezahlen kumuliert zum Zeitpunkt des Semesterstart darstellen

#### Risikoeinschätzung 2016:

Das Risiko für 2016 wird gering bewertet. Sowohl die Erträge aus Entgelten als auch die Zuschüsse des Landkreises Leipzig und des Freistaates Sachsen für die beiden Volkshochschulen werden derzeit in Höhe der Planzahlen erwartet.

Ein nicht exakt einzuschätzendes Risiko besteht in den geplanten Spenden. Die Höhe der Spenden der Sparkasse Leipzig und der Sparkasse Muldental werden jeweils erst in der Verwaltungsratssitzung in der Mitte des Jahres bei Vorliegen der Jahresabschlüsse festgesetzt. Derzeit gibt es keine Anzeichen für eine gegenüber 2015 geänderte Spendenpraxis der Kreditinstitute. Wenn die Zahlen endgültig feststehen, erfolgt im Rahmen des Controllings eine zahlenmäßige Prüfung.

Eine Aussage über die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsunternehmen der Region ist derzeit nicht möglich. Damit dieser Entwicklung aber keine Ertragserwartungen für 2016 verknüpft sind, ist das Risiko gering. Eine Zahlungsunfähigkeit wird für 2016 nicht erwartet. Für diesen Fall wäre der Landkreis verpflichtet, die Zahlungsfähigkeit für den Eigenbetrieb herzustellen (SächsLKRO). Der Schuldenstand ist nahezu Null. Rechtsauseinandersetzungen bestehen zurzeit nicht.

#### Risikoeinschätzung 2017 ff:

Für die Jahre 2017 ff wird mit einer stabilen Entwicklung des Unternehmens gerechnet. Die Umsetzung der Unternehmensstrategie lässt steigende Erträge aus Entgelten erwarten. Entsprechend der Umsatzsteigerungen durch Entgelte und der deutlich gestiegenen Kosten für Honorare werden auch ausgabeseitig weitere Steigerungen erwartet.

Risikobehaftet ist die Förderung durch den Freistaat. Von diesem werden zurzeit etwa 10% der Erträge erzielt. Für 2016 wurde eine Absenkung des Fördersatzes pro UE angekündigt. Da in der politischen Diskussion eine Anhebung des Förderetats der Weiterbildung im Landeshaushalt nicht diskutiert wird, muss von einer weiteren Absenkung des Stundensatzes der Förderung auch für 2017 ausgegangen werden.

Ein weiteres Risiko besteht in der aufgrund der steigenden Zahlen für durchgeführte Unterrichtsstunden nicht mehr ausreichenden Personalausstattung im Pädagogischen Bereich und damit verknüpft in der Sachbearbeitung. Die Förderfähigkeit durch den Freistaat Sachsen ist durch eine Rechtsverordnung zur Förderung der Weiterbildung geregelt. Diese schreibt eine Mindestausstattung von Pädagogischen (HPM) Mitarbeitern vor. Für die VHS Muldental sind dabei bei über 20.000 Unterrichtseinheiten

mindestens 6 pädagogisch planende Mitarbeiter und für die VHS Leipziger Land 5 pädagogisch planende Mitarbeiter vorzuhalten. Diese Zahlen werden zurzeit in der VHS Muldental deutlich unterschritten und damit ist die Förderfähigkeit gefährdet.

Die Zuschüsse für die WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig durch den Landkreis basieren auf der mittelfristigen Finanzplanung des Landkreises Leipzig. Derzeit besteht ein Risiko durch den Tarifabschluss, wenn dieser über der vom Landkreis geplanten Steigerungsrate liegen sollte.

Das Risiko bei der Einwerbung von Projektmitteln ist aufgrund sich ständig ändernder Förderbedingungen nicht sicher zu beschreiben. Da in der Wirtschaftsplanung der WeiterbildungsAkademie Projektmittel nur eine marginale Rolle spielen, ist das Risiko ebenfalls gering.

#### **4. Prognosebericht**

Die durch den Kreistag beschlossene Strukturänderung bei den Eigenbetrieben im Bereich kommunal verantworteter Weiterbildung hat sich als richtige Entscheidung erwiesen. Die wirtschaftliche Entwicklung bis dato sowie die erwartete Entwicklung der nächsten Jahre bestätigen dies. Das wesentliche Ziel, durch Steigerungen bei den eigenerwirtschafteten Erträgen die Steigerung des Zuschussbedarfes durch den Landkreis auf dem Niveau der Steigerung der Personalkosten festzusetzen, ist realistisch. Die erfolgreiche Umsetzung der Unternehmensstrategie wird auch in den nächsten Jahren die erforderliche Steigerung der Erträge aus Entgelten ermöglichen. Insbesondere bietet die Strategielinie „Wirtschaftsunternehmen der Region“ erhebliches Entwicklungspotential. Auch in der Strategielinie „Zusammenarbeit mit Schulen“ wird von einer positiven Entwicklung in den nächsten Jahren ausgegangen. Die Strategielinie „Klassische VHS“ ist gekennzeichnet durch eine Sicherung des Status Quo bei der VHS Muldental und weitere Umsatzsteigerungen der VHS Leipziger Land. Für das BerufsQualifikationsZentrum wird eine weiterhin positive Entwicklung erwartet. Das Schullandheim befindet sich in einem stabilen Zustand bei konstant guter Nachfrage.

Die Umsetzung der Strategielinie „Projekte“ orientiert sich auf Projekte, die wirtschaftlich sinnvoll sind und inhaltlich in das Produktportfolio der WeiterbildungsAkademie passen. Eine Prognose ist aufgrund der schon beschriebenen Unstetigkeit und der Abhängigkeit von politischen Entscheidungen nicht gesichert möglich.

#### **5. Vorgänge von besonderer Bedeutung**

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Wirtschaftsjahres nicht eingetreten.

#### **6. Finanzbeziehungen zum Landkreis Leipzig**

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis Leipzig sind durch die Haushaltssatzung des Landkreises sowie den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes geregelt. Die Finanzbeziehungen zum Kommunalen Jobcenter des Landkreises werden durch jährliche Verträge geregelt.

Wurzen, 28. April 2016

Henry Graichen  
Landrat

Thomas Friedrich  
Direktor

## Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig

### Beteiligungsübersicht

Tel. 03433 269721  
Fax 03433 269720

An der Wyhra 1A  
04552 Borna

E-Mail kanders@musikschule-leipzigerland.de

Gründungsdatum 01.01.2012  
Rechtsform Eigenbetrieb

Gründung durch Beschluss am 06.07.2011

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der kommunale Eigenbetrieb Musikschulen setzt sich aus den beiden Betriebsteilen Musik- und Kunstschule "Ottmar Gerster" und der Musikschule Muldental "Theodor Uhlig" zusammen. Die Musikschulen bieten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Ausbildung in den Bereichen der bildenden und angewandten Kunst, der Musik und des Tanzes.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	1.011.921,79

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

### Lagebericht 2015

#### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

##### **1. Allgemeines**

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen hat zum 01.01.2012 seine Arbeit aufgenommen. Er besteht aus der Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ und der Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“. Beide waren zuvor in Trägerschaft des Landkreises in andere Eigenbetriebsstrukturen eingebunden.

Das Jahresergebnis des Eigenbetriebes beträgt 0,00 EUR. Ein Vorschlag zur Gewinnverwendung bzw. zur Verlustdeckung ist daher nicht notwendig.

Die inhaltliche Arbeit der beiden Betriebsteile wird wie folgt erläutert:

##### Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“

Die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 20 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2015 von durchschnittlich ca. 2.100 Schülerinnen und Schülern pro Woche ganzjährig in Anspruch genommen (insgesamt ca. 2.850 Teilnehmer). Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit sieben Grundschulen im Landkreis durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 350 Schülerinnen und Schüler eingebunden. Insgesamt nahmen ca. 3.200 Teilnehmer im Jahr 2015 Angebote in Anspruch.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Schule im Wirtschaftsjahr 2015 218 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 30.800 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden. Dies ist zugleich Spiegelbild des hohen Ansehens der Musikschule und der Verknüpfung mit zahlreichen Institutionen, Kommunen, Vereinen und Verbänden.

#### Musikschule Muldentale „Theodor Uhlig“

Die Musikschule Muldentale „Theodor Uhlig“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 15 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2015 von durchschnittlich ca. 1.100 Schülerinnen und Schülern ganzjährig in Anspruch genommen (insgesamt ca. 1.325 Teilnehmer). Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit sechs Grundschulen durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 215 Schülerinnen und Schüler eingebunden. Insgesamt nahmen ca. 1.540 Teilnehmer im Jahr 2015 Angebote in Anspruch.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Schule im Wirtschaftsjahr 2015 93 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 16.200 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden.

Weiterführende Aussagen finden sich unten.

## **2. Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes**

Die Nachfrage nach Musikschulangeboten ist konstant. Mit Gründung des Kommunalen Eigenbetriebes Musikschulen wurde zugleich eine angepasste Gebührensatzung durch den Kreistag des Landkreises Leipzig verabschiedet, die der Preis- und Lohnentwicklung auf dem Musikschulmarkt Rechnung trug, im Wirtschaftsjahr 2015 wurde die Gebührensatzung überarbeitet und den steigenden Personal- und Honorarkosten angepasst.

Die Gesamtkosten der beiden Musikschulen in den früheren Eigenbetrieben betrugen ca. 2,6 Mio. EUR. Der Aufwuchs auf ca. 3,2 Mio. EUR resultiert insbesondere aus höheren Abschreibungen, gestiegenen Personalkosten (Honorare, Löhne und Gehälter) und erhöhten Betriebsausgaben für das Gebäude in Markkleeberg.

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen legt mit dem Jahresabschluss 2015 ein ausgeglichenes Ergebnis vor.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis betragen 72.995,75 EUR, davon 71.315,53 EUR für nicht verbrauchte Zuschüsse.

### **Im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) 2015 lässt sich folgendes feststellen:**

	<i>Plan 2015</i>	<i>Ist 2015</i>	<i>Erläuterungen (Abweichung mehr als 5%)</i>
	<i>T EUR</i>	<i>T EUR</i>	
1. Umsatzerlöse	1.130,0	1.151,4	Zunahme durch Änderung Gebühren
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.007,0	2.014,6	
<b>Erträge GESAMT</b>	<b>3.137,0</b>	<b>3.166,0</b>	
5. Materialaufwand	576,0	616,7	Zunahme durch neue Honorarordnung
6. Personalaufwand	2.036,0	2.026,0	
7. Abschreibungen	192,0	172,8	Abnahme durch geringere Investitionen



8. Sonstige	333,0	350,5	Projekt „Bündnisse für Bildung“
<b>Aufwendungen GESAMT</b>	<b>3.137,0</b>	<b>3.166,0</b>	
<b>Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	

Der Eigenbetrieb erhielt im Wirtschaftsjahr 2015 Fördermittel des Freistaates Sachsen in Höhe von 274.435,00 EUR, Fördermittel des Kulturraumes Leipzig in Höhe von 462.300,00 EUR sowie einen Investitionszuschuss für die Anschaffung von zwei Flügeln in Höhe von 15.000,00 EUR ebenfalls durch den Kulturraum.

### **3. Prognose**

Eine Änderung der Auslastung der beiden Musikschulen ist derzeit nicht erkennbar. Änderungen im Wirtschaftsplan 2016 resultieren aus der Änderung der Honorarsätze für freiberufliche Lehrkräfte sowie aus einer gleichzeitigen Erhöhung der Gebühren. Für das Wirtschaftsjahr 2016 ist mit einer Personalkostenerhöhung von mindestens 2% durch tarifliche Vereinbarungen zu rechnen. Letztere liegen noch nicht vor.

### **4. Chancen und Risiken**

In den Beratungen der Betriebsleitung wurde das Risikomanagement für den Eigenbetrieb Musikschulen fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang sei auf folgende Sachverhalte hingewiesen:

- Die wirtschaftliche Lage des Kommunalen Eigenbetriebes Musikschulen wird wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig (Verlustausgleich) bestimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2016 liegt ein bestätigter Wirtschaftsplan vor, so dass die Aufgaben auch weiterhin wahrgenommen werden können. Nach Einschätzung des Direktors des Eigenbetriebes sind in der Zuschussgewährung keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.
- Entsprechend Wirtschaftsplan §§ 3 und 4 sind weder Kreditaufnahmen noch Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen; Kassenkredite mussten bisher nicht in Anspruch genommen werden, da die Liquidität des Eigenbetriebes gesichert war.
- Eine Änderung der Fördermittelsituation durch den Freistaat Sachsen ist derzeit nicht erkennbar; für das Wirtschaftsjahr 2016 liegt ein entsprechender Zuwendungsbescheid vor.
- Eine Änderung der Fördermittelsituation durch den Kulturraum Leipziger Raum ist im Wirtschaftsjahr 2016 nicht geplant; der Kulturraum erhält im Wirtschaftsjahr 2016 jedoch deutlich weniger Mittel durch den Freistaat Sachsen. Die angekündigten Fördermittel für den Eigenbetrieb sehen jedoch keine Kürzung vor. Über eine Neuordnung der Förderung der Musikschulen durch den Kulturraum wird in einer Arbeitsgruppe der Landkreise Leipzig und Nordsachsen derzeit beraten.
- Im Rahmen des Bildungsprogrammes „Kultur macht stark – Bündnisse für Bildung“ erhält die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ für ein Projekt in Kitzscher vom Verband deutscher Musikschulen (VdM) im Jahr 2016 Fördermittel. Ein entsprechender Bescheid liegt vor.
- Für Investitionen im Wirtschaftsjahr 2016 sind Mittel in Höhe von 60 TEUR im Wirtschaftsplan eingestellt. Diese beziehen sich vor allem auf die Anschaffung von Musikinstrumenten sowie Umbaumaßnahmen in Markkleeberg und Wurzen.
- Veränderungen in der Auslastung der Einrichtung sind nicht erkennbar.
- Im Lagebericht zum Jahresabschluss 2014 wurde ein Online-Banking-Schadensfall durch einen Fremdzugriff dargestellt. Der Schaden wurde vollständig durch die Sparkasse Leipzig reguliert. Der Virenschutz wurde daraufhin verbessert, die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter wurden neu eingewiesen.

Weitere Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Kern des Risikomanagements des Kommunalen Eigenbetriebes ist ein Risikofrüherkennungssystem. Dies beinhaltet

- Risikoidentifikation,
- Risikobewertung,
- Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation,
- Risikoüberwachung einschließlich Risikofortschreibung und
- Dokumentation.

Gegenüber dem Landratsamt Leipzig, Finanzverwaltung, wird regelmäßig ein Bericht zur Bewertung der Risiken erstellt.

#### **5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Wirtschaftsjahres**

Vorgänge von besonderer Bedeutung im Sinne des § 289 Abs. 1 und 2 Nr. 1 HGB haben sich nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht ereignet.

#### **6. Finanzbeziehungen zum Landkreis**

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis spiegeln sich im laufenden Wirtschaftsjahr insbesondere in zwei Positionen wider:

- a) Zuschuss des Trägers auf Grundlage des Wirtschaftsplanes bzw. des Haushaltplanes des Landkreises und
- b) Leistungsverrechnung für in Anspruch genommene Leistungen (insbesondere Leistungen des Haupt- und Personalamtes für Versicherungen, Arbeitssicherheit, Personalverwaltung u.ä.).

Dies sind Zuschüsse im Sinne des § 27, Abs. 3 SächsEigBVO.

Eine Gewinnabführung an den Landkreis erfolgt nicht. Kredite wurden nicht getätigt.

Borna, den 27.04.2016

Dr. Anders

Direktor

## **Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform**

**Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von 25 %**

- 1.     Regionalbus Leipzig GmbH**
- 2.     Kliniken des Muldentalkreises gGmbH  
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH  
Servicegesellschaft Muldental mbH**
- 3.     WILL – Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.**
- 4.     KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH**

## Regionalbus Leipzig GmbH

### Beteiligungsübersicht

Leipziger Straße 79  
04828 Deuben

Tel. 03425/8989100  
Fax 03425/898913  
Email [info@regionalbusleipzig.de](mailto:info@regionalbusleipzig.de)  
Internet <http://www.regionalbusleipzig.de>

Gründungsdatum 13.05.1992

Rechtsform GmbH

*Gründung durch Beschluss am 20.02.1992*

*Letzte Änderung am 16.07.2015*

*Handelsregistereintrag am 01.09.2015 unter HRB 7969*

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		500.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	500.000,00 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft darf allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im Sinne von § 96a Abs. 1 Halbsatz 1 SächsGemO Tochtergesellschaften oder Mehrheitsbeteiligungen nur gründen, übernehmen und unterhalten, wenn deren Gesellschaftsverträge oder Satzungen den Nrn. 1, 2 und 4 bis 13 des § 96a Abs. 1 SächsGemO entsprechende Regelungen enthalten.

Die Gesellschaft ist allgemein berechtigt, alles zu tun, was ihrem Geschäftszweck nützt oder nützen kann und durch das Gesetz gestattet ist.

Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit anderen Unternehmen abschließen.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	8.498.160,32

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

### Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	1,7000 %	1.250,00

**Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

**I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit**

Die Regionalbus Leipzig GmbH (im Folgenden auch Regionalbus Leipzig oder Gesellschaft genannt) kann auf ein im Vergleich zum Wirtschaftsplan sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2015 zurückblicken. Die beauftragten Verkehrsleistungen im gesamten Bediengebiet wurden zuverlässig erbracht und konnten erweitert werden.

Grundlage für die Erbringung der Verkehrsleistungen bildet seit dem 01.01.2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 09.10.2013.

Seit dem 13.12.2015 betreibt die Regionalbus Leipzig die Linie 106 im Raum Markkleeberg. Die zusätzliche Verkehrsleistung wurde vom Landkreis Leipzig auf dem Weg der Direktvergabe an die Regionalbus Leipzig GmbH bis zum 31.12.2023 vergeben. Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental werden nach wie vor von vertraglich gebundenen Nachauftragnehmern der Gesellschaft erbracht.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 27. November 2014 in der Fassung vom 16. Juli 2015 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 16. Juli 2015 wurde u. a. das Stammkapital der Gesellschaft auf TEUR 500 erhöht und § 3 des Gesellschaftsvertrages entsprechend geändert.

Die Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienverkehr stellt mit ca. 95 % des Leistungsvolumens den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft dar.

Die übrigen Geschäftsfelder Gelegenheits-, Vertrags- und Schienenersatzverkehr nahmen mit 5 % einen vergleichsweise geringen Anteil am Leistungsumfang der Gesellschaft ein. Diese erreichten im Wesentlichen die im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr aufgestellten Erwartungen.

**II. Wirtschaftsbericht**

**Vermögenslage**

Im Geschäftsjahr 2015 erhöhte sich vor allem durch Investitionen in den Ausbau und die Erneuerung der Busflotte sowie das Rechnergestützte Betriebsleitsystem (RBL) das Anlagevermögen. Im Gegenzug erhöhten sich durch die hierfür aufgenommenen Kredite die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie aufgrund der für die Investitionen vereinnahmten Zuschüsse der Sonderposten für Investitionszuschüsse.

Nachfolgend wird die Vermögenslage nach Liquiditätsgesichtspunkten gegliedert dargestellt. Posten mit Fälligkeit bis zu einem Jahr werden als kurzfristig, alle übrigen Posten als mittel- und langfristig eingestuft.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wird zu zwei Dritteln dem Eigenkapital zugerechnet (künftige gewinnerhöhende Wirkung bei der Auflösung), der verbleibende Betrag spiegelt die potenzielle Ertragssteuerbelastung wider, die im Fremdkapital ausgewiesen wird.

**Vermögensstruktur**

	<b>31.12.2015</b>		<b>31.12.2014</b>		<b>+/-</b>
	<b>TEUR</b>	<b>%</b>	<b>TEUR</b>	<b>%</b>	
Immaterielle Vermögensgegenstände	58	0,3	67	0,3	-9
Sachanlagen	16.863	74,1	14.544	72,2	2.319
Finanzanlagen	1	0,0	1	0,0	0
<b>langfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>16.922</b>	<b>74,4</b>	<b>14.612</b>	<b>72,5</b>	<b>2.310</b>
Vorräte	221	0,8	223	1,1	-2
Lieferforderungen	106	0,5	120	0,6	-14
Sonstige Vermögensgegenstände, RAP	1.314	5,8	1.232	6,1	82

Flüssige Mittel	4.201	18,5	3.962	19,7	239
<b>Kurzfristiges Vermögen</b>	<b>5.842</b>	<b>25,6</b>	<b>5.537</b>	<b>27,5</b>	<b>305</b>
<b>insgesamt</b>	<b>22.764</b>	<b>100,0</b>	<b>20.149</b>	<b>100,0</b>	<b>2.615</b>

### Kapitalstruktur

bilanzielles Eigenkapital	6.646	29,1	5.866	29,1	780
2/3 Sonderposten Investitionszuschüsse = Eigenkapitalähnliche Mittel	4.693	20,6	3.679	18,3	1.014
<b>betriebswirtschaftliches Eigenkapital</b>	<b>11.399</b>	<b>49,7</b>	<b>9.545</b>	<b>47,4</b>	<b>1.794</b>

### Fremdkapital

1/3 Sonderposten Investitionszuschüsse	2.347	10,3	1.839	9,1	508
Bankverbindlichkeiten (> 1 Jahr)	4.361	19,2	4.194	20,8	167
<b>Mittel- / langfristiges Fremdkapital</b>	<b>6.708</b>	<b>29,5</b>	<b>6.033</b>	<b>29,9</b>	<b>675</b>

Rückstellungen	263	1,1	335	1,7	-72
kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.334	5,9	1.075	5,3	259
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	836	3,7	525	2,6	311
Verbindlichkeiten gegenüber MDV GmbH	36	0,2	15	0,1	21
Sonstige Verbindlichkeiten, pass. RAP	2.248	9,9	2.621	13,0	-373
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>4.717</b>	<b>20,8</b>	<b>4.571</b>	<b>22,7</b>	<b>146</b>
<b>insgesamt</b>	<b>22.764</b>	<b>100,0</b>	<b>20.149</b>	<b>100,0</b>	<b>2.615</b>

### Investitionen

Im Geschäftsjahr 2015 wurden folgende Investitionen getätigt:

	TEUR
Omnibusse	3.605
Rechnergestütztes Betriebsleitsystem (RBL)	759
sonstige Ausstattung	96
E-Ticketing	73
Grundstücke und Gebäude	58
Software	18
<b>insgesamt</b>	<b>4.609</b>

Die Businvestitionen setzen sich zusammen aus Ersatzinvestitionen (16 Busse, TEUR 3.545) und dem Einbau von Klimageräten in Bestandsfahrzeuge (9 Busse, TEUR 60).

Die Investitionen in Grundstücke und Gebäude betreffen den Betriebsteil Deuben (Büroanbau am Werkstattgebäude).

Die sonstige Ausstattung umfasst Ausrüstungsgegenstände für Werkstätten und Büros der einzelnen Betriebsteile, Dynamische Fahrgastinformationen (DFI)-Säulen im Bediengebiet Zwenkau und die Fertigstellung der zentralen Schließanlage der Regionalbus Leipzig.

## Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war auf der Basis eines detaillierten Liquiditätsplans in Verbindung mit den erhaltenen Betriebskostenzuschüssen (BKZ) sowie zeitnaher Leistungsabrechnung und einem aktuellen Mahnwesen jederzeit gesichert.

Verbindlichkeiten wurden innerhalb vereinbarter Fristen beglichen.

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Mittelherkunft und -verwendung in den drei Bereichen „operative Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“. Positive Beträge stellen Mittelzuflüsse, negative Beträge Mittelabflüsse dar.

	2015 TEUR	2014 TEUR
Jahresergebnis	781	753
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2.297	2.009
Auflösung der Sonderposten	-651	-565
Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-41	-1
<b>Brutto-Cashflow</b>	<b>2.386</b>	<b>2.196</b>
Veränderung der Vorräte	2	-106
Veränderung der Forderungen/RAP	-67	-497
Veränderung der kurzfristigen Rückstellungen	-72	174
Veränderung der Verbindlichkeiten/Pass. RAP	-39	934
<b>Veränderung des Nettoumlaufvermögens</b>	<b>-176</b>	<b>505</b>
<b>Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit</b>	<b>2.210</b>	<b>2.701</b>
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	43	11
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-4.609	-5.353
Investitionszuschüsse	2.170	874
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-2.396</b>	<b>-4.468</b>
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	2.150
Veränderung der Finanzkredite	425	1.201
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>425</b>	<b>3.351</b>
Veränderung der flüssigen Mittel	239	1.584
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3.962	2.378
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>4.201</b>	<b>3.962</b>

## Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt im Ist wesentlich besser ab als im Wirtschaftsplan 2015 veranschlagt. Resultierend aus den Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Übernahme des neuen Bediengebietes Zwenkau sowie der Inbetriebnahme des Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes und den damit verbundenen Erlösverschiebungen im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) war bei der Erstellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2015 noch von deutlich geringeren Einnahmen im ÖPNV-Linienvverkehr ausgegangen worden. Demgegenüber lagen die Einnahmen im ÖPNV-Linienvverkehr im Jahr 2015 im Vergleich zum Jahr 2014 nochmals um 5,73 % höher. Zum Jahresergebnis haben außerdem auch geringere Aufwendungen im Materialbereich beigetragen.



Zur Analyse der Ertragslage werden im Folgenden die Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung abweichend vom handelsrechtlichen Schema nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert dargestellt.

	2015		2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	15.394	100,0	14.529	100,0	865	6
Materialaufwand						
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-2.770	-18,0	-2.947	-20,3	177	-6
b) bezogene Leistungen	-1.988	-12,9	-1.951	-13,4	-37	2
	<u>-4.758</u>	<u>-30,9</u>	<u>-4.898</u>	<u>-33,7</u>	<u>140</u>	<u>3</u>
Personalaufwand	-7.500	-48,7	-6.745	-46,5	-755	11
übrige Aufwendungen	-1.455	-9,5	-1.414	-9,7	-41	3
Betriebsaufwand gesamt	<u>-13.713</u>	<u>-89,1</u>	<u>-13.057</u>	<u>-89,9</u>	<u>-796</u>	<u>6</u>
sonstige betrieblichen Erträge	1.438	9,30	1.381	9,5	57	4
<b>Ergebnis vor Abschreibungen und Zinsen</b>	<b>3.119</b>	<b>20,3</b>	<b>2.853</b>	<b>19,6</b>	<b>266</b>	<b>9</b>
Abschreibungen	<u>-2.297</u>	<u>-14,9</u>	<u>-2.009</u>	<u>-13,8</u>	<u>-288</u>	<u>13</u>
<b>ordentliches Ergebnis</b>	<b>822</b>	<b>5,3</b>	<b>844</b>	<b>5,8</b>	<b>-22</b>	<b>0</b>
Neutrales Ergebnis	32	0,2	17	0,1	15	88
Zinsergebnis	<u>-73</u>	<u>-0,5</u>	<u>-108</u>	<u>-0,7</u>	<u>35</u>	<u>32</u>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>781</b>	<b>5,0</b>	<b>753</b>	<b>5,2</b>	<b>28</b>	<b>4</b>

Die Erhöhung der Umsatzerlöse (TEUR 865) in 2015 lässt sich im Wesentlichen wie folgt erklären:

	TEUR
Betriebskostenzuschüsse	384
ÖPNV-Linienverkehr	419
Vertragsverkehr	7
Gelegenheitsverkehr	41
Schienenersatzverkehr	<u>14</u>
<b>insgesamt</b>	<b>865</b>

Die Personalaufwendungen liegen aufgrund von Leistungserweiterungen und damit verbundenen Neueinstellungen von Fahrpersonal über dem geplanten Wert für 2015.

Die Abschreibungen blieben wie bereits im Vorjahr aufgrund der weiterhin nicht endgültigen Fertigstellung des RBL-Systems unter den Erwartungen. Ein Abschluss des Vorhabens ist nunmehr für 2016 geplant, wodurch die Abschreibungen in 2016 deutlich steigen dürften.

Mit einem Ergebnis in Höhe von TEUR 32 (2014: TEUR 17) kommt dem neutralen Ergebnis auch in diesem Geschäftsjahr keine entscheidende Bedeutung zu.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2015 TEUR	2014 TEUR
<b>Erträge</b>		
Periodenfremde Erträge	24	82
Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen	41	10
Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen	1	1
Auflösung Rückstellungen	16	0
<b>zusammen</b>	<b>82</b>	<b>93</b>
<b>Aufwendungen</b>		
Periodenfremde Aufwendungen	-41	-64
Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	-9
Forderungsverluste sowie Zuführungen von Wertberichtigungen	-9	-3
<b>zusammen</b>	<b>-50</b>	<b>-76</b>
<b>insgesamt</b>	<b>32</b>	<b>17</b>

### III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag, die Einfluss auf die Vermögens-Finanz- und Ertragslage haben, gab es nicht.

### IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Leistungserbringung durch die Regionalbus Leipzig GmbH erfolgt auf der Basis des vom Landkreis Leipzig bis zum 31.12.2023 erteilten ÖDA. Hierdurch wird u.a. vertraglich geregelt, dass die Gesellschaft für die zu erbringenden Verkehrsleistungen entsprechende Zuschüsse erhält, ohne die der öffentliche Personennahverkehr nicht kostendeckend betrieben werden könnte. Diese Zuschüsse sind von entscheidender Bedeutung für die finanzielle Ausstattung und die Ertragssituation der Gesellschaft.

Zur Erkennung von Risiken haben wir ein Risikomanagementsystem eingerichtet, womit Risiken frühzeitig erkannt werden sollen, um gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zur Gegensteuerung einleiten zu können.

Im Rahmen der Planung des Verkehrsangebotes sind regionale und demografische Entwicklungen zu berücksichtigen, die Einfluss auf die Nachfrage nach öffentlichen Personenverkehrsleistungen haben. Die Regionalbus Leipzig ist in verschiedene Projekte eingebunden, die diesen Entwicklungen Rechnung tragen und die Schaffung bedarfsgerechter Angebote zum Ziel haben, so z.B. das Modellvorhaben „Muldental in Fahrt“ oder die Erarbeitung des ÖPNV-Konzeptes für das Südliche Leipziger Neuseenland. Bestehende Fahrgäste sollen so an Regionalbus Leipzig gebunden und Potenziale zur Gewinnung neuer Fahrgastgruppen erschlossen werden.

In engem Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Verkehrsangebotes stehen die Bestrebungen zum Ausbau der Qualität der erbrachten ÖPNV-Leistungen. Basierend auf dem für das Jahr 2016 vorgesehenen Abschluss des Grundprojektes zum Aufbau eines RBL-Systems sollen daher die begonnenen Investitionsvorhaben zur Verbesserung der Anschlussbeziehungen und der Bereitstellung von fahrtbezogenen Informationen für die Fahrgäste sowie zur Modernisierung der Fahrzeugflotte fortgeführt werden. In diesem Zusammenhang sind die aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Informations- und Fahrzeugtechnik zu berücksichtigen.

Im Zuge der Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft besteht der Bedarf zur Erweiterung und zum Ausbau der betrieblichen Anlagen in den Betriebsteilen Deuben und Zwenkau.

Aufgrund des hohen Investitionsvolumens, das zur Umsetzung dieser Vorhaben erforderlich ist, müssen die bestehenden Förderprogramme entsprechend genutzt werden. Hierbei besteht das Risiko eines rückläufigen Fördervolumens sowie der Nichtberücksichtigung der Vorhaben der Gesellschaft in den entsprechenden Programmen.

Vor dem Hintergrund der Fortschreibung der für Regionalbus Leipzig geltenden Tarifverträge und der Notwendigkeit der Deckung des Bedarfs an Fachkräften ist auch künftig mit steigenden Personalaufwendungen zu rechnen. In diesem Zusammenhang kommt der kontinuierlichen Sicherung

der Finanzierung des ÖPNV eine besondere Bedeutung zu. Neben der Fortschreibung des Betriebskostenzuschusses sind in diesem Kontext auch die Möglichkeiten zur Steigerung der Erlöse im Linienverkehr auszuschöpfen, wobei die bessere Vermarktung der angebotenen Verkehrsleistungen einen Arbeitsschwerpunkt bilden soll. Gleichzeitig besteht die Aufgabe der Nutzung von Synergien und Einsparungspotenzialen zur Gewährleistung einer effizienten Leistungserbringung.

Für das Jahr 2016 wird mit Einnahmen im ÖPNV-Linienverkehr von TEUR 6.410 (2015: TEUR 6.210) geplant. Die Regionalbus Leipzig plant für 2016 ein Jahresergebnis von TEUR 461. Die in den Folgejahren angestrebten Jahresergebnisse orientieren sich an den Regelungen des ÖDA und sollen die Eigenkapitalquote der Gesellschaft weiter stabilisieren. Der Anteil der von Nachauftragnehmern erbrachten Verkehrsleistungen wird sich im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Vor dem Hintergrund der Vorläufigkeit der Bescheide über den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Ausbildungsverkehr für die zurückliegenden Jahre bis 2013 wird auf das hiermit verbundene Risiko für die Gesellschaft verwiesen.

#### **V. Zusätzliche Angaben gemäß § 99 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)**

Die nachfolgenden Angaben erfolgen nur soweit sie sich nicht schon aus dem Jahresabschluss und den vorangegangenen Ausführungen im Lagebericht ergeben.

Alleiniger Gesellschafter der Gesellschaft ist der Landkreis Leipzig.

Zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31.12.2015 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 wurde die Baker Tilly Roelfs AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig bestellt.

Deuben, 6. Mai 2016

## Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft

### Beteiligungsübersicht

Kutusowstraße 70  
04808 Wurzen

Tel. 03425/932102  
Fax 03425/932399

Email [kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de](mailto:kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de)  
Internet <http://www.kh-wurzen.de>

Gründungsdatum 19.12.2003

Rechtsform GmbH

*Gründung durch Beschluss am 25.09.2003*

*Letzte Änderung am 16.08.2012*

*Handelsregistereintrag am 31.03.2004 unter HRB 20554*

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	25.000,00 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

- (1) Ziel des Unternehmens ist die optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung.
- (2) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Krankenhäusern im Landkreis Leipzig einschließlich Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben.
- (3) Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienen.
- (4) Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und an sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Gewinnabführung	200.000,00

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

### Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	100,0000 %	25.000,00
Servicegesellschaft Muldental mbH	100,0000 %	25.000,00

**Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

**I. Allgemeines**

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft betreibt die Betriebsstätten in Grimma und Wurzen laut Krankenhausplan als Einrichtungen der Regelversorgung, um die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet, d. h., die stationäre und ambulante Betreuung von Patienten, sicherzustellen.

Sie sind im Krankenhausplan 2014 bis 2015 des Freistaates Sachsen mit insgesamt 355 Planbetten aufgenommen.

Eine Aufteilung auf die Fachabteilungen wurde wie folgt vorgenommen:

	Betten
Chirurgie (davon 10 Betten ITS)	108
Innere Medizin (davon 4 Betten ITS)	187
Gynäkologie und Geburtshilfe	28
Pädiatrie	20
Urologie	10
Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung	1
Augenheilkunde	1
Gesamt	355

Die seit dem Jahr 2006 als 100%ige Tochtergesellschaft zum Konzern gehörende Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH mit 3 Altenpflegeheimen und einer Gesamtkapazität von 140 Pflegeplätzen und einem ambulanten Pflegedienst bietet stationäre und ambulante Altenpflege in hoher Qualität an. Die Altenheimgesellschaft betreibt medizinische Versorgungszentren an den Standorten Colditz (Allgemeinmedizin, Gynäkologie/Geburtshilfe), Grimma (Allgemeinmedizin, Gynäkologie/Geburtshilfe) und Wurzen (Allgemeinmedizin, Chirurgie, Pädiatrie und Gynäkologie/ Geburtshilfe) zur ambulanten medizinischen Betreuung von Patienten im Einzugsgebiet.

Die am 2. Januar 2007 gegründete Servicegesellschaft Muldental mbH erbringt Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Catering und Unterhaltsreinigung sowie Rezeption, Sicherheit, Archiv und Sterilisation von medizinischen Instrumenten und Verbrauchsmaterial, vorrangig für die Muldentalkliniken GmbH.

**II. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

**1. Grundlagen der Betriebsführung**

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan                      - Vermögensplan                      - Stellenübersicht.

Der Wirtschaftsplan wird um einen Liquiditätsplan ergänzt.

Mit den Kostenträgern wurden für das Jahr 2015 im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen Leistungen nach Art und Menge sowie ein dazugehöriges Budget vereinbart.

Dabei wurden die allgemeinen Krankenhausleistungen durch Fallpauschalen (DRG) gemäß Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) vergütet. Für die Abrechnung der Leistungen im stationären Bereich erfolgte die Ermittlung eines Erlösbudgets. Folgende Bewertungsrelationen lagen dem Budget zugrunde:

Summe der effektiven Bewertungsrelationen inklusive Jahresüberlieger	15.080,956
Mittelwert der vereinbarten Bewertungsrelationen	0,822
Landesbasisfallwert 2015	EUR 3.190,81

Das Gesamtbudget für die Muldentalkliniken GmbH betrug EUR 48.754.926. Dieses setzt sich zusammen aus:

	Anzahl	EUR
Fallpauschalen nach E1 – Jahresfälle	18.136	46.794.416
Fallpauschalen nach E1 – Überlieger	208	1.326.049
Zusatzentgelte E2 nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 KHEntgG – Jahresfälle	526	621.632
Zusatzentgelte E2 nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 KHEntgG – Überlieger	11	12.829

## 2. Leistungsdaten

### 2.1. Leistungsdaten 2015

	Plan	Ist	Abweichung
Fallzahl vollstationär inkl. Neugeborene	18.344	18.127	-217
Ø Verweildauer	-	5,77	-
Nutzungsgrad der Planbetten in %	-	80,7	-

### 2.2. Leistungsentwicklung 2003 – 2015

Jahr	Planbetten im Jahresdurchschnitt	DRG-Fallzahl inkl. Überlieger	Ø Verweildauer
2015	355	18.127	5,77
2014	355	18.420	5,70
2013	365	18.059	5,72
2012	365	18.172	5,81
2011	375	17.891	6,04
2010	375	17.542	6,17
2009	375	17.120	6,27
2008	375	16.629	6,76
2007	375	16.086	6,88
2006	415	15.600	7,11
2005	435	15.447	7,17
2004	459	15.516	7,64
2003	459	15.772	8,58

## 3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2015 wurde bei Gesamterlösen in Höhe von TEUR 59.657 (2014: TEUR 59.128) und einem Aufwand in Höhe von TEUR 59.144 (2014: TEUR 58.664) ein Betriebsergebnis von TEUR 513 (2014: TEUR 464) erwirtschaftet.

Die Zunahme der betrieblichen Erträge ist auf den Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen zurückzuführen, die im Berichtsjahr um TEUR 1.755 (3,68 %) auf TEUR 49.384 gestiegen sind. Ursache dafür waren die Budgetsteigerungen im Vergleich zum Jahr 2015. Diese resultieren überwiegend aus der Erhöhung des Landesbasisfallwertes.

Die Ausgleichsbeträge für das Geschäftsjahr 2015 betragen aufgrund der erzielten Mehrerlöse TEUR - 26 (Mehrerlöse 2014: TEUR -563).

Die Personalaufwendungen und der medizinische Sachbedarf beeinflussen die betrieblichen Aufwendungen mit 64,9 % bzw. 14,3 % am meisten.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigten (VK) der Krankenhäuser und die dazugehörigen Personalkosten (EUR) im Vergleich des Jahres 2015 zu 2014:

	2015	2014
Vollkräfte	549	550
	2015	2014
	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter	29.708.325,88	29.155.867,60
Soziale Abgaben und Aufwendungen	5.868.361,23	5.617.087,13
davon für Altersversorgung und Unterstützung	891.727,47	872.253,108
Gesamt	35.576.687,11	34.772.954,73

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2014 um TEUR 804 gestiegen. Die Erhöhung resultiert aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD. Für die betriebliche Altersversorgung wurden Beiträge von insgesamt 5,2 % abgeführt. Dabei änderte sich der Anteil Arbeitgeber/Arbeitnehmer im Vergleich zum Jahr 2014 nicht. Er betrug für den Arbeitgeber 3,2 %, und der Arbeitnehmeranteil betrug 2,0 %. Bei den Ärzten betrug der Arbeitgeberanteil 1,2 % und der des Arbeitnehmers 4,0 %.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit betreffen Arbeitnehmer, die zum Bilanzstichtag die Voraussetzung für Altersteilzeitarbeitsverhältnisse erfüllen und eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet hatten. Im Berichtsjahr beinhalteten die Rückstellungen für Altersteilzeit Verpflichtungen für insgesamt 7 Arbeitnehmer in bestehenden Altersteilzeitverhältnissen. Alle Arbeitnehmer wählten jeweils das so genannte Blockmodell. Insgesamt bestehen dafür Rückstellungen in Höhe von TEUR 158.

Die Materialaufwendungen sind im Berichtsjahr um TEUR 476 gestiegen. Diese Steigerung betrifft den medizinischen Bedarf in Höhe von TEUR 271 infolge der allgemeinen Preissteigerungen und einer Umsatzsteigerung bei der Belieferung Dritter durch die Krankenhausapotheke. Außerdem erfolgte eine Preisanpassung durch die Servicegesellschaft infolge Tarifierhöhung in den Bereichen Zentralsterilisation und Reinigung sowie eine Vertragserweiterung beim medizinischen Hol- und Bringendienst.

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Berichtsjahr eine Steigerung um TEUR 1.153 zu verzeichnen, die entstanden ist durch Aufwendungen für Brandschutzauflagen, Wertberichtigungen auf Forderungen, Archivierungskosten und Einsatz von Fremdpersonal. Dem standen rückläufige Rechts- und Beratungskosten gegenüber.

Das Investitions- oder Abschreibungsergebnis verbesserte sich im Berichtsjahr um TEUR 108.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 16 aufgrund geringerer Zinsaufwendungen verbessert.

#### 4. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen (ohne den aktivischen Ausgleichsposten) von TEUR 67.203 (2014: TEUR 68.987) lag um TEUR 1.784 unter dem des Jahres 2014. Das Vermögen betrifft Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 80,9 %, Vorräte mit 1,4 %, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit 8,7 % und liquide Mittel mit 8,9 %. Die Finanzierung erfolgt mit 19,0 % durch Eigenkapital, mit 71,5 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 9,5 % mit kurzfristigen Fremdmitteln.

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zu 2014 um TEUR 1.313 verringert und ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um Zugänge für Ersatzinvestitionen im klinischen Bereich, Lizenzen und Hardware im Zusammenhang mit der Aufrüstung von Speicherplatz.

Die Anlagen im Bau erhöhten sich entsprechend des Baufortschritts beim Projekt „Errichtung Palliativstation und Umbau phys. Therapie“ am Standort Wurzen. Das Projekt ist gemäß Bewilligungsbescheid vom Dezember 2014 mit der Höchstbetragsförderung in Höhe von TEUR 2.245 versehen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen nahmen im Vergleich zum Jahr 2014 um TEUR 695 zu. Diese Veränderung resultiert im Wesentlichen aus höheren Forderungen gegenüber Krankenkassen.

Gegenüber der Tochtergesellschaft Altenheimgesellschaft bestehen nur noch Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.



Für die Einzelfördermaßnahme „Errichtung Palliativstation und Umbau phys. Therapie“ wurde im Berichtsjahr nahezu die gesamte Fördersumme ausgereicht. Daher verringerten sich die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht aus diesem Sachverhalt um TEUR 2.200.

Die Veränderung des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresüberschuss des Jahres 2015.

Die sonstigen Rückstellungen erhöhten sich gegenüber 2014 wie folgt:

	EUR
Anfangsbestand per 1.1.2015	3.707.169,66
Inanspruchnahme	2.491.690,44
Auflösung	189.921,67
Zugang	2.278.485,61
Ab-/Aufzinsung	23.926,00
Endbestand per 31.12.2015	3.327.969,16

Bei dem leichten Rückgang des Rückstellungsbedarfs sind die Rückstellungen vor allem durch Verpflichtungen für Brandschutzmaßnahmen geprägt.

Die Verbindlichkeiten sanken in Höhe von TEUR 1.056 im Vergleich zum Vorjahr. Die Verbindlichkeiten aus Fördermitteln und nach dem KHEntgG sanken aufgrund des Baufortschritts beim Vorhaben Palliativstation um TEUR 1.105 bzw. wegen der Rückführung von Budgetausgleichen um TEUR 575.

### III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Muldentalkliniken GmbH derzeit nicht abzuleiten.

Die bereits in den vergangenen Jahren begonnenen umfangreichen Reklamationen seitens der Krankenkassen zu abgerechneten Fällen bis hin zur Prüfung durch den MDK haben sich weiterhin verschärft. Neue Regularien im Bereich der Abwicklung der Prüfungen bieten den Kostenträgern erweiterte Möglichkeiten zur Einbehaltung von Forderungen. Diese führten teilweise zu rückwirkenden Korrekturen der bereits gelegten Rechnungen und haben in erheblichem Maße zu erhöhten Forderungen geführt.

Die Budgetplanungen für das Jahr 2015 waren, wie im Vorjahr, durch umfangreiche Veränderungen des DRG-Systems, die erst zu Jahresbeginn zur Verfügung standen, erschwert. Die Budgetverhandlung für das Jahr 2015 hat im Mai stattgefunden. Es konnten im stationären Bereich Mehrleistungen von etwa 2 % vereinbart werden. Im Geschäftsjahr 2015 wurden die vereinbarten Budgetvorgaben übererfüllt (Abweichung - 1,2 % bei Gesamtfallzahl und + 0,4 % bei Gesamt-BWR). Für das Geschäftsjahr 2016 wird mit einer Budgetsteigerung auf Basis der Erhöhung des Basisfallwertes und Mehrleistungen gerechnet.

Infolge der Verabschiedung des Krankenhausstrukturgesetzes wird sich zukünftig die Vergütung der Krankenhäuser verstärkt an Qualitätsmerkmalen orientieren. Die Möglichkeiten zur Ausweitung der stationären Leistungen werden durch die gesetzliche Neuregelung des Fixkostendegressionszuschlags eingeschränkt.

Risiken für die Kliniken ergeben sich weiterhin durch strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen:

- Ein Teil der bisher stationären Leistungen kann nur noch ambulant erbracht werden, woraus tendenziell ein Absinken der stationären Fallzahl resultiert. Durch Verbesserung des stationären Leistungsangebots bzw. durch strukturelle Anpassungen ist dieser Entwicklung entgegenzuwirken.
- Festlegung von Mindestmengen bei bestimmten Eingriffen. Bei Unterschreitung dürfen diese Leistungen nicht mehr angeboten werden.
- Die zunehmende Bildung von Zentren für bestimmte Erkrankungen führt zur Lenkung von Patienten in andere Krankenhäuser, wenn am eigenen Krankenhaus die Bedingungen für ein solches Zentrum nicht geschaffen werden können.

Durch die erweiterte Teilnahmemöglichkeit an der ambulanten Versorgung, wie z.B. das Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren, die Einbindung von Krankenhäusern in die ambulante Notfallversorgung und die Schaffung medizinischer Zentren am eigenen Krankenhaus, ergeben sich gleichzeitig neue Chancen für die Profilierung.

Ein besonderes Risiko stellt nach wie vor der Mangel an ärztlichen Fachkräften dar. Es ist schwierig, freie Facharztstellen zeitnah zu besetzen.

Die bereits in den Berichten vergangener Jahre genannten erschwerenden Faktoren zur zusätzlichen Altersversorgung und Steigerung im Sachkostenbereich wirken weiter fort.

Ein wesentliches Risiko sieht die Geschäftsführung in den hohen Tarifsteigerungen für Ärzte (Marburger Bund) und für die übrigen Beschäftigten (Verdi) durch beträchtliche Personalkostenerhöhungen, die durch die Krankenkassen wegen gesetzlicher Vorgaben nicht vollständig ausgeglichen werden.

Der Tarifabschluss für Ärzte (Laufzeit ab Dezember 2014 bis August 2016) brachte eine Erhöhung um 1,9 % sowie indirekte Steigerungen durch Erhöhung der Zeitzuschläge für Bereitschafts- und Wochenenddienste.

Im Jahr 2014 fanden Tarifverhandlungen bei den übrigen Beschäftigten statt. Es gab im Geschäftsjahr 2015 Tarifsteigerungen (zum 01.03.2015 um 2,4 %).

Die Geschäftsführung erwartet auch für die nächsten Jahre positive Ergebnisse für die Muldentalkliniken und deren Tochtergesellschaften.

Für das Geschäftsjahr 2016 geht die Geschäftsführung von einem Jahresergebnis etwas unterhalb des Geschäftsjahres 2015 aus.

#### IV. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres bisher nicht aufgetreten.

#### V. Prognosebericht

Wir erwarten für das Jahr 2016 einen gegenüber dem Jahr 2015 weitgehend unveränderten Geschäftsgang. Die zu erwartenden Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse und den Ausbau der Palliativversorgung sollen durch zu erwartende Steigerungen des Landesbasisfallwerts und Erlöse aus der Palliativversorgung kompensiert werden.

Nach Beendigung der Baumaßnahme „Errichtung Palliativstation und Umbau phys. Therapie“ am Standort Wurzen im II. Quartal 2016 sind zunächst keine weiteren Baumaßnahmen geplant. Für die bauliche und organisatorische Weiterentwicklung der Standorte werden im Jahresverlauf Konzepte erstellt.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2016 von einem Jahresüberschuss von TEUR 254 aus. Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

#### VI. Kennzahlen gemäß § 11 Abs. 7 Satz 2 des Gesellschaftsvertrages

		Ist 2 0 1 5	Plan 2 0 1 5	Ist 2 0 1 4	Ist 2 0 1 3
<b><u>Kennzahlen</u></b>					
<b><u>§ 99 Abs. 2 SächsGemO</u></b>					
Arbeitsproduktivität		1,46	1,42	1,43	1,43
Effektivverschuldung	TEUR	-6.248	-6.779	-5.664	-4.837
Eigenkapitalquote	%	22,82	21,5	18,4	17,2
Eigenkapitalrendite	%	3,05	0,53	3,48	1,86
Fremdkapitalquote	%	78,88	78,47	78,23	78,76
Gesamtkapitalrendite	%	0,59	0,05	0,62	0,32
Investitionsdeckung	%	157,92	134,00	405,16	243,39
kurzfristige Liquidität	%	127	177	177	128
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	94,46	90,88	90,38	87,6
Vermögensstruktur	%	77,10	75,12	80,76	85,1

Wurzen, 18. März 2016

Jörg Christian Langner  
Geschäftsführer

Dr. med. Uwe Krause  
Geschäftsführer

## Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

### Beteiligungsübersicht

Bergstraße 2a  
04821 Brandis

Tel. 034292 /41730  
Fax 034292 / 417 59  
Email info@altenpflegeheim-brandis.de

Gründungsdatum 01.10.2006

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 04.05.2006

Handelsregistereintrag am 17.08.2006 unter HRB 22621

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	100,0000 %	25.000,00 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Tätigkeit der Gesellschaft ist gemäß SGB V, SGB IX, SGB XI und BSHG darauf gerichtet, die Allgemeinheit

- (1) Auf dem Gebiet der Altenhilfe, insbesondere durch den Betrieb von Senioren- und Altenpflegeheimen inkl. der dazu erforderlichen Nebeneinrichtungen und -betriebe sowie durch ambulante Pflegedienste als Einrichtung der Wohlfahrtspflege und
- (2) Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, insbesondere durch den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (§95, SGB V) als Einrichtung der Wohlfahrtspflege i. S. d. § 66 AO zu fördern.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar dienen, insbesondere zur Durchführung ambulanter, teilstationärer und stationärer Altenpflege, häuslicher Krankenpflege und ambulanter medizinischer Versorgung.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

### I. Allgemeines

Die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, (nachfolgend „Altenheimgesellschaft“ genannt) wurde zum 10. Juli 2006 als gemeinnützige Tochtergesellschaft der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, gegründet.

Die Altenheimgesellschaft betreibt in Brandis und in Wurzen insgesamt drei Altenpflegeheime mit 140 Pflegeplätzen sowie einem ambulanten Pflegedienst mit angeschlossener Tagesbetreuung in Brandis. Des Weiteren ist die Altenheimgesellschaft Träger der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Wurzen, Grimma und Colditz. Im Verlaufe des Geschäftsjahres 2015 erfolgte durch Erwerb einer chirurgischen Arztpraxis eine Erweiterung der Medizinischen Versorgungszentren.

### II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

#### 1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht,
- Liquiditätsplan

der jährlich aufgestellt wird.

Mit den Pflegekassen werden in regelmäßigen Abständen Budgetverhandlungen zur Festlegung der Pflegesätze geführt.

#### 2. Ertragslage

Nachfolgende Übersicht zeigt die Kennzahlen zur Ertragslage der Vergleichsdaten letzten Jahre 2011 bis 2015.

Kennzahlen zur Ertragslage		2015	2014	2013	2012	2011
Umsatzerlöse	TEUR	7.266	6.649	6.143	6.034	5.577
Umsatzrentabilität	%	-6,1	0,5	3,5	4,2	4,9
Personalaufwand	TEUR	4.941	4.623	4.169	3.902	3.484
Personalaufwandsquote	%	68,0	69,5	67,9	64,7	62,5
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	VK	139,3	135,7	128,7	124,1	121,7
durchschnittlicher Personalaufwand je Vollkraft	TEUR	35	34	32	31	29
Produktivität (je Vollkraft)	TEUR	52	49	48	49	46
Materialaufwand	TEUR	1.441	1.335	1.179	1.146	1.128
Materialaufwandsquote	%	19,8	20,1	19,2	19,0	20,2

	2015		2014	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	7.266	96,6	6.649	96,2
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	47	0,6	50	0,7
Sonstige betriebliche Erträge	206	2,8	213	3,1
<b>Betriebliche Erträge</b>	<b>7.519</b>	<b>100,0</b>	<b>6.912</b>	<b>100,0</b>
Personalaufwand	4.941	65,7	4.623	66,9
Materialaufwand	1.441	19,2	1.335	19,3
Planmäßige Abschreibungen auf eigenmittelfinanziertes Anlagevermögen	444	5,9	392	5,7
Instandhaltung	625	8,3	87	1,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	434	5,8	375	5,4
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<b>7.885</b>	<b>104,9</b>	<b>6.812</b>	<b>98,6</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-366</b>	<b>-4,9</b>	<b>100</b>	<b>1,4</b>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-77</b>	<b>-1,0</b>	<b>-66</b>	<b>-0,9</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-443</b>	<b>-5,9</b>	<b>34</b>	<b>0,5</b>

Die Höhe der Umsatzerlöse der Altenpflegeheime von TEUR 4.556 einschließlich ambulanter Pflegedienst von TEUR 4.418 in 2014 ist weitgehend von Pflegestufen, die den Heimbewohnern durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen zugewiesen werden, und der Auslastung der Pflegeplätze abhängig.

Die Umsatzerlöse der MVZ's von TEUR 2.710 nach TEUR 2.228 werden primär durch die in den Praxen erbrachten Leistungen bestimmt, sind aber auch wesentlich von dem für den KV-Bereich Sachsen gültigen Honorarverteilungsvertrag (HVM) abhängig. Die Steigerung resultiert vor allem daraus, dass im Verlauf des Jahres 2014 vier und in 2015 eine weitere Arztpraxis erworben wurden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erstattungen aus der U2-Umlage für Mutterschutz, Versicherungsentschädigungen sowie Erstattungen des Personals und Dritter.

Die Personalaufwendungen für 139,3 Vollkräfte betrugen im Geschäftsjahr 2015 TEUR 4.941.

In den Materialaufwendungen in Höhe von TEUR 1.441 sind Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 269), Aufwendungen für Zusatzleistungen (TEUR 104), Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe (TEUR 186) sowie Wirtschafts- und Verwaltungsaufwendungen (TEUR 882) enthalten.

Im Berichtsjahr werden Rückstellungen in Höhe von insgesamt TEUR 281 ausgewiesen. Sie betreffen mit TEUR 151 Personalverpflichtungen, mit TEUR 102 Instandhaltungsverpflichtungen und mit TEUR 28 übrige Posten. Diese beinhalten insbesondere Rückstellungen für Rechts- und Beratungskosten und Aufbewahrungspflichten.

Der für die erhaltenen öffentlichen Fördermittel gebildete Sonderposten wurde in Höhe der Abschreibungen aufgelöst. Die Abschreibungen auf das geförderte Anlagevermögen betrugen TEUR 101 bei Gesamtabschreibungen in Höhe von TEUR 546.

Im Jahr 2015 fielen für die Sanierung des Altenpflegeheims Brandis einmalige Instandhaltungsaufwendungen (TEUR 472) an. In den übrigen Aufwendungen für Instandhaltung in Höhe von TEUR 153 sind hauptsächlich Aufwendungen für die Instandhaltung der Gebäude und der Betriebsausstattung sowie Wartungsaufwendungen für technische Anlagen enthalten.

Das Finanzergebnis beträgt TEUR -77 und beinhaltet vor allem Zinsaufwendungen für Darlehen.

### 3. Vermögenslage

In nachfolgender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, dargestellt:

	2015		2014	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	5.848	89,0	6.199	91,0
Umlaufvermögen	721	11,0	612	9,0
<b>BETRIEBSVERMÖGEN</b>	<b>6.569</b>	<b>100,0</b>	<b>6.811</b>	<b>100,0</b>
Eigenkapital	1.798	27,4	2.241	32,9
Sonderposten	2.207	33,6	2.308	33,9
Rückstellungen	281	4,3	151	2,2
Verbindlichkeiten	2.283	34,7	2.111	31,0
<b>BETRIEBSKAPITAL</b>	<b>6.569</b>	<b>100,0</b>	<b>6.811</b>	<b>100,0</b>

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von TEUR 6.569 betrifft Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 89,0 %, Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit 9,0 % und liquide Mittel mit 2,0 %. Die Finanzierung erfolgt mit 61,0 % durch Eigenkapital (einschließlich Sonderposten), mit 22,0 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 12,7 % mit kurzfristigen Fremdmitteln.

Wesentliche Investitionen betreffen den Zukauf von einer Arztpraxis, Software für die MVZ sowie Ausstattungen im Heimbereich.

Die Verbindlichkeiten setzen sich zusammen aus Kreditverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 1.612, einer Darlehensverbindlichkeit gegenüber der Muttergesellschaft in Höhe von TEUR 294 und aus weiteren Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 378.

### III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die im Heimbereich für das Jahr 2015 erzielten Ergebnisse lagen im Rahmen der Erwartungen. Die Belegung der Pflegeplätze betrug im Jahresdurchschnitt 98,6 % und stellt sich als sehr stabil dar.

Den Chancen aus der Ausweitung im ambulanten medizinischen Bereich stehen Risiken hinsichtlich der Nachbesetzung in den Arztpraxen gegenüber. Dem will die Geschäftsführung durch spezielle Personalentwicklung im Zusammenwirken mit den Fachabteilungen der Muldentalkliniken begegnen. Es werden dauernd Gespräche mit potentiellen Verkäufern zum Erwerb weiterer Arztpraxen geführt. Sollten sich hier medizinisch und wirtschaftlich sinnvolle Gelegenheiten zur Übernahme weiterer Praxen ergeben, wird die Gesellschaft diese wahrnehmen.

Die größte Herausforderung für die Zukunft sieht die Gesellschaft in der veränderten Gesetzgebung insbesondere hinsichtlich der verstärkten Förderung ambulanter Leistungserbringung. Sie geht jedoch davon aus, dem insbesondere durch die vorgenommenen Maßnahmen im Bereich eigener ambulanter Pflegedienste entgegenwirken zu können.

Ein weiteres Risiko besteht im zunehmenden Fachkräftemangel im Pflegebereich.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH nicht abzuleiten.

#### IV. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres bisher nicht aufgetreten.

#### V. Prognosebericht

Wir erwarten für das Jahr 2016 einen gegenüber dem Jahr 2015 weitgehend unveränderten Geschäftsgang. Die zu erwartenden üblichen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich können voraussichtlich durch steigende Erlöse kompensiert werden.

Der Wegfall der in 2015 angefallenen erhöhten Instandhaltungsaufwendungen wird ab dem Jahr 2016 wieder zu deutlich positiven Jahresergebnissen führen.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2016 von einem Jahresüberschuss von TEUR 163 aus. Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

#### VI. Kennzahlen gemäß § 14 Absatz 6 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

		Plan 2 0 1 5	Ist 2 0 1 5	Ist 2 0 1 4
<b><u>Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO</u></b>				
Arbeitsproduktivität		1,48	1,47	1,44
Effektivverschuldung	TEUR	1.309	1.565	1.499
Eigenkapitalquote <sup>1</sup>	%	30,19	27,07	32,90
Eigenkapitalrendite	%	-7,29	-26,02	1,52
Fremdkapitalquote	%	69,81	72,93	67,10
Gesamtkapitalrendite	%	-3,29	-8,22	-0,46
Investitionsdeckung	%	503,04	278,06	97,71
kurzfristige Liquidität	%	150,05	73,75	79,00
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	50,33	52,27	48,89
Vermögensstruktur	%	83,21	89,03	91,09

<sup>1</sup> hier ohne Berücksichtigung des Sonderpostens

Brandis, 9. März 2016

Jörg Christian Langner  
Geschäftsführer

## Servicegesellschaft Muldental mbH

### Beteiligungsübersicht

Kutusowstraße 70  
04808 Wurzen

Tel. 03425 / 930  
Fax 03425 / 93 23 99  
Email kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de

Gründungsdatum 05.12.2006

Rechtsform GmbH

*Gründung durch Beschluss am 07.12.2006*

*Handelsregistereintrag am 17.01.2007 unter 22944*

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	100,0000 %	25.000,00 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering, Sicherheits- und Empfangsdienste, kaufmännische Gebäudedienste, Hauswirtschafts- und sonstige Servicedienste, Sterilgutversorgung, Hilfsdienste in ärztlichen Sprechstunden für organisatorische und ablauftechnische Aufgaben sowie hiermit verwandter Dienstleistungen vorwiegend im Bereich der Kliniken des Muldentalkreises gGmbH und deren Beteiligungen.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

### Lagebericht 2015

#### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

##### **I. Allgemeines**

Die Servicegesellschaft Muldental mbH (nachfolgend SGM genannt) wurde zum 01.02.2007 gegründet. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 17.01.2007.

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, (im Folgenden auch Muttergesellschaft genannt) ist alleinige Gesellschafterin der SGM.

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering einschließlich der Spül- und Wirtschaftsdienste, Sicherheit- und Empfangsdienste, Sterilgutversorgung sowie Hol- und Bringedienst vorwiegend im Bereich der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft und deren Beteiligung.



## II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

### 1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der für das Jahr 2015 aufgestellte Wirtschaftsplan mit seinen Teilen

- Erfolgsplan
- Finanzplan
- Stellenübersicht
- Liquiditätsplan.

### 2. Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage haben wir aus der Gewinn- und Verlustrechnung den nachfolgenden Erfolgsvergleich nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen abgeleitet:

	2015		2014	
	TEUR	%	TEUR	%
<b>Betriebliche Erträge</b>	3.218	100,0	2.948	100,0
Materialaufwand	922	28,6	910	30,9
Personalaufwand	1.601	49,8	1.439	48,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	690	21,4	592	20,1
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	3.213	99,8	2.941	99,8
<b>Betriebsergebnis</b>	5	0,2	7	0,2
<b>Finanzergebnis</b>	0	0,0	1	0,0
Steuern	3	0,1	3	0,1
<b>Jahresüberschuss</b>	2	0,1	6	0,2

Die Höhe der Umsatzerlöse wurde in Budgets für alle Leistungsbereiche jeweils grundsätzlich vertraglich festgelegt. Mehr- bzw. Mindererlöse werden zum einen im Cateringbereich durch die Ist-Beköstigungstage und Mehr- bzw. Sonderleistungen, im Reinigungsbereich durch Zusatzleistungen sowie im Sterilisationsbereich durch die Sterilisationseinheiten (STE) bestimmt.

Leistungen an Dritte werden ausschließlich in der Sterilgutversorgung für niedergelassene Ärzte erbracht.

Umsatzerlöse des Berichtszeitraums in Höhe von TEUR 3.185 (Vj.: TEUR 2.930) setzen sich wie folgt zusammen:

	2015		2014	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse aus Catering	1.271	39,9	1.225	41,8
Umsatzerlöse aus Reinigung	1.092	34,3	894	30,5
Umsatzerlöse aus Sterilisation	574	18,0	566	19,3
Umsatzerlöse aus Sicherheits- und Empfangsdienst	248	7,8	245	8,4
	3.185	100,0	2.930	100,0

Die sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 33, Vj.: TEUR 18) beinhalten im Wesentlichen Erstattungen von der Bundesagentur für Arbeit (TEUR 13, Vj.: TEUR 10) und von Sozialversicherungsträgern (TEUR 13, Vj.: TEUR 0).

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2015 (TEUR 921, Vj.: TEUR 910) verteilt sich vorwiegend auf Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 527, Vj.: TEUR 508) und auf Aufwendungen für bezogene Leistungen im Bereich Sterilisation (TEUR 369, Vj.: TEUR 376).

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr TEUR 1.601 (Vj.: 1.439). Davon entfielen TEUR 1.341 auf Löhne und Gehälter sowie TEUR 260 auf Sozialabgaben. Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung wurden nicht gezahlt. Die Erhöhung der Personalkosten von rund 11% beruht auf der Ausweitung der Mitarbeiterzahl im Bereich Reinigung sowie dem Anstieg der tariflichen Vergütungen. Die Höhe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrug im Geschäftsjahr 2015 TEUR 689 (Vj.: TEUR 592). Darin enthalten sind die Managementgebühren mit insgesamt TEUR 522 (Vj.: TEUR 387) sowie Mietaufwendungen von TEUR 104 (Vj.: TEUR 104) für die benötigten Räume.

Das Finanzergebnis des Geschäftsjahres ergibt sich aus den Zinserträgen in Höhe von TEUR 0 (Vj.: TEUR 1).

### 3. Vermögenslage

In nachstehender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Servicegesellschaft Muldental mbH, Wurzen, im Vergleich zum Vorjahr dargestellt:

	2015		2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umlaufvermögen =						
<b>Betriebsvermögen</b>	355	100,0	345	100,0	10	2,9
Eigenkapital	49	13,8	52	15,1	-3	-5,8
Rückstellungen	32	9,0	31	9,0	1	3,2
Verbindlichkeiten	274	77,2	262	75,9	12	4,6
<b>Betriebskapital</b>	355	100,0	345	100,0	10	2,9

Anlagevermögen ist in der SGM nicht vorhanden.

Das Umlaufvermögen betrifft zum einen Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit TEUR 259 (Vj.: TEUR 202) und zum anderen aus Guthaben bei Kreditinstituten mit TEUR 96 (Vj.: TEUR 143).

Zum Bilanzstichtag standen der Gesellschaft liquide Mittel in Höhe von TEUR 96 (Vj.: TEUR 143) zur Verfügung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war der Kapital- bzw. Liquiditätsbedarf jederzeit vollumfänglich gedeckt.

Die Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 274 (Vj.: TEUR 262) setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 141 (Vj.: TEUR 126), aus Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter in Höhe von TEUR 30 (Vj.: TEUR 39) und aus sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 103 (Vj.: TEUR 97) zusammen.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Rückstellungen von insgesamt TEUR 32 (Vj.: TEUR 31) gebildet. Davon entfallen auf Steuerrückstellungen TEUR 0 (Vj.: TEUR 3), auf Rückstellungen für Urlaubsansprüche TEUR 23 (Vj.: TEUR 17), auf Veröffentlichungen und Prüfungen des Jahresabschlusses und Steuererklärungen TEUR 6 (Vj.: TEUR 8), auf Jubiläen TEUR 0 (Vj.: TEUR 1) und auf Personalkosten bzw. Einmalzahlung TEUR 3 (Vj.: TEUR 3).

### III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die SGM ist mit dem Ziel, die Kostenstruktur der Muttergesellschaft zu verbessern, gegründet worden. Gemäß den vertraglichen Regelungen werden Preis- und Lohnerhöhungen an die Muttergesellschaft weitergegeben. Die künftige Entwicklung der Geschäftstätigkeit wird daher von der Lage der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft abhängen.

Zukünftig ist von steigenden Einkaufspreisen und Personalkosten auszugehen. Diesem Risiko wird dadurch entgegengewirkt, dass die Verträge und Budgets mit der Muttergesellschaft an Preiserhöhungen und Tarifierhöhungen angepasst werden.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Servicegesellschaft Muldental mbH nicht abzuleiten.

#### **IV. Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres bisher nicht aufgetreten.

#### **V. Prognosebericht**

Wir erwarten für das Jahr 2016 einen gegenüber dem Jahr 2015 weitgehend unveränderten Geschäftsgang. Die zu erwartenden Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse sollen durch entsprechende Vereinbarungen mit der Muttergesellschaft kompensiert werden.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2016 von einem Jahresüberschuss von TEUR 4 aus.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Wurzen, 25.01.2016

Jörg Christian Langner  
Geschäftsführer



## **Entwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2015**

### **06.01.2015**

Beauftragung des Notars zu einem Vertragsentwurf Breitingen 855

### **09.01.2015**

Rücksprache mit LMBV zum Fortführungsnachweis Breitingen 855

### **12.01.2015**

Bearbeitung der Verträge mit Sachsenforst Chemnitz in Vorbereitung des Vertragsentwurfes Breitingen 855

### **20.01.2015**

persönliche Abstimmung mit Frau Heinrich zum o.g. Vertragsentwurf Breitingen

### **28.01.2015**

Beantwortung der Anfragen zur Ländlichen Neuordnung Haselbach

### **10.02.2015**

Abstimmung mit der LMBV zur Vermessung K 7930 und WILL GmbH i.L. Flächen

### **20.02.2015**

Sachsenforst Übergabe des Vertragsentwurf Breitingen 855

### **25.02.2015**

Vorbereitung der Beratung mit der LMBV zur Vermessung K 7930

### **09.03.2015**

Vorabstimmung mit Frau Bartsch, Forstbetrieb Chemnitz zum Vertragsentwurf

### **11.03.2015**

Ermittlung der vermessenen WILL GmbH i.L. Flächen K 7930

### **13.03.2015**

Abschlussgespräch mit Frau Bartsch zum Vertragsentwurf

### **14.03.2015**

Vertragsentwurf kann beurkundet werden, Termin abstimmen

### **20.03.2015**

Beratung bei der LMBV zu den Vermessungsergebnissen und Mehrflächen

### **31.03.2015**

Archivierung von Unterlagen und Verträgen der WILL GmbH i.L.

### **08.04.2015**

Archivierung von Unterlagen und Verträgen der WILL GmbH i.L.

### **20.04.2015**

persönliche Nachfrage beim GBA Borna zum Stand KV UR-Nr. 2194/2014

### **21.04.2015:**

Anschreiben an Notar und GBA Borna zum KV UR-Nr. 2194/2014, Bearbeitung der offenen Probleme, welche die Eintragung beim GBA behindern könnten

### **11.05.2015**

Bearbeitung der Rückstellungen im Finanzplan

### **11.05.2015:**

Rücksprache mit LMBV zu noch anfallenden Kosten und Mailanfrage

**13.05.2015**

Bescheid für 2013 Körperschaftssteuer etc. Es werden 1.012,00 € zurückerstattet. Der Gewerbeverlust wird auf 267.006,00 € festgesetzt.

**22.05.2015**

Bearbeitung der Auflistung des gegenwärtigen Arbeitsstandes

**02.06.2015**

Vorbereitung der Archivierung von WILL GmbH i.L. Akten

**15.06.2015**

Gespräche mit der LMBV zu Mehrflächen nach Vermessung ohne Ergebnis

**07.07.2015**

Archivierung von WILL GmbH i.L. Akten aus Liegenschaftsgeschäften

**14.07.2015**

Erarbeitung einer Vereinbarung zu den Vermessungskosten gegenüber LMBV

**21.07.2015**

GBA Borna Rücksprache zu Eintragungen des Eigentum des WILL GmbH i.L.

**23.07.2015**

Auferlegung der Vermessungskosten seitens der LMBV abgelehnt

**27.07.2015:**

Kontaktaufnahme zur Forstdirektion Chemnitz Stand der GB-Eintragungen

**04.08.2015:**

Zwischenverfügung des Grundbuchamtes zu Breitingen 855

**05.08.2015:**

Brief an Notar Henn, Großenhain, zum Stand der Eintragungen Breitingen 855

**11.08.2015:**

Aktenlage zum aktuellen Stand der GrEst. aus UR-Nr. 1790 H 98 herausgesucht

**12.08.2015**

Anfrage an Herrn Grobe zu den aktuellen Grundbucheintragungen Breitingen

**20.08.2015**

Berechnung der gezahlten GrEst. Aus UR-Nr. 1790 H 98

**24.08.2015**

Notar Dr. Wagner zum Arbeitsstand GrEst. aus UR-Nr. 1790 H 98 informiert

**31.08.2015**

Berichterstattung des Zwischenstandes zur Zwischenverfügung

**01.09.2015**

Beurkundung des Nachtrages zu Breitingen 855 nicht möglich GB-Stand

**04.09.2015**

Forstbetrieb Chemnitz über den Nichtvollzug der Beurkundung in Kennt. gesetzt

**07.09.2015**

Beschluss für den Aufs.-Rat zu den Vermessungskosten Straße vorbereitet

**08.09.2015**

Unterlagen des Notars Henn UR-Nr. 1790 H 98 gesichtet und ausgewertet

**12.09.2015**

Anfragen an Herrn Grobe zum Stand der Eintragungen im GB Breitingen

**24.09.2015**

Anfrage beim GB-Amt zur Zwischenverfügung, keine Lösung genannt

**25.09.2015**

Rücksprache mit Notar Henn zu den beurkundeten Kaufverträgen

**25.09.2015**

Anfrage bei Herr Schmidt zu den Kosten der Flurneuordnung Witznitz

**02.11.2015**

Abstimmung mit der LMBV zu einem Beratungstermin nach Vermessung

**04.11.2015**

Rücksprache mit Finanzamt zur steuerlichen Unbedenklichkeitserklärung UR 1760 H 98

**05.11.2015**

Anschreiben an Finanzamt Schwarzenberg zu Unbedenklichkeitserklärung

**05.11.2015**

Gespräch mit Forstdirektion Chemnitz, wie weiter verfahren werden soll

**10.11.2015**

Sichten der Unterlagen zu Mehrerlösen aus dem KV mit LMBV

**13.11.2015**

Mitteilung der LMBV, dass das Gespräch bei der LMBV ausfällt, da kein Mehrerlös entstanden ist sowie keine Verrechnung von Mehrflächen stattfindet (Verzicht auf Mehrerlösauskehr)

**24.11.2015**

Antwortschreiben an LMBV zur Verzögerung der Aufsichtsratssitzung

**24.11.2015**

Rückantwort des GBA, steuerliche Unbedenklichkeitserklärung liegen nicht vor

**25.11.2015**

Beauftragung des Notars Dr. Wagner zur Erarbeitung von Vertragsentwürfen zu Breitingen 855 und zur Wandlung des Kaufpreises UR-Nr. 813/2004, Rücksprache mit Forstbetrieb Chemnitz zur weiteren Verfahrensweise Br. 855

**30.11.2015**

Zuarbeit an Notar zu den beiden o.g. Vertragsentwürfen

**01.12.2015**

Aufklärung der Sachlage zur Zwischenverfügung des GBA Borna

**17.12.2015**

Prüfung des ersten Entwurfes zu Breitingen 855

**18.12.2015**

Aufstellung des aktuellen Finanzbedarfes aus den Grundstücksgeschäften

**23.12.2015**

Prüfung der Mitteilungen des GBA zu Eintragungen in Gemarkungen Pürsten

**23.12.2015**

Kenntnisnahme des Schreibens an Forstbetrieb durch den Notar Dr. Wagner

**23.12.2015**

Kenntnisnahme des Schreibens der LMBV zum Zahlungstermin 15.02.2016



## **Entwicklung der Gesellschaft nach dem Bilanzstichtag**

**21.01.2016**

Beurkundung des Vertrages mit Forstbetrieb Chemnitz

**28.01.2016**

Bestätigung der Urkunde durch den Forstbetrieb Chemnitz

**15.02.2016**

Bezahlung der letzten Vermessungskosten von € 5.147,75 an die LMBV

**04.02.2016**

Nachtrag vom Notar Dr. Wagner zum endgültigen Festpreis erhalten

**15.02.2016**

Steuerbescheid für 2014, gesonderte Feststellung des verbleibenden Verlustvortrages zur Körperschaftssteuer

**15.02.2016**

Steuerbescheid für 2014, gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 27 II und 28 I S.3 KStG

**15.02.2016**

Steuerbescheid für 2014, über den Gewerbesteuermessbetrag

**15.02.2016**

Steuerbescheid für 2014, gesonderte Feststellung des vortragsfähigen Gewerbeverlusts

**15.02.2016**

Steuerbescheid für 2014, über Körperschaftssteuer und Solidaritätszuschlag

**17.02.2016**

Gewerbesteuerbescheid 2014 der Großen Kreisstadt Borna vom 17.02.2016

**22.02.2016**

Bezahlung der Minderfläche an den Forstbetrieb Chemnitz von € 699,82

**23.02.2016**

Antwort an Frau Bartsch zur Überweisung des Betrages für Minderflächen

**23.02.2016**

Anfrage an Herrn Grobe zur Planvereinbarung mit LMBV

**23.02.2016**

Ergänzungen zum Nachtrag WILL GmbH i.L/LMBV an Notar Dr. Wagner

## **Ausblick**

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht einschlägig, da sich die Gesellschaft bereits in Liquidation befindet.

Die Finanzmittel der Gesellschaft von ursprünglich TEUR 500 sind auf ca. TEUR 279 zurückgegangen. In den nächsten Monaten hat die WILL ca. TEUR 30 an Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Auskömmlichkeit der vorhandenen Finanzmittel hängt von der Zeit bis zum Abschluss der Liquidation ab. Entsprechend der Mittelfristplanung ist die Zahlungsfähigkeit nicht gefährdet. Eine belastbare Aussage, wann die Liquidation abgeschlossen sein wird, ist derzeit noch nicht möglich.

Borna, den 15. April 2016

Benno Fromeyer  
Liquidator

## KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH

### Beteiligungsübersicht

Am Westufer 3  
04463 Großpösna OT Störmthal

Tel. 034299 / 87440  
Email jens.adam@kell-gmbh.de  
Internet <http://www.kell-gmbh.de>

Gründungsdatum 21.10.2009

Rechtsform GmbH

*Gründung durch Beschluss am 07.10.2009*

*Letzte Änderung am 27.05.2010*

*Handelsregistereintrag am 02.12.2009 unter HRB 25657*

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		331.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	331.000,00 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig. Sie umfasst, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben und zwar das Einsammeln und Befördern, der im Entsorgungsgebiet anfallenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung, soweit diese Aufgabe nicht vom Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen wahrgenommen wird, sowie die Übernahme von weiteren Aufgaben, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesen sind, soweit es sich nicht um reine Tätigkeiten von Behörden handelt. Hierzu gehören insbesondere die Sanierung und Rekultivierung von Abfallbeseitigungsanlagen und die Entsorgung der rechtswidrig auf den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken abgelagerten Abfälle.

Gegenstand des Unternehmens können weiterhin Aktivitäten im Bereich der Abfallwirtschaft und des Recyclings, wie die Übernahme und Durchführung von Entsorgungsleistungen jeder Art sowie der Erwerb und die Verwaltung von gesellschaftseigenen Immobilien, sein, soweit die Gesellschaft überwiegend, die dem Gesellschafter als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben erbringt. Die Tätigkeit für andere Auftraggeber als den Landkreis Leipzig wird jedoch nur aufgenommen, solange das Unternehmen im Wesentlichen für den Landkreis Leipzig tätig ist und eine Tätigkeit für andere Auftraggeber als rein nebensächlich angesehen werden kann.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Ausschüttung	8.438,85

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	0,00
Landkreis an das Unternehmen	3.494.150,00

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

**Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

**I. DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS**

**1. Branchenentwicklung**

Trotz des immer noch nicht verabschiedeten Wertstoffgesetzes entwickelte sich die Branche in 2015, begünstigt durch das gute gesamtwirtschaftliche Umfeld, positiv.

**2. Umsatz- und Auftragsentwicklung**

Die Umsätze der Gesellschaft stiegen im Berichtsjahr um 2,1 % auf EUR 8,1 Mio. Der Wegfall der Umsätze im Landkreis Nordsachsen wurde durch Umsatzsteigerungen bei der Papiervermarktung mehr als kompensiert. Da die Vermarktungserlöse für die kommunalen Papiermengen vollständig an den Landkreis weitergegeben werden, ist der Nettorohertrag im Vergleich zum Vorjahr nicht im gleichen Umfang wie der Umsatz gestiegen.

Gemäß Gesellschaftsvertrag der KELL GmbH werden die Umsätze im Wesentlichen mit dem Landkreis Leipzig erzielt.

**3. Geschäftsergebnis**

Das Geschäftsergebnis liegt erneut über unseren Erwartungen. Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 250. Die Veränderung zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus höheren Abschreibungen.

**4. Produktiver Geschäftsbetrieb**

Durch die satzungsmäßige Beschränkung auf den Kommunalvertrag sind Schwankungen im produktiven Geschäftsbetrieb in der Regel auf einmalige Projekte zurückzuführen. Mit dem im Berichtsjahr in großen Teilen des Landkreises durchgeführten großflächigen Behältertausch entstanden einmalige Kosten. Dies führte im Vergleich zum Vorjahr zu einer Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Der Tausch der Papierbehälter soll in 2016 abgeschlossen werden. Die aufgestellten Behälter sind mit Transpondern ausgerüstet, wodurch eine ordnungsgemäße Bestandsführung sowie eine weitere Tourenoptimierung ermöglicht werden.

Die erneut gesunkenen Ölpreise wirkten sich über die damit verbundenen niedrigen Dieselpreise positiv auf die Fahrzeugkosten der Gesellschaft aus.

Die durch Lohnsteigerungen entstandenen höheren Personalkosten konnten durch den höheren Nettorohertrag vollumfänglich ausgeglichen werden.

**5. Beschaffung und Investitionen**

Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von TEUR 2.587 getätigt. In europaweiten bzw. nationalen Vergabeverfahren wurden Fahrzeuge, Papierbehälter sowie verschiedene Verwertungsdienstleistungen ausgeschrieben.

Die durchgeführten Investitionen entsprachen dem bestätigten Investitionsplan bzw. wurden durch Einzelentscheidungen des Gesellschafters genehmigt.

**6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben**

Die Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2015 wurden bezüglich der Fahrzeugtechnik in Höhe von TEUR 500 sowie des Behältertausches Papier in Höhe von TEUR 1.034 mit Fremdmitteln finanziert.

Die Finanzierung der übrigen Behälterersatzinvestitionen sowie der sonstigen Betriebsmittel erfolgte im Rahmen der Eigenfinanzierung in Höhe von TEUR 1.053.

Trotz der weiteren Fremdkapitalaufnahme im Geschäftsjahr 2015 (TEUR 1.534) bei gleichzeitiger Erhöhung des Eigenfinanzierungsanteiles konnte das Finanzergebnis gegenüber dem Vorjahr weitestgehend konstant gehalten werden.

**7. Personal- und Sozialbereich**

Der Leistungsumfang der für den Landkreis zu erbringenden Aufgaben erfordert einen konstanten Mitarbeiterbestand. Wesentliche Veränderungen werden für diesen Aufgabenbereich nicht mehr erwartet.

Bisher befristet eingestellte Mitarbeiter wechseln inzwischen regelmäßig nach zwei Jahren in unbefristete Arbeitsverhältnisse. Diese Kontinuität im Personalbereich erlaubt es uns, die hohe Sach- und Fachkunde sowohl an den Wertstoffhöfen als auch in der Tourenentsorgung aufrecht zu erhalten.

Der Mitarbeiterbestand stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	31.12.2015	31.12.2014
Angestellte	13	14
Arbeiter	64	70
Aushilfskräfte	0	0
Gesamt	<u>77</u>	<u>84</u>

## 8. Umweltschutz

Der Betriebshof sowie die durch die Gesellschaft betriebenen Wertstoffhöfe wurden im Berichtsjahr genehmigungskonform betrieben. Es gab keine Störungen.

## 9. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Im Berichtsjahr bereitete die Gesellschaft den Rückbau des ehemaligen Werkstattgebäudes in Borna vor.

# II. DARSTELLUNG DER LAGE

## 1. Vermögenslage

Der Aufbau eigener Ressourcen im Bereich der Abfallwirtschaft durch den Landkreis Leipzig ist weitgehend abgeschlossen. Allerdings führten Ersatzinvestitionen in die Infrastruktur der Abfallwirtschaft zu einem weiteren Aufbau des Anlagevermögens.

Durch die Erneuerung von ca. 75 % des Behältersystems für Papier stieg die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr erheblich an. Trotz einer deutlichen Erhöhung des Einsatzes von Eigenmitteln bei der Durchführung von Investitionen hat sich der Finanzmittelbestand nur unwesentlich verändert.

Die laufenden Tilgungen sowie der erwirtschaftete Jahresüberschuss hielten den Verschuldungsgrad der Gesellschaft trotz der Neuaufnahme von Krediten nahezu auf dem Vorjahresniveau von 2,6 % (VJ: 2,5 %). Die Eigenkapitalquote blieb trotz deutlicher Erhöhung der Bilanzsumme fast unverändert bei 27,5 % (VJ: 28,8 %).

Da vorerst keine Ausschüttungen vorgesehen sind, erwartet die Geschäftsführung trotz fortzusetzender Behälterinvestitionen eine weiterhin stabile Vermögenssituation der Gesellschaft.

## 2. Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2015 konnte die Gesellschaft aufgrund des sehr guten operativen Ergebnisses in Verbindung mit den beginnenden, zurückgeflossenen Abschreibungen aus den in den Vorjahren getätigten Investitionen einen positiven Cashflow aus der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von TEUR 1.603 erwirtschaften.

Korrespondierend zu den erhöhten Abschreibungsbeträgen führten die im Rahmen der Erneuerung des Behältersystems durchgeführten Investitionen zu einem Zahlungsmittelabfluss aus dem Investitionsbereich in Höhe von TEUR 2.367. Die Kreditneuaufnahme führte unter Berücksichtigung der planmäßigen Tilgungsleistungen der bestehenden Kreditverbindlichkeiten zu einem Zahlungsmittelzufluss aus dem Finanzierungsbereich in Höhe von TEUR 733.

Insgesamt blieben die Zahlungsmittel im Geschäftsjahr 2015 konstant. Die stabile Liquiditätslage der Gesellschaft zeigt sich in einer kurzfristigen Zahlungsfähigkeit von 74 % (Vorjahr 92 %) und einer mittelfristigen Zahlungsfähigkeit von 111 % (Vorjahr 131 %). Der hohe Finanzmittelbestand gibt der Gesellschaft Stabilität und Flexibilität bei zukünftigen Finanzierungsvorhaben.

## 3. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft ist wie erwartet stabil. Sie übertrifft im Geschäftsjahr mit TEUR 250 erneut die Erwartungen. Die Umsatzrentabilität nach Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beträgt 3 %.

Im Vergleich zum Vorjahr konnten Kostensteigerungen aus dem Behältertausch, dem Werkstattrückbau sowie dem Personalbereich durch Kosteneinsparungen, insbesondere bei Kraftstoffen sowie dem leicht gestiegenen Nettorohrertrag, kompensiert werden. Insgesamt liegt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit unter dem des Vorjahres, aber immer noch deutlich über unseren Erwartungen.

Durch das Geschäftsmodell der KELL sind bei den Erträgen zukünftig keine größeren Ausschläge nach oben oder unten zu erwarten. Durch die LSP-Kalkulation kann man von stabilen Ertragserwartungen ausgehen. Allerdings sind dadurch Ertragszuwächse unwahrscheinlich.

### **III. VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG MIT HINWEISEN AUF WESENTLICHE CHANCEN UND RISIKEN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG**

Die KELL hat sich als der kommunale Entsorger im Landkreis Leipzig etabliert. Der Vertrag über die kommunale Abfallentsorgung bildet gemeinsam mit dem Papiervertrag eine langfristige Geschäftsgrundlage für die KELL.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der beiden Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich die Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Die In-House-Verträge mit dem Landkreis erlauben keine weitere Akquisition und damit ein Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

### **IV. SONSTIGE ANGABEN**

#### **1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres**

Der vorbereitete Rückbau des Werkstattgebäudes in Borna wurde im Januar 2016 durchgeführt.

#### **2. Verwendung von Finanzinstrumenten**

Die KELL finanziert sich vorwiegend über klassische Kredite. Es existieren weiterhin Leasingverträge für Fahrzeuge sowie Büro- und Geschäftsausstattung. Die eingeräumten Kontokorrentlinien wurden 2015 nicht beansprucht.

Die Gesellschaft hat für zwei variable Investitionsdarlehen Zinssicherungsgeschäfte (Forward Swap) abgeschlossen.

Für die Finanzierung der Wertstoffhöfe im Landkreis sowie die Finanzierung eines Teils des Behältersystems für die Erfassung von Restabfall und Papier wurden durch den Gesellschafter Landkreis Leipzig Bürgschaften gestellt.

#### **3. Forschung und Entwicklung**

Forschung und Entwicklung wurden von unserer Gesellschaft in 2015 nicht betrieben.

#### **4. Bestehende Zweigniederlassungen**

Im Berichtsjahr unterhielt die KELL keine Zweigniederlassungen.

Großpösna, 25. Januar 2016

Adam

Geschäftsführer

## **Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform**

**Unternehmen in der Privatrechtsform einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von unter 25 %**

- 5. Aufbauwerk Region Leipzig GmbH**
- 6. Technologiezentrum Borna GmbH**
- 7. Invest Region Leipzig GmbH**
- 8. THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH**
- 9. Kommunale Datennetze GmbH (KDN)**
- 10. Lecos GmbH**
- 11. Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)**
- 12. Flughafen Altenburg-Nobitz GmbH**
- 13. Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV)**

## Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

### Beteiligungsübersicht

Otto-Schill-Straße 1  
04109 Leipzig

Tel. 0341 / 1 40 77 9-0  
Fax 0341 / 1 40 77 9-11  
Email info@aufbauwerk-leipzig.com

Gründungsdatum 22.11.1993  
Rechtsform GmbH  
*Gründung durch Beschluss am 05.05.1992*  
*Handelsregistereintrag am unter HRB 8541*

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.600,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Stadt Leipzig	57,0300 %	14.600,00 €
Landkreis Leipzig	23,4400 %	6.000,00 €
Landkreis Mittelsachsen	17,5800 %	4.500,00 €
WFG-Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises Nordsachsen	1,9500 %	500,00 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30.06.2004 und Anmeldung zum Handelsregister vom 03.11.2004 firmiert die Gesellschaft unter Aufbauwerk Region Leipzig GmbH.

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u. a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen.

Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Institutionen.

Die Gesellschaft übernimmt im Auftrage der Gesellschafter die Trägerschaft für Projekte, die in deren Interessen liegen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck gemäß den Absätzen 1-4 dienen. Sie kann sich beispielsweise an deren Unternehmen beteiligen, sie kann auch Zweigniederlassungen errichten.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	



Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Lagebericht 2015

### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **A. Grundlagen des Unternehmens**

##### **1. Geschäftsmodell**

Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zumeist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

##### **2. Forschung und Entwicklung**

Die Gesellschaft erbringt keine Forschungsleistungen.

Die Entwicklung neuer Projekte ist ein essenzielles Aufgabenfeld der Gesellschaft zur Sicherung und Aufrechterhaltung der eigenen Geschäftstätigkeit. Der Entwicklungsprozess findet permanent und begleitend zum Tagesgeschäft statt und richtet sich zeitlich nach Veröffentlichung von Ausschreibungen in den einzelnen Programmen der Europäischen Kommission, des Bundes und des Freistaats Sachsen. Bei der Auswahl von neuen Projektansätzen spielen insbesondere die Entwicklung, Förderung und Weiterentwicklung von technischen sowie gesellschaftlichen Innovationen für die Region eine entscheidende Rolle. Zur Ermittlung von Innovationspotentialen pflegt die Gesellschaft regelmäßigen Kontakt mit Vertretern der Gesellschafter, besucht entsprechende Veranstaltungen und steht in regelmäßigem Austausch mit regionalen und überregionalen Experten.

#### **B. Wirtschaftsbericht**

##### **1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die Entwicklungen im europäischen Markt wie bspw. die zunehmenden Anforderungen an das europäische Projektmanagement und eine rückläufige Zahl an Agenturen bieten gute Wachstumschancen für die Gesellschaft. Die wesentlichen Stärken der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit den umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Dennoch ist die Gesellschaft und ihr Geschäftsfeld sehr stark von nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig, wie der Veröffentlichung von Förderprogrammen, deren Ausgestaltung (Förderquoten/mögliche Antragsteller) und dem Start bewilligter Projektanträge.

##### **2. Geschäftsverlauf**

Die Gesellschaft befindet sich in der schwierigen Übergangszeit zur neuen Förderperiode. Die Verzögerungen auf politisch-administrativer Ebene bei der Verabschiedung der operationellen Programme (europäisch/national/regional) für die Förderperiode 2014-2020 betragen aktuell über zwei Jahre und wirken sich negativ auf die Tätigkeit der Gesellschaft aus.

Die Verzögerung führt dazu, dass sich ein Großteil der im Jahr 2015 beantragten Projekte noch in der Evaluierung befinden und daher zum Ende des Jahres 2015 nicht vollständig absehbar ist, wann welche Projekte in welchem Umfang förderfähig sein werden. Bisher wurde nur ein Projekt (RESQUE 2.0) in Höhe von 315 T€ verteilt auf die Jahre 2015 bis 2019 bewilligt.

Zur Minderung des Risikos bestand die Strategie der Gesellschaft darin, sich in den 2015 ausgeschriebenen europäischen und nationalen Programmen thematisch vielseitig aufzustellen. Die Projektentwicklung und Beantragung konzentrierte sich auf das Interreg Programm. Thematisch decken

die Projekte ein weites Spektrum von der Revitalisierung von Industriebrachen, Finanzierungsmöglichkeiten von erneuerbaren Energien, nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, städtischen Mobilitätsmanagement sowie Innovations-unterstützung von KMU und Clustern ab.

Aus der Zusammenarbeit in den grenznahen Städten und Gemeinden im Programmraum von Ziel 3 entwickelten sich weitere Projektideen, bei denen das Aufbauwerk in der Antragsentwicklung (und bei Antragsbewilligung in der Umsetzung) involviert ist. Diese Aufträge nehmen für die Gesellschaft eine Schlüsselposition zur Deckung des Eigenanteils und damit Erfüllung der Kofinanzierungspflicht ein.

### **3. Lage**

#### **3.1 Ertragslage**

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 95.932,67 Euro ab (Vorjahr: Jahresüberschuss 774,21 Euro).

Die Gesamtleistung in Höhe von 139.799,00 Euro sank gegenüber dem Vorjahr um 71,29%. Um den Verlust zu begrenzen, wurden seitens der Geschäftsführerin die Fixkosten reduziert und zusätzliche Erträge durch die Untervermietung der Büroräume generiert. Der Betriebsaufwand beläuft sich auf 293.619,17 Euro und sank damit um 219 T€ gegenüber dem Vorjahr, konnte aber die Verringerung der Gesamtleistung nicht kompensieren.

Die Personalaufwendungen sind um 139.317,32 Euro gesunken.

Entsprechend der Wirtschaftsplanung sollte die Gesellschaft mit Billigung durch die Gesellschafter neben der Geschäftsführerin ein Kernteam von fünf Mitarbeitern halten. Nach Abzug einer Personalstelle wurde zum Stichtag ein Kernteam von fünf Mitarbeitern beschäftigt. Die Reduzierung der Personalaufwendungen beruht im Wesentlichen auf der Einführung der Kurzarbeit zum 01.06.2015 und der nicht erfolgten Neubesetzung einer Personalstelle.

Da eine Vielzahl von Projektleistungen über eigenes Personal und nicht über Dritte realisiert wurde, sanken die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 36.044,00 Euro gegenüber dem Vorjahr auf 1.897,00 Euro. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 89.814,77 Euro und verringerten sich um 43.358,56 Euro.

#### **3.2 Finanzlage**

Zum 31.12.2015 verfügt die Gesellschaft über positive liquide Mittel i. H. v. 88.390,13 Euro.

(Vorjahr: 227.286,52 Euro). Die Abweichung gegenüber dem Vorjahr liegt im negativen Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit begründet, da aufgrund der noch nicht erfolgreichen Evaluierung weiterer neuer Projekte geringere Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit vorliegen. Im Bedarfsfall steht der Gesellschaft ein Kontokorrentkredit in Höhe von 145 T€ zum Ausgleich von Liquiditätsbelastungen zur Verfügung. Der Kontokorrentkredit wurde stichtagsbedingt mit 31.400,96 Euro in Anspruch genommen. Die Finanzlage ist als zufriedenstellend zu bezeichnen.

#### **3.3 Vermögenslage**

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Bilanzsumme der Gesellschaft verringerte sich im Geschäftsjahr um 728.145,48 Euro auf 276.253,55 Euro. Vermögensseitig ist diese Veränderung im Wesentlichen auf die Verringerung der unfertigen Leistungen um 551.550,00 Euro und der Guthaben bei Kreditinstituten um 138.895,39 Euro zurückzuführen. Auf der Passivseite der Bilanz wirkte sich die Verringerung der Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen um 535.669,43 Euro und der sonstigen Verbindlichkeiten um 52.006,53 Euro aus. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 154.887,16 Euro (Vorjahr: 250.819,83 Euro). Die Eigenkapitalquote stieg gegenüber dem Vorjahresstichtag um 31 Prozentpunkte.

### **4. Finanzielle Leistungsindikatoren**

Für die interne Unternehmenssteuerung ziehen wir die Kennzahlen des Cashflows und die Gesamtleistung heran.

Die Gesamtleistung errechnet sich aus den Umsatzerlösen und der Bestandsveränderung und sank gegenüber dem Vorjahr um 347.178,16 Euro auf 139.799,00 Euro.

Der Cashflow beträgt im Geschäftsjahr -94.534,67 Euro und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 97.055,83 Euro gesunken. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt -153.921,10 Euro (Vj.: -251.345,45 Euro).

## **C. Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

## **D. Prognosebericht**

Auch im Jahr 2016 wird die Konzentration auf die Kernkompetenzen der Gesellschaft in der Beantragung und Steuerung von Förderprojekten (technische Koordination, Finanzmanagement, Projektmanagement usw.) fortgeführt. Wie bereits in den Vorjahren geschehen, wird hierbei neben EU-Förderinstrumenten ebenso auf Programme von Bund und Land zurückgegriffen. Der Großteil der Projekte wird in eigener Trägerschaft realisiert. Voraussichtlich ab Jahresmitte 2016 wird die Gesellschaft den Kontokorrentkredit in Anspruch nehmen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass bei erfolgreicher Bewilligung der Projekte der Hauptteil der geplanten Fördermittel erst Anfang 2017 zur Auszahlung kommt, so dass mit einem Vorfinanzierungszeitraum von bis zu zwölf Monaten gerechnet werden muss.

Nach den derzeitigen Planungen für 2016 wird von einer guten Prognose der Unternehmens- und Projektentwicklung ausgegangen. Das Projekt Ratio im EU-Programm Interreg Europe mit einem Gesamtbudget von 198.000,00 Euro wurde bereits bewilligt. Im Interreg V B Central Europe Programm befinden sich vier Projekte in der zweiten Evaluierungsphase. Die Bewilligung erfolgt voraussichtlich im April 2016.

## **E. Chancen –und Risikobericht**

### **1. Risikobericht**

Die Mittelfristplanung ab 2016 ist risikobehaftet, da aufgrund des Beginns der neuen Förderperiode (2014 bis 2020) aktuell nicht absehbar ist, welche Projekte in welchen Förderprogrammen zu welchem Zeitpunkt in welchem Umfang gefördert werden.

Dieses Risiko ist dem Geschäftsmodell der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH jedoch inhärent und konnte durch die Gesellschaft bislang erfolgreich bewältigt werden. Umsätze, Gewinne und erwirtschaftete Eigenanteile zeigen deutlich, dass eine wirtschaftlich nachhaltig erfolgreiche Geschäftstätigkeit des Unternehmens innerhalb der letzten Jahre nachgewiesen werden konnte und für die Zukunft erwartet werden kann.

Um Kontinuität über die gesamte Förderperiode sicherzustellen, wird sich die Gesellschaft ab April 2016 an den nächsten Ausschreibungen der Interreg-Programme durch bereits entwickelte Projektvorschläge beteiligen.

Die Kofinanzierung der laufenden Projekte erfolgt aus eigener Kraft (Eigenanteile zwischen 20 und 25%). Die erforderlichen Mittel werden im Geschäftsfeld Auftragsstätigkeiten in der Regionalentwicklung erwirtschaftet.

Die Risiken aus einer überwiegend unentgeltlichen Antragstellung für EU-Projekte liegen in einem relativ hohen Personal- und Zeitaufwand zur Entwicklung von Anträgen, die selbst im Falle einer erfolgreichen Antragsstellung nicht im vollen Umfang vergütet werden.

Außerdem stellt die teilweise sehr langfristige Nachbereitung von Projekten nach Beendigung ihrer Laufzeit und damit des förderfähigen Zeitraums eine Belastung dar.

Die Geschäftsführung beschäftigt die Mitarbeiter überwiegend projektbezogen. Durch die Befristungen und das vergleichsweise niedrige Entgeltniveau besteht die Gefahr, dass die Mitarbeiter in Anbetracht der sehr guten Arbeitsmarktsituation durch Projektpartner abgeworben werden.

Die Vorfinanzierung in Projekten, wie sie in den meisten EU-Programmen üblich ist, kann zu Engpässen in der Liquidität führen.

### **2. Chancenbericht**

Die Methodenkompetenz und die daraus resultierende Anpassungsfähigkeit ermöglichen, dass sich die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH auf verschiedene regionale Branchenschwerpunkte konzentrieren und anpassen kann. Dies gilt auch für den Fall von veränderten Förderschwerpunkten der EU in der neuen Förderperiode 2014-2020. Die Kernkompetenzen des Aufbauwerks liegen in der Entwicklung und Umsetzung von EU-Projekten und sind damit universell. Diese Kompetenzen in Verbindung mit den lokalen Rahmenbedingungen eröffnen deutliche Wachstumschancen mit dem Ziel, weitere Mittel für die Regionalentwicklung in Leipzig bzw. Mitteldeutschland zu akquirieren. Dazu trägt auch eine wachsende europäische regionale Vernetzung bei.

Aus der erfolgreichen Zusammenarbeit (als Auftragnehmer) in den grenznahen Städten und Gemeinden im Rahmen von Ziel3 (deutsch-tschechische Zusammenarbeit) entwickelten sich bereits konkrete

Projektideen, bei denen das Aufbauwerk in der Antragsentwicklung (bei Antragsbewilligung entsprechend in der Umsetzung) involviert ist. Weitere Perspektiven im Ziel3-Programm für die Region ergeben sich besonders für den Landkreis Mittelsachsen.

Diese Kompetenzen werden mittlerweile auch aus dem deutsch-polnischen Grenzgebiet nachgefragt und führen auch hier zu einer Projekteinreichung im Frühjahr 2016 in Zusammenarbeit mit der Stadt Hoyerswerda. Mit weiteren Projekt- und Kooperationsanfragen, sowohl DE-CZ als auch DE-PL, ist zu rechnen.

### **3. Gesamtaussage**

Das strategische und operative Handeln der Gesellschaft ist wesentlich geprägt von einem Selbstverständnis als Dienstleister für die Region Leipzig.

Der Rückgang der Fördermittel für Sachsen in der neuen Förderperiode 2014-2020 ist eine große Herausforderung für die Region. Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH kann dies abfedern durch verstärkten Zugriff auf Fördermittel, die in zentraler Verwaltung von Brüssel liegen. Die Stärken der Gesellschaft liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit den umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Bei Anfragen kann somit kurzfristig ein entsprechendes Förderprogramm zur Projektanfrage/-idee gefunden und der Projektantrag entwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Gesellschaft gut gerüstet für die Bewältigung zukünftiger Risiken.

### **F. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Für den Fall, dass die Zahlungen der Fördermittelgeber/Vertragspartner nicht fristgerecht erfolgen, kann die Gesellschaft auf einen Kontokorrentkredit i. H. von 145.000 Euro zurückgreifen. Zum Ende des Jahres 2015 wurde eine Inanspruchnahme i. H. von 31.400,86 Euro erforderlich, die Anfang 2016 zurückgeführt werden.

Der Kredit dient zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko, welcher auch im Jahr 2016 für Übergangszeiträume bis zum Eingang der Fördermittel in Anspruch genommen werden soll.

### **G. Zweigniederlassungsbericht**

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Leipzig, den 16.03.2016  
Silvana Rückert, Geschäftsführerin

## Technologie Zentrum Borna GmbH

### Beteiligungsübersicht

Roßmarktsche Straße 5  
04552 Borna  
Gründungsdatum 27.10.1990  
Rechtsform GmbH  
*Handelsregistereintrag am 13.06.1996 unter HRB 1936*

Tel.  
Fax

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		230.081,34 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	21,3300 %	49.084,02 €
Gemeinde Deutzen	16,8900 %	38.858,18 €
Stadtverwaltung Regis-Breitingen	16,8900 %	38.858,18 €
Technologie Zentrum Borna GmbH	11,1100 %	25.564,59 €
Stadtverwaltung Borna	33,7800 %	77.716,37 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Förderung der Entwicklung im Kreis; Schaffung NEG und Ansiedlung von Gewerbegebieten.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

### Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
Technologie Zentrum Borna GmbH	11,1100 %	25.564,59

Mit Beschluss des Amtsgerichtes Leipzig vom 20.10.1997, Az.: 92 N 1140/97, wurde das Gesamtvollstreckungsverfahren über das Vermögen der Technologiezentrum Borna GmbH (TBZ) eröffnet. Vom zuständigen Registergericht wurde die Gesellschaft wegen Vermögenslosigkeit zum 31.07.2015 von Amts wegen gelöscht.

## Invest Region Leipzig GmbH

### Beteiligungsübersicht

Markt 9  
04109 Leipzig

Tel. 0341-26827770  
Fax 0341-26827799  
Email [info@invest-region-leipzig.de](mailto:info@invest-region-leipzig.de)  
Internet <http://www.invest-region-leipzig.de>

Gründungsdatum 30.11.2012  
Rechtsform GmbH  
*Gründung durch Beschluss am 10.10.2012*  
*Letzte Änderung am 30.11.2012*  
*Handelsregistereintrag am 01.02.2013 unter HRB 29067*

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		150.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	15,0000 %	22.500,00 €
Landkreis Nordsachsen	15,0000 %	22.500,00 €
IHK Leipzig	19,0000 %	28.500,00 €
Stadt Leipzig	51,0000 %	76.500,00 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Unterstützung der Wirtschaftsförderung für die Region Leipzig, bestehend aus den Gebieten der Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit deren kreisangehörigen Gemeinden sowie der Stadt. Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmung wird die Gesellschaft insbesondere das Standortmarketing und die Investorenwerbung für die Region durchführen, Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen anwerben und Betreuen und die Vernetzung innerhalb der Region und überregional mit dem Ziel der Bildung von Wirtschaftsklustern unterstützen.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	255.000,00
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	



**Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

**1. PROFIL DER INVEST REGION LEIPZIG GMBH**

Die Invest Region Leipzig GmbH (nachfolgend: „IRL“, „IRL GmbH“, Gesellschaft“ oder „GmbH“) ist seit dem 15. August 2013 als Gesellschaft der Stadt Leipzig, der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig sowie der Landkreise Nordsachsen und Leipzig im Sinne einer nach außen orientierten Akquisitions- und Marketinggesellschaft aktiv. Sie ist keine übergeordnete Instanz, sondern fügt sich in das Zusammenspiel der Ämter und Institutionen für Wirtschaftsförderung innerhalb der Region Leipzig ein, deren jeweilige Schwerpunktsetzungen (u.a. lokale Bestandspflege, wirtschaftspolitische Rahmengestaltung, Cluster-Förderung, Liegenschaftsmanagement, Gründerberatung, Aus- und Weiterbildung) in den gegebenen regionalen Strukturen bestehen bleiben. Zur Fokussierung auf die GmbH-Kernaufgaben und zur Vermeidung redundanter Überschneidungen grenzt die IRL GmbH ihr Tätigkeitsportfolio daher bewusst von solchen Dienstleistungen ab, die sich primär im Serviceportfolio anderer regionaler Leistungsträger befinden.

Die Kernziele der Gesellschaft bestehen in der Initiierung, Akquisition und Ansiedlung arbeitsplatzschaffender, gewerblicher Direktinvestitionen und der Gewinnung von qualifizierten Fachkräften aus dem In- und Ausland. Ergänzt wird dies durch ein aktives Standortmarketing für die Region Leipzig, um deren Wahrnehmung als dynamische, perspektivstarke Wirtschaftsregion zur Erzeugung von Nachfrage bei standortinteressierten potentiellen gewerblichen Direktinvestoren und qualifizierten Fachkräften zu steigern. Dabei fokussiert sich die Gesellschaft neben dem deutschen Wirtschaftsraum zunehmend auf die Bearbeitung internationaler Quellmärkte. Mit ihrer Arbeit trägt die IRL zur nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region Leipzig bei.

Die satzungsgemäß definierten strategischen Unternehmensschwerpunkte der IRL GmbH sind:

- Unternehmensakquisition und -ansiedlung
- Fachkräftegewinnung
- Standort- und Imagemarketing.

Die Unternehmensschwerpunkte „Unternehmensakquisition und –ansiedlung“ sowie „Fachkräftegewinnung“ bilden intern zugleich die beiden Geschäftsfelder der IRL. Der Bereich „Standort- und Imagemarketing“ stellt kein gesondertes Geschäftsfeld dar. Vielmehr dienen die daraus abgeleiteten Maßnahmen der Umsetzung von Zielen und Strategien in den zwei vorgenannten Geschäftsfeldern.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die IRL GmbH Zahlungen von ihren Gesellschaftern, die sich am jeweiligen Gesellschaftsanteil der Gesellschafter bemessen. Daneben generiert die GmbH Eigenerlöse durch die projektbezogene Einbindung regionaler Wirtschaftspartner in ihre Marketing- und Vertriebsmaßnahmen.

**2. Angaben nach § 99 Abs. 2 SächsGemO**

Die nachfolgenden Angaben entsprechend den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

**2.1. Anteilseigner**

Anteilseigner der Invest Region Leipzig GmbH sind die Stadt Leipzig (51 %), die Industrie- und Handelskammer zu Leipzig (19 %) sowie die Landkreise Leipzig (15 %) und Nordsachsen (15 %).

**2.2. Organe der Gesellschaft**

**2.2.1. Geschäftsführung**

Geschäftsführer der Gesellschaft war bis zum 31. Oktober 2015 Herr Lutz Thielemann, Leipzig, Diplom-Kaufmann, M.Sc. Marketing Communications. Seit 1. November 2015 ist Herr Michael Körner, Leipzig, Diplom-Informatiker, Geschäftsführer der Gesellschaft.



### 2.2.2. Gesellschafterversammlung

- Herr Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Stadt Leipzig, Vorsitzender der Gesellschafterversammlung
- Herr Wolfgang Topf, Präsident, Industrie- und Handelskammer zu Leipzig
- Herr Henry Graichen, Landrat, Landkreis Leipzig (seit 01.08.2015)
- Herr Kai Emanuel, Landrat, Landkreis Nordsachsen (seit 27.08.2015)

Ausgeschieden im Geschäftsjahr 2015:

- Herr Michael Czupalla, Landrat, Landkreis Nordsachsen (bis 26.08.2015)
- Herr Dr. Gerhard Gey, Landrat, Landkreis Leipzig (bis 31.07.2015)

### 2.2.3. Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat der Invest Region Leipzig GmbH gehören 12 Mitglieder an.

Sechs Aufsichtsratsmitglieder wurden von der Stadt Leipzig entsandt:

- Herr Uwe Albrecht, Bürgermeister und Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit der Stadt Leipzig, Stadt Leipzig, Aufsichtsratsvorsitzender
- Herr Heiko Bär, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion der SPD
- Herr Dieter Deissler, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Herr Holger Hentschel, Stadtrat, Stadt Leipzig, AfD-Fraktion
- Herr William Grosser, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion Die Linke
- Herr Gerd Heinrich, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion der CDU

Per Beschlussfertigung der Ratsversammlung der Stadt Leipzig vom 21.01.2015 gem. § 11 Abs. 6 des Gesellschaftsvertrages der IRL GmbH aus dem Aufsichtsrat abberufen:

- Herr Christoph Hempel, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Frau Isabel Siebert, Stadträtin, Stadt Leipzig, Fraktion der FDP

Per Beschlussfertigung der Ratsversammlung der Stadt Leipzig vom 21.01.2015 gem. § 11 Abs. 6 des Gesellschaftsvertrages der IRL GmbH neu in den Aufsichtsrat berufen:

- Herr Dieter Deissler, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Herr Holger Hentschel, Stadtrat, Stadt Leipzig, AfD-Fraktion

Zwei Aufsichtsratsmitglieder wurden von der IHK zu Leipzig entsandt:

- Herr Wolfgang Topf, Präsident, Industrie- und Handelskammer zu Leipzig, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- Herr Martin Buhl-Wagner, Geschäftsführer, Sprecher der Geschäftsführung, Leipziger Messe GmbH

Zwei Aufsichtsratsmitglieder wurden vom Landkreis Leipzig entsandt:

- Herr Henry Graichen, Landrat, Landkreis Leipzig
- Herr Wolfgang Klinger, 1. Beigeordneter Dezernat II, Landkreis Leipzig

Zwei Aufsichtsratsmitglieder wurden vom Landkreis Nordsachsen entsandt:

- Herr Michael Czupalla, Landrat, Landkreis Nordsachsen (bis 26.08.2015)
- Herr Kai Emanuel, Landrat, Landkreis Nordsachsen (ab 27.08.2015)
- Herr Andreas Kretschmer, Oberbürgermeister, Stadt Oschatz

### 2.3. Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2015 beschäftigte die Invest Region Leipzig GmbH insgesamt zehn Angestellte, den Geschäftsführer eingeschlossen (31.12.2014: 7 Angestellte).

### 2.4. Abschlussprüfer

Mit Beschluss des Aufsichtsrates vom 8. Oktober 2015 wurde die CONNEX.M&P Audit Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2015 der Invest Region Leipzig GmbH gewählt.

### 3. Sonstige Angaben

Die Arbeit der IRL GmbH stützt sich auf klare strategische Leitlinien sowie auf einen jährlich fortgeschriebenen Wirtschafts-/Marketingplan, welcher kontinuierlich durch ein umfassendes Jahres-, Quartals und Zwischenberichtswesen gegenüber den Organen der Gesellschaft sowie anhängigen Gremien und Interessengruppierungen reflektiert wird.

#### *Geschäftsordnung*

In der Aufsichtsratssitzung vom 27. November 2014 wurde eine Geschäftsordnung als verbindliches Regelwerk der Gesellschaft verabschiedet, welche sich inhaltlich am Leipzig Corporate Governance Kodex (LCGK) orientiert und der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen wurde. Die Beschlussfassung und Feststellung der Geschäftsordnung durch die Gesellschafterversammlung erfolgte im 2. Halbjahr des Geschäftsjahres 2015 im Umlaufverfahren.

#### *Managementberichtswesen*

Die Gesellschaft erweiterte im Jahresverlauf 2015 ihr Berichtswesen, welches neben der Berichterstattung des Geschäftsführers im Rahmen von Aufsichtsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen auch ein quartalsweises Management-Reporting inklusive Arbeitsbericht gegenüber den Gesellschaftern und Aufsichtsräten umfasst. Über die festgelegten Gremien-Sitzungstermine hinaus findet in der Regel 14-tägig ein Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden statt, um kontinuierlich über die Aktivitäten der IRL zu berichten. Daneben findet monatlich eine fachliche Abstimmung zwischen der Gesellschaft und den Amtsleitern für Wirtschaftsförderung der Gesellschafter und der Geschäftsführung der IHK zu Leipzig statt.

#### *Wirtschaftsplanung*

Die Gesellschaft richtete ihre Geschäftsaktivitäten im Geschäftsjahr 2015 an dem durch die Gesellschafterversammlung in der Sitzung vom 15. Juni 2015 genehmigten Wirtschaftsplan 2015 (inkl. Marketingplanung) aus. Die Wirtschaftsplanung einschließlich der geplanten Marketingaktivitäten für das Geschäftsjahr 2016 wurde in der Aufsichtsratssitzung vom 8. Oktober 2015 durch den Aufsichtsrat mit einer positiven Empfehlung an die Gesellschafterversammlung versehen und von dieser in der Gesellschafterversammlung vom 19. Oktober 2015 beschlossen. Unter Berücksichtigung der im 4. Quartal 2015 erfolgten personellen Veränderungen wurde im Dezember 2015 der Wirtschaftsplan 2016 überarbeitet, dem Aufsichtsrat vorgelegt und durch diesen im Umlaufverfahren der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen. Die Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung erfolgte im Umlaufverfahren im 1. Quartal 2016.

#### *Strategisches Unternehmens- und Vertriebskonzept*

Über die bestehenden unternehmenskonzeptionellen Grundlagen im Marketing- und Wirtschaftsplan hinaus wurde im Sommer 2014 auf Basis des Gesellschaftsvertrages eine umfassende strategische Unternehmenskonzeption erarbeitet und im Jahresverlauf 2015 unter Berücksichtigung der im Rahmen der Aufsichtsratsklausur im November 2014 gewonnen Erkenntnisse überarbeitet. Ergänzt wurde das strategische Unternehmenskonzept um ein Vertriebskonzept, welches die angestrebten Vertriebsmaßnahmen konkretisiert. Beide Konzepte stellen auf einer analytischen Grundlage die Ziele, Strategien und operativen Maßnahmen der einzelnen GmbH-Geschäftsfelder dezidiert dar und wurden innerhalb der Gremien erörtert und diskutiert.

#### *Finanzierungsgrundlage*

Die Finanzierung der Gesellschaft basierte bis 2015 auf einer Finanzierungsvereinbarung. Diese stellte ab auf die Umsatzsteuerbefreiung der Gesellschafterzuschüsse an die GmbH. Im Mai 2014 erteilte das Finanzamt eine verbindliche Auskunft, wonach diese Zuschüsse der Umsatzbesteuerung unterliegen. Nach Abstimmung innerhalb des Aufsichtsrates und Information der Gesellschafterversammlung wurde im Jahr 2014 gegen die verbindliche Auskunft Einspruch erhoben. In den Jahren 2014 und 2015 erfolgte eine neuerliche Befassung mit der Finanzierungsthematik und die Ausgestaltung einer neuen Finanzierungsgrundlage, die eine Umsatzbesteuerung vorsieht, in Form eines Dienstleistungsvertrages zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern für die Jahre 2016ff. Nach Unterzeichnung des ab dem 1. Januar 2016 geltenden Dienstleistungsvertrages wurde im Dezember 2015 in Abstimmung mit den Gesellschaftern der beim Finanzamt eingelegte Einspruch gegen die Umsatzbesteuerung zurückgenommen.

#### 4. WIRTSCHAFTSBERICHT

Die Mitarbeiter der Invest Region Leipzig GmbH haben im Geschäftsjahr 2015 in Erfüllung der satzungsgemäß definierten Aufgaben eigenverantwortlich ein hohes und konzeptionell abgesichertes Pensum geleistet.

##### **Unternehmensakquisition und -ansiedlung**

###### *Direktmailing-/Direktmarketingaktivitäten*

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Aktivitäten der Gesellschaft stellte auch im Geschäftsjahr 2015 die initiale und direkte Kontaktaufnahme zu Unternehmen im Zuge von Direktmailing-Kampagnen im Rahmen der persönlichen Ansprache zur Identifikation arbeitsplatzschaffender Investitionsinteressenten dar. Auf Basis der Erkenntnisse der im Jahr 2014 erstellten Fraunhofer MOEZ-Studie wurden im Jahr 2015 die Entscheider von ca. 26.000 Unternehmen mit Erweiterungsoptionen in strukturstarken Quellmärkten mit Blick auf Erweiterungschancen in der Region Leipzig durch qualifizierte Angebotsschreiber kontaktiert. Hierbei handelte es sich im Wesentlichen um Unternehmen aus Deutschland (z.B. Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen) sowie der Schweiz, Österreich, den BeNeLux-Staaten, Skandinavien sowie Großbritannien. Die Basis für sämtliche Unternehmensansprachen bildeten dabei recherchierte, geprüfte und personalisierte Adressdaten.

###### *Direktvertrieb, Messen- und Promotions- sowie Delegationsbetreuung*

Im Jahresverlauf 2015 bearbeiteten die Mitarbeiter der Invest Region Leipzig GmbH akquisitorisch ausgewählte Wirtschaftsleitmesse und Branchenschwerpunktmessen im In- und Ausland. Hierzu zählten im 1. Quartal 2015: Internationale Grüne Woche Berlin, Enertec/Terratec und Intec/Z-Zuliefererkongress Leipzig, Ambiente Frankfurt, ITB Berlin, IT Solutions Expo Göteborg (Schweden) und CeBIT Hannover. Im 2. Quartal 2015 fokussierte sich das Akquisitionsteam u.a. auf die Hannover Messe, die ICTexpo 2015 (Helsinki), die Südtec/Medtech (Stuttgart) sowie die SMART Automation Linz. Der Schwerpunkt der Vertriebsaktivitäten des 3. Quartals 2015 lag in der konzeptionellen und inhaltlichen Vorbereitung von Messestandbeteiligungen des 4. Quartals 2015. Akquisitorisch und mit Messestandpräsenz bearbeitete das Team der IRL GmbH im 4. Quartal 2015 die teilnehmerstärkste Gewerbeimmobilienmesse Deutschlands, die Expo Real München, den 8. Deutschen Maschinenbau-Gipfel (Berlin) und die Medica (Düsseldorf), die weltweit bedeutendste Medizintechnikfachmesse. Darüber hinaus akquirierte die Gesellschaft auf Europas führender Fachmesse für elektrische Automatisierung, der SPS IPC Drives in Nürnberg.

Des Weiteren besuchten die Mitarbeiter der IRL GmbH regelmäßig persönlich Unternehmen im In- und Ausland, um einerseits die Wirtschaftsregion Leipzig als Investitionsstandort zu empfehlen und andererseits ihr Netzwerk durch gezielte Kontaktabbauung und systematische Beziehungspflege zu Entscheidungsträgern und –beeinflussern von Investitionsentscheidungen zu erweitern.

So unternahm die für das internationale Beziehungsmanagement zuständige Mitarbeiterin der Invest Region Leipzig GmbH bspw. im Mai und Oktober 2015 eine Reise zur Gewinnung von Multiplikatoren und Investoren an die Ostküste- und Westküste der USA mit dem Ziel, ein Partnernetzwerk bestehend aus Industrieverbänden, Technologieparks, Außenwirtschaftsfördergesellschaften, Startup-Zentren sowie F&E-Einrichtungen aufzubauen. In zwölf Bundesstaaten (u.a. Georgia, North Carolina, North Virginia, Illinois, Washington DC, New York, Pennsylvania, Nevada, Kalifornien) wurden Termine mit Unternehmensvertretern

und Multiplikatoren sowie Vertretern von Wirtschaftsverbänden wahrgenommen. Der Fokus der Gespräche lag hierbei auf den im Rahmen der Fraunhofer Investoren-/Quellmarktstudie identifizierten Branchen Biotechnologie/Gesundheitswesen, Informations- und Kommunikationstechnologie, Maschinen-/Fertigungsbau, Automobil und Chemie einerseits, andererseits auf der Präsentation der Invest Region Leipzig und ihrem Angebotsportfolio vor potentiellen Investoren.

Entsprechend ihrem Direktvertriebscharakter initiierte die Invest Region Leipzig GmbH im Juni 2015 eine Investoren-Roadshow im Quellmarkt Schweiz. Der Fokus der Kontaktabbauung lag auf Unternehmen des produzierenden Gewerbes.

Darüber hinaus zeigte die IRL GmbH im Rahmen der Plymouth Business Show Präsenz und verband diese mit Präsentationsterminen bei expansionsinteressierten britischen Unternehmen.

Das Akquisitionsteam bearbeitet sämtliche Messe-/Akquisitionskontakte sukzessive nach und verfolgt diese weiter. Dabei werden Interessenten gezielt und passgenau über mögliche Standortalternativen informiert sowie in ansiedlungsrelevanten Fragestellungen durch die Gesellschaft aber auch durch Partner in der Region beraten und begleitet.

Die Invest Region Leipzig GmbH präsentierte außerdem den Wirtschaftsstandort Leipzig im Rahmen von nationalen und internationalen Auftritten auf Veranstaltungen und Messen gemeinsam mit weiteren

regionalen Partnern (z.B. Leipziger Messe GmbH, Stadt Leipzig, StartUp-Accelerator „SpinLab Leipzig“). Beispielhaft für das Jahr 2015 genannt seien die Transport Logistik München, die Plymouth Business Show sowie ein Investorenseminar „Innovation Day“ im Rahmen der von der Deutsch-Israelischen Außenhandelskammer organisierten Kongressmesse unter dem Leitmotto „50 Jahre Deutsch-Israelische Wirtschaftsbeziehungen“ in Tel Aviv (Israel). Letztere wurde ebenfalls genutzt, um vorab qualifizierte Unternehmen mit Erweiterungsinteresse in Europa anzusprechen.

Im Anschluss an die Hannover Messe wurde darüber hinaus eine indische Delegation betreut und Unternehmensbesuche organisiert, um die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsregion Leipzig zu präsentieren. Zudem beteiligte sich die Gesellschaft an der Transport Logistik München, zu der sie in Kooperation mit der Stadt Leipzig einen Netzwerkabend veranstaltete und Gespräche mit potentiellen Investoren führte.

Gleichmaßen empfing und betreute die Gesellschaft im Jahr 2015 unter Einbeziehung von Gesellschaftervertretern internationale Unternehmerdelegationen, unter anderem aus Polen, Tschechien, Dänemark, der Türkei, Israel, Indien und China, um die Standortvorteile der Wirtschaftsregion Leipzig zu vermitteln und Ansiedlungsinteressenten bzw. Multiplikatoren zu gewinnen.

### **Akquisitionsergebnisse**

Insgesamt wurden im Jahresverlauf 2015 94 Vorgänge (2014: 87 Vorgänge) durch das Akquisitionsteam der Gesellschaft bearbeitet. Zum Stichtag 31. Dezember 2015 verfügte die IRL über 85 qualifizierte Kontakte (2014: 78 Kontakte). Dies ist Ergebnis der bisherigen konsequent am Wirtschaftsplan und den satzungsgemäßen Aufgaben orientierten Vertriebs- und Marketingmaßnahmen. Festzustellen ist, dass die Qualität der generierten Kontakte im Jahresverlauf 2015 weiter gestiegen ist.

Die Gesellschaft bezog die Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig in 29 Standortanfragen (2014: 18 Standortanfragen), den Landkreis Leipzig in 18 Standortanfragen (2014: 19 Standortanfragen) und den Landkreis Nordsachsen in 20 Standortanfragen (2014: 18 Standortanfragen) ein. Eine Einbindung der IHK zu Leipzig erfolgte in 8 Projektvorhaben. Bei keiner erkennbaren örtlichen Präferenz des Investors/-Interessenten für sein Ansiedlungsvorhaben wurden i.d.R. alle Gesellschafter in die Standortanfrage einbezogen.

Die Investitionsinteressenten entstammen schwerpunktmäßig den Branchen IT/E-commerce (24%), Fertigungsindustrie (16%), Chemie- und Kunststoffindustrie (11%), Energie- und Umwelttechnik (10%), Logistik (8%), Freizeitwirtschaft/Hotellerie (5%) sowie Automotive (4%).

Mit Unterstützung und unter Begleitung der Invest Region Leipzig GmbH haben sich im Jahr 2015 sechs Unternehmen (2014: vier Unternehmen) zur Ansiedlung in der Region Leipzig entschieden, darüber hinaus die Erweiterung eines Bestandsunternehmens. Perspektivisch ist nach Angaben der Unternehmen davon auszugehen, dass diese zusammen mehr als 500 Arbeitsplätze in der Region schaffen werden.

### **Fachkräftegewinnung**

Die Fachkräftegewinnung für die Region Leipzig erfolgt seitens der IRL GmbH als unterstützende Maßnahme in der Phase der Investorengewinnung sowie für bereits angesiedelte Unternehmen bezogen auf Engpassberufsgruppen.

Erstmals präsentierte sich der Bereich Fachkräfteservice im März 2015 auf Polens größter Absolventen- und Jobmesse in Warschau. Weitere Fachkräftemessen führten die Mitarbeiter der IRL GmbH zur Connecticum Berlin, der Akademika Nürnberg und der JOBFACOTORY Rostock. Einen weiteren Schwerpunkt bildete im November und Dezember 2015 eine Campustour durch Tschechien mit den beiden Hochschulstationen Usti und Liberec. Dabei präsentierte das Team der IRL die Jobperspektiven der Region Leipzig mit einem eigenen Stand auf den Karriereveranstaltungen der beiden Universitäten. Ziel war es, insbesondere Studenten sowie Absolventen aus technischen Fachrichtungen für die Region Leipzig zu gewinnen. Aufgrund der Grenznähe verfügen viele der Interessenten über Kenntnisse der deutschen Sprache.

Fortgesetzt wurde das im Jahr 2014 erfolgreich eingeführte Format der Fachkräfte-Roadshow in strukturschwachen Regionen im grenznahen Raum Polens. Im Juni 2015 konzentrierte sich die Gesellschaft auf Niederschlesien (u.a. Liegnitz, Breslau, Oppeln, Lüben, Waldenburg, Hirschberg), um vor Ort qualifizierte Arbeitnehmer und Absolventen für die Region Leipzig zu gewinnen. Unterstützung fand die IRL GmbH bei Partnern wie Mercedes-Benz, fairnet Leipzig, Universität Leipzig der Weiterbildungsakademie Landkreis Leipzig und dem Locationservice Mozer-Möllenbeck. Gegenüber einer Vielzahl interessierter Besucher wurden konkrete Job-Angebote der Region Leipzig im Rahmen



der Jobbörse [www.work-in-leipzig.de](http://www.work-in-leipzig.de) sowie einer Job-Wall – bestehend aus individuellen Firmenstellenanzeigen – präsentiert.

Neben der Vorstellung des Portfolios an wirtschaftlichen Leistungsträgern der Region Leipzig galt es im Rahmen der Aktivitäten des Bereichs Fachkräftegewinnung, die Webseite [www.work-in-leipzig.de](http://www.work-in-leipzig.de) als ersten Zugang zur Gesamtdarstellung beruflicher Perspektiven aktiv zu bewerben. Auf dieser Webseite werden mehr als 10.000 aktuell verfügbare Stellenangebote der Region Leipzig aus verschiedenen Online-Plattformen, Printmedien und Unternehmensdarstellungen erfasst und interessierten Fachkräften zur Verfügung gestellt. Der Erfolg der Maßnahmen dieses Geschäftsbereichs spiegelt sich in den Seitenaufrufen wider, die sich auf monatlich zwischen 9.000 und 12.000 belaufen und zu denen als zugriffsstärkste Länder neben Deutschland auch Polen, Tschechien und Großbritannien zählen.

## **Standort- und Imagemarketing**

### *Klassisches Standortmarketing*

Im 1. Quartal 2015 wurden durch die IRL GmbH internationale Journalisten aus der Schweiz, Schweden, England und den Niederlanden mit den Themenschwerpunkten Wirtschaft, Logistik und Energie/Umwelt individuell betreut und mit der Region Leipzig und ausgewählten Unternehmen vor Ort bekannt gemacht. Zur Vertriebsunterstützung der im 2. Quartal 2015 durchgeführten Schweiz-Akquise-Roadshow wurde im Mai/Juni 2015 am Flughafen Zürich ein Großformatposter platziert.

Mit einer Gesamtauflage von knapp 200.000 Exemplaren erfolgte im Mai 2015 als Teil der Standort-PR der Invest Region Leipzig die Veröffentlichung einer Sonderbeilage über die Wirtschaftsregion Leipzig in DIE WELT sowie mit einer Gesamtauflage von 142.000 Exemplaren die Veröffentlichung eines mehrseitigen Verlags-Supplements im Handelsblatt im September 2015. Daneben wurden Beilagen bzw. Anzeigenformate im Mittelstandsmagazin „impulse“, DIE WELT, dem Manager Magazin sowie dem REGJO-Magazin veröffentlicht.

Darüber hinaus wurden zur Vertriebsunterstützung und Investorenakquise in 2015 weitere Kommunikations- und Präsentationsmittel erstellt (z.B. Sales Flyer in vier verschiedenen Sprachen, branchenspezifische Factsheets sowie Kommunikationsmittel zur Vermarktung des Leipziger Neuseenlands). Zur Unterstützung weiterführender und vertiefender Investorengespräche und im Rahmen von Messeaktivitäten einzusetzen geplant, wurde in Abstimmung mit den Gesellschaftern außerdem eine Gewerbeflächenkarte konzipiert und erarbeitet, um die Region und mögliche Ansiedlungsflächen zu präsentieren. Mit einer Erstauflage von 1.500 Exemplaren wurde diese Gewerbeflächenkarte auf der Expo Real 2015 in München vorgestellt.

Zur Kommunikation des Fachkräfteportals [www.work-in-leipzig.de](http://www.work-in-leipzig.de) stand der IRL GmbH darüber hinaus auch im Jahr 2015 ein Blow-up-Riesenposter mit zweimal 350 qm Fläche an der Autobahn A2 zwischen Berlin und Poznan zur Verfügung, um gezielt europaweit frequentierende polnische Fachkräfte auf verfügbare Arbeitsplätze und Lebensperspektiven in der Wirtschaftsregion Leipzig aufmerksam zu machen. Die Laufzeit des Vertrages über Großformatwerbung an der Autobahn A2 endet im Mai 2016. In Fortsetzung der im Jahr 2014 eingegangenen Vertragsverpflichtung setzte die Invest Region Leipzig GmbH bis August 2015 Transportmittelwerbung auf 10 europaweit verkehrenden Großtrucks ein. Die Trucks mit einer jährlichen Laufleistung von je ca. 150.000 km wurden in 2014 vollflächig mit Werbemotiven zur Investitions- und Fachkräftegewinnung gestaltet: „There are no better investment opportunities anywhere else“ sowie „Workforce Welcome“.

Mit dem Ziel mit einem attraktiven Konferenz- und Rahmenprogramm überregionale und regionale Unternehmer in die Region Leipzig zu motivieren, und diese von der Leistungsfähigkeit der Region Leipzig zu überzeugen, um so Impulse für Neuansiedlungen zu schaffen, begann die IRL GmbH bereits im 2. Halbjahr 2014 mit der Planung eines eigenen Veranstaltungsformates, dem „Weltmarktführerforum Leipzig“. Die Konferenz sollte erstmals vom 11.-13.11.2015 stattfinden. Insofern konzentrierten sich die Aktivitäten der Gesellschaft von Jahresbeginn 2015 an auf die Vorbereitung, Umsetzung und Vermarktung dieser Veranstaltung. Im 2. Quartal 2015 führte die Gesellschaft intensive Gespräche mit der Leipziger Foren Holding GmbH, um die Veranstalterrolle an diese, mit partnerschaftlicher Unterstützung durch die IRL GmbH, zu übertragen. In der Konsequenz vereinbarten beide Parteien vertraglich, die Veranstalterrolle und damit die Abwicklung sämtlicher Vorgänge an die Leipziger Foren Holding GmbH zu übertragen und die IRL GmbH im Defizitfall begrenzt finanziell zu beteiligen. Aufgrund der Tatsache, dass die Teilnehmerzahlen zum Entscheidungstag unter den Erwartungen und einer für eine erfolgreiche Durchführung sprechenden Größenordnung sowohl für die Veranstalter als auch die Referenten und Sponsoren lagen, wurde im Oktober 2015 die Absage der Veranstaltung beschlossen.

### *Internet-/ Online Marketing*

Zu Jahresbeginn 2015 wurde die auf Wunsch der Gesellschafter in die Betreuung der IRL gelegte Neuausrichtung der bestehenden Internetpräsenz des Leipziger Neuseenlands [www.investoren-neuseenland.de](http://www.investoren-neuseenland.de) finalisiert und im Rahmen des 7. Seenlandkongresses im Februar 2015 vorgestellt.

Weitere Schwerpunkte im Bereich Internet-/Online-Marketing lagen im Jahr 2015 in der Ausweitung der Google Adwords Kampagnen in diversen Quellmarktgebieten (u.a. Baden-Württemberg, Bayern) sowie dem systematisierten Einsatz weiterer Internet Suchmaschinenmarketing-Maßnahmen, sodass sich für die Invest Region relevante Keywords und die Zugriffe auf bestimmte Web-Unterseiten konsequenter bewerben lassen.

## **Personelle Entwicklung**

Zum Stichtag 31. Dezember 2015 gehörten der Gesellschaft zehn festangestellte Mitarbeiter an (31.12.2014: sieben festangestellte Mitarbeiter).

Im Januar 2015 erfuhr die Position Manager Akquisition/Ansiedlung sowie die Position Manager Internationale Marktbearbeitung ihre Besetzung. Darüber hinaus nahm zum 1. Dezember 2015 ein Teamleiter Akquisition/Ansiedlung seine Tätigkeit bei der Gesellschaft auf.

Von den Mitarbeitern sind sieben Mitarbeiter direkt dem Vertrieb zuzuordnen sowie drei weitere indirekt für vertriebsunterstützende Funktionen verantwortlich.

Personelle Veränderungen ergaben sich im Oktober 2015 mit der Abberufung des Geschäftsführers, woraufhin zum 1. November 2015 die Position des Geschäftsführers eine neue Besetzung fand.

Im Geschäftsjahr 2015 waren im Durchschnitt zehn Angestellte (inkl. Geschäftsführer) und neun studentische Aushilfen beschäftigt.

## **5. ERFOLGSBERICHT**

Die sonstigen betrieblichen Erträge des Berichtszeitraums belaufen sich auf 1.531 TEUR und stellen die Haupteinnahmeposition der IRL dar. Sie setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Gesellschafterzuwendungen in Höhe von 1.429 TEUR (2014: 1.361 TEUR), Erlösen aus maßnahmenorientierten Sponsoring-Aktivitäten und Projektbeteiligungen Dritter in Höhe von 26 TEUR (2014: 28 TEUR), Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 11 TEUR (2014: 11 TEUR) sowie Verrechnungen von Sachbezügen in Höhe von 10 TEUR (2014: 9 TEUR). Die im Berichtszeitraum angefallenen Aufwendungen betreffen neben den Personalaufwendungen (692 TEUR; 2014: 395 TEUR) im Wesentlichen sonstige betriebliche

Aufwendungen (bezogene Leistungen für Wirtschaftsförderungs-/Vertriebs- und Projektmanagement, Standortmarketing sowie sonstige Aufwendungen).

Die bezogenen Leistungen setzen sich zusammen aus Leistungen in den Bereichen Corporate Design/-Kommunikationsmittel, Publikationen, Auslandsmarketing, Print- und Außenwerbung, Public Relations, Online-Marketing, Messen/Sales Promotion, Direktmarketing, Delegationsbetreuung und Kooperationsmarketing. Diese Marketing- und Vertriebsaufwendungen bilden die Grundlage für wirtschaftsfördernde Prozesse im Sinne der Akquisition/Ansiedlung von Unternehmen sowie der Fachkräftegewinnung für die Region Leipzig.

Die Aufwendungen für Messen und Sales Promotion Maßnahmen beliefen sich im Geschäftsjahr 2015 insgesamt auf 139 TEUR (2014: 181 TEUR). Zu den kostenseitig wesentlichen Marketingaufwendungen in diesem Bereich zählte insbesondere das Projekt EXPO REAL 2015 mit 66 TEUR (2014: 104 TEUR) sowie das Weltmarktführerforum (29 TEUR).

Größere Aufwandspositionen lagen zudem in den Bereichen Print- und Außenwerbung (158 TEUR; 2014: 216 TEUR), PR (74 TEUR; 2014: 167 TEUR) und Publikationen (28 TEUR; 2014: 17 TEUR). Im Wesentlichen bezogen sich diese Kosten auf die Kreation und Veröffentlichung diverser Verlagsbeilagen/Medien-Supplements sowie Anzeigenkampagnen in überregionalen und nationalen Leitmedien wie: DIE WELT, Handelsblatt, impulse und Manager Magazin wie auch auf die Großformat- und Verkehrsmittelwerbung.

Zudem sind Aufwendungen in Höhe von 36 TEUR (2014: 92 TEUR) in Verbindung mit Online-Marketingaktivitäten) und Direktmarketing-Kampagnen (Direktmailings) in Höhe von 40 TEUR (2014: 41 TEUR) sowie dem Auslandsmarketing mit 35 TEUR (2014: 59 TEUR) entstanden.

Die Rechts- und Beratungskosten beliefen sich im Geschäftsjahr 2015 auf 90 TEUR (2014: 77 TEUR) und stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Erstellung des Dienstleistungsvertrages zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern, dem im Oktober/November 2015 vollzogenen Geschäftsführerwechsel sowie der laufenden gesellschafts- und steuerrechtlichen Beratung der Gesellschaft.

Einen weiteren großen Kostenblock stellen die mit der Akquisitionstätigkeit und Fachkräftegewinnungsmaßnahmen verbundenen Reisekosten dar, die sich im Geschäftsjahr 2015 auf 48 TEUR (2014: 29 TEUR) belaufen.

Das Jahresergebnis ist durch periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 52 (2014: 37 TEUR) und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 4 (2014: 6 TEUR) beeinflusst. Bei den periodenfremden Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um nicht mehr zurückzuzahlende

Zuschüsse der Gesellschafter aus dem Jahr 2014 (2015: 50 TEUR; 2014: 36 TEUR), für die keine Rückzahlungsverpflichtung besteht. Im Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 erzielte die Gesellschaft strukturell ein ausgeglichenes Jahresergebnis in Höhe von 0 TEUR (2014: 0 TEUR). Hintergrund ist die Behandlung eines Teils der zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (31.12.2014: 81 TEUR) als periodenfremder Ertrag, um den zu deckenden Aufwand, der die Einnahmen des Jahres 2015 überstieg, auszugleichen. Ursächlich für den im Jahr 2015 erhöhten und über der Planung 2015 liegenden Aufwand sind insbesondere erhöhte Personalaufwendungen sowie sonstige Aufwendungen, die mit dem Geschäftsführerwechsel einhergingen und deren Kompensation die Gesellschaft nur in Teilen durch eine Reduzierung der bezogenen Leistungen im Rahmen ihrer Vertriebs- und Marketingaktivitäten vermochte.

## **6. VERMÖGENS-, FINANZ- UND LIQUIDITÄTSBERICHT**

Das Eigenkapital der Invest Region Leipzig GmbH beläuft sich auf 150 TEUR und setzt sich zusammen aus dem Stammkapital der Gesellschaft.

Das Fremdkapital, welches sich insbesondere aus Rückstellungen (31.12.2015: 150 TEUR; 31.12.2014: 87 TEUR) und Verbindlichkeiten (31.12.2015: 132 TEUR; 31.12.2014: 326 TEUR) ergibt, ist insgesamt als kurzfristig zu bezeichnen. Rückstellungen wurden im Wesentlichen für Personalkosten gebildet.

In den Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2015 werden im Geschäftsjahr 2015 nicht verbrauchte Gesellschafterzuschüsse aus dem Jahr 2014 in Höhe von 21 TEUR (31.12.2014: nicht verbrauchte Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 81 TEUR) ausgewiesen. Diese wurden als Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bilanziert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen belaufen sich per 31. Dezember 2015 auf 98 TEUR (31.12.2014: 89 TEUR).

Zum 31. Dezember 2015 verfügte die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von 316 TEUR (31.12.2014: 460 TEUR). Bis zum Bilanzstichtag wurden die vereinbarten Zuwendungszahlungen in Höhe von 1.429 TEUR (netto) von allen Gesellschafter geleistet.

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2015 jederzeit gegeben. Dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht folgend, wurden GmbH-seitig insbesondere Marketing-/Vertriebsmaßnahmen erst dann beauftragt und umgesetzt, wenn davon auszugehen war, dass die Gesellschafterzuwendungen fristgerecht erfolgen.

Das bilanzielle Gesamtvermögen der GmbH beläuft sich zum 31. Dezember 2015 auf 432 TEUR (31.12.2014: 563 TEUR).

## **7. RISIKOBERICHT**

Im Jahr 2015 war die Liquidität der Gesellschaft durch die institutionellen Zuwendungen der Gesellschafter grundsätzlich gesichert und damit die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft jederzeit gewährleistet.

Mit Abschluss des Dienstleistungsvertrages für die Jahre 2016 bis 2018 geht die Gesellschaft auch weiterhin davon aus, von ihren Gesellschaftern entsprechend ihrer quotalen Finanzierungszusagen, auf gesonderte Abforderung und Nachweis, zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit entsprechende Zahlungen zu erhalten.

## **8. PROGNOSEBERICHT**

Im Geschäftsjahr 2016 plant die Invest Region Leipzig GmbH den eingeschlagenen konzeptionell-strategischen Kurs im Rahmen der durch die Gesellschafterversammlung genehmigten Wirtschaftsplanung 2016 konsequent fortzusetzen, um die ihr satzungsgemäß obliegenden Zielsetzungen zu erreichen.

Ausgehend von den bereits erfolgreich durchgeführten Aktionen und Maßnahmen werden sich die vertrieblichen Unternehmensakquisitionsaktivitäten in 2016 weiterhin vordergründig auf die Märkte Deutschland, Schweiz, USA und Skandinavien konzentrieren. Darüber hinaus rücken auch die Märkte Großbritannien, Israel und China in den Fokus, insofern wird die internationale Marktbearbeitung weiter intensiviert.

Geplant ist ein umfassender Maßnahmenmix, der geeignet und notwendig ist, um die unterschiedlichen vertrieblichen Kanäle bedienen zu können, wobei sich die Aktivitäten der IRL klar auf direktvertriebliche Aktivitäten konzentrieren. Dabei wird das den Gesellschaftsgremien vorgestellte Vertriebskonzept im Jahresverlauf 2016 weiter Überarbeitung und Schärfung finden. Angedacht ist eine qualitative Weiterentwicklung der Vertriebsinstrumente. Besondere Berücksichtigung soll in diesem Zusammenhang die Schaffung neuer Produkte zur Vermarktung der Landkreise Leipzig und Nordsachsen finden.



Direktmailings werden zunehmend branchenspezifisch und in Interaktion mit weiteren komplementären Maßnahmen - unter anderem konkret abgestimmt auf Messen und Roadshows - unter Berücksichtigung weiterer vertrieblicher Aktivitäten versandt. Die Messeaktivitäten beinhalten aufgrund der Erfahrungen aus 2015 und der weiterhin verstärkten Branchen- und Marktfokussierung im kommenden Jahr eine höhere Anzahl an Messebesuchen als 2015. Im Jahr 2016 plant die Gesellschaft insgesamt 35 Messebesuche,

davon 11 Messen mit eigener Standbeteiligung. Darüber hinaus wird das Instrument der direkten Unternehmensansprache in Form von Vor-Ort Besuchen und der Durchführung von zusätzlichen Akquise-Roadshows ausgebaut, da hier, ausgehend von den Erfahrungswerten des Jahres 2015, großes Potential für die Generierung qualifizierter Leads gesehen wird.

Der weitere Netzwerkaufbau und das Lobbying werden in die vertrieblichen Maßnahmen integriert. So dient zum Beispiel die Durchführung einer Roadshow zwar in erster Linie der direkten Unternehmensansprache, sie lässt aber auch Spielraum für Netzwerkaufbau und -pflege und in diesem Sinne für Multiplikatorengewinnung, wenn begleitend hierzu Branchenverbände, Redaktionen, Wirtschaftspolitiker besucht werden, um diese als Lobbyisten zu gewinnen. Gleichzeitig kann so ein Botschaftersystem aufgebaut werden, um das Renommee der Wirtschaftsregion Leipzig national wie auch international weiter zu stärken.

Neben den direkten Vertriebsmaßnahmen sollen auch SEO- & SEA-, virale Marketing- und Social-Media-Aktivitäten sukzessive ausgeweitet werden.

Geplant ist ebenso die Fortführung fokussierter PR-Maßnahmen sowie selektiver Werbeauftritte im Print-, Außen- und Onlinebereich.

Im Bereich Fachkräftegewinnung finden in der Akquisitionsphase befindliche Unternehmen bei der Fachkräftesuche auf Basis der nachgefragten Kandidatenprofile weiter Unterstützung aber auch bereits angesiedelte Unternehmen bezogen auf Engpassberufsgruppen. In diesem Zusammenhang ist geplant, die Online-Stellenbörse der Invest Region Leipzig GmbH weiter zu professionalisieren und an die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppen anzupassen. Im Rahmen der Fachkräftegewinnung bewährte Maßnahmen werden zudem fortgesetzt sowie neu justiert und optimiert. Dies betrifft beispielsweise die Konzeption und Durchführung weiterer Fachkräfte-Roadshows im In- und Ausland sowie die Betreuung von Fachkräftemessen und den gezielten Kontaktaufbau zu nationalen und internationalen Fachkräftevermittlungsagenturen. Karriere- und Jobmessen werden zudem neben dem Fachkräftegewinnungsthema gleichzeitig zur Generierung von Investorenkontakten genutzt. Darüber hinaus engagiert sich die Invest Region Leipzig GmbH im Rahmen der Fachkräfteallianz der Stadt Leipzig sowie der Landkreise Leipzig und Nordsachsen. Aufgabe der Gesellschaft ist es, die Fachkräfteallianzen bei gezielten Fachkräftegewinnungsmaßnahmen zu unterstützen.

Mit Blick auf die Vermögens- und Ertragslage erwartet die IRL für das Geschäftsjahr 2016 eine konstante Ergebnis- sowie eine konstante Liquiditätsentwicklung.

## **9. NACHTRAGSBERICHT**

Nach dem Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben.

Leipzig, den 11. März 2016

Michael Körner  
Geschäftsführer

## THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH

### Beteiligungsübersicht

Industriestraße 4  
04603 Windischleuba

Tel. 03447 850401  
Fax 03447 850444  
Email [info@thuesac.de](mailto:info@thuesac.de)  
Internet <http://www.thuesac.de>

Gründungsdatum 17.01.1992

Rechtsform GmbH

*Gründung durch Beschluss am 17.01.1992*

*Handelsregistereintrag am 29.04.1992 unter HRB 201791*

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		260.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Altenburger Land	52,0000 %	135.200,00 €
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	43,0000 %	111.800,00 €
Landkreis Leipzig	5,0000 %	13.000,00 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Öffentlicher Personennahverkehr einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Gesellschaft darf auch andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beraten, sich an solchen Unternehmen beteiligen oder ganz übernehmen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	2.952.000,00

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

### Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	43,0000 %	111.800,00
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	3,0000 %	1.533,87
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	1,0200 %	750,00

## **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

### **1. Grundlagen**

#### **1.1. Geschäftsmodell**

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Die Gesellschaft erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN.

Das Stammkapital beträgt EUR 260.000,00. Gesellschafter sind der Landkreis Altenburger Land mit einer Stammeinlage von EUR 135.200,00 (52,0 %) und der Landkreis Leipzig mit einer Stammeinlage von EUR 13.000,00 (5,0 %). Weiterhin hält die Gesellschaft eigene Anteile von EUR 111.800,00 (43,0 %). Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Gesellschafterversammlung hat einen Beirat gebildet, der ausschließlich beratende Funktion hat und in dem jeder Gesellschafter mit Kreistagsmitgliedern vertreten ist.

#### **1.2. Ziele, Strategien**

Der Gesellschaft obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienverkehr (ÖPNV), freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmölln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen).

Die in den öffentlichen Dienstleistungsaufträgen (ÖDA) festgelegten Qualitätsvorgaben sind Grundlage der Verkehrsleistungserbringung. Sie werden sowohl intern als auch durch den Auftraggeber periodisch auf Einhaltung und Verbesserung kontrolliert.

Die finanziellen Vorgaben in den ÖDA sind differenziert und setzen somit den Rahmen der jährlichen Leistungserbringung.

#### **1.3. Steuerungssystem**

Im Unternehmen werden in Führungskreisrunden, Geschäftsführersitzungen, Meisterrunden und Rapportterminen sowie im Risikomanagement und monatlichen Gewinn- und Verlustrechnungen, Trennungsrechnungen und Linien Erfolgsrechnungen Bewertungen des Unternehmens vorgenommen und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

### **2. Wirtschaftsbericht**

#### **2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die Genehmigungen nach § 42 PBefG für das Bediengebiet Thüringen wurden durch das Thüringer Landesverwaltungsamt, Weimar, für den Überlandlinienverkehr für 29 Linien und den Stadtverkehr Altenburg und Schmölln für sieben Linien für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2020 erteilt. Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienverkehrs nach § 42 PBefG wurden für das Bediengebiet Sachsen durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienverkehr für 13 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31.12.2023 verlängert.

Der Landkreis Altenburger Land hat die Verkehrsleistungen an die Gesellschaft im Wege der Direktvergabe gemäß Artikel 5 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates für die Zeit vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2020 vergeben. Diesbezüglich wurde die Gesellschaft im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit der Durchführung der öffentlichen Personenverkehrsdienste mit Bussen im Zuständigkeitsgebiet des Landkreises Altenburger Land im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2020 beauftragt. Der öffentliche Dienstleistungsauftrag wurde am 2. Dezember 2010 erteilt. Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschloss bereits in seiner 35. Sitzung am 6. Mai 2009 die Direktvergabe an die Gesellschaft.

Die im ÖPNV entstehenden Verluste werden 2015 durch die bestehenden öffentlichen Dienstleistungsaufträge der Landkreise Altenburger Land bzw. Leipzig ausgeglichen.

Der öffentliche Dienstleistungsauftrag (Landkreis Altenburger Land) regelt für die Verwaltung und Erbringung der öffentlichen Personenverkehrsdienste im Landkreis Altenburger Land die Bestandteile und die maximale Höhe der Ausgleichsleistung an die THÜSAC. Die Ausgleichsleistung beinhaltet die

Finanzhilfen des Landes Thüringen und die Betriebskostenzuschüsse des Landkreises Altenburger Land und die über den MDV gewährten Durchtarifierungsverluste bis zu einer vertraglich vereinbarten maximalen jährlichen Höhe der Ausgleichsleistung.

Die Gesellschaft erbringt weiterhin Verkehrsleistungen im ÖPNV in Teilen des Landkreises Leipzig auf der Grundlage des öffentlichen Dienstleistungsauftrages, der vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2023 gilt. Nach der Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Altenburger Land und dem Landkreis Leipzig über die Verlagerung von Zuständigkeiten nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 ist der Landkreis Altenburger Land für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig zuständig. Der Landkreis Altenburger Land ist somit Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr und hat die Aufgabe der Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig übernommen. Die Ausgleichsleistung beinhaltet die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA des Landkreises Leipzig, die Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr, welche nach der Richtlinie zur Verteilung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im ÖPNV (ÖPNVFinAusG) im Landkreis Leipzig beschieden werden und die Durchtarifierungsverluste. Die Ausgleichsleistung wird über den Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land ausgezahlt. Die Ausgleichsleistung wird jährlich auf der Grundlage festgelegter Parameter ermittelt und dem Aufgabenträger in Form einer Vorkalkulation übergeben.

## 2.2. Geschäftsverlauf

Die Basis für die Erbringung unserer Verkehrsleistungen bleibt die Beauftragung durch die Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land (Öffentlicher Dienstleistungsauftrag, gültig bis 31. Dezember 2020) und Landkreis Leipzig (Öffentlicher Dienstleistungsauftrag, gültig bis zum 31. Dezember 2023). Im Geschäftsjahr 2015 wurde wiederum ein weitgehend stabiles Leistungsangebot angeboten und somit das Profil der THÜSAC als dienstleistungsorientiertes Verkehrsunternehmen beibehalten. Im Ergebnis weiterer intensiver Anstrengungen zur Verringerung des Defizits im ÖPNV schließen wir das Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis ab. Dabei wirken insbesondere gesunkene Kraftstoffkosten, ein akzeptabler Tarifabschluss, die Optimierung interner Prozesse und periodenfremder Erträge aus Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr, Anlagenverkäufe, die Auflösung von Rückstellungen und andere periodenfremde Erträge und Aufwendungen, als hauptsächliche Einflussfaktoren auf das Jahresergebnis.

Als Servicepartner der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH konnte der Profitbereich MAN im Geschäftsjahr 2015 die Reparatur Erlöse gegenüber dem Vorjahr nicht erreichen. Die einzelnen Untersparten erreichten nicht die geplanten Ergebnisse. Dabei übten sowohl konjunkturelle Faktoren, Änderungen bei internen Prozessen als auch der Wegfall von Umsatzerlösen bei Fremdkunden einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit aus.

## 2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich zum 31. Dezember 2015 um 4,5 % auf EUR 20,2 Mio. erhöht. Das Anlagevermögen stieg auf EUR 15,1 Mio. (Vj. 14,3 Mio.). Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 74,7 % (Vj. 74,1 %). Das Anlagevermögen ist damit nach wie vor für das Bilanzbild bestimmend. Es ist vollständig durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von dem Unternehmen erwirtschafteten und die ihm von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden.

	2015 (TEUR)	2014 (TEUR)
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-2.650	-2.836
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-2.691	-2.252
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	5.587	5.771
<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes</b>	<b>246</b>	<b>683</b>
<b>Finanzmittelbestand am Ende der Periode</b>	<b>3.670</b>	<b>3.424</b>

Wesentlicher Bestandteil des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit sind die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA für den ÖPNV der Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land und Landkreis Leipzig. Sie gewährleisten die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2015 haben wir TEUR 2.741 (Vj. TEUR 2.318) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die für die Zukunftssicherung der THÜSAC und die weitere Attraktivität unserer Angebote notwendigen Investitionen, insbesondere in 10 Busse, lagen

damit über dem Vorjahresniveau. Die Finanzierung erfolgte mit TEUR 886 aus Fördermitteln, mit TEUR 610 durch Kreditaufnahmen aus dem Überhang 2014 (4 Fahrzeuge) und mit TEUR 965 durch weitere Kreditaufnahmen 2015 zu sehr günstigen Konditionen.

Die Eigenkapitalquote hat sich trotz des Jahresüberschusses durch den überproportionalen Anstieg der Bilanzsumme um 1,2 Prozentpunkte auf 37,4 % der Bilanzsumme am Bilanzstichtag verringert.

Im Jahr 2015 entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

	2015 (TEUR)	2014 (TEUR)
<b>Personennahverkehr</b>		
Erlöse aus Linien-,freigestelltem Schüler-,Gelegenheits- und Schienenersatzverkehr einschließlich der MDV-Einnahmeaufteilung	6.012	5.864
MDV-Zuscheidung periodenfremd	-90	20
Erhöhte Beförderungsentgelte	12	8
	<b>5.934</b>	<b>5.892</b>
<b>Ausgleichsleistungen</b>		
§ 45a PBefG (davon periodenfremd TEUR 83 ;Vj 186)	2.341	2.197
§§ 146 ff. SGB IX	140	140
	<b>2.481</b>	<b>2.337</b>
Versicherungsleistungen/Garantie	135	190
	<b>8.550</b>	<b>8.419</b>
<b>Fahrzeuginstandsetzung und Vermietung</b>	<b>2.118</b>	<b>2.398</b>
<b>Reiseleistungen</b>	<b>0</b>	<b>1</b>
	<b>10.668</b>	<b>10.818</b>

Im Kerngeschäft unseres Unternehmens – dem ÖPNV – konnten bei leicht gestiegenen Fahrgastzahlen, höhere Fahrgeldeinnahmen verbucht werden. Diese sind insbesondere auf die Wirkung des S-Bahnnetzes und dem PlusBus-Netz sowie der Tarifierung zum 1. August 2014/ 1. August 2015 zurückzuführen. Die Umsätze aus Schülerverkehr verzeichnen einen leichten Rückgang zum Vorjahr, die Umsätze aus dem Mietwagenverkehr sind leicht angestiegen. Die Endabrechnung der MDV Einnahmen für 2014 wies eine Rückzahlungsverpflichtung aus. Dieser Betrag schlägt sich negativ im periodenfremden Ertrag mit TEUR 90 nieder.

Die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG in Thüringen wurden für das Geschäftsjahr 2015 eingeschätzt, da die tatsächliche Zuweisung der Stückzahlen und Erträge durch den MDV nicht abschließend bekannt sind. In Sachsen sind die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG Bestandteil des öffentlichen Dienstleistungsauftrages und somit nicht separat ausgewiesen. Die Bescheide für die Jahre 2011, 2012 und 2013 stehen unter Vorbehalt. Dieser Sachverhalt wurde angemessen berücksichtigt.

Im Bereich Fahrzeuginstandsetzung einschließlich Reifendienst sanken wiederum die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr (./ TEUR 280), wobei auf den Reifendienst mit ./ TEUR 280 genau dieser Betrag entfällt. Die Erträge aus Ersatzteilverkauf und Reparaturen MAN sind minimal gestiegen (+ TEUR 5). Die Erträge aus der Fahrzeugvermietung (Bus) sind um TEUR 28 gestiegen.

Die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA entwickelten sich wie folgt:

	2015 (TEUR)	2014 (TEUR)
Öffentlicher Dienstleistungsauftrag - Landkreis Altenburger Land (Betriebskostenzuschuss und Finanzhilfen)	1.330	1.330
Öffentlicher Dienstleistungsauftrag - Landkreis Leipzig	2.949	2.952
	<b>4.279</b>	<b>4.282</b>

Die Ausgleichsleistungen aus dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag (Landkreis Altenburger Land) bewegen sich bereits das fünfte Jahr unverändert auf dem gleichen Niveau. Im Landkreis Leipzig wurden die Betriebskostenzuschüsse nach dem seit dem 1. Januar 2014 gültigen öffentlichen

Dienstleistungsauftrag bereitgestellt. Diese beinhalten außerdem die Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG und die Durchtarifierungsverluste.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe reduzierte sich um TEUR 541 insbesondere auf Grund rückläufiger Kraftstoffkosten (./ TEUR 195) und rückläufiger Kosten für Ersatzteile und Reifen, korrespondierend zum Ertrag (./ TEUR 267). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen stiegen um TEUR 102. Dies zeigt sich insbesondere in den gestiegenen Aufwendungen für die Nachauftragnehmerleistungen (+ TEUR 72).

Der Personalaufwand blieb auf dem Niveau des Vorjahres.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um TEUR 89, insbesondere durch gesunkene Kosten für Schadensfälle (./ TEUR 33), Grundstücksaufwendungen (./ TEUR 20) und für Hard- und Softwarewartung (./ TEUR 17).

## Personalentwicklung

Personen am Bilanzstichtag

	31.12.2015	31.12.2014
Fahrer	115	113
Schlosser	26	26
Übriges Personal	48	51
Azubi	15	17
<b>Gesamt</b>	<b>204</b>	<b>207</b>

## 2.4. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Linieneinnahmen, die Investitionen und das Jahresergebnis.

Die Plan- und Ist Zahlen der finanziellen Leistungsindikatoren zeigt unter Berücksichtigung der Nachtragsplanung nachfolgende Tabelle:

	Plan 2015 (TEUR)	Ist 2015 (TEUR)	Plan 2016 (TEUR)
Erlöse Linieneinnahmen	4.850	4.913	4.821
Investitionen	2.185	2.741	1.907
Jahresergebnis	-163	92	-325

Abweichungen zum Investitionsplan begründen sich in der Lieferverzögerung eines Teils der Neufahrzeuge und der ÖPNV Maßnahmen im Geschäftsjahr 2014. Diese wurden erst 2015 realisiert, waren aber bereits im Jahr 2014 geplant.

Das negative geplante Jahresergebnis 2015 und 2016 ist insbesondere auf den Planansatz für das Thüringer Bediengebiet zurückzuführen. Der im ÖDA verankerte Ausgleichsbetrag ist für die Folgejahre nicht mehr auskömmlich.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind in den Vertragsbeziehungen zu den Aufgabenträgern definiert und beziehen sich insbesondere auf Qualitätsvorgaben für die Erbringung der Beförderungsleistungen im ÖPNV.

## 3. Nachtragsbericht

Es liegen keine berichtspflichtigen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres vor.

## 4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Wie in den Vorjahren haben wir auch im Geschäftsjahr 2015 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen unserer quartalsweisen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, dokumentiert und bewertet, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und ihrer



Eintrittswahrscheinlichkeit. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der registrierten Risiken eingeleitet.

Bezeichnend im ÖPNV ist die Tatsache, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer mehr auseinanderklafft. Steigende Personalkosten und gesetzlich notwendige Investitionen zehren zusätzliche Einnahmen meist rasch auf. Seitens der Politik bedarf es eines klaren Bekenntnisses zum ÖPNV auf jetzigem Niveau, wobei, wie zuvor bereits erwähnt, zu beachten ist, dass die gesetzlich bis zum Jahr 2022 geforderten Ausrüstungsstandards gemäß PBefG ohne kontinuierliche Investitionen in Fahrzeuge und Infrastruktur nicht erreicht werden können. In einer Studie zum Finanzierungsbedarf des ÖPNV im MDV bedarf es bei gleichbleibendem Leistungsangebot umfangreicher Investitionen, für die THÜSAC rechnen wir mit einer Höhe von mindestens EUR 7 Mio. in den nächsten fünf Jahren. Dies ist nur mit entsprechender Kreditaufnahme realisierbar. Durch die langfristigen öffentlichen Dienstleistungsaufträge besteht Finanzierungs- und Planungssicherheit für den ÖPNV der THÜSAC.

Seit 15. Dezember 2013 wird eine neue Ära im Öffentlichen Personennahverkehr Mitteldeutschlands fortgesetzt, denn mit dem Mitteldeutschen S-Bahnnetz kommen Reisende und Pendler in den Genuss schnellerer Fahrzeiten mit moderneren Fahrzeugen. Dies gilt auch für die Fahrgäste im Altenburger Land. Damit auch der ländliche Raum an den Vorzügen der S-Bahn partizipiert, wurde das PlusBus-Netz entwickelt. Diese Linien sind konsequent vertaktet und auf die Fahrzeiten der S-Bahn abgestimmt. Nach den ersten zwei Jahren dieser neuen Angebote kann man durchaus von einer Erfolgsgeschichte sprechen, wobei vielen Menschen diese Vorzüge beim Reisen noch nicht bekannt sind. Mehr Fahrgäste, die das attraktive S-Bahn-Angebot nutzen, können auch mehr potenzielle Busfahrgäste bewirken und umgekehrt.

Im Rahmen des MDV wird sich intensiv mit der zukünftigen Gestaltung und Finanzierung des Nahverkehrs auseinandergesetzt. Die Entwicklung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft in der Region, die regionale demografische Entwicklung als auch das mögliche Nutzungsverhalten sowie die Verkehrsmittelwahl der Menschen stehen dabei an vordergründiger Stelle. Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland wird in verschiedenen strategischen Szenarien betrachtet. Ziel ist es, durch einen attraktiven ÖPNV die Mobilität für die gesamte Region in Mitteldeutschland zu sichern.

Der Servicevertrag mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH ist die stabile Grundlage für die kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung der Sparte MAN. Ziel ist es, noch mehr Marktpotenzial zu erschließen. Alle Zusatzgeschäfte (Reifenservice, Vermietung von Fahrzeugen) sollen die Ertragskraft des Werkstattbetriebes steigern und den ÖPNV unterstützen. Konjunkturellen Einflüssen wirken wir mit der Umsetzung entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen entgegen.

Großes Augenmerk legen wir nach wie vor auf die Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses, der die Basis einer stabilen Personalentwicklung für das Unternehmen in den nächsten Jahren sein soll. Risiken der künftigen Entwicklung bestehen insbesondere in Einschränkungen aus der Gewährung von Betriebskosten- und Investitionszuschüssen, beihilferechtlichen Änderungen sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung und der Entwicklung der Kraftstoffpreise.

Für das Geschäftsjahr 2016 rechnet die THÜSAC, da Gegensteuerungsmaßnahmen derzeit noch nicht planbar sind, mit einem negativen Jahresergebnis.

Windischleuba, den 11. März 2016

Bog  
Geschäftsführer



## Kommunale Datennetze GmbH (KDN)

### Beteiligungsübersicht

Wiener Straße 128  
01219 Dresden

Tel. 0351 / 315 69 50  
Fax 0351 / 315 69 66  
Email kdn@kdn-gmbh.de

Gründungsdatum 01.01.2008  
Rechtsform GmbH

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		60.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	100,0000 %	60.000,00 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die KDN GmbH betreibt und verwaltet das Kommunale Datennetz KDN II in Sachsen.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur KDN GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

## Lecos GmbH

### Beteiligungsübersicht

Prager Straße 8  
04103 Leipzig

Tel. 0341/25380  
Fax 0341/2538-111  
Email info@lecos-gmbh.de

Gründungsdatum 16.08.2010  
Rechtsform GmbH

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		200.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Stadt Leipzig	90,0000 %	180.000,00 €
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	10,0000 %	20.000,00 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Lecos GmbH ist ein Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Sie unterstützt die Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Mitteldeutschland IT-seitig dabei, die gesetzlichen Aufgaben für die Bürger zu erfüllen und Verwaltungsprozesse noch bürgerfreundlicher und kostengünstiger zu gestalten.

Die Lecos GmbH wurde im Januar 2001 als Gemeinschaftsunternehmen (Public Private Partnership) der Stadt Leipzig und der IBM Deutschland GmbH gegründet. 51 Prozent der Anteile hielt IBM Deutschland, 49 Prozent der Anteile waren im Besitz der Stadt Leipzig. Die zum damaligen Zeitpunkt relativ moderne Form der öffentlich-privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit konnte die unterschiedlichen und sehr hohen Erwartungen der beiden Partner IBM und Stadt Leipzig nicht erfüllen. Mitte 2002 erwarb die Stadt Leipzig daher die Gesellschafteranteile von IBM Deutschland zurück. Lecos wurde 100-prozentige Tochter der Kommune. Hervorgegangen ist die Lecos GmbH aus der Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) der Stadt Leipzig, die im November 1990 gebildet wurde. Die IuK baute das erste kommunale Rechenzentrum in den neuen Bundesländern auf, das im Mai 1991 eröffnet wurde. Heute hält die Stadt Leipzig 90 Prozent der Anteile an der Lecos GmbH, 10 Prozent der Anteile sind im Besitz von KISA.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

### Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	3,8300 %	5.000,00

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Lecos GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

## Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)

### Beteiligungsübersicht

Prager Straße 8  
04103 Leipzig

Tel. 0341 / 8 68 43-0  
Fax 0341 / 8 68 43 99

Email post@mdv-info.de  
Internet http://www.mdv.de

Gründungsdatum 27.03.1998

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 13.05.2004

Handelsregistereintrag am 18.12.2006 unter HRB 11520

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		73.500,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
DB Regio AG	5,4400 %	4.000,00 €
Transdev GmbH (vormals Veolia Verkehr GmbH)	0,4100 %	300,00 €
Stadt Leipzig	15,9200 %	11.700,00 €
Stadt Halle	12,4500 %	9.150,00 €
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	3,5400 %	2.600,00 €
Landkreis Burgenlandkreis	3,5400 %	2.600,00 €
verschiedene VKU	3,4000 %	2.500,00 €
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>3,5400 %</b>	<b>2.600,00 €</b>
Landkreis Altenburger Land	1,0200 %	750,00 €
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1,0200 %	750,00 €
Landkreis Nordsachsen	3,5400 %	2.600,00 €
Landkreis Saalekreis	3,5400 %	2.600,00 €
Erfurter Bahn GmbH	0,4100 %	300,00 €
Regionalbus Leipzig GmbH	1,7000 %	1.250,00 €
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1,0200 %	750,00 €
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) mbH	15,9200 %	11.700,00 €
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis	3,4000 %	2.500,00 €
LeoBus GmbH	1,7000 %	1.250,00 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebotes, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	78.977,40
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

### **Organisationsstruktur**

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 14 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

### **Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2015**

Die überaus positive Entwicklung im Kalenderjahr resultiert zum Teil aus der ganzjährigen Wirkung der Überführung der letzten wesentlichen Haustarife der LVB in den Verbundtarif im August 2014. Einen weiterhin anhaltenden Beitrag leisteten die in 2012 eingeführten neuen Tarifprodukte im Bereich der ABO-Monatskarten Jedermann sowie die Zuwächse im Jobticket. So war die Zahl dieser ABO-Nutzer im Dezember 2015 gegenüber dem Juli 2012 – vor Einführung der neuen Produkte – um rd. 11.900 Kunden im gesamten Verbundraum gestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 13,6 %.

Insgesamt lagen die **Verbundeinnahmen** 2015 erstmals über EUR 200 Mio. und damit EUR 11,9 Mio. (rd. 6,3 %) über dem Vorjahr. Ca. EUR 4,9 Mio. resultierten davon aus der Integration der bisherigen LVB-Schülerprodukte Leipzig in den MDV-Tarif sowie aus der Erweiterung des Semestervolltickets in Leipzig seit September 2014. Ohne diese Einnahme ergab sich ein Zuwachs von EUR 7,0 Mio. (+ 3,6 %).

Auch im Jahr 2015 wurde das Sortiment der **Tarifprodukte** im MDV weiterentwickelt. Hierzu zählt die Einführung des ABO Flex als Pilotprojekt für die Tarifzone Leipzig. Mit diesem Produkt sollen die Vorteile des Abonnements (günstige Preise für Vielfahrer) mit denen des Bartarifs zusammengebracht werden: Bei Zahlung eines monatlichen Grundbetrags können Einzelfahrkarten, Einzelfahrkarten Kurzstrecke sowie Extrakarten deutlich reduziert werden. Darüber hinaus wurde für die Sommerferien 2015 das sächsische Ferienticket angeboten. Mit diesem Angebot können Schüler und Auszubildende bis zum 21. Geburtstag in den Sommerferien in ganz Sachsen die öffentlichen Nahverkehrsmittel nutzen.

Trotz der insgesamt positiven Fahrgast- und Einnahmeentwicklung musste auch im Jahr 2015 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden.

Aufgrund der wahrscheinlich auch zukünftig steigenden Kosten und der Notwendigkeit zur Gegenfinanzierung hat die Verbundgesellschaft unter Einbeziehung der MDV-Gesellschaftergruppen, der Verwaltung und der politischen Gremien aller interessierten Landkreise und Oberzentren im Jahr 2015 verschiedene **Gutachten** in Auftrag gegeben, die die Möglichkeiten **ergänzender Finanzierungsmodelle** eingehender untersuchen sollen. Besonderes Augenmerk gilt dabei den Potenzialen von ÖV-Beiträgen, von Bürgertickets, von Grundsteueranhebungen sowie von ÖV-Beiträgen für Touristen.

Die Ergebnisse der Studien sind für Mitte 2016 geplant. Sie sollen als Anregung dienen, um eine fahrgastfreundliche und stärker Nutznießer-orientierte Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im MDV sicherzustellen.

Das Finanzierungsthema ist gleichzeitig Bestandteil der Umsetzung des 2012 begonnenen **Strategieprozesses zum Thema „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“**. Im Ergebnis der Diskussion zur **Umsetzung der 5 strategischen Ziele** beschlossen die Gesellschafter in einer gesonderten gemeinsamen Sitzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung am 2. Juni 2015 ein Paket von 8 Themen-Kategorien mit 18 Arbeitspaketen und 39 Lösungsansätzen mit den entsprechenden organisatorischen und zeitlichen Vorgehensweisen. Im Jahr 2015 wurde mit der Bearbeitung der ersten Arbeitspakete aus dem Strategieprozess begonnen. Dies betraf beispielsweise die folgenden weiteren Themen:

- MDV-Verbunderweiterung
- Paradigmenwechsel im ländlichen Raum (MTL-Raum, Hohenmölsen usw.)
- Vereinheitlichung der Automatenbedienung
- Datenbereitstellung über das ÖPNV-Angebot (Soll/Ist) an Dritte
- Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur gemeinsamen Erstellung des Nahverkehrsplans in den Landkreisen.

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich im Jahr 2015 weiterhin auf die Umsetzung der Teilprojekte des **Telematikvorhabens**, die als ein verknüpftes Gesamtsystem im mitteldeutschen Verbundraum wirksam werden sollen. Das Konzept sieht eine verbundweite Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlusssicherung und perspektivischer Anschlussgarantie vor und soll damit zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität sowie letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen. Zentrale Elemente sind die Beschaffung von leistungsfähigen Bordrechnern für Busse, Komponenten für das eTicketing (elektronisches Ticket) sowie entsprechende Systeme zur Echtzeitdatenerfassung und -weiterleitung. Einige Teilprojekte wie der Aufbau einer leistungsfähigen Datendrehscheibe wurden im Jahr 2015 abgeschlossen. Die **Datendrehscheibe** bildet einen wichtigen Beitrag zur Echtzeitdatenversorgung der ÖPNV-Auskunft (INSA) und des darauf aufbauenden Mobilitätsportals Mitteldeutschland mit ÖPNV-Daten der MDV-Verkehrsunternehmen aus Sachsen und Thüringen und damit der Verknüpfung mit den ÖPNV-Daten aus Sachsen-Anhalt. Diese neue industrielle Lösung ersetzt die bisherige prototypische MOSAIQUE-Datendrehscheibe.

Die größten Verzögerungen gab es weiterhin im Teilprojekt Beschaffung neuer Bordrechner, wo sich die Verkehrsunternehmen Anfang 2016 entschlossen haben, den Auftrag mit dem alten Lieferanten aufzulösen und eine neue Vergabe durchzuführen. Die Abnahme mit dem neuen Lieferanten ist für dieses Teilprojekt nun für 2017 geplant.

Die noch nicht abgenommenen Teilprojekte werden im Jahr 2016 weitergeführt, um sie schnellstmöglich abzuschließen.

Seit der Einführung des **handybasierten Auskunfts- und Ticketingsystems easy.GO** für den gesamten Verbundraum im Sommer 2011 hat sich die App zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunfts- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. Durch eine Vielzahl an technischen Weiterentwicklungen und gezielten Marketingmaßnahmen konnte sich easy.GO weiter etablieren und neue Nutzer hinzugewinnen. So wurden zusätzlich Verkehrsinformationen eingebunden, die zum einen langfristig über Baumaßnahmen und zum anderen auch ad hoc über Störungen informieren können.

Im Ergebnis der erfolgreichen Kampagne und saisonaler Effekte wie Witterung und Weihnachtsmärkte haben sich die Ticketverkäufe und Umsätze abermals signifikant erhöht, so dass 2015 ein Umsatz von über 1,9 Mio. Euro erzielt werden konnte. Dies ist ein Zuwachs von 21 % gegenüber dem Vorjahr. Der

Einnahmeanteil aus diesem Vertriebsweg liegt damit bei ca. 3 % der Tarifeinnahmen im Bereich der Gelegenheitsnutzer. Der Nutzen als zuverlässiger und etablierter Auskunftsdienst für Fahrgäste im MDV-Gebiet wird noch deutlicher, wenn man die 28 Millionen Auskünfte via easy.GO im Jahr 2015 betrachtet.

Die im Rahmen der Kooperation Verkehrsmanagement erfolgten Arbeiten des MDV am **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** umfassten insbesondere die Beschaffung von weiteren Daten sowie Arbeiten an dem Baustein Barrierefreiheit, zu denen insbesondere Abstimmungen zu den Lieferungen der angepassten Fahrplandaten durch die Verkehrsunternehmen sowie die Erstellung und Anpassung der Konzeption und Leistungsbeschreibung gehörte.

Der Weg für die **Freigabe der ÖPNV-Daten** der MDV-Verkehrsunternehmen an Drittabnehmer konnte durch einen Beschluss des MDV-Aufsichtsrates Ende des Jahres 2015 geebnet werden. In dem Zusammenhang wurden zusammen mit den Verkehrsunternehmen die Datenpakete wie Haltestellendaten, Fahrplandaten (Echtzeit- und Solldaten) oder Störungsmeldungen definiert und jeweils passende Schnittstellen und Nutzungsbedingungen festgelegt.

Eine weitere wichtige Aufgabe war die Weiterführung der technischen Überarbeitung der **Tarif- und Einnahmeaufteilungsdatenbank**, die infolge der zahlreichen neuen Produkte und Verteilungsregeln der letzten Jahre sowie der über die Jahre aufgelaufenen Datenmengen in die Lage versetzt werden muss, dauerhaft eine sichere Arbeitsgrundlage darzustellen, sowohl zur Tarifversorgung aller Verkaufsgeräte als auch zur fehlerfreien und schnellen Berechnung der Einnahmeaufteilung. Hierfür ist im ersten Schritt die Datenbank-Hardware und im zweiten Schritt die Software zu ersetzen. Anschließend werden nötige neue Funktionen implementiert. Hierzu gehören insbesondere Schnittstellen zu den verbundweit neu eingeführten Verkaufsgeräten sowie zum entstehenden Regionalen eTicketing System. Die Arbeiten werden 2016 fortgeführt.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich wie auch 2014 in 2015 wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.

Dazu wurde das in 2013 begonnene **Projekt „Muldental in Fahrt“ – ehemals „Muldentaldreieck“** (neues Verkehrskonzept für das Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz, Bad Lausick und Brandis) in 2015 weiter vorangebracht. Dabei soll beispielgebend für den ländlichen MDV-Raum aufgezeigt werden, wie durch Neustrukturierung und Neuausrichtung des öffentlichen Verkehrsangebotes breitere Zielgruppen den ÖPNV nutzen können. In dem Vorhaben sollen Taktknoten entwickelt und differenzierte Bedienungsformen herausgebildet werden. So wird nach erfolgter Einrichtung von hochwertigen PlusBus-Linien der Weg der Vertaktung und Produktdifferenzierung des ÖPNV-Angebotes konsequent weiter beschritten und um das Themenfeld Feinerschließung ergänzt.

Die Planungen dazu sehen im Regionalverkehr 20 vertaktete Linien im 1h-Takt bzw. 2h-Takt vor. In den vier Kernstädten sind jeweils 3 Stadtbuslinien im 30min-Takt vorgesehen.

Das Projekt wurde den jeweiligen Stadträten bzw. Ausschüssen vorgestellt und hat bisher einen positiven Rückhalt bekommen.

Mit Vertretern der Städte wurden mehrere Vor-Ort-Bereisungen zur Abstimmung über konkrete Linienläufe und Lage von neuen Haltestellen durchgeführt, die auch in 2016 zur weiteren Detaillierung der Planung vorgesehen sind.

Für die finanzielle Absicherung des Projektes wurde ein Finanzierungsplan ausgearbeitet, der neben Mitteln des Aufgabenträgers auch Mittel des Freistaates Sachsen aber auch Eigenanteile der Kommunen insbesondere beim Betrieb der Stadtverkehre vorsieht.

Die Diskussion mit dem Freistaat Sachsen ist so weit gediehen, dass man das Projekt prinzipiell positiv sieht, jedoch in 2015 noch keine konkreten Förderzusagen geben konnte.

Die Umsetzung des neu **strukturierten Regionalverkehrs** soll unabhängig von finanzieller Unterstützung des Freistaat Sachsen in 2017 erfolgen. Die **Stadtverkehre sind ohne zusätzliche Mittel** von Dritten **nicht umsetzbar**. Die Gespräche mit dem Freistaat werden dazu in 2016 fortgesetzt. Analog zu den Themenstellungen im Projekt „Muldental in Fahrt“ wurde Sachsen-Anhalt das Projekt **„Rippach-/Saaletal mobil“** vom MDV in enger Zusammenarbeit mit dem Burgenlandkreis und den Gemeinden Hohenmölsen, Weißenfels, Lützen und Teuchern sowie der NASA GmbH mit Fördermitteln des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführt. Das Projekt wurde im Dezember 2015 beendet.

Es wurden Ideen und Lösungsmöglichkeiten an einem kleinen abgegrenzten Gebiet aufgezeigt, wie der ÖPNV im Sinne des Paradigmenwechsels der „MDV-Strategie 2025“ vom Beförderer der Schüler zum ÖPNV für jedermann umgebaut werden kann.

Themenstellungen sind auch hier neustrukturierte, vertaktete Angebote mit zentralen Knotenpunkten im Regionalverkehr, Ergänzungen im Stadtverkehr und mehr Haltestellen.

Die Ergebnisse aus diesem Teilraum des Burgenlandkreises werden im Nachfolgeprojekt **„zukunftsfähiger ÖPNV im Burgenlandkreis 2020“** einfließen und bilden eine Grundlage für die kreisweite Neustrukturierung des ÖPNV im Burgenlandkreis.

Das **Forschungsprogramm zur Verbesserung der Verkehrssituation in den Gemeinden (FoPS) „Regionalstrategie Daseinsvorsorge: Mobilität und Infrastrukturen“** des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) wurde im Oktober 2015 beendet. Das Projekt wurde zu 100 % vom BMVI finanziert.

Das als Forschungsprogramm angelegte Projekt hat insbesondere eine breite Datenbasis für die Entwicklung der Infrastruktureinrichtungen im MDV-Raum insbesondere zu Ärzten, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten geschaffen. Zusätzlich wurde u. a. ein Analyseverfahren entwickelt, mit welchem Abschätzungen getroffen werden können, welche Infrastrukturen in Zukunft gefährdet sein könnten.

Dem ÖPNV kam in diesem Projekt eine wichtige Rolle zu, da die Angebote des öffentlichen Verkehrs eine Schlüsselfunktion in Gemeinden einnehmen, indem diese, fehlende Infrastruktureinrichtungen durch das Vorhandensein von ÖPNV „heilen“ können.

Dazu wurde von den Mitarbeiterbüros das <+>PlusBus Netz im MDV mit 1h-Takt und ergänzenden 2h-Takt-Linien gedanklich weiterentwickelt um Aussagen zur Entwicklung der Infrastrukturen treffen zu können.

Diese ÖPNV-Gedanken können eine Einflussgröße bei den Diskussionen zur zukünftigen Angebotsgestaltung in den Landkreisen im Rahmen der Neuaufstellung der Nahverkehrspläne sein.

Analog zum Projekt im Muldental wurde mit Förderung des Freistaates Thüringen das Projekt **„Schmölln macht mobil“** in 2015 gestartet. Auch hier soll pilothaft eine Konzeption erarbeitet werden, wie im Gebiet des Altkreises Schmölln der ÖPNV so umstrukturiert werden kann, dass dieser neben den Schülern für breite Zielgruppen nutzbar wird.

Die Planungen dazu sollen bis Frühjahr 2017 fertig gestellt werden.

In 2015 fand eine Evaluierung der <+>PlusBus-Linien im MDV statt.

Die Auswertung der Nachfrageentwicklung zeigt, dass es deutliche Unterschiede zwischen dem Durchschnitt über alle <+>PlusBus-Linien und den im Angebot deutlich verbesserten Linien gibt:



<b>Auswertung</b>	<b>Mo-Fr</b>		
1. Zählperiode 2015 bez. auf 1. Zählperiode 2013	<b>2015</b>	<b>Sa 2015</b>	<b>So/Ft 2015</b>
Entwicklung alle PlusBus-Linien	+ 3,9 %	+ 6,0 %	- 2,2 %
Entwicklung aufgewertete PlusBus-Linien	+ 9,9 %	+ 37,7 %	+ 12,8 %

Prinzipiell gibt es stärkere regionale Schwankungen, jedoch zeigt sich, dass insbesondere im Samstagsverkehr aufgrund seiner hohen Bedeutung im Freizeit-/Einkaufsbereich große Fahrgastpotenziale liegen.

Bereits 2014 wurde mit der Entwicklung eines **ÖPNV-Konzepts** für die Stadt **Markkleeberg** begonnen. Der MDV hat dazu bis Frühjahr 2015 in Abstimmung mit Landkreis, Stadt und Verkehrsunternehmen eine Konzeption erarbeitet und diese sowohl den politischen Gremien als auch den Bürgern vorgestellt. Mit Fertigstellung des Nahverkehrskonzeptes wurde in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Leipzig, der Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH, Regionalbus Leipzig GmbH, der Stadt Markkleeberg sowie dem MDV eine Markteinführungskampagne geplant und durchgeführt. Das Ziel, in der Öffentlichkeit und Bürgerschaft zu den neuen Angeboten zu informieren, wurde mit einem gezielten Maßnahmenmix aus Flyern, Pressefahrt, Plakaten, Busbeklebung etc. erreicht. Die Umsetzung des Konzeptes erfolgte im Dezember 2015 durch Regionalbus Leipzig und LVB.

Im November 2015 startete eine neue **Kooperation** zwischen den fünf MDV-Landkreisen und der MDV-Geschäftsstelle zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne**.

Die Partner verständigten sich darauf, dass die Nahverkehrspläne besser miteinander abgestimmt werden und Synergien gehoben werden sowie das gemeinschaftliche MDV-Verkehrsgebiet noch enger in den Fokus der Betrachtungen gezogen wird.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2015 u. a. die folgenden Themen bearbeitet:

- SEV-Kontrollen und Fahrplankonferenzen
- Zuarbeiten zum ZVNL-Nahverkehrsplan
- Unterstützung bei planerische Maßnahmen zum „Tag der Sachsen“ in Wurzen
- Bestandsaufnahmen bei Betriebsaufnahmen im SPNV (Abellio, DB, MRB)

Die Schwerpunkte im Fachbereich **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** bildeten im Jahr 2015 folgende Themen:

- Relaunch Webaufttritt mdv.de und Onlinegang (Januar)
- Freizeitkampagne (April-Oktober)
- Mitarbeiter- und Trainerschulung (Mai)
- Tarifierpassung (März und August)
- ABO Azubi Plus (Sommer)
- easy.GO 4.3 (Sommer)
- MDV-Haltestellenkonzept (Sommer)
- easy.GO Vermarktung (laufend)
- Fahrplanwechsel (August und Dezember) inklusive Kampagne „Neu Gestrickt“ (Dezember)
- PlusBus (Dezember)
- Nahverkehrskonzept Markkleeberg (Dezember)
- PR: 3 Ausgaben MDV-Magazin „Hin & Weg“

**Die Freizeitkommunikation** zielt mit attraktiven Ausflugstipps seit Jahren erfolgreich auf potentielle neue Fahrgäste ab. In der nunmehr 14. Trainerschulung wurde mittels der Train-the-Trainer-Methode über alle Neuerungen im Verbund, vor Allem zu den Themen Tarifierpassung, technische Entwicklungen

sowie Ergänzende Finanzierungswege umfangreich geschult. Das Produkt ABO Azubi Plus wurde mit einem Informationspaket (Produktflyer, Collegenblock) gezielt an allen Berufsschulen im Verbundgebiet vermarktet. Die neue Version mit erweiterten Funktionalitäten der App easy.GO wurde mit diversen Kommunikationsmitteln und einer online-affinen Zielgruppenansprache beworben. Medial von Interesse war die Umsetzung des MDV-Haltestellenkonzeptes im sächsischen Teil des Verbundgebiets. Mit Förderung durch den ZVNL konnte das Vorhaben im Rahmen der „MDV-Strategie 2025“ erfolgreich umgesetzt werden. Im Dezember wurden die umfangreichen Änderungen im Fahrplan – vor allem Inbetriebnahme STS-Netz durch Abellio und Veränderungen im S-Bahn- sowie Regionalbusverkehr in Folge der Inbetriebnahme der neuen ICE-Strecke zwischen Halle/Leipzig und Erfurt – kommuniziert. Durch die crossmediale Kampagne in Zusammenarbeit mit dem ZVNL und die begleitende Pressekampagne wurde eine bestmögliche Information für Pendler und die weiteren Fahrgäste erreicht. Ebenso wurden die Produkte PlusBus sowie das Nahverkehrskonzept Markkleeberg erfolgreich zum Fahrplanwechsel im Dezember beworben.

### **Realisierung des Wirtschaftsplans 2015**

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2015 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 4. Dezember 2014 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2015 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2015 **zu zahlende Zuschuss** entsprach mit **TEUR 2.231,0** dem Vorjahresbetrag. Zusätzlich enthielt der Wirtschaftsplan mit TEUR 184,5 einen Übertrag von Betriebskostenzuschüssen der Vorjahre. In der Gesellschafterversammlung am 9. Juli 2015 wurde außerdem beschlossen, die übrigen nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 2014 (TEUR 54) ins Jahr 2015 zu übertragen. Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Zuwendungen des Landes Sachsen-Anhalt, des Freistaates Thüringen und des Bundes sowie des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2015/2016 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der regionalen Partner an den Strategieprojekten Muldental in Fahrt, Schmölln macht mobil und Rippach-/Saaletal mobil sowie Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen.

Der planmäßige Anstieg des Personalaufwandes von 9,5 % beruht auf der Umsetzung der neuen Vergütungsregelung des MDV gemäß dem Gesellschafterbeschluss vom 17.07.2014.

Insgesamt betrachtet standen den Aufwendungen von TEUR 3.304 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 1.141 gegenüber. Die von den Gesellschaftern gezahlten und aus den Vorjahren übertragenen Zuschüsse von TEUR 2.470 mussten daher nur in Höhe von TEUR 2.163 in Anspruch genommen werden, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 307 wurde passiviert.

Die Gesellschafterversammlung hat bereits am 2. Dezember 2015 beschlossen, 2015 nicht verbrauchte Mittel (TEUR 98) nach 2016 und 2018 zu übertragen und auf die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage zu verzichten. Über die Verwendung der nicht verbrauchten, nicht übertragenen Zuschüsse in Höhe von TEUR 209 werden die Gesellschafter entscheiden. Die Geschäftsführung hatte

im Rahmen der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2016 den Gesellschaftern empfohlen, voraussichtlich nicht verbrauchte Mittel des Jahres 2015 in die Kapitalrücklage einzustellen, um damit künftige Erhöhungen der Betriebskostenzuschüsse abzumindern.

Von Mitteln aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil von TEUR 334 wurden 2015 TEUR 216 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2016 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 118 wurde passiviert. Er soll im Jahr 2016 für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. Der Übertrag von TEUR 118 betrifft im Wesentlichen Vorhaben im Strategieprozess (TEUR 47), die Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (TEUR 26) und laufende Aufwendungen für easy.GO (TEUR 11), für die in den Projektleitungskreisen bereits die Übertragung der entsprechenden Mittel der Partner auf das Folgejahr beschlossen wurde.

Die Bilanzsumme von TEUR 1.951 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.760) um 11 % gestiegen. Dies begründet sich im Wesentlichen aus dem Anstieg des Anlagevermögens auf der Aktivseite aus dem Telematikvorhaben, den aktivierten Eigenleistungen für die Aktualisierung der Tarif- und EAV-Datenbank sowie der Anzahlung für das neue Infomobil. Für das Telematikvorhaben und das Infomobil sind entsprechende Förderungen passiviert und erhöhen insofern den Sonderposten für Investitionszuschüsse auf der Passivseite.

#### **Ausblick auf 2016 und 2017**

Die Aufgaben der nächsten Jahre werden weiterhin wesentlich durch die im **Strategieprozess „MDV 2025“ definierten Schwerpunkte** bestimmt sein. So wird im Jahr 2016 die Bearbeitung weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität und Verbesserung Systemzugang/Benutzeroberfläche beginnen. Gleichzeitig werden die Projekte fortgeführt, die bereits in Bearbeitung sind.

Nach Fertigstellung der 2015 in Auftrag gegebenen Gutachten zu **ergänzenden Finanzierungsmodellen** sollen die Ergebnisse in der zweiten Jahreshälfte 2016 ggf. in einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung mit Beteiligung aller Aufsichtsratsmitglieder hinsichtlich einer Umsetzungsempfehlung diskutiert werden. Anschließend sollen die Erkenntnisse und Empfehlungen zu möglichen ergänzenden Finanzierungswegen für den ÖPNV im Rahmen eines Workshops der Politik bzw. den politischen Entscheidungsgremien vorgestellt werden.

Für die erste Jahreshälfte 2016 ist die Integration von **ABO Flex in easy.GO** vorgesehen. Damit wird es erstmals möglich, in easy.GO direkt ein ABO abzuschließen und anschließend die mit dem ABO Flex zulässigen rabattierten Bartariftickets zu erwerben.

Um den Bekanntheitsgrad von easy.GO weiter zu steigern, die App zu stärken und neue Nutzer hinzuzugewinnen, sind im laufenden Jahr 2016 weitere Marketingmaßnahmen geplant, die an die erfolgreichen Maßnahmen der Vorjahre anknüpfen sollen. Die Kommunikation wird über verschiedene social media-Kanäle, Newsletter und Pressemitteilungen erfolgen.

Im **Telematikvorhaben** liegt 2016 der Schwerpunkt in der Ausstattung der Schüler mit Chipkarten. Dies wird in der 1. Jahreshälfte mit einzelnen Pilotschulen im Landkreis Leipzig getestet, um anschließend alle Schüler in den Landkreisen Leipzig und Altenburg mit Chipkarten zu versehen. Auch die schrittweise Ausgabe an Abonnenten ist vorgesehen. Die Ausgabe im Landkreis Nordsachsen verschiebt sich jedoch infolge des Neuauftrages für die Bordrechner. Der generelle Pilotbetrieb für die neuen Bordrechner ist für den Herbst vorgesehen, während die RBL Komponenten im Jahr 2017 getestet und eingeführt werden sollen.

In 2016 sollen sich die Arbeiten an dem **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** auf die Realisierung der Barrierefreiheit, Einführung von geographisch exakten Linienrouten des ÖPNV in INSA sowie Verbesserung der Qualität der Verkehrslage Sachsen-Anhalt (Arbeiten bei den sächsisch-anhaltinischen Partnern der Kooperation) konzentrieren. Sofern 2016 die Realisierung der Verkehrslage Leipzig erfolgt, ist es im nächsten Schritt geplant, diese Daten mit der Verkehrslage Sachsen-Anhalt zu fusionieren, um für das Mobilitätsportal eine durchgehende und länderübergreifende Datenbasis zu schaffen. Hierfür sollen ggf. EFRE-Fördermittel beantragt werden. Entsprechender Bedarf wurde bereits beim SMWA angemeldet. Im Zuge der Realisierung der Projekte Leipzig mobil und Grüne Mobilitätskette ist es geplant zu prüfen, welche Hintergrundsysteme miteinander verknüpft werden können. Die NASA prüft ggf. auch, welche Funktionen und Datenquellen in das Mobilitätsportal Mitteldeutschland übernommen werden können.

Auf Grundlage der erarbeiteten Inhalte und des MDV-Beschlusses für die **Bereitstellung von ÖPNV-Daten an Dritte** sollen im Jahre 2016 die entsprechenden Schnittstellen geschaffen und den interessierten Datenabnehmern bereitgestellt werden.

Der Bereich **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** des MDV hat 2012 damit begonnen, seine online mediale Präsenz zu überarbeiten. Erster Schritt in diesem mehrstufigen Prozess war der erfolgreiche Relaunch der Webseite [www.mdv.de](http://www.mdv.de) im Januar 2015. Nächster Schritt ist die Konzeptionierung eines Social Media-Auftritts im Jahr 2016 mit dem Ziel, 2017 online zu gehen. Das Social Media-Konzept soll sich logisch in die strategische Kommunikation des MDV einordnen. Der MDV erarbeitet diese Vorhaben vordergründig mit eigenen Ressourcen. Die weiteren Arbeitspakete im Rahmen der „MDV-Strategie 2025“ im Bereich Kommunikation werden weiter vorangebracht.

Aufgrund der aktuellen Lage hat der MDV zu Jahresbeginn 2016 diverse mehrsprachige Informationen für Migranten veröffentlicht. Begleitend wird ein Mobilitätsberatungskonzept angeboten.

Gefördert vom ZVNL und der NASA GmbH nimmt der MDV im April 2016 sein neues Infomobil in Betrieb und erweitert seine Mobilitätsberatung um zielgruppenspezifischere Angebote (Migranten, mobilitätseingeschränkte Fahrgäste, Schulen).

Die Freizeitkommunikation wird 2016 neu konzipiert mit dem Ziel, ab 2017 noch stärker vernetzt mit Partnern aus der Tourismusbranche zu agieren. Für den technischen Part kooperiert der MDV auch hier erfolgreich mit der HTWK.

Erstmals beteiligt sich die Stadt Leipzig an der Europäischen Woche der Mobilität. Der MDV wird sich als strategischer Partner in die Aktionswoche einbringen.

Weitere Schwerpunkte im Jahr 2016 werden zudem die Kommunikation regionaler Planungsprojekte (u.a. Modellvorhaben Muldental in Fahrt, Schmölln macht mobil), die Kommunikation der Tarifierung sowie Informationen zu Fahrplanwechseln sowie Baumaßnahmen (Schwerpunkt SPNV) sein. Das Vorhaben Einführung der Chipkarte in den Landkreisen wird vom MDV technisch und kommunikativ begleitet.

Alle Maßnahmen zielen darauf ab, Fahrgäste und potentielle Fahrgäste über die verbundweiten Angebote zu informieren, damit zum Abbau von Nutzungshemmnissen zu führen und die Nutzungsquote der ÖPNV-Angebote im Gesamtsystem zu erhöhen.

Schwerpunktthemen im **Fachbereich Verkehrsplanung** werden in 2016 weiterhin die Strategieprojekte „Muldental in Fahrt“ und „Schmölln macht mobil“ sowie das Projekt „Zukunftsfähiger ÖPNV im Burgenlandkreis 2020“ sein. Zudem steht 2016 die Arbeit an den Nahverkehrsplänen der Landkreise Nordsachsen und Saalekreis an.

Der MDV verfügt über eine mittelfristige Planung, die zurzeit bis 2020 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2016 wurde von der Gesellschafterversammlung am 2. Dezember 2015 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2016 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2016 sieht eine Anhebung der durch die Gesellschafter zu zahlenden Zuschüsse auf TEUR 2.477 vor (davon geplante Anhebung um 2,5 % gegenüber dem Vorjahreswert von TEUR 2.231 und TEUR 190 zum Ausgleich der Entgeltanpassungen der MDV-Mitarbeiter gemäß Gesellschafterbeschluss vom 17. Juli 2014). Zusätzlich beinhaltet der Wirtschaftsplan 2016 einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 27

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

### **Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Damit wird das Ziel verfolgt, die Mobilitätsmöglichkeiten für die Menschen in Mitteldeutschland zu sichern und zu einem integrierten Gesamtsystem weiter auszubauen.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch trat im Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung in Kraft. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert einschließlich der Erfüllung der Verbundaufgaben durch den MDV folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeverteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Langfristig ist zu klären, wie der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende liquide Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Halle (Saale), den 20. Mai 2016

Steffen Lehmann  
Geschäftsführer

## Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH

### Beteiligungsübersicht

Flugplatz 04603 Nobitz		Tel. Fax Email	03447-5900 03447-590199 info@leipzig-altenburg-airport.de
Gründungsdatum	27.01.1992		
Rechtsform	GmbH		

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		51.129,19 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	3,0000 %	1.533,87 €
Landkreis Altenburger Land	60,0000 %	30.677,51 €
Stadtwerke Altenburg	19,0000 %	19,00
Gemeinde Nobitz	5,0000 %	2.556,46 €
Stadt Meerane	2,0000 %	2,00
Altenburger Brauerei	3,0000 %	3,00
eigene Anteile	32,0000 %	16.361,35 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Errichtung und der eigenverantwortliche Betrieb des Leipzig-Altenburg Airport zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

### Lagebericht 2015

#### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

##### **1. Geschäftsverlauf**

Das Geschäftsjahr 2015 war geprägt von der Fortführung der Neuausrichtung der Gesellschaft. Die Gesellschafter und der neu gewählte Aufsichtsrat der Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH haben sich dazu bekannt. Gemeinsam vertreten sie die Auffassung, dass die Gesellschaft mit neuer Geschäftsführung und neuer struktureller Ausrichtung in die Lage versetzt werden muss, neben einem rigorosen Konsolidierungsprozess den Flugbetrieb sowie die Ansiedlung von Unternehmen effizienter vorantreiben zu können. Die bisher in die Gesellschaft investierten erheblichen Mittel sind den neuen Zielstellungen folgend schwerpunktmäßig im Sinne eines Industrie Flughafens wirtschaftsfördernd zu nutzen.

Die registrierten Flugbewegungen rechtfertigen eine weitere Aufrechterhaltung der Kontrollzone nicht, da Flugbewegungen von Flugzeugen über 14 Tonnen Gesamtgewicht nicht mehr hinreichend erfolgten und unter Beachtung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses ein Festhalten an einer Kontrollzone



wirtschaftlich unsinnig wäre. Wesentlicher Bestandteil des aktuellen Betriebskonzeptes ist eine Weiterführung des IRF-Flugbetriebes. Dies erfolgt in einer Radio Mandatory Zone (RMZ) als wirtschaftlich sinnvolle Nachfrageanpassung.

Zur Steigerung des Flugverkehrs wurden die Entgeltordnung überarbeitet sowie damit einhergehend die Aufenthaltsräume für Piloten saniert. Mit weiteren Maßnahmen und Verbesserung des Serviceangebotes soll künftig der Flugplatz für Privatpiloten und Geschäftsreisende attraktiver werden. Ein Shuttlefahrzeug und Fahrräder ermöglichen es, ohne größeren Aufwand flexibel während der Standzeit der Flugzeuge aktiv zu sein. Ziel des Flugplatzes ist es, die Flugbewegungen weiter zu steigern, Gewerbe, insbesondere flugaffines, anzusiedeln, die Verbindlichkeiten in den nächsten Jahren abzutragen, die Gesellschafterzuschüsse zu reduzieren sowie neue Gesellschafter aus der Privatwirtschaft zu gewinnen und den Investitionsrückstand am Flughafen zu beseitigen.

Damit wurde 2015 bereits begonnen. Die Reparaturen und Erhaltungsinvestitionen sollen im Rahmen des Wirtschaftsplanes und unter Inanspruchnahme von Fördermitteln umgesetzt werden.

Daneben ist die Gesellschaft gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen und der Gemeinde Nobitz aktiv bei der Vermarktung des Flugplatzes sowie der unmittelbar angrenzenden Industrie- und Gewerbeflächen.

## 2. Wirtschaftliche Lage

### 2.1. Vermögens- und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2015 um TEUR 956 auf TEUR 2.943 verringert. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 96,4 % (Vorjahr: 95,1 %), der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen bei 3,6 % (Vorjahr: 4,9 %).

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von der Gesellschaft erwirtschafteten und die von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden:

	<u>2015</u> TEUR	<u>2014</u> TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus		
laufender Geschäftstätigkeit	-213	-417
Investitionstätigkeit	+6	+95
Finanzierungstätigkeit	+167	+442
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	81	121

Zuschüsse der Gesellschafter sind unter der Finanzierungstätigkeit erfasst. Diese betragen im Berichtsjahr TEUR 370 (Vj. TEUR 370).

Im Geschäftsjahr 2015 wurden keine Investitionen in das Anlagevermögen vorgenommen. Aus dem Verkauf von nicht mehr benötigten Gegenständen des Anlagevermögens sind TEUR 11 der Gesellschaft zugeflossen.

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2015 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 308.

### 2.2. Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich tabellarisch wie folgt dar:

	<u>2015</u> TEUR	<u>2014</u> TEUR	Ergebnis- ver- änderung TEUR
Betriebsleistung	1.237	1.455	-218
Aufwendungen für die Betriebsleistung	<u>-1.536</u>	<u>-1.886</u>	<u>+350</u>
Betriebsergebnis	-299	-431	+132
Zinsergebnis	<u>-22</u>	<u>-29</u>	<u>+7</u>
Ordentliches Unternehmensergebnis	-321	-460	+139
Periodenfremdes Ergebnis	<u>+13</u>	<u>+44</u>	<u>-31</u>
Jahresfehlbetrag	<u>-308</u>	<u>-416</u>	<u>+108</u>

Die Betriebsleistung umfasst die Umsatzerlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge, soweit nicht periodenfremd. Die Umsatzerlöse sanken im Geschäftsjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 14 auf TEUR 322.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen im Geschäftsjahr 2015 TEUR 940 und liegen damit unter dem Vorjahr (-TEUR 320). Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Wegfall der Flugsicherungskosten

(- TEUR 198), niedrigeren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (-TEUR 39) und niedrigeren Anlageverkäufen (-TEUR 80).

Der Materialaufwand sank im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 236 auf TEUR 124 hauptsächlich wegen gesunkener Aufwendungen für Fremdleistungen (Aufgabe der Kontrollzone -TEUR 222) und gesunkener Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (-TEUR 14).

Der Personalaufwand ging um insgesamt TEUR 73 auf TEUR 293 auf Grund des Geschäftsführerwechsels zurück. Die Abschreibungen sanken um 24 TEUR auf TEUR 878.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 231 sanken im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 96, u. a. infolge geringerer Rechts- und Beratungskosten (-TEUR 58) und reduzierter Kosten für Luftfahrtbedarf (-TEUR 15).

### **2.3. Nachtragsbericht**

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die eine deutlich andere Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erforderlich machen würden, haben sich nicht ergeben.

### **3. Risikobericht**

Wir haben im Geschäftsjahr 2015 regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen der Berichterstattung wurden alle wesentlichen Risiken dokumentiert und nach Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der Risiken eingeleitet.

In die Prozesse unseres Risikomanagementsystems ist die Geschäftsleitung durch regelmäßige Berichterstattung eingebunden. Die monatliche Analyse der Gewinn- und Verlustrechnung und der Liquidität sind dabei zu einem entscheidenden Instrument für Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Gesellschafter geworden. Auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes wurden die Abweichungen ausgewertet.

Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, sehen wir insbesondere in der Bereitstellung von Gesellschafterzuschüssen, da die Gesellschaft derzeit noch nicht in der Lage ist, aus der operativen Tätigkeit positive Ergebnisse zu erwirtschaften. Der Fortbestand des Unternehmens ist insofern bis auf weiteres wesentlich von Zuschüssen der Gesellschafter zum Verlustausgleich der operativen Tätigkeit abhängig.

Die Europäische Kommission hatte ein Untersuchungsverfahren eingeleitet mit dem Ziel der Überprüfung, ob die zwischen den Behörden und dem Flughafen Altenburg-Nobitz getroffenen Finanzierungsvereinbarungen sowie die zwischen dem Flughafen und den sie anfliegenden Luftfahrtgesellschaften geschlossenen Preisnachlass- und Marketingvereinbarungen den EU-Beihilfevorschriften entsprechen.

Die EU-Kommission hat am 15. Oktober 2014 ihre Entscheidung zum Beihilfeverfahren in einem Beschluss mitgeteilt. Wichtig in diesem Beschluss ist, dass gewährte Beihilfen an die FAN GmbH als zulässig angesehen werden und somit nicht zurückgezahlt werden müssen.

Weiterhin wird festgestellt, dass gezahlte Marketingzuschüsse in Höhe von 318.569,00 € nebst Zinsen an Ryanair/AMS mit dem Binnenmarkt unvereinbar sind und zurückgefordert werden müssen.

Dazu sind die entsprechenden Schritte zur Rückforderung eingeleitet. Das Rückforderungsverfahren wird von der Bundesrepublik Deutschland betrieben. Es ist aber davon auszugehen, dass Ryanair/AMS dagegen Rechtsmittel einlegen wird und somit der Zeitraum der Rückzahlung derzeit nicht bestimmt werden kann. Sollte Deutschland jedoch obsiegen, könnten 318.569,00 € nebst Zinsen, die mittlerweile auf einem Notar-Anderkonto lagern, an die FAN GmbH zurückfließen. Damit wäre die Gesellschaft in der Lage, einen wesentlichen Teil ihrer Verbindlichkeiten zu tilgen.

Der Freistaat Thüringen hat den Zuwendungsbescheid des Thüringer Landesverwaltungsamtes über Fördermittel für Investitionen vom 17. Februar 2008 sowie vom 18. August 2009 widerrufen. Dagegen ist die Gesellschaft in Widerspruch gegangen. Der mündliche Verhandlungstermin vor dem Verwaltungsgericht Gera am 17. Juli 2014 führte zu einem Vergleich. Das Gericht bejaht wichtige Verstöße gegen das Vergaberecht und äußert Zweifel an der ordnungsgemäßen Ermessensausübung. Die Rückforderungssummen werden auf 5 % des Auftragswertes, also auf TEUR 109 festgesetzt. Zusätzlich fallen Zinsen in Höhe von TEUR 31 an. Nach unserer Rechtsauffassung sind in voller Höhe werthaltige Ersatzansprüche Dritten gegenüber durchsetzbar, zu deren Realisierung sind Rechtsmittel eingelegt.

Zur Wahrung des Vorsichtsprinzips sind bereits im Jahr 2013 TEUR 34 ergebniswirksam in die Rückstellungen eingestellt worden. Es gibt ein Einverständnis mit dem Freistaat Thüringen dahingehend, dass durch den o.g. Rechtsstreit die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH liquiditätsmäßig nicht in Bedrängnis gebracht werden soll. Einem entsprechenden Stundungsantrag beim Thüringer Landesverwaltungsamt wurde zinsfrei unter der Bedingung einer Ratenzahlung (quartalsweise 3 TEUR) bis zum 01.10.2017 stattgegeben.

#### **4. Ausblick sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Mit Datum vom 27.10.2014 hat die Gesellschaft das so genannte RMZ Anflugverfahren (Radio Mandatory Zone) beantragt. Damit sollte sichergestellt werden, dass nach Aufgabe der Kontrollzone D Altenburg die Landung von Flugzeugen bis 14 t weiterhin möglich ist. Flugzeuge größer als 14 t können mit einer Ausnahmegenehmigung der Luftfahrtbehörde auch weiterhin den Flugplatz anfliegen. Bundesweit ist seit 02.04.2015 die neue Luftraumstruktur in Kraft getreten. Dem Antrag auf Umwandlung in RMZ wurde stattgegeben. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, dem Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Referat Luftverkehr, als auch dem Anbieter der Flugplatzkontrolldienste (TTC) ist es gelungen, einen nahtlosen Übergang von der Kontrollzone D (mit Fluglotsen) in die RMZ-Kontrollzone (Radio Mandatory Zone) zu gewährleisten. Mit Inbetriebnahme der RMZ ab 02.04.2015 sind die bisherigen Flugplatzkontrolldienste des Luftraumes Delta durch die TTC (The Tower Company) weggefallen und werden durch Mitarbeiter der FAN GmbH übernommen. Damit ist es möglich, bedarfsweise auf Kundenwünsche flexibler zu reagieren. Sollten jedoch durch die Ansiedlung von luftfahrtaffinem Gewerbe die Flugbewegungen nach Instrumentenflugregeln wieder eine bestimmte Qualität und Quantität erreichen, kann es künftig wieder notwendig werden, erneut eine Kontrollzone einzuführen. Eine solche Einführung steht jedoch unter dem Vorbehalt eines vertretbaren Kosten-Nutzen-Verhältnisses.

Für den Volkswagenkonzern und seine wichtigsten Zulieferer bleibt der Flugplatz somit weiterhin nutzbar. Sowohl die Volkswagen AG als auch die großen Zulieferer wickeln teilweise ihren Werksflugverkehr über den Flugplatz ab.

Für die Region stellt der Flugplatz Altenburg-Nobitz ein Infrastrukturobjekt zur Förderung der regionalen Wirtschaft dar. Die Gesellschafter arbeiten weiter an dem Verkauf der Geschäftsanteile der Flugplatz-GmbH, die diese selbst hält (32 % eigene Anteile). Es wird angestrebt, dass für diese Anteile private Investoren gefunden werden. Dabei sollen insbesondere Investoren, welche sich zur Absicherung ihrer Investitionen an der Flughafen GmbH beteiligen wollen, Anteile erwerben können. Schrittweise sollen somit private Investoren unter Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse in der Gesellschaft und der Zweckbindungsfrist des überwiegenden Teils der Fördermittel bis 2025 beteiligt werden.

Über den eigentlichen Geschäftszweck hinaus werden die energiepolitischen Ziele des Landkreises durch den Betrieb von zurzeit zwei Photovoltaik-Anlagen unterstützt. Damit verbunden sind wesentliche Einnahmen langfristig zur Eigenfinanzierung der Gesellschaft gesichert.

Mit der Neuausrichtung der Gesellschaft ab 12.11.2014 wurden umfangreiche Prüfungsmaßnahmen durchgeführt, die dazu dienen, unbekannte Risiken aufzudecken, aufzulisten, zu bewerten und geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Der Wirtschaftsplan sieht für das Geschäftsjahr 2016 Nachschüsse im Sinne des § 24 des alten Gesellschaftsvertrags in Höhe von TEUR 370 vor.

Zur Sicherstellung der mittelfristigen Finanzplanung ist die Gesellschaft von weiteren Nachschüssen im Sinne des § 18 des neuen Gesellschaftsvertrags und weiteren nicht rückzahlbaren freiwilligen Zuschüssen der Gesellschafter, derzeit TEUR 370, abhängig. Diese Zuschüsse sind notwendig, die vorhandenen Verbindlichkeiten der Gesellschaft abzutragen.

Der Betrieb des Flugplatzes ist weiterhin stark abhängig von politischen Entscheidungen.

Die Gesellschaft rechnet unter Berücksichtigung der Gesellschafterzuschüsse mit ausreichenden Liquiditätszuflüssen für die Geschäftsjahre 2016 bis 2018, die nachhaltig zur Tilgung von Verbindlichkeiten geeignet sind. Unser Ziel ist es, durch neue Gesellschafter neue Vermarktungsmöglichkeiten zu erschließen, aktive Wirtschaftsförderung zu betreiben und die Liquiditätslage der Gesellschaft zu verbessern.

Durch Intensivierung der Gespräche mit der LEG Thüringen werden aktuell Abstimmungen zur besseren Vermarktung der am Flughafen befindlichen Gewerbeflächen geführt. Das Flugplatzgelände umfasst immerhin eine Gesamtfläche von ca. 190 ha. Ziel ist die langfristige Verbesserung der Einnahmen der FAN GmbH.

Neben den Bestrebungen, flugaffines Gewerbe anzusiedeln, werden auch verstärkt andere gewerbliche Ansiedlungsmöglichkeiten, insbesondere im Bereich Automotiv, vorangetrieben. Hier sehen wir die Chance, langfristig angelegte Pachteinnahmen erzielen zu können. Die damit einhergehende Nutzung von Flughafenflächen muss mit dem allgemeinen Flugverkehr kompatibel sein.

Zukünftig soll die Zusammenarbeit mit dem Flughafen Leipzig/Halle neu intensiviert werden. Beide Seiten sollen davon profitieren.

Auch das Veranstaltungsmanagement soll künftig auf eine verlässliche und längerfristige Grundlage gestellt werden. Damit einher geht die Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem am Flughafen ansässigen Verein - der Flugwelt Altenburg-Nobitz e.V.

Aufbauend auf die zwischenzeitlich erreichten Fortschritte bei der Neuausrichtung der FAN GmbH und weiterer politischer Unterstützung des Flughafens als wichtiges Infrastrukturobjekt kann die Gesellschaft

in den Folgejahren wirtschaftlich erfolgreich am Markt agieren, wobei die finanzielle Unterstützung durch die Gesellschafter weiterhin erforderlich ist.

Sollten die Umstellung der Kontrollzone auf RMZ sowie die weiteren eingeleiteten Maßnahmen (Kostenreduzierung, Einnahmesteigerungen, flugaffine Ansiedlungen) nicht die geplanten Ergebnisse erbringen und besteht über die zugesicherten Betriebskostenzuschüsse hinaus noch ein weiterer Finanzbedarf, welcher künftig nicht mehr gedeckt werden kann, ist zur Vermeidung einer Insolvenz die Umwandlung des Flughafens zu einer Immobilienverwaltung mit Landebahn vorgesehen. Das bedeutet, das RMZ-Anflugverfahren wird aufgegeben mit der Folge, dass nur noch Flugverkehr im Sichtflugverfahren möglich ist (Luftraum G). Die Gesellschaft wird einem kreiseigenen Unternehmen angegliedert. Es werden weitere Mitarbeiter und die Geschäftsführung freigesetzt.

Die Einnahmen aus eigenem Vermögen sowie in geringerem Umfang Einnahmen aus dem Flugbetrieb reichen aus, den Flugplatz im Sichtflugverfahren weiter zu betreiben. Hierbei bilden die luftfahrtunabhängigen Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung die Haupteinnahmen. Die Kostenseite wird den Einnahmen angepasst, so dass ein Fortbestand der Gesellschaft auch in diesem Modell gesichert ist.

Nobitz, den 3. März 2016

Dr. Frank Hartmann  
Geschäftsführer

## Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH

### Beteiligungsübersicht

Am Westufer 3  
04463 Großpösna / OT Störmthal

Tel. 034299 / 530  
Fax 034299 / 53 128/129  
Email info@e-wev.de

Gründungsdatum 24.06.1991

Rechtsform GmbH

Handelsregistereintrag am 05.02.1992 unter HR B 4545

### Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		1.000.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	51,0000 %	510.000,00 €
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	49,0000 %	490.000,00 €

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens sind entsprechend § 2 des Gesellschaftsvertrages die Planung, der Bau und der Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen, vorrangig in der Region Westsachsen im Verbandsgebiet des ZAW. Hierzu gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes nach vorstehendem Satz 1 dienen.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

### Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	49,0000 %	490.000,00

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) dargestellt.

## **Einzeldarstellung der Zweckverbände sowie deren Beteiligungsberichte**

- 1. Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)**
- 2. Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen  
Beteiligungsbericht für die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH**
- 3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen**
- 4. Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig  
Beteiligungsbericht für die Mitteldeutsch Verkehrsverbund GmbH**
- 5. Kulturraum Leipziger Raum**
- 6. Regionaler Planungsverband Westsachsen**
- 7. Kommunaler Sozialverband Sachsen**
- 8. Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig**
- 9. Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)**
- 10. Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig**

## **Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)**

### Beteiligungsübersicht

Heinrich-Zille-Straße 3  
04668 Grimma

Tel. 03437 / 933 0  
Fax 03437 / 933 111  
Email RZV\_DLLMLTL@t-online.de

Gründungsdatum 08.12.1995

### Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		10,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	60,0000 %	6,00
Landkreis Mittelsachsen	40,0000 %	4,00

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband ist Träger des Rettungsdienstes in seinem Zweckverbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgaben:

- eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit der Leistung der Notfallrettung und des Krankentransportes sicherzustellen;
- auf der Grundlage des Landesrettungsdienstplanes einen Bereichsplan aufzustellen;
- den Bereichsrat für den Rettungsdienst zu bestellen und in grundsätzlichen Angelegenheiten anzuhören;
- die gemeinsame Leitstelle der Feuerwehr und des Rettungsdienstes nach § 3 Abs. 2 Buchstabe b) des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehren bei Unglücksfällen und Notständen im Freistaat Sachsen und § 9 Abs. 1 des Gesetzes über Rettungsdienst, Notfallrettung und Krankentransport für den Freistaat Sachsen vom 04. Juli 1994 zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben;
- Gebühren für die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport und die Inanspruchnahme der Dienste der Rettungsleitstelle auf Grund einer Satzung festzusetzen.

Weiterhin nimmt der Zweckverband für seine Verbandsmitglieder folgende Aufgaben wahr:

- er übt die Funkaufsicht gegenüber allen Teilnehmern im BOS-Funk aus und ist Antragsteller zur Erteilung von Funkgenehmigungen;
- er ist Kommunikationsstelle für Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben seiner Verbandsmitglieder;
- er übt die Aufsicht über die Vertragsdurchführung der Leistungserbringer im Rettungsdienst aus.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	608.561,94

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	



**Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

**I. Allgemeines**

Die ehemaligen Landkreise Döbeln, Leipziger Land und Muldentalkreis haben auf der Grundlage des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) die Aufgaben nach dem Sächsischen Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) und auf der Grundlage der Verordnung über Rettungsdienstbereiche und gemeinsame Leitstellen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes (LeitStVO) auf einen gemeinsamen Rettungszweckverband übertragen.

Der Rettungszweckverband wurde auf der Grundlage der Beschlüsse der Kreistage

- Leipziger Land vom 17. Mai 1995,
- Döbeln vom 29. Mai 1995,
- Muldentalkreis vom 8. Juni 1995

am 8. Dezember 1995 durch das Regierungspräsidium genehmigt und öffentlich bekannt gemacht. Die Geschäftstätigkeit des Rettungszweckverbandes begann durch Beschluss der Verbandsversammlung am 1. Januar 1996. Durch Kreisgebietsreform fusionierten die ehemaligen Landkreise Leipziger Land und Muldentalkreis ab 1. August 2008 zum Landkreis Leipzig. Der Landkreis Döbeln verband sich mit den Landkreisen Mittweida und Freiberg zum Landkreis Mittelsachsen. Infolgedessen wurde der Rettungszweckverband durch Beschluss der Verbandsversammlung am 3. November 2008 umbenannt in „Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (Landkreis Mittelsachsen)“.

Der Rettungszweckverband umfasst das Gebiet des ehemaligen Landkreises Döbeln und des Landkreises Leipzig mit einer Fläche von 2.071,88 km<sup>2</sup> mit 321.395 Einwohnern (Stand 30. Juni 2015).

Der Rettungszweckverband als Träger des Rettungsdienstes und verantwortlicher Betreiber der Leitstelle für Rettungsdienst und Brandschutz hat als wesentliche Grundaufgaben die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes sowie die Alarmierung in Brandfällen zu sichern und diese in der Satzung des Rettungszweckverbandes festgeschriebenen Aufgaben quantitativ und qualitativ hochwertig zu erfüllen.

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben im Bereich der Notfallrettung und des Krankentransportes schloss der Rettungszweckverband im Ergebnis eines Vergabeverfahrens nach § 31 SächsBRKG i. g. F. ab 1. Januar 2014 für die Dauer von zunächst 5 Jahren mit Verlängerungsoption für zwei weitere Jahre mit nachfolgenden Leistungserbringern des Rettungsdienstes und Krankentransportes öffentlich-rechtliche Verträge ab:

- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Döbeln–Hainichen e. V., Hainichen (Los 1)
- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst, Krankentransport und Hilfsdienste im Muldental GmbH, Grimma (Lose 2, 3)
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Geithain e. V., Geithain (Los 4)
- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst und Krankentransport Leipzig und Umland gGmbH, Zwenkau (Lose 5, 6)

**II. Grundlage der Wirtschaftsführung**

Auf den Zweckverband finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften gemäß § 58 Abs. 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) unmittelbare Anwendung.

Grundlage der Wirtschaftsführung eines Wirtschaftsjahres ist die erlassene Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan.

Die Verbandsversammlung beschloss in ihrer am 22. September 2014 stattgefundenen 41. Beratung über die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015. Der Bescheid zur Genehmigung der Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 wurde am 1. Dezember 2014 durch die Landesdirektion Sachsen erteilt. Der in der Haushaltssatzung vorgesehene Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von

EUR 1.251.598,40 sowie die vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von EUR 2.767.545,13 wurden gleichzeitig genehmigt.

Soweit die sonstigen Einnahmen des Zweckverbandes aus Entgelten und Gebühren zur Deckung seines Finanzbedarfes nicht ausreichen, ist gemäß § 13 der Verbandssatzung von den Zweckverbandsmitgliedern eine Umlage zu erheben. Diese wird mit der Haushaltssatzung - getrennt für die Ausgaben des Erfolgs- und Vermögensplanes – festgesetzt. Für das Wirtschaftsjahr 2015 wurden folgende Verbandsumlagen veranschlagt:

	<u>EUR</u>
Erfolgsplan	761.239,00
Liquiditätsplan	0,00
Gesamt:	761.239,00
davon entfielen auf den Landkreis	
Mittelsachsen, Region Döbeln	152.677,06
Leipzig	608.561,94

Die nach § 32 SächsBRKG geführten Entgeltverhandlungen des Rettungszweckverbandes mit den Sozialleistungsträgern legten für das Wirtschaftsjahr 2015 nachstehende Entgelte und Gebühren nach §§ 10 ff. SächsKAG fest:

	<b>Entgelte/Gebühren – IST -</b>
Gebühr Rettungstransportwagen	258,90 EUR/Einsatz
Gebühr Notarzteinsatzfahrzeug	125,00 EUR/Einsatz
Gebühr Krankentransportwagen	108,10 EUR/Einsatz
	zzgl. 3,10 EUR/km ab Besetzt - km 151

Der jeweilige Entgelt-/Gebührensatz enthält Erstattungsanteile für die Inanspruchnahme der Dienste der Leitstelle.

Im Wirtschaftsjahr 2015 wurden folgende Einsätze entgelt-/gebührenrelevant abgerechnet:

	<b>Einsätze – Ist –</b>
Krankentransporte	25.101 Einsätze = EUR 2.717.203,20
Rettungswageneinsätze	32.321 Einsätze = EUR 8.367.906,90
Notarzteinsätze	18.491 Einsätze = EUR 2.311.375,00

### **III. Geschäftsverlauf**

#### **Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten**

Der Rettungszweckverband verfügt über bewegliches Anlagevermögen, welches seit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1. Januar 1996 angeschafft wurde. Dieses wurde ergänzt um weiteres bewegliches Anlagevermögen aus Übertragungen von den am Rettungszweckverband beteiligten Landkreisen.

Der gesamte bewegliche Anlagenbestand ist in einem automatisierten Anlagenbuchhaltungsprogramm gemäß § 12 SächsEigBG erfasst und wird regelgerecht abgeschrieben.

Der Rettungszweckverband verfügt über festen Anlagenbestand.

Dazu gehören

- ein Grundstück mit einer Fläche von 11.112 m<sup>2</sup> in Deditz, welches mit einer MASTER-DAU-Anlage bebaut ist;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04668 Grimma, Heinrich–Zille–Straße 3, welcher mit dem Verwaltungsgebäude des Rettungszweckverbandes mit Leitstelle und Rettungswache Grimma bebaut ist im Rahmen von Erbpacht;
- ein Grundstück in 04808 Wurzen, Kleegasse 1, welches mit der Rettungswache Wurzen bebaut ist im Rahmen von Erbpacht sowie
- ein Gebäude in 04420 Markranstädt, Teichweg 14, welches als Rettungswache in Form eines Containerbaus betrieben wird.

## Investitionen Bauvorhaben/Betriebs- und Geschäftsausstattungen

Investitionsschwerpunkte im Wirtschaftsjahr 2015 waren

- die rettungsdienstliche Anteilsfinanzierung (Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen) an der Errichtung der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig (IRLS Leipzig) im Wert von EUR 413.573,51
- geleistete Anzahlungen für den Neubau einer Rettungswache in Zwenkau im Wert von EUR 115.442,96.

Darüber hinaus wurden im Wirtschaftsjahr 2015 betriebsnotwendig angeschafft:

- Ersatzbeschaffungen medizinischer Ausrüstungen und Ausstattungen im Wert von EUR 5.005,66
- Immaterielle Vermögensgegenstände im Wert von EUR 5.971,12
- Ersatzbeschaffung von Kommunikationsanlagen im Wert von EUR 1.299,00
- Ersatzbeschaffung von Geschäftsausstattungen im Wert EUR 1.800,00
- Vermögensgegenstände von geringem Wert in Höhe von EUR 17.076,43.

## Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

	Stand 31.12.2014 in EUR	Zugänge/ Einstellungen in EUR	Umbuchungen in EUR	Stand 31.12.2015 in EUR
Kapitalrücklagen	43.459,81	0,00	0,00	43.459,81
<b>Gewinnrücklagen</b>	1.548.166,90	0,00	0,00	1.548.166,90
<b>Verlustvortrag</b>	- 307.355,18	0,00	307.355,18	0,00
Jahresüberschuss Vj. Vortrag auf neue Rechnung	541.095,30		- 307.355,18	233.740,12
Jahresfehlbetrag 2015	-	- 178.719,85	-	- 178.719,85
Summen	1.825.366,83	- 178.719,85	0,00	1.646.646,98

Das Wirtschaftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 178.719,85.

In der Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 7.056,68 erzielt.

Die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 185.776,53, so dass das Jahresbetriebsgesamtergebnis mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von insgesamt EUR 178.719,85 schließt.

Das Wirtschaftsjahr 2014 schloss mit einem Jahresüberschuss von EUR 541.095,30, wovon EUR 311.572,04 planmäßig zur Deckung der Verlustvorträge des Jahres 2012 einzusetzen und EUR 229.523,26 als Ergebnisvortrag auf neue Rechnung vorzutragen waren.

Der Ergebnisvortrag auf neue Rechnung entfällt mit EUR 185.776,53 auf die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ und mit EUR 47.963,59 auf die Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“.

Im Ergebnis der Verhandlungen zwischen Sozialleistungsträgern und Zweckverband nach § 32 SächsBRKG war der Ergebnisvortrag auf neue Rechnung des Wirtschaftsjahres 2014 in Höhe von EUR 185.776,53 in der Entgeltkalkulation für das Wirtschaftsjahr 2015 zu berücksichtigen und ist abschließend ergebnisneutralisierend in der Sparte Rettungsdienst zum Wirtschaftsjahr 2015 - nach Beschlussfassung der Verbandsversammlung am 19. September 2016 - zu buchen.

Der Jahresüberschuss 2015 in Höhe von EUR 7.056,68 der Sparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ ist auf neue Rechnung vorzutragen. Damit erhöht sich der Ergebnisvortrag auf neue Rechnung zugunsten der Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ auf insgesamt EUR 55.020,27 mit geplanter Mittelverwendung für landkreisspezifische Kostenanteile bei der Einführung des Digitalfunks.

## **Umsatzerlöse und Leistungsentgelte**

Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2015 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 13.465.181,27 (2014: EUR 13.786.600,54) erzielt. Umsatzerlöse aus sonstigen Dienstleistungen des Zweckverbandes wurden in Höhe von EUR 12.160,00 (2014: EUR 11.720,00) aus dem Betrieb der auf die Rettungsleitstelle aufgeschalteten Brandmeldeanlagen erzielt.

Leistungsentgelte an Leistungserbringer wurden in Höhe von EUR 10.167.013,10 (2014: EUR 10.020.332,99) gezahlt.

## **Lage des Zweckverbandes**

Das Wirtschaftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 178.719,85.

Als wesentliche ergebnisbeeinflussende Faktoren der Jahresrechnung 2015 schlugen sich in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ nieder:

- der zu planmäßigen Mindererlösen führende Ergebnisvortrag auf neue Rechnung aus dem Wirtschaftsjahr 2014 in Höhe von EUR 185.776,53;
- die Entnahme von Mehrerlösen aus Vorjahren zur Deckung von Mehraufwendungen des Wirtschaftsjahres in Höhe von EUR 55.198,82;
- die Zuführung zweckgebundener Mehrerlöse aus Vorjahren in Höhe von EUR 17.333,87 und EUR 56.110,00 zur Nachfinanzierung der Notfallsanitäterausbildungen.

Seit dem Jahr 2010 erfolgt die Finanzierung rettungsdienstlicher Investitionen ausschließlich aus Marktkrediten, welche im Rahmen der Regulärabschreibungen über die festgelegten Nutzungsdauern refinanziert werden.

Für das Jahr 2015 sah die Haushaltssatzung Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von EUR 1.251.598,40 sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von EUR 2.767.545,13 vor.

Im Wirtschaftsjahr 2015 wurden weder der für das Wirtschaftsjahr genehmigte Kredit noch die Verpflichtungsermächtigungen in Anspruch genommen, da

1. der erforderliche Bautenstand in der IRLS Leipzig nicht erreicht war,
2. die Neuerrichtung der Rettungswache Zwenkau nicht planmäßig vollzogen werden konnte,
3. sich die Ersatzbeschaffung der rettungsdienstlichen Fahrzeugflotte einschließlich Digitalfunkausstattung verzögerte.

Kredit und Verpflichtungsermächtigungen wurden dem gemäß als Vormerkung in das Folgewirtschaftsjahr 2016 übertragen.

Die Finanzierung von Anteilen des Rettungsdienstes an der Errichtung der IRLS Leipzig und Anteilen am Bau der Rettungswache Zwenkau erfolgten im Jahr 2015 auf Grundlage der für das Wirtschaftsjahr 2014 genehmigten und als Vormerkung in das Jahr 2015 übertragenen Kreditanteile in Höhe von EUR 500.000,00.

Der Schuldenstand des Zweckverbandes beläuft sich unter Berücksichtigung der im Jahr 2015 getätigten Kreditaufnahme in Höhe von EUR 500.000,00 und der im Jahr 2015 getätigten Tilgungen zum 31. Dezember 2015 auf insgesamt EUR 1.683.229,90 gegenüber Kreditinstituten.

Der Kassenkredit zur laufenden Finanzierung der Ausgaben der Verwaltung beträgt zum Bilanzstichtag EUR 771.635,32 (31.12.2014: EUR 872.779,73).

Die Verbindlichkeiten des Zweckverbandes gegenüber den Sozialleistungsträgern vermindern sich um die unter den ergebnisbeeinflussenden Faktoren dargestellten Entnahmen um EUR 128.642,69 auf EUR 32.644,06, welche im Ergebnis der Verhandlungen zwischen Zweckverband und Sozialleistungsträgern nach § 32 SächsBRKG weiterhin als Verbindlichkeiten zur Sicherung der Geschäfte der laufenden Verwaltung zu bilanzieren waren.

#### IV. Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes

##### Kennzahlenentwicklung

Wirtschaftsjahr		2015	2014
Umsatz	TEUR	13.820	14.175
Materialaufwand	TEUR	10.748	10.580
Materialaufwandsquote	%	77,8	74,6
Personalaufwand	TEUR	1.298	1.314
Personalaufwandsquote	%	9,4	9,3
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	9,0	9,1
Abschreibungen	TEUR	969	976
Investitionen	TEUR	741	741
Finanzergebnis	TEUR	-27	-41
Jahresergebnis	TEUR	-179	541
Umsatzrentabilität	%	-1,3	3,8
Eigenkapitalrentabilität	%	-10,9	29,6
Bilanzstichtag		31.12.2015	31.12.2014
Bilanzsumme	TEUR	5.075	5.875
Anlagevermögen	TEUR	2.797	3.207
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	2.278	2.668
Eigenkapital	TEUR	1.646	1.825
Eigenkapitalquote I	%	32,4	31,1
Sonderposten	TEUR	745	1.089
Eigenkapitalquote II	%	47,1	49,6
Rückstellungen	TEUR	35	46
Verbindlichkeiten	TEUR	2.648	2.915
Fremdkapitalquote	%	52,9	50,4
Anlagendeckungsgrad I	%	85,5	90,9
Anlagendeckungsgrad II	%	141,0	127,8

## Ertragslage und ergebnisbeeinflussende Faktoren

Aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2015 wurde die folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung entwickelt:

	2015		2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse Rettungsdienste, Krankentransporte und sonstige Dienstleistungen	13.477	91,8	13.798	92,2	-321	-2,3
Erlöse aus Auflösung von Sonderposten	343	2,3	377	2,5	-34	-9,0
<b>Umsatzerlöse gesamt</b>	<b>13.820</b>		<b>14.175</b>			0,0
Sonstige betriebliche Erträge	856	5,9	784	5,4	72	9,2
<b>Betriebsleistung</b>	<b>14.676</b>	<b>100,0</b>	<b>14.959</b>	<b>100,1</b>	<b>-283</b>	<b>-1,9</b>
Materialaufwand	10.748	73,2	10.580	70,7	168	1,6
Personalaufwand	1.298	8,8	1.314	8,8	-16	-1,2
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagen	969	6,6	976	6,5	-7	-0,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.813	12,4	1.507	10,1	306	20,3
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-152</b>	<b>-1,0</b>	<b>582</b>	<b>3,9</b>	<b>-734</b>	<b>-126,1</b>
Finanzergebnis	-27	-0,1	-41	-0,3	14	-34,1
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>-179</b>	<b>-1,1</b>	<b>541</b>	<b>3,6</b>	<b>-720</b>	<b>-133,1</b>

Die Umsatzerlöse aus Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes stellen sich unter Einfluss zu beachtender ergebniswirksamer Posten dabei im Einzelnen und im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2015 TEUR	2014 TEUR
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - RTW	8.368	8.936
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - KTW	2.717	2.796
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - NEF	2.311	2.036
Periodenfremde Umsatzerlöse	51	77
Zweckgebundene Abgrenzung Mehrerlöse	17	-58
	<b>13.464</b>	<b>13.787</b>
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	343	377
Erträge aus sonstigen Dienstleistungen	12	11
	<b>13.819</b>	<b>14.175</b>

Zum Jahresergebnis trugen vor allem folgende Einflüsse bei:

- Die Umsatzerlöse des Rettungsdienstes sanken gegenüber dem Vorjahr um TEUR 322. Der Planansatzwert des Wirtschaftsjahres in Höhe von TEUR 13.466 wurde jedoch damit nahezu erreicht. Ursache für den geringeren Planansatz und dessen Realisierung ist insbesondere die Berücksichtigung des Ergebnisvortrags auf neue Rechnung in Höhe von EUR 185.776,53 aus dem Wirtschaftsjahr 2014, welcher nach Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung zugunsten der Jahresrechnung 2015 aufzulösen ist. Darüber hinaus schlägt sich die planmäßige Zuführung von Mehrerlösen der Vorjahre in Höhe von EUR 128.642,69 nieder.
- Die Auflösung von Ertragszuschüssen umfasst die Sonderpostenaufösungen aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens in Höhe von TEUR 177 sowie Sonderpostenaufösungen aus der Nutzungsüberlassung von Anlagevermögen in Höhe von TEUR 147. Eine weitere Sonderpostenaufösung in Höhe von TEUR 19 entfällt auf Zuwendungen des Landes zur Finanzierung von Sachanlagen und betrifft die im Jahr 2012 durchgeführte Ersatzbeschaffung der digitalen Alarmumsetzer DAU ITC 600 mit Erneuerung



des Funkalarmierungsnetzes mit Multimastertechnik im gesamten Verbandsgebiet. Die im Vergleich zum Vorjahr verminderte Auflösung von Sonderposten (TEUR 33) resultiert aus der Beendigung von Nutzungsdauern geförderter Anlagegüter.

- Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 72. Sie enthalten Mehrerlöse der Vorjahre (TEUR 55), Erträge aus Vertragsstrafen (TEUR 10) und periodenfremde Erträge (TEUR 9). Die weiteren sonstigen betrieblichen Erträge umfassen die Einnahmen entsprechend Hauhaltplanung aus den Verwaltungskostenumlagen der am Zweckverband beteiligten Landkreise (TEUR 761), Erträge aus Säumnis- und Mahngebühren (TEUR 10), andere sonstige betriebliche Erträge (TEUR 6), Kostenerstattungen (TEUR 4) und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 2).
- Entsprechend des Grundsatzes der Vollständigkeit (§ 246 Abs. 1 HGB) weisen die Budgetzahlungen an Leistungserbringer die jahresbezogenen Aufwendungen des Zweckverbandes gegenüber den Leistungserbringern des Rettungsdienstes im Ergebnis durchgeführt und ab 1. Januar 2014 umgesetzter Vergabeverfahren nach § 31 SächsBRKG in Höhe von EUR 10.167.013,10 aus. Die Aufwendungen entsprachen dem Planansatz zum Wirtschaftsjahr.
- Der Materialaufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stieg gegenüber dem Vorjahr um TEUR 7 und gegenüber dem Planansatz um TEUR 41. Ursache hierfür sind insbesondere höhere Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Rettungswachen und Notarztzimmer (TEUR 14) infolge der Marktpreisentwicklungen im Energie- und Wärmesektor sowie für medizinische Verbrauchsmaterialien gegenüber dem Planansatz in Höhe von TEUR 14 infolge umzusetzender veränderter nationaler Qualitätsstandards.
- Die Personalkosten sanken gegenüber dem Vorjahr um TEUR 17. Sie liegen mit TEUR 68 unter dem Planansatzwert des Wirtschaftsjahres. Ursachen hierfür sind Einsparungen aus der Nichtbesetzung von Stellen langzeiterkrankter Beschäftigter der Leitstelle aufgrund nicht am Markt verfügbarer qualifizierter Arbeitskräfte nach §§ 20, 23 SächsLRettDPVO in Verbindung mit zeitversetzter Nachbesetzung von Planstellen.
- Die Abschreibungen sanken gegenüber dem Vorjahr um TEUR 6 und unterschritten den Planansatz im Ergebnis um TEUR 144. Dies begründet sich insbesondere in der nicht planmäßigen Umsetzung der Investitionen des Zweckverbandes im Jahr 2015.
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 306 und weisen gegenüber dem Planansatz Mehraufwendungen in Höhe von TEUR 397 aus. Hauptursache hierfür sind insbesondere Aufwendungen zur Finanzierung der Notfallsanitäterausbildung (TEUR 194), alters- und verschleißbedingte Mehraufwendungen für KFZ – Instandhaltungen (TEUR 181) nach Verschiebung des Beschaffungszeitpunktes durch die im Jahr 2015 noch nicht vollzogene Digitalfunkherstellung sowie Mehraufwendungen für die Instandhaltung von Medizintechnik (TEUR 29).

## Finanzergebnis

Das Finanzergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2015 TEUR	2014 TEUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-27	-41
	-27	-41

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert (TEUR 14) und liegt mit TEUR 56 unter dem Planansatz. Ursächlich schlägt sich hier die nicht getätigte Aufnahme der Investitionskredite zur Anteilsfinanzierung der IRLS Leipzig in Ermangelung entsprechend erreichten Bautenstandes und damit nicht gegebenen Mittelabrufes sowie die Verschiebung der KFZ – Beschaffungen und damit verbundenen Digitalfunkausstattung vom Jahr 2015 in das Jahr 2016 nieder.

Im Jahr 2010 wurde ein Investitionskredit aufgenommen, auf welchen im Jahr 2015 EUR 4.983,81 Zinsen zu zahlen waren. Für den im Folgejahr 2011 aufgenommenen Investitionskredit fielen im Wirtschaftsjahr 2015 EUR 8.462,60 Zinsen an. Der in 2013 zur Ersatzbeschaffung von zwei Fahrzeugen und Medizintechnik aufgenommene Investitionskredit war mit EUR 2.209,38 Zinsanteil zu bedienen. Der für die Anteilsfinanzierung der IRLS Leipzig im Jahr 2014 aufgenommene und aus der Genehmigung des Wirtschaftsjahres 2013 vorgemerkte Kredit schlug sich mit einem Zinsanteil von



EUR 5.906,26 im Jahr 2015 nieder. Für den am 1. Dezember 2015 aufgenommenen Investitionskredit fielen im Jahr 2015 noch keine Zinsen an.

Zur rechtzeitigen Leistung der Budgetzahlungen an die Leistungserbringer mussten aufgrund der durchschnittlichen Laufzeiten in der Zahlungsfrist der kostenpflichtigen Sozialleistungsträger von durchschnittlich 4,5 Wochen Kassenkredite mit entsprechender Verzinsung in Anspruch genommen werden. Die Zinsaufwendungen für die Inanspruchnahme von Kassenkrediten belief sich danach auf insgesamt EUR 5.683,15 (2014: EUR 15.243,62). Unter Beachtung Subsidiaritätsprinzips fiel die Inanspruchnahme der Kassenkredite insgesamt gegenüber dem Vorjahr deutlich niedriger aus.

## Vermögenslage

Der Vermögens- und Kapitalaufbau des Rettungszweckverbandes zum 31. Dezember 2015 wird anhand der nach Liquidationsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen dargestellt. Dabei wurden innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten als kurzfristig behandelt, alle anderen – soweit nicht besonders vermerkt – als mittel- und langfristig.

	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
<b>VERMÖGEN</b>						
Anlagevermögen	2.797	64,6	3.207	67,0	-410	-12,8
abzüglich						
Sonderposten zum Anlagevermögen	-745	-17,2	-1.089	-22,8	344	-31,6
<b>Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen</b>	2.052	47,4	2.118	44,3	-66	-3,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.256	52,1	2.585	54,0	-329	-12,7
Sonstige kurzfristige Posten	20	0,5	80	1,7	-60	-75,0
Flüssige Mittel	2	0,0	3	0,0	-1	-33,3
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>	2.278	52,6	2.668	55,7	-390	-14,6
<b>Vermögen insgesamt</b>	4.330	100,0	4.786	100,0	-456	-9,5
<b>KAPITAL</b>						
Kapitalrücklage	43	1,0	43	0,9	0	0,0
Gewinnrücklagen	1.548	35,8	1.548	32,3	0	0,0
Gewinn-/Verlustvortrag	234	5,4	-307	-6,4	541	-176,2
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-179	-4,1	541	11,3	-720	-133,1
<b>Eigenkapital</b>	1.646	38,0	1.825	38,1	-179	-9,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten =						
<b>Mittel- und langfristiges</b>						
<b>Fremdkapital</b>	1.553	35,9	1.183	24,7	370	31,3
Sonstige Rückstellungen	35	0,8	46	1,0	-11	-23,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	902	20,8	1.396	29,2	-494	-35,4
Lieferantenschulden	133	3,1	145	3,0	-12	-8,3
Sonstige kurzfristige Posten	61	1,4	191	4,0	-130	-68,1
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	1.131	26,1	1.778	37,2	-647	-36,4
<b>Kapital insgesamt</b>	4.330	100,0	4.786	100,0	-456	-9,5

Das Bruttovermögen besteht zum 31. Dezember 2015 zu 47,4 % (TEUR 2.051 - 2014: zu 44,3 %, d. h. TEUR 2.118) aus eigenmittelfinanziertem Anlagevermögen und zu 52,6 % (TEUR 2.278 - 2014: zu 55,7 %, d. h. TEUR 2.668) aus Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten. Die Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus der Vermögensentwicklung im Jahr 2015 unter Berücksichtigung der Investitionen (TEUR 560) und Abschreibungen im Wirtschaftsjahr 2015.

Das Gesamtkapital besteht zum 31. Dezember 2015 zu 38,0 % (TEUR 1.646 - 2014: 38,1 %, d. h. TEUR 1.825) aus Eigenkapital sowie zu 35,9 % (TEUR 1.553 - 2014: 24,7 %, d. h. TEUR 1.183) aus mittel- und langfristigem Fremdkapital und zu 26,1 % (TEUR 1.131 - 2014: 37,2 %, d. h. TEUR 1.778) aus kurzfristigem Fremdkapital.

Unter Betrachtung der Vermögens- und Kapitalstruktur ergibt sich folgendes Deckungsverhältnis:

	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Mittel- und langfristiges Vermögen	2.052	100,0	2.118	100,0	-66
Mittel- und langfristiges Kapital	3.199	155,9	3.008	142,0	191
Überdeckung	1.147	55,9	890	42,0	257

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen ist durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt.

## Finanzlage

Nachfolgende, in Anlehnung an die bisherige DRS 2 erstellte, Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick zur Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Finanzlage des Zweckverbandes:

	2015 TEUR	2014 TEUR
Jahresergebnis	-179	541
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	969	976
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-11	0
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	-343	-377
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	389	-105
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind <sup>1)</sup>	-228	-433
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>597</b>	<b>602</b>
Erhaltene Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens (+)	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens (+)	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (-)	-560	-741
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-560</b>	<b>-741</b>
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	500	600
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-) <sup>2)</sup>	-538	-474
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-38</b>	<b>126</b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-1	-6
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	3	9
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>2</b>	<b>3</b>

<sup>1)</sup> einschließlich Tilgung für Kassenkredit

<sup>2)</sup> ohne Tilgung für Kassenkredit

Die Sicherstellung der Liquidität des Zweckverbandes war insbesondere durch die zur Verfügung stehenden Kreditlinien im gesamten Wirtschaftsjahr gewährleistet.

## **Ereignisse nach dem Abschlussstichtag**

Der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2015 wurde mit Erstellung der Jahresrechnung am 31. März 2016 gefasst. Die Verhandlungen mit den Sozialleistungsträger zur IST – Kostenabrechnungen der Sparte Rettungsdienst für das Jahr 2015 fand am 13. April 2016 statt. Im Ergebnis der Verhandlungen waren keine Änderungen in der zum 31. März 2016 zum Wirtschaftsjahr 2015 erstellten Jahresrechnung und Berichterstattung vorzunehmen.

Weitere berichtspflichtige Ereignisse nach dem Abschlussstichtag sind nicht zu verzeichnen.

## **Ausblick und Prognose der künftigen Entwicklung**

Am 11. Februar 2011 trat die Dritte Verordnung des Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Sächsischen Landesrettungsdienstplanverordnung (SächsLRettDPVO) in Kraft. Danach sind die Träger des Brandschutzes und bodengebundenen Rettungsdienstes verpflichtet, Integrierte Regionalleitstellen an vorgegebenen Standorten zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben. Die am Zweckverband beteiligten Landkreise Mittelsachsen und Leipzig bekannten sich mit ihren Kreistagsbeschlüssen zur gesetzeskonformen Umsetzung der Aufgabe an den Standorten Kreisfreie Stadt Chemnitz (Landkreis Mittelsachsen) und Kreisfreie Stadt Leipzig (Landkreis Leipzig) bei gleichzeitiger Übertragung der weiteren Aufgaben der materiellen Sicherstellung des Brandschutzes und Rettungsdienstes vom Rettungszweckverband in die Landkreisverwaltungen.

Der Bau der Integrierten Regionalleitstellen Chemnitz und Leipzig wurde zwischenzeitlich gebäudeseitig an beiden Standorten abgeschlossen. Am Standort Leipzig wurde für die Stadt Leipzig der Betrieb aufgenommen. Die Migration des Landkreises Nordsachsen in die Integrierte Regionalleitstelle Leipzig ist in Vorbereitung und wird im Jahr 2016 vollzogen sein. Mit den Vorbereitungen zur Migration der Leitstelle Grimma soll in den Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz im II. Halbjahr 2016 begonnen werden, so dass der Vollzug der Überleitung im Jahr 2017 möglich wird.

Die ursächliche Generalterminplanung des Freistaates Sachsen zur vollumfänglichen Inbetriebnahme der Integrierten Regionalleitstellen in Leipzig und Chemnitz mit Migration der gesetzlich reglementierten Rettungsdienstbereiche konnte insbesondere aus technischen und in der Schaffung der Datengrundlagen liegenden Ursachen nicht eingehalten werden.

Die für den 1. Januar 2017 geplante und abgestimmte Überleitung des Rettungsdienstbereiches Döbeln zum Landkreis Mittelsachsen war in Folge der Terminverschiebungen zur Migration der Leitstelle des Zweckverbandes zu den Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz neu zu betrachten. Unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 23 Abs. 2 SächsLRettDPVO ist nunmehr von einer Überleitung des Rettungsdienstbereiches Döbeln in die Verwaltung des Landkreises Mittelsachsen zum 1. Januar 2018 auszugehen.

Mit Vollzug der Migration der Leitstelle des Zweckverbandes in die Integrierten Regionalleitstellen Chemnitz und Leipzig sowie der Überleitung der Rettungsdienstleistungen des Bereiches Döbeln in die Verwaltung des Landkreises Mittelsachsen endet die Geschäftstätigkeit des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2017.

Die auszuführenden rettungsdienstlichen Verwaltungsaufgaben des Zweckverbandes gehen an die Landkreisverwaltungen der Landkreise Leipzig und Mittelsachsen über. Der Landkreis Mittelsachsen plant hierzu eine Leistungsintegration in die bestehende Rettungsdienstverwaltung des Landkreises. Der Landkreis Leipzig beabsichtigt die Fortführung des Rettungsdienstes für den Landkreis Leipzig in Form eines Eigenbetriebes.

Erhöhte Risiken bestehen in diesem Zusammenhang für den Zweckverband oder dessen Rechtsnachfolger in etwaigen Folgen nicht zu realisierender Betriebsübergänge nach § 613 a BGB für Beschäftigte des Zweckverbandes im Hinblick auf Fortbeschäftigungsfolgen und Abfindungsansprüche, unbenommen hierzu rechtlich gegebener Absicherungen nach § 23 Abs. 3 SächsLRettDPVO in Verbindung mit den bestehenden Beschlusslagen der Verbandsversammlung des Zweckverbandes.

Nach § 31 Absatz 1 SächsBRKG wurden die Leistungen des Rettungsdienstes und Krankentransportes nach Durchführung eines formalen Auswahlverfahrens im Jahr 2013 ab dem 1. Januar 2014 über öffentlich-rechtliche Verträge mit einer Laufzeit von fünf Jahren mit Verlängerungsoption für zwei weitere Jahre mit vier Leistungserbringern gebunden.

Im Hinblick auf die Kostenkalkulationen der vertraglich gebundenen Leistungserbringer bestehen mittelfristige Risiken für den Zweckverband und dessen Liquidität, da Tarif- und Marktpreisentwicklungen sowie veränderte gesetzliche Grundlagen die abgegebenen Kalkulationen überschreiten könnten.

Im Jahr 2014 traten veränderte bundesgesetzliche Grundlagen zur Personalausbildung im Rettungsdienst in Form des Notfallsanitätergesetzes (NotSanG) in Kraft, welche das bisherige Berufsbild „Rettungsassistent“ ersetzen.

Die Gesetzgebung im Freistaat Sachsen berücksichtigt diese bundesgesetzlichen Änderung nicht, so dass der Zweckverband in Sicherung der durchgeführten Vergabeverfahren ausbildungssichernd auf der Grundlage des § 7 Abs. 3 Nr. 1 SächsBRKG und des Beschlusses der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind, Zuwendungsvereinbarungen mit den für den Zweckverband tätigen und als Ausbilder fungierenden Leistungserbringern abschloss.

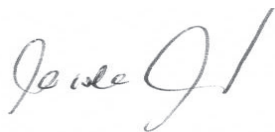
Diese Verfahrensweise fand die uneingeschränkte Zustimmung der Sozialleistungsträger und wird dementsprechend stellungszahl- und finanzierungsseitig gemeinsam zwischen Zweckverband und Sozialleistungsträgern im Rahmen der Verhandlungen nach § 32 SächsBRKG geplant und umgesetzt. Kein Einvernehmen konnte bislang zur ebenfalls im Notfallsanitätergesetz reglementierten Fortbildung von Bestandspersonal der Leistungserbringer zum Notfallsanitäter/-in mit den Sozialleistungsträgern erzielt werden, so dass hieraus finanzielle und rechtliche Risiken erwachsen. Darüber hinaus besteht die Gefahr perspektivisch entstehender Arbeitsmarktlücken im Berufsbild „Notfallsanitäter/-in“ mit unmittelbarer Auswirkung auf die personelle Sicherstellung der Notfallrettung bei den rettungsdienstlichen Leistungserbringern.

Die Auflösung des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2017 ist in § 23 Abs. 2 SächsLRettDPVO festgeschrieben und soll planmäßig umgesetzt werden. Die Umsetzung wird sich negativ auf die Entgelt- und Gebührenhöhe für Leistungen des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig auswirken, da der Region Döbeln ein Drittel der Einsätze und Umsatzerlöse zuzuordnen sind und damit eine komplementärfinanzierende Wirkung auf den Rettungsdienst des Landkreises Leipzig besteht.

Infolge der Zeitverschiebungen in der Migration der Leitstelle des Zweckverbandes in die Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz vom 8. März 2016 auf voraussichtlich das I. Quartal 2017 ist für das Wirtschaftsjahr 2016 zur Sicherung der laufenden Ausgaben der Verwaltung ein Nachtragshaushalt zu erstellen.

Unter dieser Voraussetzung rechnet die Geschäftsführung für die Wirtschaftsjahre 2016 und 2017 mit ausgeglichenen Jahresergebnissen.

Grimma, 31. März 2016 / 16. Juni 2016



Carola Schneider  
Geschäftsführerin

## Zuarbeit des Zweckverbandes zum Beteiligungsbericht 2015 des Landkreises Leipzig

<b>Anschrift:</b>	Heinrich - Zille - Straße 3 04668 Grimma	<b>Telefon:</b>	03437/933 100
		<b>Fax:</b>	03437/933 111
		<b>E-Mail:</b>	<a href="mailto:sekretariat@rzv-grimma.de">sekretariat@rzv-grimma.de</a>
		<b>Website:</b>	<a href="http://www.rzvgrimma.de">www.rzvgrimma.de</a>

<b>Gründung:</b>	08.12.1995
<b>Rechtsform:</b>	Körperschaft des öffentlichen Rechts

### Ziele und Aufgaben:

Der Zweckverband ist Träger des Rettungsdienstes im Zweckverbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgabe:

- der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes;
- der Aufstellung eines Bereichsplanes auf der Grundlage der Landesrettungsdienstplanverordnung;
- der Errichtung, Unterhaltung und Betreibung einer Leitstelle für Rettungsdienst, Brandschutz und sonstige Dienstleistungen der Verbandsmitglieder nach Maßgabe des SächsBRKG;
- der Erhebung und Festsetzung von Entgelten/Gebühren für die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport und die Inanspruchnahme der Dienste der Rettungsleitstelle aufgrund Entgeltvereinbarung/Gebührensatzung.

Weiterhin nimmt der Zweckverband für seine Verbandsmitglieder folgende Aufgaben wahr:

- Ausübung der Funkaufsicht gegenüber allen Teilnehmern im BOS - Funk;
- Kommunikationsstelle für Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben seiner Verbandsmitglieder;
- Ausübung der Aufsicht über die Vertragsdurchführung der Leistungserbringer im Rettungsdienst.

<b>Verbandsmitglieder:</b>	Landkreis Leipzig Landkreis Mittelsachsen für die Region des Altlandkreises Döbeln
----------------------------	---

<b>Organe des Verbandes:</b>	Verbandsversammlung Verbandsvorsitzender
------------------------------	---

### Verbandsversammlung:

Verbandsvorsitzender	Herr Dr. Gerhard Gey (bis 31.07.15)	Landrat Landkreis Leipzig
	Herr Henry Graichen (ab 01.08.15)	Landrat Landkreis Leipzig
Stellvertreter	Herr Volker Uhlig	Landrat Landkreis Mittelsachsen
	Herr Hartmut Harbig	Kreisrat Landkreis Leipzig
	Herr Tim Barczynski	Kreisrat Landkreis Leipzig
	Herr Heiner Stephan	Kreisrat Landkreis Mittelsachsen
	Frau Elgine Tur de la Cruz	Kreisrätin Landkreis Mittelsachsen
	Herr Thomas Pöge	Kreisrat Landkreis Leipzig
	Herr Winfried Busch	Kreisrat Landkreis Leipzig
	Herr Matthias Kauerauf	Kreisrat Landkreis Leipzig
	Frau Helga Busch	Kreisrätin Landkreis Mittelsachsen

<b>Geschäftsführerin:</b>	Frau Carola Schneider
---------------------------	-----------------------

a) **Finanzlage zur Herkunft und Verwendung der Finanzmittel (Liquiditätsrechnung)**

	2013	2014	2015
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Jahresergebnis</b>	<b>+ 366</b>	<b>+ 541</b>	<b>- 179</b>
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+ 930	+ 976	+ 969
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	- 6	7	- 11
Sonstige zahlungswirksame Aufwendungen/Erträge	- 387	- 377	- 343
Gewinn/Verlust aus Vermögensabgängen	0	0	0
Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (nicht aus Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	- 297	- 105	+ 390
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (nicht aus Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	- 114	- 433	- 244
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>492</b>	<b>609</b>	<b>582</b>
Erhaltene Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	- 372	- 741	- 560
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>- 372</b>	<b>- 741</b>	<b>- 560</b>
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von Krediten	+ 300	+ 600	+ 500
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und Krediten	- 418	- 474	- 523
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>- 118</b>	<b>126</b>	<b>- 23</b>
Zahlungswirksame Veränderungen aus Finanzmittelfonds	+ 2	- 6	- 1
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+ 7	+ 9	+ 3
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>9</b>	<b>3</b>	<b>2</b>

b) **Ertragslage**

	2015	2015	2014	2014	Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse RD, BS, SDL	13.477	91,8	13.798	92,2	- 321
Erlöse aus Sonderpostenaufösungen	343	2,3	377	2,5	- 34
<b>Umsatzerlöse gesamt</b>	<b>13.820</b>		<b>14.175</b>		<b>- 355</b>
Sonstige betriebliche Erträge	856	5,9	784	5,3	72
<b>Betriebsleistung</b>	<b>14.676</b>	<b>100,0</b>	<b>14.959</b>	<b>100,0</b>	<b>- 283</b>
Materialaufwand	10.784	73,2	10.580	70,7	168
Personalaufwand	1.298	8,8	1.314	8,8	- 16
Planmäßige Abschreibungen	969	6,6	976	6,5	- 7
Übrige Betriebsaufwendungen	1.813	12,4	1.507	10,1	306
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>- 152</b>	<b>- 1,0</b>	<b>582</b>	<b>3,9</b>	<b>- 734</b>
Finanzergebnis	- 27	- 0,2	- 41	- 0,3	14
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>- 179</b>	<b>- 1,2</b>	<b>541</b>	<b>3,6</b>	<b>- 720</b>



c) **Erfolgsübersicht**

	2015	2015	2015
	Rettungsdienst	Feuerwehr und Landkreisleistungen	Gesamt
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	13.465.181,27	12.160,00	13.477.341,27
2. Sonstige betriebliche Erträge	269.816,12	929.856,83	1.199.672,95
3. Materialaufwand			
a) Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe	401.907,09	10.819,30	412.726,39
b) Bezogene Leistungen	10.331.592,11	4.085,41	10.335.677,52
4. Personalaufwand	838.510,68	458.952,21	1.297.462,89
5. Abschreibungen	782.072,66	187.350,77	969.423,43
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	1.539.446,18	273.752,46	1.813.198,64
7. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnl. Aufwendungen	27.245,20	0,00	27.245,20
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-))	- 185.776,53	7.056,68	- 178.719,85

d) **Vermögenslage**

	2015	2015	2014	2014	Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
<b>Vermögen</b>	2.797	64,6	3.207	67,0	- 410
abzgl. Sonderposten zum Anlagevermögen	- 746	- 17,2	- 1.089	- 22,8	343
<b>Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>2.051</b>	<b>47,4</b>	<b>2.118</b>	<b>44,3</b>	<b>- 67</b>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.256	52,1	2.585	54,0	- 329
Sonstige kurzfristige Posten	20	0,5	80	1,7	- 60
Flüssige Mittel	2	0,0	3	0,0	- 1
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>2.278</b>	<b>52,6</b>	<b>2.668</b>	<b>55,7</b>	<b>- 390</b>
<b>Vermögen gesamt</b>	<b>4.329</b>	<b>100,0</b>	<b>4.786</b>	<b>100,0</b>	<b>- 457</b>
<b>Kapital</b>					
Kapitalrücklage	43	1,0	43	0,9	0
Gewinnrücklage	1.548	35,8	1.548	32,3	0
Verlust-/Gewinnvortrag	234	5,4	- 307	- 6,4	541
Jahresfehlbetrag	- 179	- 4,1	541	11,3	- 720
<b>Eigenkapital</b>	<b>1.646</b>	<b>38,0</b>	<b>1.825</b>	<b>38,1</b>	<b>- 179</b>
Verbindlichkeiten Kreditmarkt	1.149	26,5	1.183	24,7	- 34
<b>Mittel- und langfristiges Fremdkapital</b>	<b>1.149</b>	<b>26,5</b>	<b>1.183</b>	<b>24,7</b>	<b>- 34</b>
Sonstige Rückstellungen	35	0,8	46	1,0	- 11
Kurzfrist. Verbindlichkeiten Kreditmarkt	1.305	30,1	1.396	29,2	- 91
Lieferantenschulden	133	3,1	145	3,0	- 12
Sonstige kurzfristige Posten	61	1,4	191	4,0	- 130
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>1.534</b>	<b>35,5</b>	<b>1.778</b>	<b>37,2</b>	<b>- 244</b>
<b>Kapital insgesamt</b>	<b>4.329</b>	<b>100,0</b>	<b>4.786</b>	<b>100,0</b>	<b>- 457</b>

Unter Betrachtung der Vermögens- und Kapitalstruktur ergibt sich folgendes Deckungsverhältnis:

	2015	2015	2014	2014	Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Mittel- und langfristiges Vermögen	2.051	100,0	2.118	100,0	- 67
Kapitalrücklage Mittel- und langfristiges Kapital	2.795	136,3	3.008	142,0	- 213
<b>Überdeckung</b>	<b>744</b>	<b>36,3</b>	<b>890</b>	<b>42,0</b>	<b>- 146</b>



Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen ist durch mittel- und langfristiges Fremdkapital gedeckt.

**e) Kennzahlenentwicklung**

<b>Wirtschaftsjahr</b>		<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Umsatz	TEUR	13.689	14.175	13.820
Materialaufwand	TEUR	10.328	10.580	10.748
Materialaufwandsquote	%	75,4	74,6	77,8
Personalaufwand	TEUR	1.277	1.314	1.298
Personalaufwandsquote	%	9,3	9,3	9,4
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	8,9	9,1	11,4
Abschreibungen	TEUR	930	976	969
Investitionen	TEUR	372	741	560
Finanzergebnis	TEUR	- 61	- 41	-27
Jahresergebnis	TEUR	366	541	-179
<b>Bilanzstichtag</b>		<b>31.12.2013</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2015</b>
Bilanzsumme	TEUR	6.010	5.875	5.079
Anlagevermögen	TEUR	3.442	3.207	2.797
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	2.568	2.668	2.278
Eigenkapital	TEUR	1.285	1.825	1.646
Eigenkapitalquote I	%	21,4	31,1	32,4
Sonderposten	TEUR	1.466	1.089	746
Eigenkapitalquote II	%	45,8	49,6	47,1
Rückstellungen	TEUR	39	46	35
Verbindlichkeiten	TEUR	3.221	2.915	2.648
Fremdkapitalquote	%	54,2	50,4	52,9
Anlagendeckungsgrad I	%	79,9	90,9	85,5
Anlagendeckungsgrad II	%	112,5	127,8	126,6

Das Wirtschaftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 178.719,85. In der Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 7.056,68 erzielt. Die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 185.776,53, so dass das Jahresbetriebsgesamtergebnis mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von insgesamt EUR 178.719,85 schließt.

Das Wirtschaftsjahr 2014 schloss mit einem Jahresüberschuss von EUR 541.095,30, wovon EUR 307.355,18 planmäßig zur Deckung der Verlustvorträge des Jahres 2013 einzusetzen und EUR 233.740,12 als Ergebnisvortrag auf neue Rechnung vorzutragen waren. Der Ergebnisvortrag auf neue Rechnung entfällt mit EUR 185.776,53 auf die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ und mit EUR 47.963,59 auf die Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“. Im Ergebnis der Verhandlungen zwischen Sozialleistungsträgern und Zweckverband nach § 32 SächsBRKG war der Ergebnisvortrag auf neue Rechnung des Wirtschaftsjahres 2014 in Höhe von EUR 185.776,53 in der Entgeltkalkulation für das Wirtschaftsjahr 2015 zu berücksichtigen und ist abschließend ergebnisneutralisierend zum Wirtschaftsjahr 2015 - nach Beschlussfassung der Verbandsversammlung am 19. September 2016 - aufzulösen. Der Jahresüberschuss 2015 in Höhe von EUR 7.056,68 der Sparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ ist auf neue Rechnung vorzutragen. Damit erhöht sich der Ergebnisvortrag auf neue Rechnung zugunsten der Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ auf insgesamt EUR 55.20,27 mit geplanter Mittelverwendung für landkreisspezifische Kostenanteile bei der Einführung des Digitalfunks.

## Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

### Beteiligungsübersicht

Am Westufer 3  
04463 Großpösna/OT Störmthal

Tel. 034299/7050  
Fax 034299/705 22  
Email [info@zaw-wachau.de](mailto:info@zaw-wachau.de)  
Internet <http://www.zawsachsen.de>

Gründungsdatum 14.05.1994

### Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		15,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	40,0000 %	6,00
Stadt Leipzig	60,0000 %	9,00

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen ist Träger der abfallwirtschaftlichen Belange und Betreiber der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet. Die Aufgaben des Zweckverbandes sind die Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Erstellung der Abfallbilanzen und die Planung, Errichtung und Betreibung der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet des ZAW.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
--	------

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	0,00
Landkreis an den Zweckverband	0,00

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

### Lagebericht 2015

#### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **Vorbemerkungen**

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) sowie seine Verbandsmitglieder, die Stadt Leipzig und der Landkreis Leipzig, sind gemäß § 3 (1) des Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsABG) öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger jeweils im Rahmen ihrer Aufgaben.

Der ZAW ist im Rahmen der Gesetze, seiner Verbands-, Abfallwirtschafts- und Maßnahmesatzung sowie von Beschlüssen/Vorgaben seiner Organe tätig.

Insbesondere hat der ZAW gemäß §§ 2 und 4 SächsABG folgende Aufgaben:

- Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes
- Entwicklung einer gesetzeskonformen Verbandsstrategie

- Erstellung der jährlichen Abfallbilanzen
- Planung, Errichtung und Betreibung von Entsorgungsanlagen
- Gewährleistung der Entsorgungssicherheit
- Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung.

Der ZAW ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) i. V. m. der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie auf der Grundlage des SächsABG zum Erlass von Satzungen berechtigt.

Satzungsgemäß finden für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des ZAW die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung. Der ZAW stellt den Mitgliedern seinen Aufwand auf der Grundlage eines Verrechnungssatzes pro Tonne übergebenen Abfall in Rechnung, der mit der Haushaltssatzung jährlich festgelegt wird.

Der Zweckverband betreibt die Anlagen zur Entsorgung von angefallenen Abfällen als öffentliche Einrichtungen und übt Anschlusszwang über alle im Verbandsgebiet anfallenden Abfälle aus Haushaltungen sowie Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen an seine Anlagen aus. Er bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgabe – Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen – der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV), 04463 Großpösna/OT Störmthal, Am Westufer 3.

Die WEV erhält auf der Grundlage eines Dienstleistungsvertrages mit dem ZAW, an den eine Entgeltvereinbarung gekoppelt ist, ein Betreiberentgelt für ihre Leistungen.

Die Öffentlichkeitsarbeit für WEV und ZAW wird auf der Grundlage einer Vereinbarung und einer abgestimmten Jahresplanung maßgeblich durch den ZAW durchgeführt.

Für direkt an den Entsorgungsanlagen übergebene Abfälle aus dem Verbandsgebiet erhalten die Anlieferer auf der Grundlage der Gebührensatzung des ZAW einen Gebührenbescheid. Der ZAW führt das Mahnwesen und die Vollstreckung eigenständig durch. Der Gebührensatzung unterliegt auch der im Eingangsbereich betriebene Kleinanliefererbereich.

Derzeitig wird die Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet mit dem Betrieb der Zentraldeponie Cröbern (ZDC) und der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) Cröbern gewährleistet. Beide Anlagen befinden sich im Eigentum der WEV. Die Betriebsführung beider Anlagen obliegt ebenfalls der WEV. Die bereits geschlossenen Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden befinden sich in der Rekultivierungs- und Nachsorgephase unter Verantwortung der WEV.

Der ZAW ist Grundstückseigentümer der drei Deponiegrundstücke und hat der WEV jeweils ein Erbbaurecht bestellt. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Nachnutzungskonzeption für die Deponie Seehausen hat der ZAW mit der Golfpark Leipzig GmbH & Co. KG einen Vertrag über die Begründung eines Erbbaurechtes für Teilflächen abgeschlossen. Für diese Teilflächen wurde das bestehende Erbbaurecht zwischen dem ZAW und der WEV aufgehoben.

## **Rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen**

## **Verbandssatzung**

Um den im Laufe der Zeit geänderten abfallrechtlichen sowie kommunal- bzw. gemeinderechtlichen Bestimmungen umfänglich Rechnung zu tragen, war es erforderlich, die Verbandssatzung des ZAW vom 14. Juli 1993 in der Fassung vom 12. April 1995, zuletzt geändert durch die 11. Änderungssatzung vom 8. Dezember 2008 durch eine neue Verbandssatzung zu ersetzen.

Die neue Verbandssatzung berücksichtigt insbesondere die Regelungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 14. Februar 2012 sowie des Sächsischen Gesetzes über Kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung vom 18. Dezember 2013.

Die neue Verbandssatzung des ZAW wurde in der 102. Sitzung der Verbandsversammlung am 8. Dezember 2014 beschlossen und trat am 5. Juni 2015 nach Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt Nr. 23 in Kraft.

## **Direktablagerung**

Am Standort des ZAW und seiner Tochtergesellschaft WEV wird die Zentraldeponie Cröbern (ZDC) betrieben. Die ZDC befindet sich im Eigentum der WEV und wird durch diese Gesellschaft auch betrieben. Inhaberin der Genehmigung zum Betrieb der Deponie (Planfeststellungsbeschluss) ist ebenfalls die WEV.

Auf dieser Deponie werden gemäß den behördlichen Genehmigungen und unter Einhaltung der Annahmebedingungen und Ablagerungskriterien Abfälle aus dem Verbandsgebiet des ZAW als auch Abfälle außerhalb des Verbandsgebietes von der WEV angenommen. Hierbei werden vorrangig Abfälle vom „freien Markt“ durch die WEV akquiriert.

Für den ZAW ist von Belang, dass die ZDC die notwendige Entsorgungssicherheit für das Deponat, welches bei der Verarbeitung von Restabfällen bzw. kommunalem Sperrmüll in der MBA bis mindestens 2025 anfällt, abbildet.

In Abhängigkeit der künftig zur ZDC angedienten Jahresmengen an zu deponierenden Abfällen wird das Verfüllende der ZDC etwa im Jahr 2035 liegen.

## **Abfallbehandlung**

Neben der ZDC wird am Standort Cröbern eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) durch die WEV betrieben. In der MBA werden sämtliche hoheitliche Abfallmengen der Verbandsmitglieder des ZAW behandelt. Maßgebliche Outputstoffströme der MBA sind das Deponat, welches auf der ZDC abgelagert wird und eine heizwertreiche Fraktion. Die heizwertreiche Fraktion wird über Vertragspartner der WEV entweder durch Behandlung zu einem Ersatzbrennstoff (EBS) weiterverarbeitet, der in der Zementindustrie zur Substitution fossiler Brennstoffe dient, oder direkt in die thermische Verwertung, z. B. in Ersatzbrennstoffkraftwerken (EBS-Kraftwerke) abgesteuert.

In Deutschland gibt es für die Verwertung von EBS drei maßgebliche Einsatzgebiete:

- Verwertung in der Zementindustrie (Substitution fossiler Brennstoffe)
- Verwertung in EBS-Kraftwerken (Monoverbrennung)
- Verwertung in Braunkohlekraftwerken (Mitverbrennung).

Die Marktlage für den Absatz von EBS wird bestimmt durch die Verfügbarkeit der Mitverbrennungskapazitäten in Braunkohlekraftwerken, welche von den derzeitigen energiepolitischen Maßnahmen (Braunkohlenverstromung als Brückentechnologie) eher als rückläufig anzusetzen ist.

Weiterhin hat die steigende Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien deutliche Auswirkungen auf das Einsatzregime der Braunkohlekraftwerke und damit auf die Verfügbarkeit im Sinne der EBS-Mitverbrennung.

Der Absatz von EBS in der Zementindustrie unterliegt jahreszeitlichen Schwankungen sowie konjunkturellen Rahmenbedingungen insbesondere der Zementnachfrage der Bauwirtschaft.

Sofern vorgenannte Einsatzwege für EBS nur eingeschränkt verfügbar sind, ergeben sich u. U. Engpässe in der Absteuerung in EBS-Kraftwerken mit Auswirkungen auf die Preisentwicklung (Erhöhung).

Des Weiteren sind im Jahr 2015 in Deutschland die Verbrennungspreise insgesamt stark gestiegen, was im Spotmarkt auch Auswirkungen auf die Preisentwicklung in der Monoverbrennung für EBS hatte.

### **Wertstoffgesetz**

Das Bundesumweltministerium hat am 21. Oktober 2015 einen ersten Arbeitsentwurf für ein Wertstoffgesetz veröffentlicht, das die bisherige Verpackungsverordnung ablösen soll. Danach sollen im Rahmen einer Erweiterung der Produktverantwortung zukünftig neben Verpackungen auch alle sogenannten stoffgleichen Nichtverpackungen wie z. B. Kinderspielzeug und Küchengeräte in einer Wertstofftonne erfasst und verwertet werden. Ziel ist ein besseres und innovativeres Recycling mit hoher Verwertungsquote. Der Entwurf ist jedoch nicht unumstritten. So hat der Bundesrat in seiner Sitzung am 29. Januar 2016 die Bundesregierung aufgefordert, ein Wertstoffgesetz auf den Weg zu bringen, das den Kommunen die Verantwortung für die Sammlung der wertstoffhaltigen Abfälle überträgt. Beide Varianten haben erhebliche Auswirkungen auf die Konzeption und Organisation der Wertstoff-erfassung und damit auf die Mengenentwicklung der Restabfälle.

### **Geschäftsverlauf**

#### **Branchenentwicklung – Entsorgungsmarkt für Siedlungsabfälle**

Im Ergebnis einer im 4. Quartal 2015 von EUWID durchgeführten Marktumfrage bei Betreibern von Müllverbrennungsanlagen (MVA), mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen (MBA) sowie kommunalen und privaten Entsorgern sind die Entsorgungspreise für gemischte Siedlungsabfälle gewerblicher Herkunft massiv gestiegen.

Im Zusammenhang mit dem Preisanstieg für Gewerbeabfälle wurden im Gegenzug vielfach die Verbrennungspreise bei (Neu-)Ausschreibungen für kommunale Abfälle deutlich gesenkt.

Die Ursachen für die knappen Verbrennungskapazitäten und dem damit verbundenen Preisanstieg für Gewerbeabfälle werden wie folgt begründet:

- Abfallimporte aus Großbritannien
- milde Witterung der vergangenen Winter generiert frühzeitig neue Abfallmengen, bevor die Winterlager aufgebraucht sind
- robuste Konjunktur in Deutschland
- erhöhtes Konsumverhalten der Bürger in der Niedrig-Zins-Phase
- Einführung der Biotonne reduziert Feuchte im Restabfall und erhöht den Heizwert, welcher sich negativ auf den Anlagendurchsatz auswirkt.

## Mengen- und Umsatzentwicklung

Die angedienten Abfallmengen bewegten sich oberhalb der vom Wirtschaftsplan vorgegebenen Größen. Im Jahr 2015 wurden dem ZAW von seinen Verbandsmitgliedern 117.369,77 t (Vorjahr: 115.489,06 t) hoheitliche Abfälle angedient. Weiterhin wurden 1.401,26 t (Vorjahr: 1.488,54 t) gewerbliche Abfälle angenommen. Der Zweckverband erzielte hieraus Umsatzerlöse in Höhe von EUR 18.858.008,71 (Vorjahr: EUR 18.879.207,23).

Die Gesamtumsatzerlöse des Wirtschaftsjahres 2015 setzen sich wie folgt zusammen:

2015	Preis EUR/t	Menge t Plan	Erlöse EUR Plan	Menge t Ist	Erlöse EUR Ist
<b>Umsatzerlöse Gesamt</b>			<b>18.365.363</b>		<b>18.861.874,24</b>
<b>Mengen/Umsätze aus d. And. v. Abf.</b>		<b>115.550</b>	<b>18.362.363</b>	<b>118.771,03</b>	<b>18.858.008,71</b>
<b>Restabfall Komm. Gesamt</b>	<b>159,66</b>	<b>106.850</b>	<b>17.059.671</b>	<b>108.615,72</b>	<b>17.341.585,87</b>
Restabfall SL	159,66	78.350	12.509.361	80.546,33	12.860.027,05
Restabfall LK Leipzig	159,66	28.500	4.550.310	28.069,39	4.481.558,82
<b>Sperrmüll Komm. Gesamt</b>	<b>159,66</b>	<b>7.200</b>	<b>1.149.552</b>	<b>8.754,05</b>	<b>1.397.671,62</b>
Sperrmüll SL	159,66	3.100	494.946	3.937,49	628.659,65
Sperrmüll LK Leipzig	159,66	4.100	654.606	4.816,56	769.011,97
<b>Gewerbeabfall Gesamt</b>		<b>1.500</b>	<b>153.140</b>	<b>1.401,26</b>	<b>118.751,22</b>
Gewerbeabfall MBA (inkl. Ämter SL)	159,66	500	79.830	185,58	29.629,72
Gewerbeabfall ZDC (inkl. Ämter SL)	73,31	1.000	73.310	1.215,68	89.121,50
<b>Sonstige Umsatzerlöse</b>		<b>0</b>	<b>3.000</b>	<b>0,00</b>	<b>3.865,53</b>
Verwaltungskosten + Mahngebühren	0,00	0	1.000	0,00	2.121,00
Verwaltungskostenumlage WEV	6,50	0	2.000	0,00	1.744,53

Das Wirtschaftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresgewinn von TEUR 2.532 (Vorjahr: TEUR 992) ab, welcher wesentlich aus der Zuschreibung der Anteile an der WEV resultiert.

Der deutliche Mengenzuwachs im Vergleich zum Plan 2015 ist begründbar mit der fortgesetzten positiven Entwicklung der Einwohnerzahlen der Stadt Leipzig und der etwas zu konservativen Mengenplanung des ZAW, welche ein leicht rückläufiges Mengenaufkommen vorsah.

Im Vorjahr entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

2014	Preis EUR/t	Menge t Plan	Erlöse EUR Plan	Menge t Ist	Erlöse EUR Ist
<b>Umsatzerlöse Gesamt</b>			<b>18.090.299</b>		<b>18.882.702,91</b>
<b>Mengen/Umsätze aus d. And. v. Abf.</b>		<b>111.900</b>	<b>18.087.299</b>	<b>116.977,60</b>	<b>18.879.207,23</b>
<b>Restabfall Komm. Gesamt</b>	<b>162,41</b>	<b>103.900</b>	<b>16.874.399</b>	<b>107.548,43</b>	<b>17.466.940,52</b>
Restabfall SL	162,41	76.900	12.489.329	79.575,00	12.923.775,76
Restabfall LK Leipzig	162,41	27.000	4.385.070	27.973,43	4.543.164,76
<b>Sperrmüll Komm. Gesamt</b>	<b>162,41</b>	<b>6.500</b>	<b>1.055.665</b>	<b>7.940,63</b>	<b>1.289.637,73</b>
Sperrmüll SL	162,41	3.300	535.953	3.606,09	585.665,08
Sperrmüll LK Leipzig	162,41	3.200	519.712	4.334,54	703.972,65



<b>Gewerbeabfall Gesamt</b>		<b>1.500</b>	<b>157.235</b>	<b>1.488,54</b>	<b>122.628,98</b>
Gewerbeabfall MBA (inkl. Ämter SL)	162,41	500	81.205	109,42	17.770,94
Gewerbeabfall ZDC (inkl. Ämter SL)	76,03	1.000	76.030	1.379,12	104.858,04
<b>Sonstige Umsatzerlöse</b>		<b>0</b>	<b>3.000</b>	<b>0,00</b>	<b>3.495,68</b>
Verwaltungskosten + Mahngebühren	0,00	0	1.000	0,00	1.400,00
Verwaltungskostenumlage WEV	6,50	0	2.000	0,00	2.095,68

Abschließend ist festzuhalten, dass das Geschäftsjahr 2015 im Vergleich zum Haushaltsplan positiver verlief. Die hoheitlichen Abfallmengen liegen über den Planmengen und auch die Ergebnisse der Erfolgs- und Liquiditätsrechnung fallen positiver aus. Die wirtschaftliche Situation des ZAW stellt sich stabil und unkritisch dar. Die Geschäftsleitung ist mit dem Geschäftsverlauf zufrieden.

### Ertragslage

Die Ergebnissituation des ZAW war im Jahr 2015 hauptsächlich von den Umsätzen aus der Abfallannahme (TEUR 18.858; Vorjahr: TEUR 18.879) geprägt. Der Verrechnungssatz gegenüber den Mitgliedern des Verbandes betrug 159,66 EUR/t (Vorjahr: 162,41 EUR/t).

Die Restabfallmengen stiegen im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr leicht an; die Sperrmüllmengen im Vergleich zum Vorjahr um über 10 %. Dennoch werden größtenteils verwertbare Bestandteile des Sperrmülls, wie insbesondere Holz, bereits von den Verbandsmitgliedern aussortiert und einer preisgünstigen Verwertung zugeführt.

Im Bereich des Gewerbeabfalls ist das Gesamtaufkommen leicht gesunken.

Für die von der WEV erbrachten Leistungen ist das vereinbarte Entgelt zu entrichten, das den Hauptaufwand des ZAW bildet (Betreiberentgelt TEUR 18.096; Vorjahr: TEUR 17.821). Die Differenz zwischen den Erlösen aus der Abfallannahme und dem Betreiberentgelt ist die Marge, die dem ZAW zur Deckung seiner Gesamtaufwendungen zur Verfügung steht.

Erlöse für Schrott aus der Verarbeitung der hoheitlichen Abfälle in Höhe von TEUR 151 mindern den Materialaufwand und beeinflussen somit das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2015 positiv. Allerdings waren im Geschäftsjahr 2015 aufgrund des weltweiten Einbruchs bei den Rohstoffpreisen auch die Schrottpreise betroffen. Daher konnten die Schrotterlöse in der geplanten Höhe nicht erreicht werden.

Auf Grundlage der Vereinbarung zum Bürgschaftsentgelt zwischen ZAW und WEV vom 25./26. März 2013 wurde für das valutierte Bürgschaftsvolumen zum 31. Dezember 2014 (TEUR 22.727) im Geschäftsjahr 2015 ein Bürgschaftsentgelt in Höhe von TEUR 114 von der WEV vereinnahmt.

Erbbauszinsen wurden auf Grundlage der bestehenden Erbbaurechtsverträge unverändert in Höhe von TEUR 160 vereinnahmt.

Das Wirtschaftsjahr 2015 wird mit einem Gewinn in Höhe von TEUR 2.532 abgeschlossen und weicht damit vom geplanten Jahresergebnis um TEUR 2.126 ab. Diese Abweichung ist – neben den geringer erzielten Schrotterlösen – maßgeblich von der Zuschreibung der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie mit einer (nicht geplanten) Rückstellungsbildung für die voraussichtlich im Jahr 2016 zu zahlende Grunderwerbsteuer im Zusammenhang mit der Rekommunalisierung der WEV in Höhe von TEUR 469 zu begründen.



## Personal

Im Geschäftsjahr 2015 waren in der Geschäftsstelle des ZAW im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr sechs Angestellte beschäftigt. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt seit dem 1. Oktober 2005 nach TVöD.

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2015	2014
	EUR	EUR
Gehälter	295.143,91	287.857,96
Soziale Aufwendungen	52.206,32	57.274,71

Die gebildete Rückstellung für Altersteilzeit beträgt zum 31. Dezember 2015 TEUR 52 (Vorjahr: TEUR 115).

## Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich zum 31. Dezember 2015 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 2.924 erhöht. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden auf der Passivseite nicht mehr ausgewiesen. Zudem sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 51 gesunken. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern bestehen nicht.

Durch den Jahresgewinn 2015 (TEUR 2.532) hat sich das Eigenkapital des ZAW aus dem Vorjahr (TEUR 2.331) weiter positiv auf TEUR 4.863 entwickelt.

Im nachfolgenden Eigenkapitalspiegel ist die Entwicklung der einzelnen Posten dargestellt:

	Stand am 01.01.2015 EUR	Veränderung EUR	Stand am 31.12.2015 EUR
Allgemeine Rücklage	824.296,43	0,00	824.296,43
Andere Gewinnrücklage BilMoG	21.647,04	0,00	21.647,04
Gewinn	1.485.468,17	2.532.123,27	4.017.591,44
Summe Eigenkapital	2.331.411,64	2.532.123,27	4.863.534,91

Die Entwicklung der Rückstellungen stellt sich wie folgt dar:

	Stand am 01.01.2015 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Zuführung inkl. Zins EUR	Stand am 31.12.2015 EUR
Altersteilzeit	115.088,00	65.083,00	1.999,00	52.004,00
Betreiberentgelt 2008	45.856,75	0,00	0,00	45.856,75
Jahresabschlussaufwendungen	22.944,09	22.944,09	13.213,98	13.213,98
Prozesskosten	5.000,60	0,00	0,00	5.000,60
Archivierungskosten	19.515,33	0,00	0,00	19.515,33
Urlaub	6.110,35	6.110,35	5.695,90	5.695,90
Prämien	27.000,00	17.000,00	10.500,00	20.500,00
Grunderwerbsteuer	0,00	0,00	468.796,93	468.796,93
Summe	241.515,12	111.137,44	500.205,81	630.583,49

Weiterhin prägten die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (TEUR 1.708; Vorjahr: TEUR 1.654) und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 20; Vorjahr: TEUR 71) die Gesamtverbindlichkeiten.

Dem stehen das langfristige Anlagevermögen mit TEUR 4.518 (Vorjahr: TEUR 1.935) sowie im Wesentlichen die Forderungen gegen die Verbandsmitglieder aus Gebühren (TEUR 1.762; Vorjahr: TEUR 1.715) gegenüber.

Das langfristig verfügbare Vermögen ist zu 109,23 % (Vorjahr: 127,44 %) durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt. Der ZAW hat TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 21) in Software und Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

### **Finanzlage**

Die Finanzlage des ZAW ist in 2015 durchgängig positiv. Im Wirtschaftsjahr 2015 hat sich die Finanzlage des Verbandes weiter stabilisiert. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen nicht. Zum 31. Dezember 2015 betrug der Bestand an liquiden Mitteln TEUR 932 (Vorjahr: TEUR 559).

Die Geldanlagen des ZAW erfolgen ausschließlich in Form von – für den Verband risikolosen – Tagesgeldern bei den Geschäftsbanken des ZAW.

Der Zweckverband verfügte im Wirtschaftsjahr 2015 über eine genehmigte Kassenkreditlinie von TEUR 2.000, die zum Bilanzstichtag ebenso wie im gesamten Wirtschaftsjahr nicht in Anspruch genommen werden musste.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Wirtschaftsjahr 2015 TEUR 374 (Vorjahr: TEUR -52).

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes kann nach § 14 der Verbandssatzung durch eine Kosten- bzw. Kapitalumlage seitens der Verbandsmitglieder gedeckt werden, sofern seine sonstigen Erträge und Einzahlungen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Ein Umlagenerhebungsbedarf ist derzeit jedoch nicht erkennbar.

Die Geschäftsleitung gibt sich mit der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in 2015 zufrieden und sieht deren Entwicklung weiterhin positiv.

### **Aus- und Weiterbildung**

Durch ein geplantes und entsprechend konzipiertes Schulungsprogramm wird sichergestellt, dass alle Mitarbeiter der Geschäftsstelle geeignet geschult, aus- und weitergebildet werden und somit über das Fachwissen verfügen, um die ihnen übertragenen Aufgaben qualitätsgerecht auszuführen.

### **Qualitätsmanagement**

Am 27. Oktober 2015 wurde das Rezertifizierungsaudit nach dem Qualitätsmanagementsystem DIN EN ISO 9001:2008 durch die ÖHMI EuroCert GmbH erfolgreich durchgeführt. Das aktuelle Zertifikat ist bis zum 14. September 2018 gültig.

### **Entsorgungsfachbetrieb**

Am 31. August 2015 wurde beim ZAW die Erst-Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb für die abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten Handeln und Makeln durch die OEKOTEAM GmbH durchgeführt.

Die Prüfung ergab, dass der Zweckverband die Anforderungskriterien eines Entsorgungsfachbetriebes nach EfbV (§§ 3-11) erfüllt und deshalb berechtigt ist, die Bezeichnung Entsorgungsfachbetrieb für die abfallrechtlichen Tätigkeiten Handeln und Makeln zu tragen. Das aktuelle Zertifikat ist bis zum 28. Februar 2017 gültig.

### **Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres**

#### **Rekommunalisierung WEV**

Im Geschäftsjahr 2015 erfolgte die einvernehmliche Einziehung des Geschäftsanteils des privaten Mitgesellschafters der SITA Ost GmbH & Co. KG (SITA) durch die WEV. In der Konsequenz ist die WEV wieder vollständig in kommunaler Hand, da der neu von der WEV gehaltene Anteil keine Rechte begründet. Die Rekommunalisierungslösung war das Moderations- und Verhandlungsergebnis zwischen dem ZAW und der SITA zu allen strittigen Angelegenheiten zwischen beiden Gesellschaftern der WEV.

#### **Betriebsprüfung ZAW**

Mit Schreiben vom 8. Oktober 2015 hat das Finanzamt Leipzig II die Betriebsprüfung für die Jahre 2008 bis 2010 abgeschlossen. Die Prüfung führte zu Änderungen der Besteuerungsgrundlagen:

Beim ZAW als juristischer Person des öffentlichen Rechts liegen die Voraussetzungen für ggf. bestehende Betriebe gewerblicher Art im Prüfungszeitraum nicht vor.

Unberechtigt ausgewiesene Umsatzsteuer in den durch die WEV erteilten Gutschriften im Jahr 2008 von insgesamt EUR 18.269,12 wird nach § 14c UStG geschuldet. Der Betrag nebst Zinsen wurde an das Finanzamt Leipzig II im Dezember 2015 abgeführt.

#### **Öffentlich-rechtliche Zweckvereinbarung**

Am 20. Oktober 2008 hat der ZAW die öffentlich-rechtliche Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Nordsachsen gekündigt. Die Kündigung liegt derzeit zur Genehmigung bei der Landesdirektion Sachsen.

Am 24./29. Januar 2013 haben die Beteiligungsgesellschaften beider Körperschaften – WEV und Kreiswerke Delitzsch GmbH ihren Vergleich vom 25. Februar/1. April 2011 über die Zusammenarbeit bei der Verarbeitung der hoheitlichen Abfälle und Übernahme der heizwertreichen Fraktion fortgeschrieben (1. Fortschreibung) und bis 31. Dezember 2014 geregelt. Diese 1. Fortschreibung zum Vergleich wurde mit Datum vom 22. April 2015 bis zum 31. Dezember 2015 verlängert (2. Fortschreibung).

#### **Neufassung Verbandssatzung**

Die Verbandsversammlung hat in ihrer 102. Sitzung am 8. Dezember 2014 eine Neufassung der Verbandssatzung beschlossen. Die Genehmigung der Satzung durch die Landesdirektion Sachsen erfolgte mit Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt Nr. 23 am 4. Juni 2015.

## **Abfallwirtschaftskonzept (AWK) und Maßnahmesatzung**

Im Geschäftsjahr 2014 wurde das bisher gültige Abfallwirtschaftskonzept (2009 bis 2014) fortgeschrieben. Die Verbandsversammlung hat sich im Vorfeld dafür ausgesprochen, ein gemeinsames AWK mit der Stadt Leipzig zu erarbeiten und mit Auslaufen des derzeit gültigen AWK des Landkreises Leipzig (2013 bis 2018) das gemeinsame AWK auf den Landkreis Leipzig zu erweitern. Entsprechend den gesetzlichen Anforderungen sind im AWK insbesondere Ziele der Abfallvermeidung und Abfallverwertung, die Maßnahmen der Abfallvermeidung sowie Methoden, Anlagen und Einrichtungen der Abfallverwertung und der Abfallbeseitigung darzustellen.

Nach der Vorstellung/Behandlung des AWK im Fachausschuss Umwelt und Ordnung und im Betriebsausschuss Stadtreinigung Leipzig erfolgte die Vorstellung in der Sitzung der Verbandsversammlung am 15. Juni 2015.

Der Maßnahmeteil des AWK ist durch eine Satzung (Maßnahmesatzung) für verbindlich zu erklären. Die Maßnahmesatzung des ZAW auf Grundlage des gemeinsamen AWK mit der Stadt Leipzig wurde in der 105. Sitzung der Verbandsversammlung am 15. Juni 2015 beschlossen.

## **Risikobericht**

### **Risikomanagementsystem (RMS)**

Der ZAW hat im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems in 2009 begonnen, ein eigenes Risikomanagementsystem zu erarbeiten. 2013 wurde das RMS des ZAW komplett überarbeitet. Es wird quartalsweise aktualisiert und über eine Änderungsmatrix fortgeschrieben. Es erfolgte die Inventarisierung der Risikofelder (Risikoidentifikation und -klassifikation) sowie zugehöriger Gegenmaßnahmen (Risikosteuerung und -bewältigung). Die erfassten Risiken wurden entsprechend festgelegter Skalierungen von Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenhöhen bewertet (Risikobewertung).

Der ZAW muss externe und interne Risiken aus vielfältigen Bereichen identifizieren und bewältigen. Folgende Risikofelder wurden identifiziert:

- Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV
- Kredit- und Bürgschaftsrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Risiken infolge Abfallmengenrückgang
- Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen.

Daneben stützt sich der ZAW weiterhin auf das Risikomanagement der WEV, da diese die Entsorgungsleistungen für den ZAW durch die mechanisch-biologische Behandlung bzw. Deponierung erbringt und die WEV im eigenen Namen und auf eigene Rechnung sowohl den Betrieb der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage am Standort Cröbern als auch den Betrieb der Deponie durchführt. Die Überwachung des Risikomanagements der WEV erfolgt im Wesentlichen durch die Tätigkeiten von Vertretern der Organe des Zweckverbandes im Aufsichtsrat der WEV.

Im ZAW muss zwischen erheblichen Risiken, die aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV resultieren, und Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb unterschieden werden.

Zur wirtschaftlichen Lage des ZAW erfolgt jährlich durch die Landesdirektion Leipzig eine statistische Erhebung zum Frühwarnsystem kreisübergreifender Zweckverbände. Durch das Eintragen von wirtschaftlichen Kennziffern wird eine automatische Bewertung des Risikopotentials des ZAW vorgenommen. Hierbei gab es für das Jahr 2015 keine Feststellungen.

### **Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV**

Das bedeutsamste Risiko für den ZAW besteht in der Beteiligung an der WEV und den damit bestehenden Verpflichtungen. Risikopotenziale der WEV beeinflussen in der Regel direkt die Entwicklung und Lage des Verbandes.

Es besteht z. B. das latente Risiko, einer veränderten Ertragsstruktur der WEV aufgrund von Unterauslastung der MBA bzw. Mindermengen bei der Direktablagerung bzw. signifikanten Marktpreisveränderungen. Bei der WEV kommt es aus Sicht des ZAW besonders auf eine gesicherte Ausfinanzierung für Rekultivierung und Nachsorge der Zentraldeponie Cröbern an.

Durch den ständigen Informationsaustausch mit der Tochtergesellschaft sowie die Organstellung im Aufsichtsrat ist die indirekte Beobachtung der Risiken gegeben. In Höhe des Buchwertes der Beteiligung besteht das maximale Risiko für den Bilanzansatz im ZAW.

#### **Kredit- und Bürgschaftsrisiko**

Der ZAW trägt gegenüber den Banken das Risiko für Kredite, die zwischen 1991 und 1998 für die Errichtung der Zentraldeponie Cröbern aufgenommen wurden. Das Risiko umfasst zum 31. Dezember 2015 einen Umfang von TEUR 20.085 (Vorjahr: TEUR 22.850).

Der ZAW hat im Zusammenhang mit der Finanzierung der MBA (Gesamtvolume Mio. EUR 52,5) Einredeverzicht nebst Mindestentgeltgarantie (quartalsmäßige Festbeträge in Höhe von Mio. EUR 1,7) erklärt.

Die WEV hatte im Jahr 2005 und 2006 künftige Forderungen der WEV an den ZAW im Barwert von EUR 52,5 Mio. an die die MBA finanzierenden Banken als Sicherheit abgetreten.

#### **Liquiditätsrisiko**

Zur Sicherstellung der Liquidität verfügt der ZAW über einen genehmigten Kassenkredit in Höhe von TEUR 2.000.

Zur Früherkennung von Liquiditätsrisiken stellt der ZAW einen Liquiditätsplan auf und schreibt diesen fort.

### **Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen**

Mit der Einführung einer separaten Wertstofftonne sowie der Biotonne im Landkreis Leipzig könnten sich die Inputmengen in die MBA mittelfristig reduzieren.

Andererseits kann durch die positive Bevölkerungsentwicklung der Stadt Leipzig dieses Mengenrisiko maßgeblich kompensiert werden.

### **Chancenbericht**

Grundsätzlich ergeben sich für den Verband auch Chancen für seine weitere Entwicklung, unter anderem durch mögliche weitere Aufgabenübertragungen seiner Mitglieder. Dies wird im Rahmen eines Strategieprozesses zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern erörtert.

Bei steigenden Entsorgungsmengen (weitere positive Bevölkerungsentwicklung insbesondere in der Stadt Leipzig) könnten sich die Entsorgungsmengen an hoheitlichen bzw. gewerblichen Abfällen erhöhen.

### **Prognosebericht**

Unter der Annahme, dass sich die positive Entwicklung der Einwohnerzahl der Stadt Leipzig im Geschäftsjahr 2016 fortsetzt, wie auch mit der Annahme eines weiterhin erhöhten Konsumverhaltens der Bürger, welches durch die gegenwärtige Niedrigzinspolitik bedingt ist, erwartet die Geschäftsleitung ein Umsatzwachstum von 3,9 % für das kommende Geschäftsjahr. Hierbei plant der Zweckverband mit Umsätzen von TEUR 19.602. Die damit verbundenen steigenden Abfallmengen werden sich unter der Prämisse konstanter Entgelte wie auch der tariflichen Entwicklung im öffentlichen Dienst in einer Erhöhung der Aufwendungen niederschlagen. Für das kommende Geschäftsjahr werden Gesamtaufwendungen von TEUR 19.300 erwartet. Im Ergebnis plant die Geschäftsleitung, das Geschäftsjahr 2016 mit einem positiven Jahresergebnis von TEUR 302 zu schließen. In den Folgejahren ist weiterhin mit positiven Jahresergebnissen zu rechnen.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat sich zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung gegenüber dem Berichtsjahr weiter verbessert.

### **Nachtragsbericht**

#### **Betriebsprüfung ZAW**

Mit Schreiben vom 26. Januar 2016 hat das Finanzamt Leipzig II die Betriebsprüfung für die Jahre 2011 bis 2013 abgeschlossen. Die Prüfung führte zu keiner Änderung der Besteuerungsgrundlagen.

#### **Aktualisierung Unternehmenswertberechnung WEV**

Auf Grundlage des Gutachtens zur Bewertung des Unternehmenswertes der WEV vom 23. Januar 2015 war es insbesondere durch den Sachverhalt der Rekommunalisierung der WEV und weiterer zwischenzeitlich bekannt gewordener bzw. eingetretener Umstände, die die Unternehmensplanung der WEV verändern, erforderlich, die Unternehmenswertberechnung zu aktualisieren.

Zum 31. Dezember 2015 liegt ein aktualisierter Unternehmenswert der WEV vor, der die Grundlage für die Zuschreibung bildet.

#### **Öffentlich-rechtliche Zweckvereinbarung zwischen dem ZAW und dem Landkreis Nordsachsen**

Die Thematik bezüglich der Kündigung der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Nordsachsen ist noch nicht abgeschlossen.

Weitergehende Entscheidungs- und Handlungserfordernisse für die Organe des Verbandes können sich in Bezug auf laufende Gespräche zwischen dem ZAW und dem Landkreis Nordsachsen zu Fragen der Zweckvereinbarung kurzfristig ergeben.

Großpösna, den 8. April 2016

Heiko Rosenthal  
Verbandsvorsitzender

André Albrecht  
Geschäftsleiter



# Beteiligungsbericht 2015

des

Zweckverbandes Abfallwirtschaft  
Westsachsen



Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen  
Am Westufer 3  
04463 Großpösna / OT Störmthal  
Tel./Fax: 034299 / 705-0, -22  
Email: [info@zaw-sachsen.de](mailto:info@zaw-sachsen.de)  
Homepage: [www.zaw-sachsen.de](http://www.zaw-sachsen.de)





## **Vorwort**

Auf der Grundlage von § 99 Sächsische Gemeindeordnung hat der ZAW der Verbandsversammlung einen Bericht über seine wirtschaftliche Beteiligung, insbesondere über die Entwicklung seiner Gesellschaft vorzulegen und diesen zu veröffentlichen. Der Beteiligungsbericht soll einen detaillierten Einblick in die wirtschaftlichen Daten der Gesellschaft gewähren und damit einen Beitrag zur Transparenz sowie zur Verbesserung von Steuerung und Kontrolle leisten.

Der Beteiligungsbericht wendet sich in erste Linie an die maßgeblichen Entscheidungsträger, für die er ein wichtiges Arbeitsinstrument im Rahmen der Beschlussfassung darstellt. Darüber hinaus soll er interessierten Einwohnern des Verbandsgebietes als Nachschlagewerk dienen.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) ist seit Mai 2015 alleiniger Gesellschafter der Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV). Der ZAW ist gemäß dem Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsABG) öffentlich – rechtlicher Entsorgungsträger und für bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft per Gesetz zuständig.

Einen Teil dieser Aufgaben hat er vertraglich auf die WEV übertragen, hauptsächlich die Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen. Mit der Beauftragung einer privaten Gesellschaft ist der ZAW jedoch keinesfalls von der Pflicht und seiner Verantwortung für eine dauerhafte Erfüllung seiner Aufgaben entbunden. Die Verbandsversammlung soll sich anhand des Beteiligungsberichtes einen Überblick über die ordnungsgemäße und rechtskonforme Erfüllung der an die WEV übertragenen Aufgaben verschaffen.

Die WEV wirkt schwerpunktmäßig an der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes des ZAW in die Praxis mit. Die Tätigkeit der WEV wird insbesondere von den geltenden abfallrechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Grundlage des vorliegenden Beteiligungsberichtes 2015 bildet der geprüfte und festgestellte Jahresabschluss der WEV einschließlich des Lageberichts der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015.

Großpösna, den 20.05.2016

**Heiko Rosenthal**  
Verbandsvorsitzender

**André Albrecht**  
Geschäftsleiter



## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	2
Inhaltsverzeichnis .....	3
1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur .....	4
2 Einzeldarstellung der WEV .....	5
2.1 Allgemeine Angaben zur WEV .....	5
2.2 Organe der Gesellschaft .....	6
2.2.1 Gesellschafterversammlung .....	6
2.2.2 Aufsichtsrat .....	6
2.2.3 Geschäftsführung .....	7
3 Allgemeines .....	7
3.1 Ertragslage .....	7
3.2 Vermögenslage .....	9
3.3 Finanzlage .....	11
3.3.1 Bürgschaften / Kredite .....	11
3.3.2 Erbbaurechtsverträge .....	11
3.3.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung .....	11
3.3.4 Investitionstätigkeit .....	12
4 Entwicklung der Unternehmensbereiche .....	12
4.1 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge .....	13
4.2 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres .....	14
4.3 Qualitätsmanagement .....	14
5 Risikobericht .....	15
5.1 Risikomanagementsystem .....	15
5.2 Risiken .....	15
5.3 Prognosebericht .....	16
Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen .....	17
Tabellenverzeichnis .....	18
Abkürzungsverzeichnis .....	18



## 1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur



Die vorangestellte Abbildung zeigt die strukturelle Verflechtung zwischen ZAW und WEV. Der ZAW besteht aus den Verbandsmitgliedern Stadt und Landkreis Leipzig. Das Territorium des ZAW erstreckt sich auf 1.944 km<sup>2</sup> mit 810.542 Einwohnern (Stand: 30.09.2015, Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen).





## 2 Einzeldarstellung der WEV

### 2.1 Allgemeine Angaben zur WEV

**Adresse:** Am Westufer 3  
04463 Großpösna / OT Störmthal

**E-Mail:** info@wev-sachsen.de  
**Homepage:** www.wev-sachsen.de

**Gründungsjahr:** 1991

#### **Unternehmensgegenstand / -zweck:**

Die Planung, der Bau und Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen vorrangig im Verbandsgebiet des ZAW sowie die Durchführung von Entsorgungsdienstleistungen, einschließlich Beratungs-, Logistik- und Serviceleistungen wie dem Handeln und Makeln, Nachweisführung, Analytik, Bauleistungen bei Altlasten oder Demontageprojekte.

Vorrangige Unternehmensaufgabe ist für die Deponien des ZAW die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen für die Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgephase sowie die Vorbereitung deren Nachnutzung

Zum Gegenstand des Unternehmens gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes dienen.

**Rechtsform:** GmbH

#### **Stammkapital und Gesellschafter:**

Das Stammkapital beträgt € 1.000.000,00 und ist eingeteilt in Geschäftsanteile in Höhe von € 170.000,00, € 340.000,00 und € 490.000,00.

Die Geschäftsanteile verteilen sich wie folgt:

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000,00 €	51,0 %
Eigene Anteile	490.000,00 €	49,0 %



## 2.2 Organe der Gesellschaft

### 2.2.1 Gesellschafterversammlung

Bis Juni 2015 setzte sich die Gesellschafterversammlung aus Herrn Heiko Rosenthal, dem Bürgermeister für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig und Verbandsvorsitzenden des ZAW, sowie Herrn Peter Pester, Geschäftsführer der SITA Mitte GmbH & Co. KG, zusammen.

Seit Juni 2015 besteht die Gesellschafterversammlung aus Herrn Heiko Rosenthal, dem Bürgermeister für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig und Verbandsvorsitzenden des ZAW. Als weiterer Vertreter des ZAW wurde Herr Landrat Henry Graichen am 21.09.2015 mit Beschluss der Verbandsversammlung des ZAW in die Gesellschafterversammlung entsendet.

### 2.2.2 Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2015 waren:

Name	ausgeübte Tätigkeit
Herr Dr. Gey, Gerhard Vorsitzender (bis 31.07.2015)	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Graichen, Henry Vorsitzender (ab 02.10.2015)	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Rosenthal, Heiko 1. stellv. Vorsitzender	Beigeordneter / Bürgermeister Stadt Leipzig, Dez. III Umwelt, Ordnung, Sport
Herr Albrecht, André	Geschäftsleiter ZAW
Herr Engelmann, Reiner	Lehrer Verbandsrat ZAW
Herr Meissner, Jens	Amtsleiter des Amts für Abfallwirtschaft Landkreis Leipzig
Herr Groß, Oliver 1. stellv. Vorsitzender (bis 04.06.2015)	Geschäftsführer SITA Deutschland GmbH
Herr Müller, Nicolas (bis 04.06.2015)	Leiter Rechtsabteilung SITA Deutschland GmbH
Frau Dr. Berkner, Ingrid (bis 04.06.2015)	Manager Tender Office SITA Service GmbH
Herr Pester, Peter (ab 04.06.2015)	Geschäftsführer SITA Mitte GmbH & Co. KG
Herr Fiedler, Jörg (bis 30.09.2015)	Angestellter / Arbeitnehmervertreter WEV mbH

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2015



### 2.2.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der WEV im Berichtsjahr war Herr Dipl.-Ing. Bernd Beyer.

## 3 Allgemeines

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 wurde von der

Roser GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft  
Niederlassung Leipzig  
Petersstr. 39/41  
04109 Leipzig

geprüft. Die Abschlussprüfung führte zu keinen Einwendungen.

Risiken, die die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen können, wurden bei der Abschlussprüfung festgestellt und im Prüfbericht angeführt:

- Auslastungs- und Preisrisiken in Bezug auf die MBA (langfristig),
- Mengenrisiken in Bezug auf die ZDC,
- Zinsrisiken und langfristige Prognoseunsicherheit.

### 3.1 Ertragslage

Die WEV kann ergebnisseitig auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2015 zurückblicken. Sie verbucht ein Jahresergebnis in Höhe von 1.234 T€ und schließt damit das Geschäftsjahr deutlich besser ab als geplant.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Umsatz in Höhe von 37,1 Mio. € erwirtschaftet (im Vorjahr: 36,1 Mio. €).

Die wichtigsten GuV-Daten, einschließlich der zwei vorangegangenen Jahre, sind nachfolgend überblicksmäßig aufgezeigt, die Darstellung folgt der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung.





(in T€)	2015 Ist	2015 Plan	2014 Ist	2013 Ist
Umsatz	37.052	31.993	36.064	33.019
Sonstige betriebliche Erträge	3.785	2.286	2.154	4.286
<b>Gesamtleistung</b>	<b>40.837</b>	<b>34.279</b>	<b>38.218</b>	<b>37.305</b>
Materialaufwand	-11.563	-9.492	-11.195	-12.261
Personalaufwand	-3.999	-4.312	-3.914	-3.929
Abschreibungen	-11.254	-10.604	-11.106	-10.331
Sonstige betriebliche Aufwendungen einschl. Zinsergebnis	-12.703	-8.551	-11.130	-7.682
<b>Betriebliches Ergebnis</b>	<b>1.319</b>	<b>1.320</b>	<b>873</b>	<b>3.102</b>
Steuern	-85	-477	-345	-739
<b>Jahresergebnis</b>	<b>1.234</b>	<b>843</b>	<b>528</b>	<b>2.363</b>
Vortrag aus Vorjahr	2.891		2.363	699
Gewinnausschüttung				-699
<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>	<b>4.125</b>	<b>843</b>	<b>2.891</b>	<b>2.363</b>

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2015

Die erzielten **Gesamtumsatzerlöse** belaufen sich auf 37.052 T€ und sind damit 15,8% höher als geplant. Der Umsatzanstieg ist im Wesentlichen auf gestiegene Input Mengen der MBA zurückzuführen. Weiterhin sind die Erlöse im Bereich der Direktanlieferung gestiegen.

Der **Materialaufwand** hat sich entsprechend der Entwicklung der Gesamtleistung erhöht. Die höheren Aufwendungen sind u.a. auf die Verwertung der heizwertreichen Fraktion, die Instandhaltung der MBA sowie die temporäre Oberflächenabdichtung zurückzuführen. Die Materialaufwandsquote liegt auf Vorjahresniveau.

Die **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen liegen leicht über dem Vorjahr. Dabei ist die Abschreibung auf technische Anlagen und Maschinen deutlich gestiegen, dem entgegen wirkt die verminderte Leistungsabschreibung auf den Deponiekörper Cröbern.

Der **Personalaufwand** liegt auf dem Niveau des Vorjahres und weist eine unveränderte Personalkostenquote von 10,7% aus.

Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer des Geschäftsjahres 2015 beträgt 85 (im Vorjahr: 84). Davon sind 36 Angestellte (im Vorjahr: 34) und 49 Arbeitnehmer (im Vorjahr: 50).





### 3.2 Vermögenslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Bilanzdaten der WEV zum Stichtag 31. Dezember 2015.

<b>AKTIVA</b>				
	<b>2015 Ist</b>	<b>2015 Plan</b>	<b>2014 Ist</b>	<b>2013 Ist</b>
<b>Anlagevermögen</b>	<b>64.355</b>	<b>71.661</b>	<b>74.297</b>	<b>83.636</b>
Immaterielles Vermögen	166		213	211
Sachanlagen	64.182		74.072	83.419
Finanzanlagen	7		12	7
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>50.543</b>	<b>40.123</b>	<b>43.440</b>	<b>34.289</b>
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.265	4.169	4.246	5.699
Wertpapiere / liquide Mittel	45.278	35.954	39.194	28.591
<b>Aktive RAP</b>	<b>321</b>	<b>307</b>	<b>367</b>	<b>403</b>
<b>Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensrechnung</b>	<b>9</b>	<b>48</b>	<b>34</b>	<b>51</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>115.229</b>	<b>112.139</b>	<b>118.138</b>	<b>118.379</b>
<b>PASSIVA</b>				
	<b>2015 Ist</b>	<b>2015 Plan</b>	<b>2014 Ist</b>	<b>2013 Ist</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>19.221</b>	<b>20.738</b>	<b>22.787</b>	<b>22.259</b>
Gezeichnetes Kapital	1.000	1.000	1.000	1.000
Rücklagen	14.096	18.895	18.896	18.896
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	2.891		2.363	
Bilanzgewinn / -verlust	1.234	843	528	2.363
<b>Sonderposten m. RL-anteil</b>	<b>0</b>		<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>56.701</b>	<b>46.992</b>	<b>50.693</b>	<b>45.223</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>22.581</b>	<b>27.940</b>	<b>25.242</b>	<b>27.733</b>
<b>Passive RAP</b>	<b>14.272</b>	<b>14.274</b>	<b>17.207</b>	<b>20.485</b>
<b>Passive latente Steuern</b>	<b>2.454</b>	<b>2.195</b>	<b>2.210</b>	<b>2.679</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>115.229</b>	<b>112.139</b>	<b>118.138</b>	<b>118.379</b>

Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2015



Die **Bilanzsumme** erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,7% auf 115.229 T€. Das Anlagevermögen verminderte sich abschreibungsbedingt.

Die WEV verfügt am 31. Dezember 2015 über bilanzielles **Eigenkapital** in Höhe von 19.220 T€.

Die Veränderung zu 2014 ergibt sich aus der Auflösung / Reduzierung der Gewinnrücklagen (-4.800 T€) und dem Jahresüberschuss 2015 (1.234 T€).

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen.

	2015	2014	2013	Maßeinheit
<b>Vermögenssituation</b>				
Anlagenintensität	55,8	62,9	70,7	%
Änderung des Anlagevermögens	86,6	88,8	89,7	%
<b>Kapitalstruktur</b>				
Eigenkapitalquote	16,7	19,3	18,8	%
Fremdkapitalquote	83,3	80,7	81,2	%
<b>Liquiditätskennzahlen</b>				
Liquidität 1.Grades	370,3	452,9	211,2	%
Liquidität 2.Grades	416,1	506,6	256,6	%
working capital	35.714	32.253	17.926	T€
<b>Rentabilität</b>				
Eigenkapitalrendite	6,4	2,3	10,6	%
Gesamtkapitalrendite	3,4	4,6	6,0	%
<b>Geschäftserfolg</b>				
Umsatzrentabilität	3,3	1,5	7,2	%
Pro-Kopf- Umsatz	435,9	429,3	330,2	T€
<b>Kennzahlen der Personalwirtschaft</b>				
Beschäftigte	85	84	100	MA
Personalaufwandsquote	10,7	10,7	11,7	%

Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2013– 2015



### 3.3 Finanzlage

Die Finanzlage stellt sich gegenüber dem Vorjahr verbessert da.

Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich im Verlauf des Wirtschaftsjahres von 39,2 Mio. € auf 45,3 Mio. € erhöht. Die vorhandenen Finanzmittel wurden zur planmäßigen Tilgung von Altkrediten in Höhe von 2,8 Mio. € (Vorjahr: 2,8 Mio. €) und zur Finanzierung der Investitionen verwendet.

In 2014 wurden entsprechend der abgeschlossenen Forfaitierungsverträge 2,9 Mio. € (im Vorjahr: 3,3 Mio. €) des passiven Rechnungsabgrenzungsposten getilgt.

Im Geschäftsjahr 2015 erfolgte keine Ausschüttung an die Gesellschafter.

#### 3.3.1 Bürgschaften / Kredite

Der ZAW hat zur Besicherung von Verbindlichkeiten der WEV Ausfallbürgschaften und Schuldbeiträge übernommen, die sich wie in der unten dargestellten Tabelle entwickeln. Außerdem hat der ZAW Kredite für die MBA Cröbern in einer Gesamthöhe von 52,5 Mio. € über Forfaitierung mit Einredeverzichtserklärung abgesichert.

Übersicht zum 31.12.	2013	2014	2015	2016	2017
Bestand in T€ (alle Kreditinstitute)	25.477	22.727	19.977	11.096	9.345

Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten

#### 3.3.2 Erbbaurechtsverträge

Die WEV entrichtete 2015 Erbbauzinsen in Höhe von 155 T€ an den ZAW.

Zentraldeponie Cröbern	140 T€
Deponie Seehausen	8 T€
Deponie Groitzsch-Wischstauden	7 T€

#### 3.3.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung

Gemäß § 1 Dienstleistungsvertrag betreibt bzw. unterhält die WEV im Auftrag des ZAW die MBA und Zentraldeponie Cröbern sowie die Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden nach Maßgabe der behördlichen Zulassungen und der einschlägigen abfall- und umweltrechtlichen Vorschriften. Abfälle, die dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ZAW überlassen werden, sind der WEV zur Behandlung, Verwertung und Ablagerung als beauftragter Dritter im Sinne von § 17 KrWG zu übergeben.

Gemäß § 10 Dienstleistungsvertrag erhält die WEV vom ZAW für die Entsorgung der Abfälle und alle dafür erforderlichen Leistungen ein Entgelt entsprechend Entgeltvereinba-





zung. Das Entgelt zur Abfallbehandlung in der MBA in 2015 betrug 129,86 €/t zzgl. Mehrwertsteuer.

### **3.3.4 Investitionstätigkeit**

Im Wirtschaftsjahr 2015 wurden Investitionen in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €) getätigt.

Die wesentlichen Investitionen betreffen die Anschaffung von zwei Radladern, die Anschaffung eines Umschlagbaggers, die Erweiterung des Gasfassungssystems, den Umbau der Waage mit neuen Schranken, den Kauf eines Wassertransportanhängers, den Ersatz bzw. die Erweiterung vorhandener Software und Lizenzen, den Ersatz von EDV-Technik und den Austausch von Fahrzeugtechnik. Darüber hinaus wurden diverse Geräte und Ausrüstungen angeschafft.

## **4 Entwicklung der Unternehmensbereiche**

### **Zentraldeponie Cröbern (ZDC)**

In Jahr 2015 betrug die abgelagerte Gesamtabfallmenge 550,8 Tt (im Vorjahr: 556,2 Tt). Die Gesamtablagerungsmenge teilt sich auf in 68,3 Tt Rottegut aus der MBA, abgelagerte DK-II Abfälle 200,6 Tt, abgelagerte DK III – Abfälle 90,0 Tt und 191,9 Tt Technologisches Baumaterial (TBM). Seit Beginn des Abfalleinbaubetriebes sind somit 10.579,8 Tt (im Vorjahr: 10.029,0 Tt) abgelagert worden.

Der Verfüllungsgrad zum 31. Dezember 2015 betrug 62 % (Gesamtkapazität ZDC 12.192 T m³).

### **Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA)**

Im Jahr 2015 wurden 176,9 Tt (im Vorjahr: 181,0 Tt) durch die Anlage im 1-Schicht-Betrieb verarbeitet. Die Eingangsmenge von kommunalen Rest- und Sperrmüll betrug 135,9 Tt.

### **Altdeponie Seehausen (DSH)**

Die Bauarbeiten für die Errichtung einer endgültigen Oberflächenabdichtung DSH Neuteil sind abgeschlossen und die Baudokumentation ist der Behörde übergeben worden. Die Vollständigkeit der Stilllegungsunterlagen wurde bestätigt.

Die Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, hat die Freigabe erteilt, auf dem Neuteil der Deponie Seehausen mit Aufbauten zur Nutzung als Golfspielbereich zu beginnen. Mit dieser Freigabe verbunden war die Festlegung eines detaillierten Qualitätssicherungsplanes nachdem die Arbeiten im Jahr 2015 begonnen und im Jahr 2016 voraussichtlich fertiggestellt werden.

### **Altdeponie Groitzsch-Wischstauden (DGW)**

Im Berichtsjahr konnten auf der Deponie Groitzsch-Wischstauden die geplanten Baumaßnahmen zur Errichtung der endgültigen Oberflächenabdichtung noch nicht durchgeführt werden. Die angestrebte Änderung der Genehmigung wurde im vierten Quartal erreicht.



Dadurch hat sich die Annahme von Material für die Ausgleichs- und Tragschicht entsprechend verzögert.

Die gemäß Nachsorgeplan für die Stilllegungsphase durchzuführenden Arbeiten (Sickerwasserfassung und -ableitung einschließlich Monitoring, Grundwassermonitoring, Oberflächenwasserableitung, FID-Messungen und Wirkkontrollen des Gasfassungssystems usw.) für die beiden Altdeponiestandorte DSH und DGW wurden planmäßig durchgeführt und verliefen ohne besondere Vorkommnisse.

#### 4.1 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge

##### **Zentraldeponie Cröbern**

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge wurden bis zum Ende des Nachsorgezeitraums im Jahr 2071 unter Berücksichtigung der Kapazität und der vorliegenden Erkenntnisse zu den Nachsorgekosten gebildet. Zum Stichtag 31. Dezember 2015 beträgt die Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge für die ZDC 41.381 T€ (im Vorjahr: 35.179 T€).

##### **Deponie Seehausen**

Die Deponie Seehausen wurde am 30. Juni 2004 stillgelegt. Der Bilanzansatz für Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Seehausen für den Zeitraum bis zum Jahr 2037 unter Berücksichtigung der Prognose für die Deponiegasverstromung sowie der alternativen Oberflächenabdichtung beträgt 6.350 T€ (im Vorjahr: 5.844 T€).

##### **Deponie Groitzsch-Wischstauden**

Für die Rekultivierung und Nachsorge der bereits im Oktober 2000 vollständig verfüllten Deponie sind bis zum 31. Dezember 2015 Rückstellungen für den Zeitraum bis zum Jahr 2048 für das Altfeld in Höhe von 1.655 T€ (im Vorjahr: 1.409 T€) und für das Neufeld in Höhe von 4.434 T€ (im Vorjahr: 4.027 T€) unter Berücksichtigung der alternativen Oberflächenabdichtung ausgewiesen.

	2013	2014	2015
Zentraldeponie Cröbern	29.124	35.179	41.381
Deponie Seehausen	6.954	5.844	6.350
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Neufeld	3.806	4.027	4.434
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Altfeld	1.276	1.409	1.655
<b>Gesamt</b>	<b>41.160</b>	<b>46.459</b>	<b>53.820</b>

Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2013 bis 2015





## **4.2 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres**

Im Mai 2015 wurde zwischen den Gesellschaftern und der WEV ein Vertrag über die Einziehung und Bildung eines neuen Geschäftsanteils geschlossen. Der Geschäftsanteil der SITA wurde einvernehmlich gegen Zahlung einer Abfindung durch die WEV eingezogen. Es wurde ein neuer Geschäftsanteil in gleicher Höhe gebildet, welcher der Gesellschaft zusteht.

Im September 2015 erfolgte die Beschlussfassung und notarielle Beglaubigung des neu gefassten Gesellschaftsvertrages durch die Gesellschafterversammlung.

Infolge der geänderten Gesellschafterstruktur wurde durch einen Aufhebungsbescheid der Landesdirektion Leipzig die Anforderung der Hinterlegung von Sicherheitsleistungen für die Ablagerungs-, Stilllegungs- und Nachsorgephase der ZDC aufgehoben.

Die Betriebsprüfung durch das Finanzamt für die Jahre 2008 bis 2010 wurde im Jahr 2015 abgeschlossen. Zu einer Prüfungsfeststellung wurde fristwährend Einspruch eingelegt. Im Wesentlichen erfolgten durch die Prüfungsfeststellungen Steuererstattungen.

Eine angestrebte Folgevereinbarung für den Vertrag über die Verwertung heizwertreicher Fraktion konnte im Jahr 2015 nicht abgeschlossen werden. Seitens der KWD wurde ein Preisanpassungsbegehren gestellt, welchem die WEV widersprach.

## **4.3 Qualitätsmanagement**

Die WEV wurde auch 2015 als Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 KrWG und nach DIN EN ISO 9001:2008 zertifiziert.

Zudem erfolgte im November 2015 die Zertifizierung des Energiemanagementsystems der WEV gemäß DIN EN ISO 50001:2011.





## **5 Risikobericht**

### **5.1 Risikomanagementsystem**

Die WEV hat ein Risikofrüherkennungssystem implementiert und dokumentiert, welches unter Einbeziehung aller Fachbereiche die Geschäftsleitung über wesentliche Veränderungen der Risiken unterrichtet und bei der Bewertung der Risiken unterstützt. Es wird mindestens einmal jährlich eine Risikoinventur durchgeführt.

### **5.2 Risiken**

#### **Marktrisiken**

Wie bereits im Vorjahr hat sich die wirtschaftliche Situation auf niedrigem Niveau konsolidiert. In der Branche gibt es zwar aktuell fehlende Abfallbehandlungskapazitäten. Es wird aber weiterhin davon ausgegangen, dass sich die Abfallmengen auf dem bestehenden Niveau stabilisieren.

Für das Jahr 2016 werden keine steigenden Abfallmengen erwartet.

#### **Vertragsrisiken**

Es besteht das grundsätzliche Risiko, dass sich durch die Änderung der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung Auswirkungen auf den Fortbestand damit im Zusammenhang stehender privatrechtlicher Verträge ergeben.

Bei Eintritt dieses Risikos ist von einer wesentlichen Beeinträchtigung der Ertragslage auszugehen.

#### **Zins- und Derivatrisiken**

Aufgrund der Ansparung von liquiden Mitteln zur Erfüllung der künftigen Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtung besteht eine Abhängigkeit von den am Kapitalmarkt zu erzielenden Renditen für sichere Geldanlagen.

Aufgrund der derzeitigen und weiterhin erwarteten Differenzen zwischen dem von der Bundesbank vorgegebenen Zinssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung und den erreichbaren Verzinsungen für Sicht- und Festgeldguthaben bzw. internen Renditen, werden in den nächsten Jahren für die notwendigen Zinszuführungen zu den Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge die bestehenden bzw. erwarteten Verzinsungen der externen Geldanlagen durch Zuführungen aus dem Ergebnis ergänzt werden müssen.

#### **Liquiditäts- und Bonitätsrisiko**

Die Geldanlagen erfolgen ausschließlich in festverzinslichen Termingeldern bei deutschen Geschäftsbanken.

Das Bonitätsrisiko von Kunden wird durch ein präventives Risikomanagement, die Absicherung des Ausfallrisikos von Forderungen durch einen Warenkreditversicherer bzw. durch Bankbürgschaften sowie ein Mahnwesen begrenzt.

#### **Steuerrisiko**

Zu einer Prüfungsfeststellung der Betriebsprüfung der Jahre 2008 – 2010 wurde beim zuständigen Finanzamt Einspruch bzw. Antrag auf verbindliche Zusage eingelegt. Eine Antwort lag bis zum Bilanzstichtag nicht vor.



Aufgrund der komplexen Sachverhalte ist es auch künftig nicht auszuschließen, dass im Rahmen von Betriebsprüfungen unterschiedliche Auffassungen bestehen.

#### **Produkt- und Umweltschutzrisiken**

Durch einen externen Berater wurde 2015 eine umfassende Bewertung von Umweltrisiken nach Umweltschadensgesetz für Anlagen und Standorte der WEV mbH durchgeführt. Es handelt sich dabei um die dritte Fortschreibung, nachdem die letzte Prüfung im Jahr 2012 durchgeführt wurde.

Es wurden potentielle Schadensereignisse hinsichtlich Schadensausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit analysiert.

Die Risiken der Altdeponien wurden durch Übertragung durch die WEV übernommen und sind nicht weiter beeinflussbar. Das Risiko am Deponiestandort Groitzsch-Wischstauden wird nach Abschluss der Oberflächenabdichtung weiter reduziert.

Bei den übrigen Risiken wurde eingeschätzt, dass die WEV ihnen ein ausreichendes Sicherungskonzept entgegensetzt.

Für Haftungsrisiken und Schadensfälle wurden Versicherungen fortgeführt, um die möglichen Folgen von im Unternehmen bleibenden Risiken in Grenzen zu halten bzw. sie ganz auszuschließen.

### **5.3 Prognosebericht**

Im Lagebericht zum 31. Dezember 2014 wurde für das Geschäftsjahr 2015 ein niedrigerer Jahresüberschuss gegenüber dem Geschäftsjahr 2014 prognostiziert. Das Jahresergebnis lag besser als prognostiziert, wobei unterschiedliche Entwicklungen zu dem höheren Jahresüberschuss beigetragen haben.

Der seit längerem bestehende Preisdruck auf Entsorgungsunternehmen wird auch im Jahr 2016 anhalten. Diese Entwicklungstrends werden in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt. Weiterhin bestehen auf mittelfristige und langfristige Sicht erhebliche Prognoseunsicherheiten in Bezug auf die Mengen- und Preisentwicklung der ZDC, bedingt auch durch mögliche Änderungen bei den gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen. Zinsen und Teuerungsraten sind, aufgrund der langen Betrachtungszeiträume, ebenfalls Faktoren mit Prognoseunsicherheit.

Die Geschäftsführung der WEV erwartet auf Basis der bekannten Rahmenbedingungen, die dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2016 zugrunde gelegt wurden, einen Jahresüberschuss in der gleichen Größenordnung wie in 2015.





### Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen

Anlagenintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} \times 100 \%$	
Änderung des Anlagevermögens	=	$\frac{\text{Anlagevermögens des Geschäftsjahres}}{\text{Anlagevermögen des Vorjahres}} \times 100 \%$	
Eigenkapitalquote	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Liquidität 1. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$	
Liquidität 2. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{Vorräte}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$	
Working capital	=	Umlaufvermögen – kurzfristige Verbindlichkeiten	
Personalaufwandsquote	=	$\frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Gesamtleistung}} \times 100 \%$	
Eigenkapitalrendite	=	$\frac{\text{Jahresergebnis (Gewinn/Verlust)}}{\text{Eigenkapital}} \times 100 \%$	
Gesamtkapitalrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Umsatzrentabilität	=	$\frac{\text{Gewinn} + \text{Zinsen für Fremdkapital}}{\text{Umsatz}} \times 100 \%$	
Pro-Kopf-Umsatz	=	$\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Mitarbeiteranzahl}}$	



## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2015 .....	6
Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2015 .....	8
Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2015 .....	9
Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2013– 2015 .....	10
Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten .....	11
Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2013 bis 2015 .....	13

## Abkürzungsverzeichnis

DGW	-	Deponie Groitzsch-Wischstauden
DK	-	Deponieklasse
DSH	-	Deponie Seehausen
GuV	-	Gewinn- und Verlustrechnung
KrWG	-	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KWD	-	Kreiswerke Delitzsch GmbH, Delitzsch
MBA	-	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
SächsABG	-	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
TBM	-	Technologisches Baumaterial
T€	-	1.000 Euro
Tt	-	1.000 Tonnen
WEV	-	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	-	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZDC	-	Zentraldeponie Cröbern

## Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

### Beteiligungsübersicht

Staudaer Weg 1  
01561 Priestewitz, OT Lenz

Tel. 035 249 / 7350  
Fax 035 249 / 735 25  
Email [info@tba-sachsen.de](mailto:info@tba-sachsen.de)  
Internet <http://www.tba-sachsen.de>

Gründungsdatum 21.02.1991

### Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		13,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Vogtlandkreis	7,6900 %	1,00
Stadt Dresden	7,6900 %	1,00
Landkreis Bautzen	7,6900 %	1,00
Landkreis Meißen	7,6900 %	1,00
Stadt Leipzig	7,6900 %	1,00
Landkreis Nordsachsen	7,6900 %	1,00
Landkreis Leipzig	7,6900 %	1,00
Landkreis Erzgebirgskreis	7,6900 %	1,00
Landkreis Mittelsachsen	7,6900 %	1,00
Landkreis Görlitz	7,6900 %	1,00
Stadt Chemnitz	7,6900 %	1,00
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	7,6900 %	1,00
Landkreis Zwickau	7,6900 %	1,00

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet (Direktionsbezirke Dresden, Leipzig und Chemnitz) anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierische Nebenprodukte, für die eine gesetzliche Beseitigungspflicht besteht.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	90.865,91
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

### Lagebericht 2015

#### Allgemeine Angaben

##### Adresse

Staudaer Weg 1  
01561 Priestewitz/OT Lenz

##### E-Mail

[info@tba-sachsen.de](mailto:info@tba-sachsen.de)

## Homepage

[www.tba-sachsen.de](http://www.tba-sachsen.de)

## Rechtsform

Zweckverband

## Mitglieder

Landeshauptstadt Dresden	1 von 13 Stimmen
Landkreis Bautzen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Erzgebirgskreis	1 von 13 Stimmen
Landkreis Görlitz	1 von 13 Stimmen
Landkreis Leipzig	1 von 13 Stimmen
Landkreis Meißen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Mittelsachsen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Nordsachsen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	1 von 13 Stimmen
Landkreis Vogtlandkreis	1 von 13 Stimmen
Landkreis Zwickau	1 von 13 Stimmen
Stadt Chemnitz	1 von 13 Stimmen
Stadt Leipzig	1 von 13 Stimmen

## Organe

Verbandsversammlung

Verwaltungsrat

Verbandsvorsitzender

## Geschäftsführung

Sylvia Schäfer

## Verbandsvorsitz

Michael Geisler, Vorsitzender

Arndt Steinbach, Stellvertreter

## Mitglieder Verbandsversammlung

Dirk Hilbert (Dresden)	<i>(bis August 2015 Helma Orosz)</i>
Michael Harig (Bautzen)	
Frank Vogel (Erzgebirge)	
Dr. Ralph Schönfelder (Görlitz)	<i>(bis 02.03.2016 Bernd Lange)</i>
Henry Graichen (Leipzig Land)	<i>(bis 31.07.2015 Dr. Gerhard Gey)</i>
Arndt Steinbach (Meißen)	
Jörg Höllmüller (Mittelsachsen)	<i>(bis 09.12.2015 Matthias Damm)</i>
Kai Emanuel (Nordsachsen)	<i>(bis 26.08.2015 Michael Czupalla)</i>
Michael Geisler (Sächs. Schweiz-Osterzgebirge)	
Rolf Keil (Vogtland)	<i>(bis August 2015 Dr. Tassilo Lenk)</i>
Dr. Christoph Scheurer (Zwickau)	
Barbara Ludwig (Chemnitz)	
Dr. Gabriela Leupold (Leipzig)	<i>(bis 21.01.2015 Burkhard Jung)</i>

## Ausschüsse des Aufsichtsrates

keine

## Beteiligungen

keine

## Abschlussprüfer

ST Treuhand Dr. Leonhard & Kollegen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH, Dresden

## Unternehmensgegenstand/öffentlicher Zweck

Gemäß § 3 der Satzung hat der Zweckverband folgende Aufgaben:

"(1) Der Verband führt die seinen Verbandsmitgliedern nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Sachsen obliegenden Aufgaben an deren Stelle durch.



(2) Er verarbeitet und beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierischen Nebenprodukte, deren Beseitigung nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften in einer Tierkörperbeseitigungs-anstalt zu erfolgen hat.

(3) Der Verband errichtet oder erwirbt und betreibt die hierfür erforderlichen Anlagen entweder selbst oder betreibt sie durch Dritte. Auch im Übrigen kann sich der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

(4) Der Verband kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit seiner Zweckbestimmung im Zusammenhang stehen."

*laut Satzung*

### **Eigentümerziele/strategische Ziele**

Neben der unschädlichen Beseitigung tierischer Nebenprodukte die innerhalb des Verbands-gebiets anfallen, ist mit dem Verarbeitungsbetrieb auch eine Anlage vorhanden und betriebsbereit, die im Falle einer auftretenden Tierseuche ausreichend Verarbeitungs-kapazität bereitstellt. Grundlagen des Zweckverbands

### **Geschäftsmodell und Rechtsgrundlagen**

#### **Verbandssatzung**

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Chemnitz ist am 1. April 2004 dem 1991 gegründeten Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Lenz beigetreten, der seither den Namen Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen (ZV) trägt. Gleichzeitig ist die Satzung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Sachsen (Verbandssatzung) vom 19. Februar 2004 (SächsABl. S. 273) in Kraft getreten. Diese wurde am 27. April 2004 (1. Änderungssatzung, SächsABl. S. 705), am 9. November 2005 (2. Änderungssatzung, SächsABl. S. 221), am 3. September 2008 (3. Änder-ungssatzung, SächsABl. S. 1630) und am 2. Dezember 2014 (4. Änderungssatzung, SächsABl. S. 357) geändert.

#### **Zweckverbandsrecht und Eigenbetriebsrecht**

Das Sächsische Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in seiner Fassung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 196) ist für die Rechtsverhältnisse des ZV maßgebend. Gemäß § 2 Abs. 3 der Verbandssatzung und § 58 Abs. 2 SächsKomZG finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften unmittelbar Anwendung.

#### **Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsrecht**

Das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82; zuletzt geändert am 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)) bildet die bundesrechtliche Vorgabe zur Beseitigung tierischer Nebenprodukte unter Berücksichtigung einschlägiger EU-Verordnungen. Der Gesetzgebungsprozess zur Neufassung dieses Gesetzes läuft derzeit. Grundlegende Änderungen für die Arbeit des ZV als Verarbeitungsbetrieb für tierische Nebenprodukte der Kategorien 1 und 2 werden nicht erwartet, insbesondere wird an der Festlegung von Einzugsbereichen festgehalten.

Das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungs-gesetz (SächsAGTierNebG) vom 9. Dezember 2004 (Sächs GVBl. S. 579 f; zuletzt geändert am 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130)) enthält Bestimmungen über Gebühren und Entgelte, die Finanzierung des nicht gedeckten Aufwands sowie die Bestimmung des Einzugsbereichs (Gebiet des Freistaats Sachsen).

Darüber hinaus wird durch dieses Gesetz die EU-Beihilfekonformität umgesetzt, indem 25 % der Aufwendungen für die Beseitigung von Tierkörpern durch die Tierbesitzer getragen werden müssen.

## Mitgliederbestand

Das Sächsische Kreisgebietsneuregelungsgesetz vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl S. 102) sieht ab 1. August 2008 10 Landkreise und 3 kreisfreie Städte vor. Der ZV hatte 2015 folgende Mitglieder:

	ehem. Direktionsbezirk Chemnitz	ehem. Direktionsbezirk Dresden	ehem. Direktionsbezirk Leipzig
Land- kreise	Erzgebirgskreis Mittelsachsen Vogtlandkreis Zwickau	Bautzen Meißen Sächsische Schweiz- Osterzgebirge Görlitz	Nordsachsen Leipzig
kreisfreie Städte	Chemnitz	Dresden	Leipzig

## Organe des Zweckverbands

### Organe

Nach der Verbandssatzung hat der ZV als Eigenbetrieb folgende Organe:

Verbandsversammlung  
Verwaltungsrat  
Verbandsvorsitzender.

Die Zuständigkeiten der Organe sind in der Verbandssatzung abgegrenzt (vgl. insbesondere § 6 der Verbandssatzung).

### Verbandsversammlung

Jedes Verbandsmitglied wird von seinem Landrat bzw. Oberbürgermeister in der Verbandsversammlung vertreten. Gemäß § 52 Abs. 3 SächsKomZG können die jeweiligen Hauptorgane der Verbandsmitglieder einen anderen leitenden Bediensteten mit der Vertretung in der Verbandsversammlung wählen. Von dieser Regelung haben nur wenige Verbandsmitglieder Gebrauch gemacht.

### Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat wurde nach Ablauf der siebenjährigen Amtsperiode am 23. September 2015 mit folgender Besetzung neu gewählt.

Nr.	Name	Amtsbe- zeichnung	Verbands- mitglied	Funktion	Wahl vom
1	Michael Geisler	Landrat	Landkreis Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	Verbands- vorsitzender	23.09.2015 (03.09.2008)  kraft Verbands- satzung  (§ 9 Abs. 1)
2	Arndt Steinbach	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Verbands- vorsitzenden	23.09.2015 (03.09.2008)  kraft Verbands- satzung  (§ 9 Abs. 1)

3	Matthias Damm (Volker Uhlig)	Landrat	Landkreis Mittelsachsen	Verwaltungs- ratsmitglied	23.09.2015 (03.09.2008)
4	Kai Emanuel (Michael Czupalla)	Landrat	Landkreis Nordsachsen	Verwaltungs- ratsmitglied	23.09.2015 (03.09.2008)
5	Henry Graichen (Burkhard Jung)	Landrat (Ober- bürger- meister)	Landkreis Leipzig (Stadt Leipzig)	Verwaltungs- ratsmitglied	23.09.2015 (03.09.2008)

### **Verbandsvorsitzender**

Die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters erfolgten ebenfalls am 23. September 2015.

Nr.	Name	Amts- bezeichnung	Verbands- mitglied	Funktion	Wahl vom
1	Michael Geisler	Landrat	Landkreis Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	Verbands- vorsitzender	23.09.2015 (03.09.2008)
2	Arndt Steinbach	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Verbands- vorsitzenden	23.09.2015 (03.09.2008)

Der Verbandsvorsitzende hat mittels einer Geschäftsordnung über die Betriebsführung Aufgaben an die Geschäftsführerin übertragen.

### **Jahresabschluss 2014**

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss 2014 in ihrer 17. Sitzung am 23. September 2015 festgestellt. Die ortsübliche Bekanntmachung des Feststellungs-beschlusses und des Prüfungsvermerks sind vollzogen. Der Landesdirektion Sachsen wurde der Beschluss angezeigt.

### **Forschung und Entwicklung**

Die Technik des ZV wird durch eigene Fachkräfte und Fremdfirmen in einem guten, den geltenden Vorschriften entsprechenden Betriebszustand gehalten. Der ZV ist zertifiziert nach den Normen ISO 9001:2011 (Qualitätsmanagement) und DIN EN ISO 50001:2011 (Energiemanagement).

Ein Vorschlagssystem im Rahmen der Zertifizierung soll die Mitarbeiter motivieren, Verbesserungsvorschläge einzubringen. Im Wirtschaftsjahr 2015 wurde ein Verbesserungsvorschlag zur automatischen Abschaltung des Biofilters bei drohendem Trockenfallen eingereicht und realisiert. Ein Trockenfallen führt zu erheblichen Leistungseinschränkungen des Biofilters. Eine Wiederherstellung der vollen Funktionsfähigkeit kann dann bis zu mehreren Wochen dauern.

### **Wirtschaftsbericht**

#### **Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Nach dem strukturellen Umbruch in der Tierkörperbeseitigung infolge der BSE-Krise im Jahre 2001 wurde die Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte erlassen, die eine europaweit einheitliche Rechtsgrundlage schafft. Auf dieser Grundlage wurden Bundes- und Landesrecht geändert. Seit dem 4. März 2011 ist mit der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 die Nachfolgeregelung in Kraft.

Seit dem 1. Januar 2005 gilt das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz. Mit Wirkung vom 1. April 2005 wurde auf dessen Grundlage die Gebührenpflicht für die Beseitigung von Tierkörpern umgesetzt.

### **Geschäftsverlauf des Beseitigungsbetriebs**

Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2015 technisch stabil. Die wirtschaftliche Situation des ZV ist geordnet.

Die Verarbeitung lief üblicherweise durchgängig von Montagnachmittag bis Sonnabendmorgen, wobei je nach Rohwareaufkommen zur Wochenmitte die Anlage für einige Stunden abgeschaltet wurde.

Aus der Verarbeitung der Rohware fielen 8.157 t Tiermehl und 3.202 t Tierfett an. Nur 983 t Tierfett wurden zur Dampferzeugung im Betrieb selbst verbrannt. Der Verkauf des Tierfetts als Rohstoff war angesichts des Preisverfalls bei den Energieträgern Heizöl und Erdgas die wirtschaftlichere Variante.

Um die Rohwaremengen aus dem Bereich Erzgebirge/Vogtland wirtschaftlich zu sammeln und zum Verarbeitungsbetrieb zu transportieren, wird seit 2013 ein LKW-Stellplatz in Oelsnitz bei Chemnitz vorgehalten. Die dort eingesetzten vier Fahrzeuge verfügen über sog. Wechselcontainer. Nach vollständiger Ausnutzung der Arbeitszeit zur Sammlung der Rohware werden die Wechselcontainer mittels Anhängerfahrzeug von einem Überführungsfahrer von Oelsnitz nach Lenz gefahren.

### **Lage des Zweckverbands (Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage)**

#### **Allgemeines**

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 2. Dezember 2014 die Haushalts-satzung mit dem Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 beschlossen. Genehmigungspflichtige Bestandteile waren nicht enthalten. Die Landesdirektion Sachsen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 30. Januar

2015 die Rechtmäßigkeit bestätigt. Die Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblatts am 19. Februar 2015 (S. A 116).

#### **Entwicklung der Kredite**

Der ZV hatte keine langfristigen Kredite auszuweisen. Er konnte die notwendigen Investitionen aus erwirtschafteten Abschreibungen finanzieren.

#### **Steuerpflicht des Zweckverbands**

Der ZV ist umsatzsteuerlich ein so genannter Mischbetrieb. Ein Teil seiner Tätigkeit ist dem steuerpflichtigen Bereich des Betriebs gewerblicher Art (BgA), der übrige Teil dem Hoheitsbereich zuzuordnen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahre.

Jahr	Laufender Betrieb		Investiver Bereich	
	- gerundet -		- gerundet -	
	Hoheitlich	Gewerblich	Hoheitlich	Gewerblich
	%	%	%	%
2011	55	45	37	63
2012	54	46	37	63

2013	56	44	39	61
2014	56	44	39	61
2015	55	45	40	60

Im Zuge der im Jahr 2007 begonnenen Betriebsprüfung des Finanzamts für die Jahre 2001 bis 2003 wurde das mit der Finanzverwaltung seinerzeit vereinbarte steuerliche System beim ZV grundsätzlich in Frage gestellt. Nachdem das Finanzamt mehrfach seine Standpunkte korrigierte und den Prüfungszeitraum bis zum Jahr 2009 erweitert hatte, wurde die Prüfung im Oktober 2015 mit der vollständigen Beibehaltung des bisherigen steuerlichen Systems abgeschlossen. Die angesichts möglicher Nachforderungen in Vorjahren gebildete Rückstellung wurde aufgelöst.

### **Streitige Verfahren**

Bis zum 29. April 2016 gibt es keine gerichtsanhängigen Verfahren.

### **Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der Anlage**

Das Rohwareaufkommen sicherte eine planmäßige Anlagenauslastung. Die Verarbeitungsmenge stieg auf 31.562 t, nachdem in den Vorjahren (2012: 30.196 t; 2013: 29.996 t; 2014: 28.898 t) Rückgänge zu verzeichnen waren. Sowohl Tierkörper aus der Landwirtschaft als auch Tierkörper Teile aus Schlachtbetrieben und Brütereien wiesen eine Mengensteigerung aus. Technisch bedingte Stillstände waren nicht zu verzeichnen.

### **Investitionen und Instandhaltungen**

Bei der Verarbeitung tierischer Nebenprodukte treten hohe Beanspruchungen an den technischen Anlagen auf, die einen hohen Instandhaltungsaufwand sowie den periodischen Ersatz von Verschleißteilen oder ganzen Baugruppen notwendig machen. Die Planansätze für Reparaturen wurden im Berichtsjahr leicht unterschritten.

Laufender Wartungs- und Reparaturaufwand ist auch im Bereich des Fuhrparks nötig. Der Planansatz konnte unterschritten werden.

Zwei neue LKW wurden beschafft und ersetzen verschlissene Altfahrzeuge. Ein Bestandsfahrzeug wurde mit einem Kübel-Waschsystem ausgerüstet. Damit können bei den Kunden vorhandene Kübel mit Schlachtabfällen nach der Entladung direkt gereinigt werden. Dieses System wird von Betrieben in anderen Bundesländern schon seit längerem genutzt und hat sich dort bewährt.

Mobile Datenerfassungsgeräte zum Einsatz auf den Sammeltouren wurden ersetzt. Mit einem GPS-System können die aktuellen Standorte der Fahrzeuge ermittelt und nachvollzogen werden.

Ersatzinvestitionen wurden im Bereich der Kesselwasseraufbereitung und der Steuerung der Luftwäsche vorgenommen.

Anzahlungen wurden für einen Sterilisator, einen Rohrkettenförderer sowie eine Überdachung des Biofilters geleistet. Die Bestellung des Sterilisators zu Lasten eines ursprünglich geplanten Trockners basiert auf dem Beschluss der Verbands-versammlung vom 23. September 2015.

Zur Sicherung des technischen Standards wurden eine Reihe von Betriebs-ausstattungen, Büroeinrichtungen und geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) beschafft.

Die Ersatzbeschaffung eines Trockners und eines Fleischbreibehälters wurden nach nochmaliger Prüfung aufgeschoben. Auf Grund der redundanten Ausführung des größten Teils der Anlagen kann eine maximale Lebensdauer erreicht werden.

### **Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen**

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

Nr.	Gegenstand	Anfangsstand	Zuführungen	Auflösung	Endstand
		01.01.2015			31.12.2015
		€	€	€	€
1	zweckgebundene Rücklage	4.512.332	0	51.196	4.461.136
2	Gewinnvortrag Chemnitz	1.466	0	0	1.466
	Summe	4.513.798	0	51.196	4.462.602

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Anfangsstand	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Endstand
	01.01.2015				31.12.2015
	€	€	€	€	€
Sonstige Rückstellungen	446.213	190.521	169.492	303.610	389.810

Aufgelöst wurde eine Steuerrückstellung in Höhe von 159 T€ auf Grund der Beendigung einer Betriebsprüfung des Finanzamts.

Rückstellungen wurden gebildet für unterlassene Instandhaltungen, die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen, Aufwendungen für die Erstellung des Jahresabschlusses, für Urlaub und Überstunden sowie Widersprüche gegen Gebührenbescheide.

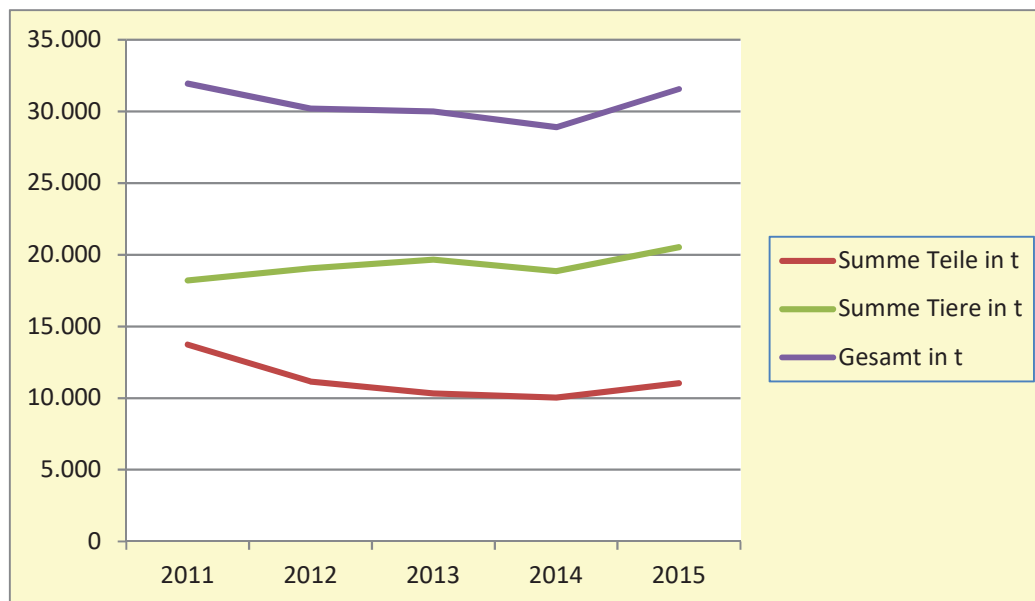
### Mengenstatistik

Für 2011 – 2015 stellt sich die Entwicklung der Verarbeitungsmenge in der folgenden Tabelle dar:

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Summe Tiere in t	18.208	19.055	19.663	18.860	20.529
Summe Teile in t	13.732	11.141	10.333	10.038	11.033
Gesamt in t	31.940	30.196	29.996	28.898	31.562

Seit 2011 war ein deutlicher Rückgang der Rohwaremenge festzustellen. Im Jahr 2015 kam es nun wieder zu einer Steigerung.





### Ertragslage

Der ZV ist umlagefinanziert nach § 11 der Verbandssatzung. Er deckt finanzwirtschaftlich nur seine Aufwendungen und erzielt keine Gewinne. Die Erfolgsrechnung hat daher unter Berücksichtigung der Verbandsumlage grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis auszuweisen. Dem entspricht der Jahresabschluss 2015.

### Finanzielle Leistungsindikatoren

#### Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse bestehen vor allem aus Gebühren und Verkaufserlösen. Die wesentlichen Erlöse haben sich wie folgt entwickelt:

Gegenstand	2015	2014	2013	2012	2011
	€	€	€	€	€
Gebühren	1.451.721	1.248.040	1.391.926	1.498.553	1.716.152
Gebühren für Tiere	951.863	759.810	789.142	781.537	707.382
Zuführung/Auflösung passiver RAP Geb.	6.619	477.878	251.228	-216.700	-337.000
Häute	442.027	516.586	653.635	599.461	510.610
Fett	733.791	849.634	1.130.103	1.330.082	331.774
Tierkörpermehl	194.390	155.222	235.907	164.446	150.970
Erlöse Kategorie 3-Material	87.193	76.976	69.250	83.493	196.861
Sonstiges	82.023	107.585	80.983	10.751	18.204
Summe	3.949.627	4.191.730	4.602.173	4.251.622	3.294.953

Die Gebührenerlöse für Schlachtabfälle und für Tierkörper sind infolge des Mengenzuwachses und ab 1. Januar 2015 erhöhter Gebühren gestiegen. Aus der Nachkalkulation ergibt sich eine Gebührenunterdeckung in Höhe von 7 T€ (davon 112 T€ Überdeckung für Tierkörper (Kostenmasse 1) und 119 T€ Unterdeckung für Tierkörpererteile (Kostenmasse 2)), die aus dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten entnommen wurde.

Die Erlöse für Tierfett sind gesunken, da sich die Preise am Energiemarkt orientieren. Gesunkene Rohölpreise wirkten sich auf den Tierfettpreis aus. Der Erdgaspreis fiel aber stärker als der Preis für das Tierfett, da dieses auch als Rohstoff in der Oleochemie oder für die Biodieselproduktion eingesetzt wird. Daher wurde die Eigenfettverbrennung zu Gunsten der Verbrennung von Erdgas weitgehend zurückgefahren.

Die Häuteerlöse waren im Jahr 2015 weiterhin rückläufig – maßgebend war dabei das gesunkene Preisniveau, aber auch ein geringerer Anteil von abziehwürdigen Tierkörpern.

Die Erlöse für Material der Kategorie 3 sind 2015 gestiegen. Grund hierfür ist ein gesunkener Preis für minderwertige Fleischerei-Nebenprodukte wie z. B. für Schweinefüße, die in den vergangenen Jahren als Lebensmittel exportiert wurden und die nun wieder als Kategorie 3 - Mengen entsorgt werden.

Für den ZV ist die Sammlung dieses Materials aber nur eine Nebenleistung, die mit dazu beiträgt, dass den Kunden eine Komplettlösung angeboten wird.

### Ungedeckter Aufwand

Der durch Erträge nicht gedeckte Aufwand der Kostenmasse 1 ist durch Umlagezahlungen der Verbandsmitglieder zu decken. Auf Antrag ersetzt die Sächsische Tierseuchenkasse den Verbandsmitgliedern zwei Drittel ihrer Aufwendungen, abzüglich der von den Tierhaltern erhobenen Gebühren. Der Freistaat Sachsen erstattet der Sächsischen Tierseuchenkasse wiederum ein Drittel des nicht gedeckten Aufwands der Kostenmasse 1. Es handelt sich um periodisch dem jeweiligen Wirtschaftsjahr zuzuordnende Beträge.

Die von den Verbandsmitgliedern zunächst erhobenen Umlagebeträge stellen Abschlagszahlungen auf die endgültige Umlageschuld dar. Der ungedeckte Aufwand ist über die Verbandsumlage zu finanzieren. Die Umlagebemessung richtet sich nach § 11 Abs. 2 der Verbandssatzung.

Nr.	Gegenstand	2015	2014	2013	2012	2011
1	Umlage Verbandsmitglieder	1.245.673	1.018.019	1.066.743	1.032.041	838.442
2	Aufwandsersatz Tierseuchenkasse	1.327.620	1.383.806	1.388.242	1.222.313	1.302.916
3	Gesamtsumme ungedeckter Aufwand	2.573.293	2.401.825	2.454.985	2.254.354	2.141.358

### Personalaufwand

Jahr	Summe	Summe	Zahl der besetzten Stellen am 31.12.		
	Löhne und Gehälter	Soziale Abgaben			
	€	€	Angestellte	Arbeiter	Summe
2011	1.580.103,64	301.551,70	8	40	48
2012	1.634.529,81	310.123,87	9	42	51
2013	1.710.362,17	314.434,52	9	42	51
2014	1.760.543,75	352.058,16	9	43	52
2015	1.827.276,10	356.921,40	9	44	53

Im Jahr 2015 wurden in Anlehnung an die Tarife des TVöD Lohn- und Gehaltssteigerungen in Höhe von 2,4 % zum 1.3.2015 vorgenommen. Eine leichte Überschreitung des Planansatzes um 3,0 T€ wurde durch Einsparungen im Ansatz „Personalleasing“ um 3,5 T€ ausgeglichen. Festzustellen ist eine Überschreitung des Ansatzes für Sozialausgaben (AG-Anteile) um 16,5 T€.

Im Jahresverlauf und zum Jahresende schied jeweils ein Mitarbeiter aus Altersgründen aus. Zur Vertretung eines Erziehungsurlaubs in der Verwaltung wurde eine Mitarbeiterin ab Dezember 2015

befristet eingestellt. In der Produktion und im Fuhrpark wurden insgesamt sechs Leiharbeiter mit etwa 15 Mannmonaten zur Überbrückung eingesetzt.

Im Jahr 2015 war kein Auszubildender angestellt. Ab August 2016 wird ein Lehrling mit der Ausbildung zum Industriemechaniker beginnen.

### **Nachtragsbericht**

Für das Wirtschaftsjahr 2016 wurde der Wirtschaftsplan am 24. November 2015 beschlossen. Die Landesdirektion Sachsen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 14. Dezember 2015 die Haushaltssatzung und den Wirtschaftsplan 2016 bestätigt. Genehmigungspflichtige Bestandteile sind nicht enthalten.

### **Prognosebericht**

#### **Betriebswirtschaftliche Maßnahmen**

Das stabile Rohwareaufkommen des Jahres 2015 setzt sich auch am Jahresanfang 2016 fort.

Um in den Genuss von Steuerentlastungen (Energiesteuer, Stromsteuer-Spitzen-ausgleich) zu kommen, ist die im Jahr 2015 durchgeführte Zertifizierung des Energiemanagementsystems überprüfen zu lassen. Auch für die Zertifizierung des Qualitätsmanagementsystems ist ein Überwachungsaudit durchzuführen.

Planmäßig werden ein neuer Sterilisator, ein Rohrkettenförderer und eine Überdachung des Biofilters als Bestandteil des Luftwäschesystems beschafft. Anzahlungen dafür wurden geleistet. Neu beschafft sollen ebenfalls zwei LKW werden.

Zur Umsetzung im Folgejahr ist die Bestellung eines Scheibentrockners vorgesehen. Die geplante Beschaffung des Fleischbreibehälters kann nach derzeitigem Stand in die Zukunft verschoben werden.

Verkaufspreise von Tierhäuten, Tierfett und Tiermehl sind laufend zu beobachten, um neue Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Neue technische Entwicklungen auf dem Gebiet der sog. Monoverbrennung von Tiermehl, die sich in der Labor- bzw. Versuchsphase befinden, werden beobachtet.

Bei der Marktbeobachtung wirkt guter Kontakt zum Verband der Verarbeitungsbetriebe Tierischer Nebenprodukte e.V. in Bonn und dessen Mitgliedsbetrieben unterstützend.

Mit den Mitarbeitern wird ein kontinuierlicher Informationsaustausch durchgeführt. Hinzu kommt die einmal jährlich im Frühjahr stattfindende Mitarbeiterversammlung. Neben einem leistungsorientierten Vergütungsanteil in Anlehnung an den TVöD sind die Mitarbeiter zu Weiterbildungen anzuhalten.

Die Kraftfahrer werden entsprechend den Anforderungen des Berufskraftfahrer-qualifikationsgesetzes regelmäßig geschult. Zur Flexibilisierung sind einige Mitarbeiter sowohl als Kraftfahrer als auch als Anlagenfahrer einsetzbar.

#### **Gesetzliche Regelungen der Tierkörperbeseitigung 2015**

Grundlage des Tierkörperbeseitigungsrechts nach dem Wandel der Branche infolge der BSE-Krise war die EU-Verordnung 1774 / 2002 vom 3. Oktober 2002. Zur Umsetzung in deutsches Bundesrecht wurde das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz am 25. Januar 2004 beschlossen.

Seit dem 4. März 2011 ist die EU-Verordnung 1069 / 2009 und die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 142/2011 in Kraft und ersetzt die o.g. EU-Verordnung 1774 / 2002 sowie deren Durchführungsverordnungen (EU).

Auf Landesebene trat das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz am 1. Januar 2005 in Kraft. Seit dem 1. April 2005 sind 25 % der nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen für die Beseitigung von Tierkörpern (Kostenmasse 1) durch die Landwirte zu

tragen. Die Tierseuchen-kasse trägt ca. 8 %. Der Anteil der Verbandsmitglieder und des Freistaates Sachsen beträgt jeweils ein Drittel des ungedeckten Aufwands.

Weiterhin ist aufgrund der Viehverkehrsordnung die Abmeldung der vom Zweckverband entsorgten Rinder im Herkunftssicherungs- und Informationssystem (HIT) vorzunehmen. Bei Rindern über 48 Monate wird die BSE-Beprobung auch weiterhin praktisch unterstützt.

Unter der Voraussetzung der Kostendeckung wird seitens des ZV auch Material der Kategorie 3 in einer separaten Sammeltour aufgenommen und im als Zwischen-behandlungsbetrieb für Rohware der Kategorie 3 zugelassenen Bereich der Altanlage zur Abholung durch einen zugelassenen Dritten für die Verwertung bereitgestellt. Die Mengen der Kategorie 3 unterliegen keinem Einzugsbereich. Die Mengen stabilisierten sich im Jahr 2015 leicht.

An den Planungen für 2016 wird festgehalten.

### **Chancen- und Risikobericht**

Risiken für die Betriebsführung bestehen in der Möglichkeit verringerter Mengen an Schlacht- und Ei-Abfall, wenn die Produktion in den betreffenden wenigen Betrieben kurzfristig verringert oder gar eingestellt würde sowie in fallenden Marktpreisen für den Verkauf der Produkte Tierfett, Tiermehl und Tierhäute. Auf diese Größen hat der ZV keinen Einfluss. Derzeit gibt es keine Hinweise auf grundlegende Veränderungen der Verarbeitungsmengen und der Verkaufspreise unserer Produkte.

Die Bundesrepublik Deutschland wird in Kürze den Status als Land mit vernachlässigbarem BSE-Risiko erhalten. Daraus ergeben sich neue Zuordnungen zu den Verarbeitungskategorien. Da im Freistaat Sachsen kein Großviehslachthof mehr existiert, wird der Zweckverband davon voraussichtlich nicht stark betroffen sein.

Weitere Risiken bestehen in der Möglichkeit veränderter rechtlicher Vorgaben, etwa den Wegfall der alleinigen örtlichen Zuständigkeit und der Verarbeitung nach anderen technischen Standards. Dafür gibt es aber derzeit keinerlei Ansatzpunkte.

Daneben stellt die technische Verarbeitungssicherheit ein weiteres Risiko dar. Durch die Auslegung der Schlüsselaggregate als redundante Systeme, also der Vorhaltung von mehrfachen, unabhängig voneinander wirkenden Anlagen, z. B. von zwei Dampfkesseln, und der Beschäftigung erfahrener technischer Fachkräfte wird dieses Risiko minimiert. Die Situation im Verarbeitungsbetrieb verläuft planmäßig, insbesondere gibt es keine Hinweise auf technische Einschränkungen.

Voraussichtlich im Sommer 2016 wird die Neufassung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes in Kraft treten.

### **Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Im Berichtsjahr wurden keine Finanzinstrumente eingesetzt.

### **Bericht über Zweigniederlassungen**

Es existieren keine Zweigniederlassungen.

Priestewitz OT Lenz, 29.04.2016

Sylvia Schäfer  
Geschäftsführerin

## Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

### Beteiligungsübersicht

Emilienstraße 15  
04107 Leipzig

Tel. 0341 / 22 586 0  
Fax 0341 / 22 586 29  
Email info@zvnI.de

Gründungsdatum 30.01.1998

### Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		10,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	30,0000 %	3,00
Landkreis Nordsachsen	30,0000 %	3,00
Stadt Leipzig	40,0000 %	4,00

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr im Nahverkehrsraum Leipzig gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen ÖPNV im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt bei den einzelnen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
--	------

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

## **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)**

---

**Anschrift:** Emilienstraße 15  
04107 Leipzig  
**E-Mail:** info@zvnl.de  
**Internet:** www.zvnl.de

### **Gründung**

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) wurde zum 30.01.1998 gegründet. Seine Satzung wurde am 09.12.1997 aufgestellt und im Sächsischen Amtsblatt Nr. 5 vom 29.01.1998 bekannt gemacht.

### **Letzte Änderung der Verbandssatzung**

Am 25.11.2013 beschloss die Verbandsversammlung die vierte Änderung zur Satzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig. Diese wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 3 vom 16.01.2014 veröffentlicht.

### **Verbandsmitglieder/Stimmrecht**

Die Stimmverteilung der Verbandsmitglieder war im Jahr 2015 wie folgt:

Landkreis Nordsachsen	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Landkreis Leipzig	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Stadt Leipzig	4 Stimmen	40 % Stimmanteile

### **Organe des Verbandes**

#### **Verbandsvorsitzender**

Herr Dr. Gerhard Gey (bis 31.07.2015)  
Herr Kai Emanuel (ab 21.09.2015)

Landrat Landkreis Leipzig  
Landrat Landkreis Nordsachsen

#### **Verbandsversammlung**

Herr Dr. Gerhard Gey (bis 31.07.2015) Herr Henry Graichen (ab 01.08.2015)	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Maik Kunze	Landkreis Leipzig
Herr Enrico Stange	Landkreis Leipzig
Frau Dorothee Dubrau	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig
Frau Dr. Sabine Heymann (ab 21.01.2015)	Stadt Leipzig
Herr Mathias Weber	Stadt Leipzig
Herr Michael Czupalla (bis 31.07.2015) Herr Kai Emanuel (ab 01.08.2015)	Landrat Landkreis Nordsachsen
Herr Albert Pfeilsticker	Landkreis Nordsachsen
Herr Volkmar Winkler	Landkreis Nordsachsen



## Verwaltungsrat

Herr Dr. Gerhard Gey (bis 31.07.2015) Herr Henry Graichen (ab 01.08.2015)	Landrat Landkreis Leipzig
Frau Dorothee Dubrau	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig
Herr Michael Czupalla (bis 31.07.2015) Herr Kai Emanuel (ab 01.08.2015)	Landrat Landkreis Nordsachsen

## Geschäftsführung

Herr Oliver Mietzsch (seit 01.11.2011)

## Aufgaben des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband übernimmt die ihm gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz vom 14. Dezember 1995 in der jeweils gültigen Fassung von den Verbandsmitgliedern übertragene Aufgabe des Schienenpersonennahverkehrs im Nahverkehrsraum Leipzig. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt, soweit in der Verbandssatzung keine anderweitigen Regelungen getroffen werden, bei den jeweiligen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes, vorbehaltlich der Entscheidung eines Verbandsmitgliedes zur Übertragung einzelner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 2 ÖPNV-Gesetz.
- (2) Der Zweckverband wird in Abstimmung und im Einvernehmen mit den Verbandsmitgliedern in ihrer Eigenschaft als Aufgabenträger für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr einen regionalen Nahverkehrsplan erstellen, koordinieren und diesen fortschreiben.
- (3) Zur Aufgabenträgerschaft des Zweckverbandes für den Schienenpersonennahverkehr gehört insbesondere die Wahrnehmung folgender Aufgaben:
  - Der Zweckverband ist als der zuständige Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr gemäß § 3 Abs. 1 des ÖPNV-Gesetzes für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs in seinem Verbandsgebiet verantwortlich.
  - Der Zweckverband entscheidet über die zu bestellenden Leistungen im Schienenpersonennahverkehr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.
  - Der Zweckverband wirkt bei der Aufstellung des jährlich fortzuschreibenden Landesinvestitionsprogramms des Freistaates Sachsen für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs mit.
  - Der Zweckverband unterstützt im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ein gemeinsames Marketing mit seinen ÖPNV-Vertragspartnern.
- (4) Der Zweckverband wird mit den angrenzenden sächsischen Zweckverbänden und den Aufgabenträgern für den Schienenpersonennahverkehr in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen das erforderliche Angebot des verbandsgrenzüberschreitenden SPNV abstimmen.
- (5) Zu den Aufgaben des ZVNL für den ÖSPV gehören die Ermittlung und Verteilung der Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr an die Verkehrsunternehmen nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNVFinAusG) einschließlich der Vorauszahlungen an die Verkehrsunternehmen. Der ZVNL ist berechtigt, die Anträge der Verkehrsunternehmen auf Ausgleichsleistungen gemäß ÖPNVFinAusG im eigenen Namen zu bescheiden und die Ausgleichsleistungen auf dieser Grundlage auszuzahlen.
- (6) Der ZVNL kann weitergehende Finanzierungen innerhalb des Verbandsgebietes und der ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschließlich im Rahmen der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVFinVO) in der jeweils gültigen Fassung übernehmen.

## Organigramm



## Wirtschaftsdaten

Der ZVNL wendet aufgrund des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 26.03.2007 gemäß § 131 Abs. 2 SächsGemO ab dem Haushaltsjahr 2009 die Regelungen zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen an.

### Bilanz 2015

Aktivseite			Passivseite		
	Stand 31.12.2015 - T € -	Stand 31.12.2014 - T€ -		Stand 31.12.2015 - T€ -	Stand 31.12.2014 - T€ -
<b>Anlagevermögen</b>	<b>143,99</b>	<b>85,08</b>	<b>Kapitalposition</b>	<b>15.620,60</b>	<b>11.657,52</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände	76,57	54,32	Basiskapital	3.532,93	3.532,93
Sachanlagevermögen	51,10	14,44	Rücklagen	12.087,67	8.124,59
Finanzanlagevermögen	16,32	16,32	Ergebnis	0,00	0,00
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>17.821,64</b>	<b>12.137,51</b>	<b>Sonderposten</b>	<b>127,67</b>	<b>68,76</b>
Öffentlich-rechtliche Forderungen	8,89	6,39	<b>Rückstellungen</b>	<b>588,79</b>	<b>393,42</b>
Privatrechtliche Forderungen	11.448,19	8.017,13	für Entgeltzahlungen	43,57	34,17
Liquide Mittel	6.364,55	4.113,99	für drohende Verpflichtungen	393,44	123,88
<b>Aktiver RAP</b>	<b>3,20</b>	<b>3,06</b>	für vertragliche Verpflichtungen	151,78	235,37
<b>Bilanzsumme</b>	<b>17.968,84</b>	<b>12.225,65</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>1.631,77</b>	<b>105,95</b>
			<b>Passiver RAP</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
			<b>Bilanzsumme</b>	<b>17.968,84</b>	<b>12.225,65</b>

#### Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)

			<b>Ergebnis 2015</b>	<b>Ergebnis 2014</b>
			<b>- T€ -</b>	<b>- T€ -</b>
1		Zuwendungen	130.034,33	120.450,16
2		öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00
3		Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.921,10	6.091,81
4		Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00
5		Finanzerträge	53,42	65,31
6		sonstige ordentliche Erträge	198,78	70,24
<b>7</b>		<b>ordentliche Erträge</b>	<b>136.207,63</b>	<b>126.677,52</b>
8		Personalaufwendungen	577,62	551,28
9		Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.622,78	7.988,05
10		planmäßige Abschreibungen	38,47	32,84
11		Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
12		Transferaufwendungen	121.618,84	115.528,57
13		sonstige ordentliche Aufwendungen	1.386,84	754,60
<b>14</b>		<b>ordentliche Aufwendungen</b>	<b>132.244,55</b>	<b>124.855,34</b>
<b>15</b>		<b>ordentliches Ergebnis</b>	<b>3.963,08</b>	<b>1.822,18</b>
<b>16</b>		<b>Sonderergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>17</b>		<b>Gesamtergebnis</b>	<b>3.963,08</b>	<b>1.822,18</b>
18		Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,00	0,00
<b>19</b>		<b>Verbleibendes Gesamtergebnis</b>	<b>3.963,08</b>	<b>1.822,18</b>

#### Ausgewählte Kennzahlen

##### Personalkosten

	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
	<b>- T€ -</b>	<b>- T€ -</b>	<b>- T€ -</b>
Löhne und Gehälter	457,16	463,03	486,07
Soziale Abgaben	87,56	88,25	91,55
Zuführung zu Rückstellungen	0,00	0,00	0,00
<b>Personalaufwand gesamt</b>	<b>544,72</b>	<b>551,28</b>	<b>577,62</b>

##### Anzahl der Beschäftigten

	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
	<b>- VbÄ -</b>	<b>- VbÄ -</b>	<b>- VbÄ -</b>
Angestellte, gesamt	9	9	9
Personalaufwand / VbÄ in TEUR	60,52	61,25	64,18
Entw. Personalaufwand gesamt z. Vj.	7,41%	1,20%	4,78 %
Entw. Personalaufwand je VbÄ z. Vj.	-4,54%	1,21%	4,78 %

#### Umlagen

Der ZVNL kann gemäß § 15 Abs. 1 seiner Satzung eine Verbandsumlage zur Deckung seines Finanzbedarfs von den Verbandsmitgliedern erheben. Von dieser Möglichkeit wurde im Haushaltsjahr 2014 nicht Gebrauch gemacht.

## Situationsbericht

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des ZVNL lag im vergangenen Jahr auf der Durchführung verschiedener Ausschreibungen im Nahverkehrsraum Leipzig und der Vorbereitung sowie Durchführung von Inbetriebnahmen.

Seit Dezember 2013 fahren die Züge der S-Bahn Mitteldeutschland im neuen Mitteldeutschen S-Bahn-Netz mit seinem Herzstück, dem City-Tunnel Leipzig (CTL). Es wurden umfangreiche Abstimmungen im Zusammenhang mit der Betriebsdurchführung und Nachjustierung einzelner Systeme geführt. Weiterhin auftretende Qualitätsprobleme im Zusammenhang mit der Nichtverfügbarkeit eines Teils der Fahrzeugflotte stellen hohe Anforderungen an das Controlling.

Das MDSB II-Netz mit der Linie RB 75 (alt RB 118) Halle Hbf–Delitzsch oberer Bahnhof–Eilenburg, der Linie RE 13 Leipzig Hbf–Magdeburg Hbf und der Linie S2 Gaschwitz–CTL–Leipzig Hbf–Delitzsch unterer Bahnhof–Bitterfeld–Dessau/Wittenberg wurde zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2015 in Betrieb genommen. Aufgrund der umfangreichen Bauarbeiten im Bf Halle Hbf erfolgt für 2 Jahre der Betrieb der Linie RB 75 in Kooperation zwischen der DB Regio AG und der Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH.

Die Inbetriebnahme des Saale-Thüringen-Südharz-Netzes (STS) erfolgte ebenfalls zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2015. Die entsprechenden Arbeiten zur Inbetriebnahme dieses Netzes liefen wie beim MDSB II-Netz ebenfalls unter Federführung der NASA GmbH.

Des Weiteren wurde im Jahr 2014 die Ausschreibung des „Dieselnetzes Nordwestsachsen“ mit den Leistungen Leipzig Hbf–Bad Lausick–Geithain, Leipzig Hbf–Chemnitz sowie Leipzig Hbf–Döbeln–Meißen weiter vorbereitet. Der Teil A mit der Linie RE 6 Leipzig – Geithain - Chemnitz wurde ebenfalls zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2015 in Betrieb genommen.

Das Fahrplanangebot wurde Jahr 2015 im Wesentlichen unverändert belassen.

Der Verkehrsvertrag der Linie RE 50 Leipzig–Dresden wurde um 2 Jahre bis zum Jahr 2023 verlängert (Annahme einer Option aus dem Verkehrsvertrag).

Das PlusBus-Programm im MDV wird weiter durch den ZVNL finanziell unterstützt.

Der ZVNL engagierte sich weiterhin im Rahmen seines Aktionsprogramms für die Verbesserung der Zugangsbedingungen zu den Verkehrsstationen. Insbesondere die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger und die Schaffung barrierefreier Anlagen stehen dabei im Mittelpunkt. Im Rahmen des Aktionsprogramms 2015 wurden 2,5 Mio. € hierfür bereitgestellt.

Es konnten außerdem nach Genehmigung durch das SMWA 1,421 Mio. € aus dem Jahr 2014 in das Jahr 2015 übertragen werden.

Aufgrund anfallender Überschüsse wegen Nicht- bzw. Schlechtleistungen aus den Verkehrsverträgen, konnten 15,36 Mio. € zusätzlich für Aufgaben des allg. ÖPNV bereitgestellt werden. Außerdem wurden Maßnahmen des Aktionsprogramms der 2. Priorität in Höhe von 3.815.666€ zusätzlich finanziert.

Fertiggestellt wurden die Bike&Ride-Maßnahmen in Markkleeberg. Der Bau der Verknüpfungsstelle Bf Eilenburg wurde begonnen. Fortgeführt bzw. abgeschlossen wurden die Maßnahmen am Busbahnhof Rathausplatz Schkeuditz, an der Fußgängerbrücke Stuttgarter Allee in Leipzig und an P&R Anlagen in Leipzig. Das RBL-Projekt (Rechnergestütztes Betriebsleitsystem) der PVM und der THÜSAC wurde fortgesetzt.

Das EFRE-Telematik-Programm des MDV und einer Vielzahl Verkehrsunternehmen im Verbandsgebiet wurde mit Unterstützung des ZVNL weitergeführt.

Das Programm zur Erneuerung aller Haltestellenschilder im sächsischen Teil des MDV auf ein einheitliches Layout des MDV wurde unter Federführung des ZVNL in die Realisierung überführt und mit der Aufstellung der Schilder begonnen.

Die Untersuchungen zur neuen Verkehrsstation Porsche–Radefeld am GVZ Leipzig wurden vorangetrieben.

Im Stadtgebiet Leipzig sowie im Landkreis Nordsachsen konnte die Erneuerung von Haltestellen sowie die Planungen und der Bau an diversen Verkehrsanlagen zur Unterstützung der Busnetzreform gefördert werden.

Das Anti-Vandalismusprogramm wurde fortgesetzt.

Der ZVNL klagt z.Z. vor dem Landgericht Frankfurt Main gegen die DB Netz AG. Anlass sind die aus seiner Sicht von der DB Netz AG unberechtigt erlangten Einnahmen aus den sogenannten Regionalfaktoren bei den Infrastrukturkosten, hier die Trassenentgelte sowie bei den sogenannten Remanenzkosten für nicht genutzte Leistungen. Die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen.

### **Ausblick**

Das oberste Ziel des Zweckverbandes wird auch weiterhin die Schaffung eines transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs sein. Nur so können die hohen Anforderungen der SPNV-Nutzer des ZVNL realisiert sowie die Qualität und Attraktivität der SPNV-Leistungen im Verbandsgebiet gesteigert werden.

Gleichzeitig setzt sich der ZVNL für eine Optimierung der Qualität der Nahverkehrsleistung durch Ausschöpfung aller verkehrsvertraglichen Regelungen ein und wird auch zukünftig die Verbesserung und Harmonisierung der aktuellen Regelungen bestehender Vertragsverhältnisse verfolgen.

Nur durch die Hebung von Einsparpotenzialen im Rahmen laufender Wettbewerbsverfahren und durch optimierte Vertragsverhältnisse kann der ZVNL unter Beachtung finanzpolitischer Rahmenbedingungen das SPNV-Angebot weiterentwickeln und verbessern. Bei den Ausschreibungen des MDSB-Netzes I und II sowie STS hat sich die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit den benachbarten Aufgabenträgern in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg sowie mit den sächsischen Partnerverbänden bewährt. Diese soll insbesondere bei zukünftigen Vergabeverfahren weiter intensiviert werden.

Einer besonderen Betrachtung wird zukünftig die Entwicklung der Infrastruktur- und Energiekosten bedürfen, deren Anteil am Gesamtfinanzierungsvolumen stetig überproportional steigt. Auch ist die Entwicklung der Zuweisung der Regionalisierungsmittel sowie deren gesetzlichen Regelungen zu berücksichtigen, da hier in den nächsten Jahren deutliche Veränderungen mit geringeren Zuschüssen zu erwarten sind.

### **Beteiligungen**

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig ist seit dem 01.01.2001 an der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH beteiligt. Der ZVNL hat im Jahr 2015 einen Anteil von 3,53% an der MDV GmbH gehalten. Dies entspricht einem Wert von 2.600 EUR.



# **Beteiligungsbericht**

## **des**

## **ZVNL**

## **2016**



# Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

## 1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

<b>Adresse</b>	Prager Straße 8 04103 Leipzig																																																
<b>E-Mail</b>	post@mdv.de																																																
<b>Homepage</b>	www.mdv.de																																																
<b>Gründungsjahr</b>	1998																																																
<b>Unternehmens-gegenstand/ Unternehmenszweck</b>	Erfüllung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Mitteldeutschen Verkehrsverbund, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots. Herbeiführung und Sicherstellung der tariflichen Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif. Erfassen und Verteilen der im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen.																																																
<b>Rechtsform</b>	GmbH																																																
<b>Stammkapital</b>	73,5 T€																																																
<b>Geschäftsführung</b>	<b>Steffen Lehmann</b>																																																
<b>Gesellschafter</b>	<table> <tr><td>Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH, Halle (Saale)</td><td>1,16%</td></tr> <tr><td>Burgenlandkreis</td><td>3,54%</td></tr> <tr><td>DB Regio AG, Frankfurt am Main</td><td>5,44%</td></tr> <tr><td>Erfurter Bahn GmbH, Erfurt</td><td>0,41%</td></tr> <tr><td>GbR der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Zörbig OT Salzfurkapelle; Auto-Webel GmbH, Delitzsch; Omnibusverkehr Leupold OHG, Krostitz; Busverkehr Geißler GbR, Eilenburg</td><td>1,70%</td></tr> <tr><td>Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben (bis 11. Dezember 2014: Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH, Deuben)</td><td>1,70%</td></tr> <tr><td>GbR der Verkehrsunternehmen Omnibusverkehrsgesellschaft mbH „Heide-land“ (OVH), Oschatz; Reiseverkehr Schulze OHG, Torgau; Döllnitzbahn GmbH, Mügeln</td><td>1,70%</td></tr> <tr><td>Hallesche Verkehrs-AG, Halle (Saale)</td><td>10,95%</td></tr> <tr><td>Landkreis Altenburger Land</td><td>1,02%</td></tr> <tr><td>Landkreis Leipzig</td><td>3,54%</td></tr> <tr><td>Landkreis Nordsachsen</td><td>3,54%</td></tr> <tr><td>Landkreis Saalekreis</td><td>3,54%</td></tr> <tr><td>Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig</td><td>15,92%</td></tr> <tr><td>LeoBus GmbH, Zwenkau</td><td>1,70%</td></tr> <tr><td>Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg</td><td>2,99%</td></tr> <tr><td>Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH, Erfurt</td><td>1,02%</td></tr> <tr><td>OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale)</td><td>1,70%</td></tr> <tr><td>PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH, Merseburg</td><td>1,70%</td></tr> <tr><td>Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH, Weißenfels</td><td>3,40%</td></tr> <tr><td>Stadt Halle (Saale)</td><td>12,45%</td></tr> <tr><td>Stadt Leipzig</td><td>15,92%</td></tr> <tr><td>THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Windischleuba</td><td>1,02%</td></tr> <tr><td>Transdev GmbH, Berlin (bis 15. März 2015: Veolia Verkehr GmbH, Berlin)</td><td>0,41%</td></tr> <tr><td><b>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig, Leipzig</b></td><td><b>3,54%</b></td></tr> </table>	Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH, Halle (Saale)	1,16%	Burgenlandkreis	3,54%	DB Regio AG, Frankfurt am Main	5,44%	Erfurter Bahn GmbH, Erfurt	0,41%	GbR der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Zörbig OT Salzfurkapelle; Auto-Webel GmbH, Delitzsch; Omnibusverkehr Leupold OHG, Krostitz; Busverkehr Geißler GbR, Eilenburg	1,70%	Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben (bis 11. Dezember 2014: Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH, Deuben)	1,70%	GbR der Verkehrsunternehmen Omnibusverkehrsgesellschaft mbH „Heide-land“ (OVH), Oschatz; Reiseverkehr Schulze OHG, Torgau; Döllnitzbahn GmbH, Mügeln	1,70%	Hallesche Verkehrs-AG, Halle (Saale)	10,95%	Landkreis Altenburger Land	1,02%	Landkreis Leipzig	3,54%	Landkreis Nordsachsen	3,54%	Landkreis Saalekreis	3,54%	Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	15,92%	LeoBus GmbH, Zwenkau	1,70%	Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg	2,99%	Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	1,02%	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale)	1,70%	PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH, Merseburg	1,70%	Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH, Weißenfels	3,40%	Stadt Halle (Saale)	12,45%	Stadt Leipzig	15,92%	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Windischleuba	1,02%	Transdev GmbH, Berlin (bis 15. März 2015: Veolia Verkehr GmbH, Berlin)	0,41%	<b>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig, Leipzig</b>	<b>3,54%</b>
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH, Halle (Saale)	1,16%																																																
Burgenlandkreis	3,54%																																																
DB Regio AG, Frankfurt am Main	5,44%																																																
Erfurter Bahn GmbH, Erfurt	0,41%																																																
GbR der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Zörbig OT Salzfurkapelle; Auto-Webel GmbH, Delitzsch; Omnibusverkehr Leupold OHG, Krostitz; Busverkehr Geißler GbR, Eilenburg	1,70%																																																
Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben (bis 11. Dezember 2014: Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH, Deuben)	1,70%																																																
GbR der Verkehrsunternehmen Omnibusverkehrsgesellschaft mbH „Heide-land“ (OVH), Oschatz; Reiseverkehr Schulze OHG, Torgau; Döllnitzbahn GmbH, Mügeln	1,70%																																																
Hallesche Verkehrs-AG, Halle (Saale)	10,95%																																																
Landkreis Altenburger Land	1,02%																																																
Landkreis Leipzig	3,54%																																																
Landkreis Nordsachsen	3,54%																																																
Landkreis Saalekreis	3,54%																																																
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	15,92%																																																
LeoBus GmbH, Zwenkau	1,70%																																																
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg	2,99%																																																
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	1,02%																																																
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale)	1,70%																																																
PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH, Merseburg	1,70%																																																
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH, Weißenfels	3,40%																																																
Stadt Halle (Saale)	12,45%																																																
Stadt Leipzig	15,92%																																																
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Windischleuba	1,02%																																																
Transdev GmbH, Berlin (bis 15. März 2015: Veolia Verkehr GmbH, Berlin)	0,41%																																																
<b>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig, Leipzig</b>	<b>3,54%</b>																																																

**Beteiligungen**

Keine

**Gremien**

Gesellschafterversammlung  
Aufsichtsrat  
Finanz- und Rechtsausschuss  
Personalausschuss  
Verkehrsausschuss

**Mitglieder  
Aufsichtsrat**

Dorothee Dubrau, Vorsitzende,  
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig  
Vinzenz Schwarz, 1. Stellvertreter,  
Vorstand Hallesche Verkehrs-AG  
Ronny Thieme, 2. Stellvertreter,  
Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, Landratsamt LK Altenburger Land  
Arne Behrens, Mitglied,  
Geschäftsführer Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH  
Thomas Böhm, Mitglied,  
Leiter Wirtschaftsamt des Burgenlandkreises  
Stephan Bog, Mitglied,  
Geschäftsführer THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH  
Lutz Däumler, Mitglied,  
Geschäftsführer Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH  
Hartmut Handschak, Mitglied,  
Dezernent für Kreisentwicklung, LK Saalekreis  
Michael Hecht, Mitglied,  
Geschäftsführer Erfurter Bahn GmbH (01.01.2016)  
Jens Herrmann-Kambach, Mitglied,  
Kommunikationsmanager Qualität und Betreuungsmanager Fahrdienst der Leipziger  
Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Stadtrat Leipzig (bis 21.01.2015)  
Martin Hörl, Mitglied,  
stellvertretender Bereichsleiter Sales, Transdev GmbH (bis 31.12.2015)  
Joachim Hoffmann, Mitglied,  
Geschäftsführer Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“ (OVH)  
Holger Klemens, Mitglied,  
Bereichsleiter Marketing, Vertrieb und Kundenservice, Hallesche Verkehrs-AG (bis  
20.08.2015)  
Dietmar Kern, Mitglied,  
Bezirksschornsteinfegermeister, Stadtrat Leipzig (bis 21.01.2015)  
Frank Klingenhöfer, Mitglied,  
Vorsitzender der Regionalleitung Südost, DB Regio AG, Region Südost und Sprecher  
Verkehrsbetrieb Mitteldeutschland  
Andreas Kultscher, Mitglied,  
Geschäftsführer Regionalbus Leipzig  
Ansbert Maciejewski, Mitglied,  
Fraktionsgeschäftsführer Stadtrat Leipzig (ab 21.01.2015)  
Klaus Rüdiger Malter, Mitglied,  
Geschäftsführer Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH  
Dr. Norbert Menke, Mitglied,  
Geschäftsführer Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH  
Ulf Middelberg, Mitglied,  
Geschäftsführer für Marketing/Vertrieb/Finanzen und Sprecher der Geschäftsführung  
der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH  
Oliver Mietzsch, Mitglied,  
Geschäftsführer für den Zweckverband Nahverkehrsraum Leipzig  
Ulrich Peinhardt, Mitglied,  
Selbständiger IT-Berater, Stadtrat Halle (Saale)  
Franziska Riekewald, Mitglied,  
Stadträtin Leipzig (ab 21.01.2015)  
Lothar Riese, Mitglied,  
Geschäftsführer PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH  
Karsten Schütze, Mitglied,  
Oberbürgermeister Stadt Markkleeberg, Kreisrat Landkreis Leipzig  
Uwe Stäglin, Mitglied,  
Beigeordneter für den Geschäftsbereich II, Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Halle  
(Saale)  
Angelika Stoye, Mitglied,

Ordnungsdezernentin, Landratsamt Nordsachsen  
Andreas Völker, Mitglied,  
Leiter Verbund- und Tarifmanagement, DB Regio AG, Region Südost

**Beratende  
Mitglieder**

Hans-Jürgen Hummel, beratendes Mitglied,  
Referatsleiter im Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr  
Bernd Sablotny, beratendes Mitglied,  
Abteilungsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
N.N., beratendes Mitglied,  
Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

---

**Abschlussprüfer**

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig

---

**Kurzvorstellung des Unternehmens**

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51% halten die 10 Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49% werden von den im Verbundraum tätigen 14 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

**Finanzbeziehungen zwischen dem ZVNL und der MDV GmbH**

Im Jahr 2015 wurden durch den ZVNL Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 78.754,30 € sowie im Rahmen der Kooperationsvereinbarung 121.967,93 € (Netto 102.494,06 €) an den MDV ausgezahlt. Weiterhin finanzierte der ZVNL anteilig die gemeinsamen Marketing-Maßnahmen mit insgesamt 55.000,00 €.

Außerdem erfolgte u.a. eine anteilige Förderung der Projekte:

- Gutachten zu ergänzenden Finanzierungswegen im Rahmen des Vorhabens „MDV Strategie 2025“ (ca. 80.000,00 €),
- Telematikvorhaben,
- Muldental in Fahrt und
- Anschaffung des neuen Infomobils.

**Situationsbericht 2015**

Die überaus positive Entwicklung im Kalenderjahr resultiert zum Teil aus der ganzjährigen Wirkung der Überführung der letzten wesentlichen Haustarife der LVB in den Verbundtarif im August 2014. Einen weiterhin anhaltenden Beitrag leisteten die in 2012 eingeführten neuen Tarifprodukte im Bereich der ABO-Monatskarten Jedermann sowie die Zuwächse im Jobticket. So war die Zahl dieser ABO-Nutzer im Dezember 2015 gegenüber dem Juli 2012 - vor Einführung der neuen Produkte - um rd. 11.900 Kunden im gesamten Verbundraum gestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 13,6%.

Insgesamt lagen die **Verbundeinnahmen** 2015 erstmals über EUR 200 Mio. und damit EUR 11,9 Mio. (rd. 6,3%) über dem Vorjahr. Ca. EUR 4,9 Mio. resultierten davon aus der Integration der bisherigen LVB-Schülerprodukte Leipzig in den MDV-Tarif sowie aus der Erweiterung des Semestervolltickets in Leipzig seit September 2014. Ohne diese Einnahme ergab sich ein Zuwachs von EUR 7,0 Mio. (+3,6%).

Auch im Jahr 2015 wurde das Sortiment der **Tarifprodukte** im MDV weiterentwickelt. Hierzu zählt die Einführung des ABO Flex als Pilotprojekt für die Tarifzone Leipzig. Mit diesem Produkt sollen die Vorteile des Abonnements (günstige Preise für Vielfahrer) mit denen des Bartarifs zusammengebracht werden: Bei Zahlung eines monatlichen Grundbetrags können Einzelfahrkarten, Einzelfahrkarten Kurzstrecke sowie Extrakarten deutlich reduziert werden. Darüber hinaus wurde für die Sommerferien 2015 das sächsische Ferienticket angeboten. Mit diesem Angebot können Schüler und Auszubildende bis zum 21. Geburtstag in den Sommerferien in ganz Sachsen die öffentlichen Nahverkehrsmittel nutzen.

Trotz der insgesamt positiven Fahrgast- und Einnahmeentwicklung musste auch im Jahr 2015 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden.

Aufgrund der wahrscheinlich auch zukünftig steigenden Kosten und der Notwendigkeit zur Gegenfinanzierung hat die Verbundgesellschaft unter Einbeziehung der MDV-Gesellschaftergruppen, der Verwaltung und der politischen Gremien aller interessierten Landkreise und Oberzentren im Jahr 2015 verschiedene **Gutachten** in Auftrag gegeben, die die Möglichkeiten **ergänzender Finanzierungsmodelle** eingehender untersuchen sollen. Besonderes Augenmerk gilt dabei den Potenzialen von ÖV-Beiträgen, von Bürgertickets. Von Grundsteueranhebungen sowie von ÖV-Beiträgen für Touristen.

Die Ergebnisse der Studien sind für Mitte 2016 geplant. Sie sollen als Anregung dienen, um eine fahrgastfreundliche und stärker Nutznießer-orientierte Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im MDV sicherzustellen.

Das Finanzierungsthema ist gleichzeitig Bestandteil der Umsetzung des 2012 begonnenen **Strategieprozesses zum Thema "Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025"**. Im Ergebnis der Diskussion zur **Umsetzung der 5 strategischen Ziele** beschlossen die Gesellschafter in einer gesonderten gemeinsamen Sitzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung am 2. Juni 2015 ein Paket von 8 Themen-Kategorien mit 18 Arbeitspaketen und 39 Lösungsansätzen mit den entsprechenden organisatorischen und zeitlichen Vorgehensweisen. Im Jahr 2015 wurde mit der Bearbeitung der ersten Arbeitspakete aus dem Strategieprozess begonnen. Dies betraf beispielsweise die folgenden weiteren Themen:

- MDV-Verbunderweiterung
- Paradigmenwechsel im ländlichen Raum (MTL- Raum, Hohenmölsen usw.)
- Vereinheitlichung der Automatenbedienung
- Datenbereitstellung über das ÖPNV-Angebot (Soll/Ist) an Dritte
- Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur gemeinsamen Erstellung des Nahverkehrsplans in den Landkreisen.

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich im Jahr 2015 weiterhin auf die Umsetzung der Teilprojekte des **Telematikvorhabens**, die als ein verknüpftes Gesamtsystem im mitteldeutschen Verbundraum wirksam werden sollen. Das Konzept sieht eine verbundweite Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlusssicherung und perspektivischer Anschlussgarantie vor und soll damit zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität sowie letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen. Zentrale Elemente sind die Beschaffung von leistungsfähigen Bordrechnern für Busse, Komponenten für das eTicketing (elektronisches Ticket) sowie entsprechende Systeme zur Echtzeitdatenerfassung und -weiterleitung.

Einige Teilprojekte wie der Aufbau einer leistungsfähigen Datendrehscheibe wurden im Jahr 2015 abgeschlossen. Die **Datendrehscheibe** bildet einen wichtigen Beitrag zur Echtzeitdatenversorgung der ÖPNV-Auskunft (INSA) und des darauf aufbauenden Mobilitätsportals Mitteldeutschland mit ÖPNV-Daten der MDV-Verkehrsunternehmen aus Sachsen und Thüringen und damit der Verknüpfung mit den ÖPNV-Daten aus Sachsen-Anhalt. Diese neue industrielle Lösung ersetzt die bisherige prototypische MOSAIQUE-Datendrehscheibe.

Die größten Verzögerungen gab es weiterhin im Teilprojekt Beschaffung neuer Bordrechner, wo sich die Verkehrsunternehmen Anfang 2016 entschlossen haben, den Auftrag mit dem alten Lieferanten aufzulösen und eine neue Vergabe durchzuführen. Die Abnahme mit dem neuen Lieferanten ist für dieses Teilprojekt nun für 2017 geplant.

Die noch nicht abgenommenen Teilprojekte werden im Jahr 2016 weitergeführt, um sie schnellstmöglich abzuschließen.

Seit der Einführung **des handybasierten Auskunftss- und Ticketingsystems easy.GO** für den gesamten Verbundraum im Sommer 2011 hat sich die App zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunfts- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. Durch eine Vielzahl an technischen Weiterentwicklungen und gezielten Marketingmaßnahmen konnte sich easy.GO weiter etablieren und neue Nutzer hinzugewinnen. So wurden zusätzlich Verkehrsinformationen eingebunden, die zum einen langfristig über Baumaßnahmen und zum anderen auch ad hoc über Störungen informieren können.

Im Ergebnis der erfolgreichen Kampagne und saisonaler Effekte wie Witterung und Weihnachtsmärkte haben sich die Ticketverkäufe und Umsätze abermals signifikant erhöht, so dass 2015 ein Umsatz von über 1,9 Mio. Euro erzielt werden konnte. Dies ist ein Zuwachs von 21% gegenüber dem Vorjahr. Der Einnahmeanteil aus diesem Vertriebsweg liegt damit bei ca. 3% der Tarifeinnahmen im Bereich der Gelegenheitsnutzer. Der Nutzen als zuverlässiger und etablierter Auskunftsdienst für Fahrgäste im MDV-Gebiet wird noch deutlicher, wenn man die 28 Millionen Auskünfte via easy.GO im Jahr 2015 betrachtet.

Die im Rahmen der Kooperation Verkehrsmanagement erfolgten Arbeiten des MDV am **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** umfassten insbesondere die Beschaffung von weiteren Daten sowie Arbeiten an dem Baustein Barrierefreiheit, zu denen insbesondere Abstimmungen zu den Lieferungen der angepassten Fahrplandaten durch die Verkehrsunternehmen sowie die Erstellung und Anpassung der Konzeption und Leistungsbeschreibung gehörte.

Der Weg für die **Freigabe der ÖPNV-Daten** der MDV-Verkehrsunternehmen an Drittabnehmer konnte durch einen Beschluss des MDV-Aufsichtsrates Ende des Jahres 2015 geebnet werden. In dem Zusammenhang wurden zusammen mit den Verkehrsunternehmen die Datenpakete wie Haltestellendaten, Fahrplandaten (Echtzeit- und Solldaten) oder Störungsmeldungen definiert und jeweils passende Schnittstellen und Nutzungsbedingungen festgelegt.

Eine weitere wichtige Aufgabe war die Weiterführung der technischen Überarbeitung der **Tarif und Einnahmeaufteilungsdatenbank**, die infolge der zahlreichen neuen Produkte und Verteilungsregeln der letzten Jahre sowie der über die Jahre aufgelaufenen Datenmengen in die Lage versetzt werden muss, dauerhaft eine sichere Arbeitsgrundlagendarzustellen, sowohl zur Tarifversorgung aller Verkaufsgeräte als auch zur fehlerfreien und schnellen Berechnung der Einnahmeaufteilung. Hierfür ist im ersten Schritt die Datenbank-Hardware und im zweiten Schritt die Software zu ersetzen. Anschließend werden nötige neue Funktionen implementiert. Hierzu gehören insbesondere Schnittstellen zu den verbundweit neu eingeführten Verkaufsgeräten sowie zum entstehenden Regionalen eTicketing System. Die Arbeiten werden 2016 fortgeführt.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich wie auch 2014 in 2015 wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.

Dazu wurde das in 2013 begonnene Projekt **"Muldentail in Fahrt" - ehemals "Muldentaldreieck"** (neues Verkehrskonzept für das Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz, Bad Lausick und Brandis) in 2015 weiter vorangebracht. Dabei soll beispielgebend für den ländlichen MDV-Raum aufgezeigt werden, wie durch

Neustrukturierung und Neuausrichtung des öffentlichen Verkehrsangebotes breitere Zielgruppen den ÖPNV nutzen können. In dem Vorhaben sollen Taktknoten entwickelt und differenzierte Bedienungsformen herausgebildet werden. So wird nach erfolgter Einrichtung von hochwertigen PlusBus-Linien der Weg der Vertaktung und Produktdifferenzierung des ÖPNV-Angebotes konsequent weiterbeschritten und um das Themenfeld Feinerschließung ergänzt.

Die Planungen dazu sehen im Regionalverkehr 20 vertaktete Linien im 1h-Takt bzw. 2h-Takt vor. In den vier Kernstädten sind jeweils 3 Stadtbuslinien im 30min-Takt vorgesehen.

Das Projekt wurde den jeweiligen Stadträten bzw. Ausschüssen vorgestellt und hat bisher einen positiven Rückhalt bekommen.

Mit Vertretern der Städte wurden mehrere Vor-Ort-Bereisungen zur Abstimmung über konkrete Linienläufe und Lage von neuen Haltestellen durchgeführt, die auch in 2016 zur weiteren Detailierung der Planung vorgesehen sind.

Für die finanzielle Absicherung des Projektes wurde ein Finanzierungsplan ausgearbeitet, der neben Mitteln des Aufgabenträgers auch Mittel des Freistaates Sachsen aber auch Eigenanteile der Kommunen insbesondere beim Betrieb der Stadtverkehre vorsieht.

Die Diskussion mit dem Freistaat Sachsen ist so weit gediehen, dass man das Projekt prinzipiell positiv sieht, jedoch in 2015 noch keine konkreten Förderzusagen geben konnte.

Die Umsetzung des neu **strukturierten Regionalverkehrs** soll unabhängig von finanzieller Unterstützung des Freistaats Sachsen in 2017 erfolgen. Die **Stadtverkehre sind ohne zusätzliche Mittel** von Dritten **nicht umsetzbar**.

Die Gespräche mit dem Freistaat werden dazu in 2016 fortgesetzt.

Analog zu den Themenstellungen im Projekt "Muldental in Fahrt" wurde in Sachsen-Anhalt das Projekt **"Rippach-/Saaleetal mobil"** vom MDV in enger Zusammenarbeit mit dem Burgenlandkreis und den Gemeinden Hohenmölsen, Weißenfels, Lützen und Teuchern sowie der NASA GmbH mit Fördermitteln des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführt. Das Projekt wurde im Dezember 2015 beendet.

Es wurden Ideen und Lösungsmöglichkeiten an einem kleinen abgegrenzten Gebiet aufgezeigt, wie der ÖPNV im Sinne des Paradigmenwechsels der "MDV-Strategie 2025" vom Beförderer der Schüler zum ÖPNV für jedermann umgebaut werden kann.

Themenstellungen sind auch hier neu strukturierte, vertaktete Angebote mit zentralen Knotenpunkten im Regionalverkehr, Ergänzungen im Stadtverkehr und mehr Haltestellen.

Die Ergebnisse aus diesem Teilraum des Burgenlandkreises werden im Nachfolgeprojekt "zukunftsfähiger ÖPNV im Burgenlandkreis 2020" einfließen und bilden eine Grundlage für die kreisweite Neustrukturierung des ÖPNV im Burgenlandkreis.

Das **Forschungsprogramm zur Verbesserung der Verkehrssituation in den Gemeinden (FoPS) "Regionalstrategie Daseinsvorsorge: Mobilität und Infrastrukturen"** des Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) wurde im Oktober 2015 beendet. Das Projekt wurde zu 100% vom BMVI finanziert.

Das als Forschungsprogramm angelegte Projekt hat insbesondere eine breite Datenbasis für die Entwicklung der Infrastruktureinrichtungen im MDV-Raum insbesondere zu Ärzten, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten geschaffen. Zusätzlich wurde u. a. ein Analyseverfahren entwickelt, mit welchem Abschätzungen getroffen werden können, welche Infrastrukturen in Zukunft gefährdet sein könnten.

Dem ÖPNV kam in diesem Projekt eine wichtige Rolle zu, da die Angebote des öffentlichen Verkehrs eine Schlüsselfunktion in Gemeinden einnehmen, indem diese fehlende Infrastruktureinrichtungen durch das Vorhandensein von ÖPNV "heilen" können.

Dazu wurde von den Mitarbeiterbüros das <+>PlusBus Netz im MDV mit 1h-Takt und ergänzenden 2h-Takt-Linien gedanklich weiterentwickelt um Aussagen zur Entwicklung der Infrastrukturen treffen zu können.

Diese ÖPNV-Gedanken können eine Einflussgröße bei den Diskussionen zur zukünftigen Angebotsgestaltung in den Landkreisen im Rahmen der Neuaufstellung der Nahverkehrspläne sein.

Analog zum Projekt im Muldental wurde mit Förderung des Freistaates Thüringen das **Projekt "Schmölln macht mobil"** in 2015 gestartet. Auch hier soll pilothaft eine Konzeption erarbeitet werden, wie im Gebiet des Altkreises Schmölln der ÖPNV so umstrukturiert werden kann, dass dieser neben den Schülern für breite Zielgruppen nutzbar wird.

Die Planungen dazu sollen bis Frühjahr 2017 fertig gestellt werden.

In 2015 fand eine Evaluierung der <+>PlusBus-Linien im MDV statt.

Die Auswertung der Nachfrageentwicklung zeigt, dass es deutliche Unterschiede zwischen dem Durchschnitt über alle <+>PlusBus-Linien und den im Angebot deutlich verbesserten Linien gibt. Prinzipiell gibt es stärkere regionale Schwankungen, jedoch zeigt sich, dass insbesondere im Samstagsverkehr aufgrund seiner hohen Bedeutung im Freizeit-/Einkaufsbereich große Fahrgastpotenziale liegen.

Bereits 2014 wurde mit der Entwicklung eines **ÖPNV-Konzepts** für die Stadt **Markkleeberg** begonnen. Der MDV hat dazu bis Frühjahr 2015 in Abstimmung mit Landkreis, Stadt und Verkehrsunternehmen eine Konzeption erarbeitet und diese sowohl den politischen Gremien als auch den Bürgern vorgestellt. Mit Fertigstellung des Nahverkehrskonzeptes wurde in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Leipzig, der Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH, Regionalbus Leipzig GmbH, der Stadt Markkleeberg sowie dem MDV eine Markteinführungskampagne geplant und durchgeführt. Das Ziel, in der Öffentlichkeit und Bürgerschaft zu den neuen Angeboten zu informieren, wurde mit einem gezielten Maßnahmenmix aus Flyern, Pressefahrt, Plakaten, Busbeklebung etc. erreicht. Die Umsetzung des Konzeptes erfolgte im Dezember 2015 durch Regionalbus Leipzig und LVB.

Im November 2015 startete eine neue **Kooperation** zwischen den fünf MDV-Landkreisen und der MDV-Geschäftsstelle zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne**.

Die Partner verständigten sich darauf, dass die Nahverkehrspläne besser miteinander abgestimmt werden und Synergien gehoben werden sowie das gemeinschaftliche MDV Verkehrsgebiet noch enger in den Fokus der Betrachtungen gezogen wird.



Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2015 u. a. die folgenden Themenbearbeitet:

- SEV-Kontrollen und Fahrplankonferenzen
- Zuarbeiten zum ZVNL-Nahverkehrsplan
- Unterstützung bei planerische Maßnahmen zum "Tag der Sachsen" in Wurzen
- Bestandsaufnahmen bei Betriebsaufnahmen im SPNV (Abellio, DB, MRB)

Die Schwerpunkte im Fachbereich **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** bildeten im Jahr 2015 folgende Themen:

- Relaunch Webauftritt mdv.de und Onlinegang (Januar)
- Freizeitkampagne (April-Oktober)
- Mitarbeiter- und Trainerschulung (Mai)
- Tarifierung (März und August)
- ABO Azubi Plus (Sommer)
- easy.GO 4.3 (Sommer)
- MDV-Haltestellenkonzept (Sommer)
- easy.GO Vermarktung (laufend)
- Fahrplanwechsel (August und Dezember) inklusive Kampagne "Neu Gestrickt" (Dezember)
- PlusBus (Dezember)
- Nahverkehrskonzept Markkleeberg (Dezember)
- PR: 3 Ausgaben MDV-Magazin "Hin & Weg"

Die **Freizeitkommunikation** zielt mit attraktiven Ausflugstipps seit Jahren erfolgreich auf potentielle neue Fahrgäste ab. In der nunmehr 14. Trainerschulung wurde mittels der Train - the Trainer – Methode über alle Neuerungen im Verbund, vor Allem zu den Themen Tarifierung, technische Entwicklungen sowie Ergänzende Finanzierungswege umfangreich geschult. Das Produkt ABO Azubi Plus wurde mit einem Informationspaket (Produktflyer, Collegenblock) gezielt an allen Berufsschulen im Verbundgebiet vermarktet. Die neue Version mit erweiterten Funktionalitäten der App easy.GO wurde mit diversen Kommunikationsmitteln und einer onlineaffinen Zielgruppenansprache beworben. Medial von Interesse war die Umsetzung des MDV Haltestellenkonzeptes im sächsischen Teil des Verbundgebiets. Mit Förderung durch den ZVNL konnte das Vorhaben im Rahmen der "MDV-Strategie 2025" erfolgreich umgesetzt werden. Im Dezember wurden die umfangreichen Änderungen im Fahrplan - vor allem Inbetriebnahme STS Netz durch Abellio und Veränderungen im S-Bahn- sowie Regionalbusverkehr in Folge der Inbetriebnahme der neuen ICE-Strecke zwischen Halle/Leipzig und Erfurt - kommuniziert. Durch die crossmediale Kampagne in Zusammenarbeit mit dem ZVNL und die begleitende Pressekampagne wurde eine bestmögliche Information für Pendler und die weiteren Fahrgäste erreicht. Ebenso wurden die Produkte PlusBus sowie das Nahverkehrskonzept Markkleeberg erfolgreich zum Fahrplanwechsel im Dezember beworben.

### **Mittelfristige Unternehmensplanung (Ausblick 2016 und 2017)**

Die Aufgaben der nächsten Jahre werden weiterhin wesentlich durch die im **Strategieprozess "MDV 2025" definierten Schwerpunkte** bestimmt sein. So wird im Jahr 2016 die Bearbeitung weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität und Verbesserung Systemzugang / Benutzeroberfläche beginnen. Gleichzeitig werden die Projekte fortgeführt, die bereits in Bearbeitung sind.

Nach Fertigstellung der 2015 in Auftrag gegebenen Gutachten zu **ergänzenden Finanzierungsmodellen** sollen die Ergebnisse in der zweiten Jahreshälfte 2016 ggf. in einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung mit Beteiligung aller Aufsichtsratsmitglieder hinsichtlich einer Umsetzungsempfehlung diskutiert werden. Anschließend sollen die Erkenntnisse und Empfehlungen zu möglichen ergänzenden Finanzierungswegen für den ÖPNV im Rahmen eines Workshops der Politik bzw. den politischen Entscheidungsgremien vorgestellt werden.

Für die erste Jahreshälfte 2016 ist die Integration von **ABO Flex in easy.GO** vorgesehen. Damit wird es erstmals möglich, in easy.GO direkt ein ABO abzuschließen und anschließend die mit dem ABO Flex zulässigen rabattierten Bartariftickets zu erwerben.

Um den Bekanntheitsgrad von easy.GO weiter zu steigern, die App zu stärken und neue Nutzer hinzu zu gewinnen, sind im laufenden Jahr 2016 weitere Marketingmaßnahmen geplant, die an die erfolgreichen Maßnahmen der Vorjahre anknüpfen sollen. Die Kommunikation wird über verschiedene social media-Kanäle, Newsletter und Pressemitteilungen erfolgen.

Im **Telematikvorhaben** liegt 2016 der Schwerpunkt in der Ausstattung der Schüler mit Chipkarten. Dies wird in der 1. Jahreshälfte mit einzelnen Pilotschulen im Landkreis Leipzig getestet, um anschließend alle Schüler in den Landkreisen Leipzig und Altenburg mit Chipkarten zu versehen.

Auch die schrittweise Ausgabe an Abonnenten ist vorgesehen. Die Ausgabe im Landkreis Nordsachsen verschiebt sich jedoch infolge des Neuauftrages für die Bordrechner. Der generelle Pilotbetrieb für die neuen Bordrechner ist für den Herbst vorgesehen, während die RBL Komponenten im Jahr 2017 getestet und eingeführt werden sollen.

In 2016 sollen sich die Arbeiten an dem **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** auf die Realisierung der Barrierefreiheit, Einführung von geographisch exakten Linienrouten des ÖPNV in INSA sowie Verbesserung der Qualität der Verkehrslage Sachsen-Anhalt (Arbeiten bei den sächsisch-anhaltinischen Partnern der Kooperation) konzentrieren. Sofern 2016 die Realisierung der Verkehrslage Leipzig erfolgt, ist es im nächsten Schritt geplant, diese Daten mit der Verkehrslage Sachsen-Anhalt zu fusionieren, um für das Mobilitätsportal eine durchgehende und länderübergreifende Datenbasis zu schaffen. Hierfür sollen ggf. EFRE-Fördermittel beantragt werden. Entsprechender Bedarf wurde bereits beim SMWA angemeldet. Im Zuge der Realisierung der Projekte Leipzig mobil und Grüne Mobilitätskette ist es geplant zu prüfen, welche Hintergrundsysteme miteinander verknüpft werden



können. Die NASA prüft ggf. auch, welche Funktionen und Datenquellen in das Mobilitätsportal Mitteldeutschland übernommen werden können.

Auf Grundlage der erarbeiteten Inhalte und des MDV-Beschlusses für die **Bereitstellung von ÖPNV-Daten an Dritte** sollen im Jahr 2016 die entsprechenden Schnittstellen geschaffen und den interessierten Datenabnehmern bereitgestellt werden.

Der Bereich **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** des MDV hat 2012 damit begonnen, seine online mediale Präsenz zu überarbeiten. Erster Schritt in diesem mehrstufigen Prozess war der erfolgreiche Relaunch der Webseite [www.mdv.de](http://www.mdv.de) im Januar 2015. Nächster Schritt ist die Konzeptionierung eines Social Media-Auftritts im Jahr 2016 mit dem Ziel, 2017 online zu gehen. Das Social Media-Konzept soll sich logisch in die strategische Kommunikation des MDV einordnen. Der MDV erarbeitet diese Vorhaben vordergründig mit eigenen Ressourcen. Die weiteren Arbeitspakete im Rahmen der "MDV-Strategie 2025" im Bereich Kommunikation werden weiter vorangebracht.

Aufgrund der aktuellen Lage hat der MDV zu Jahresbeginn 2016 diverse mehrsprachige Informationen für Migranten veröffentlicht. Begleitend wird ein Mobilitätsberatungskonzept angeboten.

Gefördert vom ZVNL und der NASA GmbH nimmt der MDV im April 2016 sein neues Infomobil in Betrieb und erweitert seine Mobilitätsberatung um zielgruppenspezifischere Angebote (Migranten, mobilitätseingeschränkte Fahrgäste, Schulen).

Die Freizeitkommunikation wird 2016 neu konzipiert mit dem Ziel, ab 2017 noch stärker vernetzt mit Partnern aus der Tourismusbranche zu agieren. Für den technischen Part kooperiert der MDV auch hier erfolgreich mit der HTWK.

Erstmals beteiligt sich die Stadt Leipzig an der Europäischen Woche der Mobilität. Der MDV wird sich als strategischer Partner in die Aktionswoche einbringen.

Weitere Schwerpunkte im Jahr 2016 werden zudem die Kommunikation regionaler Planungsprojekte (u. A. Modellvorhaben Muldental in Fahrt, Schmölln macht mobil), die Kommunikation der Tarifanpassung sowie Informationen zu Fahrplanwechseln sowie Baumaßnahmen (Schwerpunkt SPNV) sein. Das Vorhaben Einführung der Chipkarte in den Landkreisen wird vom MDV technisch und kommunikativ begleitet.

Alle Maßnahmen zielen darauf ab, Fahrgäste und potentielle Fahrgäste über die verbundweiten Angebote zu informieren, damit zum Abbau von Nutzungshemmnissen zu führen und die Nutzungsquote der ÖPNV-Angebote im Gesamtsystem zu erhöhen.

Schwerpunkthemen im **Fachbereich Verkehrsplanung** werden in 2016 weiterhin die Strategieprojekte "Muldental in Fahrt" und "Schmölln macht mobil" sowie das Projekt "Zukunftsfähiger ÖPNV im Burgenlandkreis 2020" sein. Zudem steht 2016 die Arbeit an den Nahverkehrsplänen der Landkreise Nordsachsen und Saalekreis an.

Der MDV verfügt über eine mittelfristige Planung, die zurzeit bis 2020 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2016 wurde von der Gesellschafterversammlung am 2. Dezember 2015 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2016 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2016 sieht eine Anhebung der durch die Gesellschafter zu zahlenden Zuschüsse auf TEUR 2.477 vor (davon geplante Anhebung um 2,5% gegenüber dem Vorjahreswert von TEUR 2.231 und TEUR 190 zum Ausgleich der Entgeltanpassungen der MDV-Mitarbeiter gemäß Gesellschafterbeschluss vom 17. Juli 2014). Zusätzlich beinhaltet der Wirtschaftsplan 2016 einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 27.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

## Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses "MDV 2025" auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Damit wird das Ziel verfolgt, die Mobilitätsmöglichkeiten für die Menschen in Mitteldeutschland zu sichern und zu einem integrierten Gesamtsystem weiter auszubauen.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch trat im Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung in Kraft. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert einschließlich der Erfüllung der Verbundaufgaben durch den MDV folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeaufteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß §5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der ausrealisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Langfristig ist zu klären, wie der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende liquide Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

(Quelle: Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und Lagebericht der Mitteldeutschen Verkehrsverbundgesellschaft mit beschränkter Haftung (MDV) Halle (Saale))

## Bilanzdaten (in T€)

Aktiva								
	2015 Plan		2015 Ist		2014 Ist		2013 Ist	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>932</b>		<b>771</b>	<b>40%</b>	<b>511</b>	<b>29 %</b>	<b>149</b>	<b>11 %</b>
Immaterielles Vermögen	809		675		451		94	
Sachanlagen	123		96		60		55	
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>461</b>		<b>1.160</b>	<b>59%</b>	<b>1.240</b>	<b>70 %</b>	<b>1.172</b>	<b>88 %</b>
Forderungen und sonst. Verm.	170		283		333		180	
Wertpapiere/Liquide Mittel	291		877		907		992	
<b>Aktiver RAP</b>	<b>10</b>		<b>19</b>	<b>1%</b>	<b>9</b>	<b>1 %</b>	<b>10</b>	<b>1 %</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.403</b>		<b>1.950</b>	<b>100%</b>	<b>1.760</b>	<b>100 %</b>	<b>1.331</b>	<b>100 %</b>

Passiva								
	2015 Plan		2015 Ist		2014 Ist		2013 Ist	
<b>Eigenkapital</b>	<b>473</b>		<b>461</b>	<b>24%</b>	<b>461</b>	<b>26 %</b>	<b>461</b>	<b>35 %</b>
Gezeichnetes Kapital	73		73		73		73	
Rücklagen	388		388		388		388	
Bilanzgewinn/-verlust	12		0		0		0	
<b>Sonderposten</b>	<b>670</b>		<b>573</b>	<b>29%</b>	<b>368</b>	<b>21 %</b>	<b>39</b>	<b>3 %</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>120</b>		<b>160</b>	<b>8%</b>	<b>120</b>	<b>7 %</b>	<b>122</b>	<b>9 %</b>

<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>140</b>		<b>627</b>	<b>32%</b>	<b>681</b>	<b>39 %</b>	<b>581</b>	<b>44 %</b>
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	140		627		681		581	
<b>Passiver RAP</b>	<b>0</b>		<b>129</b>	<b>7%</b>	<b>130</b>	<b>7 %</b>	<b>128</b>	<b>9 %</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.403</b>		<b>1950</b>	<b>100%</b>	<b>1.760</b>	<b>100%</b>	<b>1.331</b>	<b>100 %</b>

## 2. G & V – Daten (in T€)

	2015 Plan	2015 Ist	2014 Ist	2013 Ist
<b>Umsatz</b>	<b>696</b>	<b>594</b>	<b>609</b>	<b>623</b>
Zuschüsse der Gesellschafter	2.415	2.163	2.228	2.233
Andere aktivierte Eigenleistungen	44	44	16	0
Sonstige betr. Erträge	506	504	520	328
<b>Gesamtleistung</b>	<b>3.661</b>	<b>3.305</b>	<b>3.373</b>	<b>3.184</b>
Materialaufwand	1.465	1.211	1.400	1.277
Personalaufwand	1.694	1.658	1.514	1.449
Abschreibungen	116	77	99	119
Sonstige betr. Aufwendungen	383	355	360	338
<b>Betriebliches Ergebnis</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Finanzergebnis	0	-2	0	0
Steuern	0	0	0	0
<b>Jahresergebnis</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Entnahme aus Kapitalrücklage</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

### 3. Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2015 Plan	2015 Ist	2014 Ist	2013 Ist
<b>Vermögenssituation</b>				
Vermögensstruktur	66,4 %	39,5 %	29,0 %	11,2 %
Investitionsdeckung	23,5 %	22,8 %	21,4 %	305,9 %
Fremdfinanzierung	42,4 %	55,1 %	55,9 %	54,3 %
<b>Kapitalstruktur</b>				
Eigenkapitalquote	33,7 %	23,6 %	26,2 %	34,7 %
<b>Liquidität</b>				
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	Keine
Liquiditätsgrad I	207,9 %	139,7 %	133,1 %	170,8 %
<b>Rentabilität</b>				
Eigenkapitalrendite		0 %	0 %	0 %
Gesamtkapitalrendite		0 %	0 %	0 %
<b>Geschäftserfolg</b>				
Pro-Kopf-Umsatz (T€)	23	19	20	21
Personalaufwandsquote	243,4 %	279,4 %	248,6 %	232,7 %
<b>Beschäftigte</b>				
Im Jahresdurchschnitt (ohne Azubis)	32	32	30	29
Standardbeschäftigte				

## Kulturraum Leipziger Raum

### Beteiligungsübersicht

Stauffenbergstraße 4  
04552 Borna

Tel. 03433 / 241 162  
Fax 03433 / 241 805  
Email Kulturraum.LeipzigerRaum@t-online.de

Gründungsdatum 01.08.1994

### Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		4,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Nordsachsen	50,0000 %	2,00
Landkreis Leipzig	50,0000 %	2,00

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Kulturraum fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung - unabhängig von ihrer Trägerschaft oder Rechtsform. Er koordiniert die Tätigkeit seiner Mitglieder, der übrigen Städte und Gemeinden seines Gebietes sowie der anderen Träger der kommunalen Kulturarbeit auf dem Gebiet der Kulturpflege, soweit dieser regionale Bedeutung zukommt.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	1.934.151,52

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2013, 31.12.2014 und 31.12.2015 sowie die Beteiligungsberichte bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

## Regionaler Planungsverband Leipzig-Westsachsen

### Beteiligungsübersicht

Bautzner Straße 67  
04347 Leipzig

Tel. 0341 / 33 74 16 - 0  
Fax 0341 / 33 74 16 - 33

Gründungsdatum 06.11.1992

### Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		15,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	33,3300 %	5,00
Landkreis Nordsachsen	26,6700 %	4,00
Stadt Leipzig	40,0000 %	6,00

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Regionalplanung als ein Teil der Landesplanung ist eine zusammenfassende, überörtliche und überfachliche Planung, die durch das Landesplanungsgesetz kommunal verfassten Regionalen Planungsverbänden übertragen wird.

Somit obliegt dem Regionalen Planungsverband Westsachsen die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Regierungsbezirk Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen.

In den Braunkohlenplangebieten der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohlentagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen.

Hauptaufgaben des Verbandes sind:

- Erstellung und Fortführung des Regionalplanes
- Erstellung von Braunkohlen- und Sanierungsrahmenplänen für die zehn Tagebaue der Planungsregion
- Erarbeitung des Landschaftsrahmenplanes
- Regionalmanagement
- Raumbeobachtung und Politikberatung
- Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Vorhaben und im Rahmen der Bauleitplanung

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	10.300,00

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Für den Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen lag der Jahresabschluss zum 31.12.2015 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.



## **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen**

### **1 Vorbemerkungen**

Mit Ablauf des Haushaltsjahres 2012 hat der Regionale Planungsverbandes Leipzig-West Sachsen den kameralistischen Buchungsbetrieb eingestellt. Seit dem 1. Januar 2013 erfolgt die Abbildung der Geschäftsvorfälle auf der Grundlage eines doppischen Rechnungswesens.

Gemäß § 88 SächsGemO hat jede Gemeinde zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Im Jahresabschluss ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft einschließlich des Standes des Vermögens und der Verbindlichkeiten zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres nachzuweisen. Gemäß dem Gesetz zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaats Sachsen (Landesplanungsgesetz – SächsLPlG) vom 11. Juni 2010 (SächsGVBl 2010, S. 174), rechtsbereinigt mit Stand vom 1. März 2012, gelten für die Wirtschaftsführung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen die Vorschriften der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO).

Der Jahresabschluss ist durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Nach § 53 SächsKomHVO-Doppik sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen vorzunehmen.

Der Rechenschaftsbericht soll nach § 53 Abs. 2 SächsKomHVO-Doppik auch darstellen:

1. die Erreichung der wesentlichen Ziele;
2. Angaben über den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung;
3. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind;
4. zu erwartende positive Entwicklungen und mögliche Risiken von besonderer Bedeutung;
5. die Ausführung eines Haushaltsstrukturkonzepts;
6. die Entwicklung und Abdeckung der Fehlbeträge.
7. die Auswertung der für die Schlüsselprodukte gesetzten Leistungsziele anhand der zur Messung der Zielerreichung gebildeten Kennzahlen.

### **2 Darstellung der wirtschaftlichen Lage**

#### **2.1 Allgemeines**

Der Regionale Planungsverband war im Haushaltsjahr 2013 sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht und zu jedem Zeitpunkt in der Lage, seine Aufgaben stetig zu erfüllen.

Die Zielstellungen des Vorberichts des Haushaltsplans konnten erfüllt werden. Die Ziele des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen ergaben sich im Wesentlichen aus den Vorgaben des Sächsischen Landesplanungsgesetzes und des Raumordnungsgesetzes. Der Regionale Planungsverband ist Träger der Regionalplanung, die als Teil der Landesplanung als Pflichtaufgabe übertragen worden ist. Dabei ist die Strategie des Verbands hauptsächlich auf die Erstellung und Fortschreibung von Planwerken ausgerichtet. Hierzu zählten im Haushaltsjahr 2013 sowohl die Regionalplanfortschreibung sowie u. a. die Gesamtfortschreibung des Braunkohlenplans als Sanierungsrahmenplan Tagebau Goitsche-Holzweißig-Rösa und die Gesamtfortschreibung des Sanierungsrahmenplans Tagebaue Delitzsch-Südwest/Breitenfeld, wobei die Interessen der Region im Rahmen der Landesplanung unter Wahrung der vom Freistaat Sachsen gesetzten Planungsziele und unter Abwägung der Grundsätze der Raumordnung abzustimmen waren.

Mit dem zum 31.08.2013 erfolgten Inkrafttreten des fortgeschriebenen Landesentwicklungsplans 2013 (LEP 2013) sind die Regionalen Planungsverbände angehalten, ihre Regionalpläne durch Fortschreibung binnen vier Jahren an dessen Ziele und Grundsätze anzupassen. Für die Fortschreibung des Regionalplans Westsachsen 2008 erfolgte am 19.12.2013 der Aufstellungsbeschluss.

Am 05.07.2013 hat die Verbandsversammlung dem Aufstellungsbeschluss zur Zusammenfassung der eingeleiteten Gesamtfortschreibungen beider Planwerke zugestimmt. Im Zuge des Fortschreibungsverfahrens gab die Verbandsversammlung am 19.12.2013 (Beschluss Nr. V/VV 21/02/2013) den Rohentwurf für die Beteiligung gemäß § 9 Abs. 1 ROG i. V. m. § 6 Abs. 1 SächsLPlG und zur Festlegung des

Untersuchungsrahmens der Umweltprüfung einschließlich des Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts frei.

Neben seinen Pflichtaufgaben konnte der Planungsverband auch weitere Zielstellungen verwirklichen. So konnte das bereits 2009 begonnene Modellvorhaben der Raumordnung „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ (KlimaMORO) im Rahmen der Modellphase II (Verstetigungsphase) bis Juli 2013 fortgesetzt werden.

Auch unplanmäßige Vorkommnisse prägten die Verbandsarbeit. Mit der Flut in der ersten Juniwoche 2013 wurde unsere Region abermals von einem Hochwasserereignis getroffen, das hinsichtlich seiner Flächenwirkung das vom August 2013 noch übertraf. Die Mitarbeiter der Verbandsverwaltung dokumentierten die Hochwasserauswirkungen insbesondere an Mulde, Weißer Elster, Pleiße und Wyhra und berieten Landkreise und Kommunen. Dabei bildete das wasserbauliche System im Landkreis Nordsachsen mit Mulde–Lober-Leine-Kanal–Seelhausener See–Großer Goitzschensee einen Brennpunkt.

#### Wesentliche Eckpunkte des Jahresabschlusses:

	Werte in EUR
Ordentliche Erträge	1.102.927
Ordentliche Aufwendungen	1.023.856
Jahresergebnis	79.903
Liquiditätszufluss aus laufender Verwaltung	85.380
Investitionen	33.848

## 2.2 Ertragslage

Der Regionale Planungsverband konnte einen positiven Jahresverlauf 2013 verzeichnen. Eine verbesserte Ertragssituation sowie geringere Aufwendungen stellen hierfür die Ursache dar.

Der Planungsverband weist in seiner Ergebnisrechnung einen Jahresüberschuss in Höhe von 79.903 EUR aus. Hierbei standen den Gesamterträgen in Höhe von 1.103.761 EUR Aufwendungen in Höhe von 1.017.508 EUR entgegen. Die Gesamtaufwendungen wurden demnach vollständig durch die Erträge gedeckt.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Erträge und Aufwendungen und deren Abweichung zu den Planwerten:

Bereich	Plan 2013 in EUR	Ergebnis 2013 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Erträge	1.073.703	1.103.761	+ 30.058	+ 2,8
Aufwendungen	1.210.000	1.023.858	- 186.142	- 15,4
<b>Ergebnis</b>	<b>-137.130</b>	<b>79.903</b>	<b>+ 217.033</b>	<b>+ 158,3</b>

Das in der Planung angenommene Haushaltsdefizit wurde nicht bestätigt, es konnte sogar ein positives Jahresergebnis erzielt werden. Dies ist insbesondere auf die Mehrerträge im Bereich der privatrechtlichen Leistungsentgelte und der Kostenerstattungen sowie den Minderaufwendungen der sonstigen ordentlichen Aufwendungen zurückzuführen.

Die Überschüsse des ordentlichen und des Sonderergebnisses wurden gem. § 23 SächsKomHVO-Doppik getrennten Rücklagen zugeführt.

Die wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung im Vergleich zur Haushaltsplanung:

Bereich	Plan 2013 in EUR	Ergebnis 2013 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
<b>Erträge</b>	<b>1.072.703</b>	<b>1.103.761</b>	<b>+ 30.058</b>	<b>+ 2,8</b>
Zuwendungen und Umlagen	1.062.870	1.055.072	- 7.798	- 0,7
Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.000	23.191	+ 21.191	+ 1.059,6
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	9.421	+ 9.421	
Finanzerträge	8.000	15.243	+ 7.243	+ 90,5
Außerordentliche Erträge	833	834	+1	+0,1
<b>Aufwendungen</b>	<b>1.210.000</b>	<b>1.023.858</b>	<b>186.142</b>	<b>- 15,4</b>
Personalaufwendungen	863.000	831.762	- 31.238	- 3,6
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	95.090	74.155	- 20.935	- 22
Planmäßige Abschreibungen	13.000	11.037	- 2.037	- 15,7
Sonstige ordentliche Aufwendungen	238.910	106.902	- 132.008	- 55,3
Außerordentliche Aufwendungen	0	2	+ 2	

Besonders hervorzuheben waren die Mehrerträge im Bereich der Privatrechtlichen Leistungsentgelte und den Kostenerstattungen. Diese resultierten aus dem Verkauf von Druckerzeugnissen und den Erstattungen der gezahlten Gerichtskosten aus dem gewonnenen Gerichtsprozess sowie einer Gutschrift der Betriebskosten aus 2012. Weiterhin konnten mehr Zinserträge erzielt werden, als diese veranschlagt waren.

Bei den Aufwendungen dagegen dominiert die positive Entwicklung der geplanten sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Hier sind insbesondere die Aufwendungen für Sachverständigen- und Gerichtskosten zu nennen, die nicht in Anspruch genommen werden mussten. Weiterhin fielen weniger Aufwendungen für die Projekte der Regionalentwicklung an.

Entwicklung Fehlbetrag

Haushaltsjahr	Haushaltsplan	Ergebnis	
		Fehlbetrag	Überschuss
<b>Kameral</b>		<b>0</b>	
2010		0	
2011		0	
2012		0	
<b>Doppisch</b>			<b>79.903</b>
2013	-137.130		79.903

Weder in den Vorjahren noch im Haushaltsjahr 2013 wurde ein Fehlbetrag festgestellt.

## 2.3 Finanzlage

Liquiditätsprobleme bestanden sowohl zum Eröffnungsbilanzstichtag als auch im Haushaltsjahr 2013 nicht. Die liquiden Mittel zum 31.12.2013 betrugen 1.218.502 EUR.

### Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Bereich	Plan 2013 in EUR	Ergebnis 2013 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Einzahlungen	1.072.700	1.101.915	+ 29.215	+ 2,7
Auszahlungen	1.197.000	1.016.535	- 180.465	- 15,1
<b>Ergebnis</b>	<b>-124.300</b>	<b>85.380</b>	<b>+ 209.680</b>	<b>+ 168,7</b>

### Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit:

Bereich	Plan 2013 in EUR	Ergebnis 2013 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Einzahlungen	0	833	833	
Auszahlungen	50.000	33.848	16.152	32,3
<b>Ergebnis</b>	<b>-50.000</b>	<b>-33.015</b>	<b>+16.985</b>	<b>34</b>

Für die Finanzrechnung ergibt der Plan-Ist-Vergleich folgendes Bild:

Bereich	Plan 2013 in EUR	Ergebnis 2013 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Einzahlungen	1.072.700	1.102.748	+ 30.048	2,8
Auszahlungen	1.247.000	1.050.383	- 196.617	15,8
<b>Ergebnis</b>	<b>- 174.300</b>	<b>52.365</b>	<b>+ 226.665</b>	<b>130,0</b>

Sowohl der Saldo der Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit als auch der Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit haben sich gegenüber dem Planansatz verbessert. Daraus resultiert das positive Gesamtergebnis der Finanzrechnung i. H. v. 226.665 EUR.

Es bestehen zudem keine übertragenen Ermächtigungen, die das Folgejahr belasten.

## 2.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2013 hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz zum 31.12.2012 um 75.748 EUR (6,4. %) erhöht.

### Aktiva

Das bilanzierte Anlagevermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 22.809 EUR auf 45.228 EUR erhöht und macht 3,57 % (31.12.2012: 1,88 %) der Bilanzsumme aus. Die größte Position des Anlagevermögens ist das Sachanlagevermögen mit den Maschinen und technischen Anlagen sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Im Anlagevermögen wurden entsprechende planmäßige Abschreibungen vorgenommen. Außerplanmäßige Abschreibungen waren nicht vorzunehmen.

Das Vermögen des Regionalen Planungsverbandes wurde durch geplante Investitionen vermehrt. Die Investitionsquote betrug folglich 306,62 %. Die Gesamtsumme der im Jahr 2013 getätigten Investitionen betrug 33.848 EUR. Diese wurden komplett ohne Fremdfinanzierungsmitteln realisiert.

### Entwicklung der Hauptpositionen des Anlagevermögens

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil am AV	Anteil an der Bilanzsumme	Vorjahreswert in EUR	Abweichung Vorjahreswert in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.151	11,4	0,4	4.947	4,1
Sachanlagevermögen	40.077	88,6	3,2	17.472	129,4

Die größte Position des Umlaufvermögens sind die liquiden Mittel in Höhe von 1.218.502 EUR. Diese spiegeln die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr wieder. Weiterhin hinzu kommen die öffentlich-rechtlichen Forderungen in Höhe von 1.335 EUR und die privatrechtlichen Forderungen in Höhe von 1.389 EUR.

### Passiva

Auf der Passivseite dominiert die Kapitalposition mit 1.210.959 EUR und bestimmt damit 95,6 % der Bilanzsumme. Die Kapitalposition des Planungsverbandes hat sich von 1.131.056 EUR auf 1.210.959 EUR erhöht. Weiterhin haben sich die Verbindlichkeiten von 1.515 EUR auf 8.857 EUR erhöht. Die Rückstellungen dagegen haben sich um 11.220 EUR auf 45.722 EUR verringert. Der Grund hierfür liegt in der Auflösung der Rückstellungen für Gerichtsprozesse. Die in der Vermögensrechnung ausgewiesenen Rückstellungen können vollständig durch die liquiden Mittel abgedeckt werden.

### Entwicklung der Hauptpositionen der Passiva

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil an der Bilanzsumme	Vorjahreswert in EUR	Abweichung Vorjahreswert in %
Kapitalposition	1.210.959	95,6	1.131.056	+ 7,0
Rückstellungen	45.722	3,6	56.992	- 19,8
Verbindlichkeiten	8.857	0,7	1.515	+ 484,6

## 3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge eingetreten, über die wegen Ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu berichten ist.

## 4 Kennzahlen

Die wesentlichen Kennzahlen sind der Anlage 1 zu entnehmen.

## Schlüsselprodukte:

### Produkt 511000 – Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen -

Die Ziele des Schlüsselproduktes wurden vollständig erfüllt. Sie sind größtenteils deckungsgleich mit den wesentlichen Zielen des Regionalen Planungsverbands und wurden bereits im Kapitel 2.1 umfassend hinsichtlich deren Erreichung und Umsetzung beschrieben. Darüber hinaus konnte zum 5. Seenlandkongress am 14.02.2013 in Leipzig die gegenüber den Vorläuferfassungen 2007 und 2013 grundhaft überarbeitete und erweiterte 3. Auflage des Seenkatalogs Mitteldeutschland im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vorgestellt werden. Im Jahr 2013 wurden im Auftrag des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen als Träger öffentlicher Belange von der Regionalen Planungsstelle insgesamt 260 Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Planungen und Aktivitäten abgegeben. Ausgewählte Stellungnahmen von hoher regionalplanerischer Bedeutung nach Themenkomplexen:

- Raumplanung Nachbarländer und -regionen (Landesentwicklungsplan Thüringen, Regionalpläne Planungsverband Region Chemnitz und Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg)
- Zielabweichungsverfahren (PV-Freiflächenanlage Mügeln, Brandis Gewerbegebiet West)
- Raumordnungspläne/Fachliche Entwicklungspläne (Bundesverkehrswegeplan 2015 [Projektanmeldungen Straße])
- Raumordnungsverfahren (B 87n Leipzig (A14)–Landesgrenze Sachsen/Brandenburg [Stellungnahme zur Wiederaufnahme des Raumordnungsverfahrens])
- Planfeststellungsverfahren (Kiessandtagebau Laußig [Weiterführung des Abbaus], Tontagebau Liebertwolkwitz, Kiessandtagebau Eilenburg/Sprotta-West, HW-RHB Terpitz)
- Fördermittelanträge (Fortschreibung des Regionalen Handlungskonzepts des Grünen Rings Leipzig, Vorhaben „Anforderungsprofil an das Wohnen im Landkreis Leipzig 2025“, Konzept zur Besucherlenkung in der Bergbaufolgelandschaft Nordraum Leipzig, Konzept für ein Präventions- und Gesundheitsförderungssystem in der Dübener Heide)
- Gesetzgebungsverfahren (Neufassung der Förderrichtlinie FR-Regio, Wiederaufbaubegleitgesetz)

Zu den Tagebauseen und zum Gewässerverbund Leipziger Neuseenland erfolgte im Berichtszeitraum eine intensive Facharbeit in den Arbeitsgruppen Standortentwicklung (Mitwirkung Andreas Berkner) und Gewässerverbund (Mitwirkung Katrin Klama). In Vorbereitung der Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland wurden durch die AG Standortentwicklung 2013 insgesamt sechs Sitzungen, davon zwei mit Moderation durch den Leiter der Regionalen Planungsstelle, sowie durch die AG Gewässerverbund insgesamt acht Sitzungen jeweils mit mehreren Berichterstattungen durch die Regionale Planungsstelle durchgeführt.

Im Auftrag des Verbandsvorsitzenden vertritt Herr Prof. Dr. Berkner die Belange der Regionalplanung in der 2005 etablierten Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland, die 2013 nachfolgende Aktivitäten zu verzeichnen hatte:

31. Sitzung am 14.03.2013 („braune Pleiße“, VA-Braunkohlesanierung, Sächsisches Wassergesetz)
32. Sitzung am 11.09.2013 (Charta Leipziger Neuseenland, Schiffbarkeit)
33. Sitzung am 05.12.2013 (Geschäftsordnung, Flutung Zwenkauer See, Hochwasser 2013)

Darüber hinaus erfolgten Fachberatungsaktivitäten insbesondere zum Harthkanal. Mit der Einweihung der Kanuparkschleuse am 18.05.2013 konnte ein weiterer Meilenstein beim Ausbau des Gewässerverbunds in unserer Region gesetzt werden.

Der Regionale Planungsverband ist seit Beginn des IV. Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung am 01.01.2008 gemeinsam mit dem Sächsischen Oberbergamt Freiberg und der Landesdirektion Sachsen als Vertreter des Freistaats Sachsen stimmberechtigtes Mitglied sowie durch seine Fachberatung und die Abgabe von Stellungnahmen zu den Sanierungsmaßnahmen tätig. Im Jahr 2013 wurden 4 Sanierungsbeiräte durchgeführt:



85. Sitzung am 29.01.2013

87. Sitzung am 11.07.2013

86. Sitzung am 08.05.2013

88. Sitzung am 09.10.2013

## 5 Gliederung der Teilhaushalte

Die Gliederung der Teilhaushalte erfolgte nach den vorgegebenen Produktbereichen.

### Übersicht:

Produktbereich	Bezeichnung
11	Innere Verwaltung
51	Räumliche Planung und Entwicklung
61	Allgemeine Finanzwirtschaft

## 6 Prognosebericht

### Ergebnisentwicklung

Die Entwicklung der ordentlichen Erträge wird als konstant eingeschätzt. Gleiches gilt für die ordentlichen Aufwendungen. Gemäß Haushaltsplanung wird der Planungsverband dennoch sowohl im Haushaltsjahr 2014 als auch in den kommenden Haushaltsjahren voraussichtlich nicht in der Lage sein, ein positives Jahresergebnis zu erzielen. Nur schwer planbare Erträge aus dem Verkauf von Druckerzeugnissen wurden jedoch sehr gering angesetzt, die Aufwendungen für Sachverständigen- und Gerichtskosten dagegen sehr hoch.

### Liquiditätsentwicklung

Der Verband verfügt über eine stabile Kassenlage und ist daher in der Lage, mittelfristig eine negative Änderung des Zahlungsmittelbestands durch eine Entnahme aus der Liquiditätsreserve auszugleichen. Die stetige Aufgabenerfüllung des Verbands ist daher sichergestellt. Zudem verfügt der Regionale Planungsverband über ausreichend liquide Mittel, um alle Zahlungsverpflichtungen dauerhaft zu erfüllen. Der Verband ist schuldenfrei. Die Aufnahme von Krediten ist nicht vorgesehen.

## 7 Risikoeinschätzung

Die wesentlichsten Erträge des Regionalen Planungsverbandes setzen sich aus dem Mehrbelastungsausgleich des Sächsischen Staatsministerium des Innern sowie der Verbandsumlage zusammen. Da es sich hierbei um eine Pflichtaufgabe nach dem Sächsischen Landesplanungsgesetzes und des Raumordnungsgesetzes handelt, stellen diese konstante und sichere Erträge dar.

Hinsichtlich der Personalaufwendungen sind die Ergebnisse der Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst zu berücksichtigen, dies ist in den künftigen Haushaltsplanungen bereits erfolgt.

Da der Planungsverband nur über ein sehr geringes Anlagevermögen verfügt, sind keine hohen Abschreibungsbeträge sowie keine größeren Ersatzinvestitionen zu erwarten.

Die hohen Liquiditätsreserven des Planungsverbandes garantieren die dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Planungsverband hat keine Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen oder zur Liquiditätssicherung, die Gefahr von möglichen Zinsschwankungen besteht demnach nicht.

## 8 Organe und Mitgliedschaften

	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG	Mitgliedschaft in Organen von selbstständigen Organisationseinheiten und Vermögensmassen, die mit dem Verband eine Rechtseinheit bilden, und in Organen von Unternehmen nach § 96, an denen der Verband eine Beteiligung hält (ausgenommen Hauptversammlung)	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen (ausgenommen Hauptversammlung)
<b>Verbandsvorsitzender:</b>			
Dr. Gerhard Gey	<ul style="list-style-type: none"> <li>AR-Vorsitzender Muldentalkliniken GmbH</li> <li>AR-Vorsitzender WEV Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungs mbH</li> </ul>		
<b>Leiter Regionale Planungsstelle:</b>			
Prof. Dr. Andreas Berkner			

	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG	Mitgliedschaft in Organen von selbstständigen Organisationseinheiten und Vermögensmassen, die mit dem Verband eine Rechts-einheit bilden, und in Organen von Unternehmen nach § 96, an denen der Verband eine Beteiligung hält (ausgenommen Hauptversammlung)	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen (ausgenommen Hauptversammlung)
<b>Mitglieder der Verbandsversammlung:</b>			
Martin zur Nedden (bis 07/2013) 1. stellvertretender Verbandsvorsitzender (Angaben aus Eröffnungsbilanz)	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR-Vorsitzender Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH</li> <li>▪ AR-Vorsitzender Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH &amp; Co. Grundstücks-KG</li> <li>▪ AR Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH</li> <li>▪ AR Leipziger Stadtverkehrsbetriebe GmbH</li> <li>▪ AR Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH</li> <li>▪ AR-Vorsitzender Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH</li> <li>▪ AR-Vorsitzender Gesellschaft der Stadt Leipzig zur Erschließung, Entwicklung und Sanierung von Baugebieten mbH</li> </ul>		
Volkmar Winkler 2. stellvertretender Verbandsvorsitzender			
Burkhard Jung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR-Vorsitzender Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Mitglied im Beirat der Verbundnetz Gas AG</li> <li>▪ Mitglied im Kommunalbeirat der</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR-Vorsitzender Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH</li> <li>▪ AR Leipziger Messe GmbH</li> <li>▪ AR der European Energy Exchange AG</li> <li>▪ AR Handelshochschule Leipzig gGmbH</li> <li>▪ AR Mitteldeutsche Flughafen AG</li> <li>▪ AR Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH</li> </ul>		Sparkassen Versicherung Sachsen Holding AG
Dr. Sabine Heymann			
Jens Herrmann-Kambach	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH</li> </ul>		
Dr. Wolfgang Lingk			
Christopher Zenker (Angaben aus Eröffnungsbilanz)	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH</li> <li>▪ AR Sportbäder Leipzig GmbH</li> </ul>		
Ingrid Glöckner			
Hartmut Harbich			
Heike König (keine Angaben)			
Ansgar König (keine Angaben)			
Knut Keding			
Thomas Zeitler (keine Angaben)			
Naomi-Pia Witte	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH ( LWB )</li> </ul>		
Michael Czupalla	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR-Vorsitzender Kurbetriebsgesellschaft "Dübener Heide" mbH</li> <li>▪ AR-Vorsitzender Kreiskrankenhaus Delitzsch GmbH</li> <li>▪ AR-Vorsitzender Kreiskrankenhaus Service GmbH</li> <li>▪ AR-Vorsitzender ENEBA - Entsorgungs-, Entwicklungs- und Baugesellschaft mbH des</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vorsitzender des Beirates der WGF-Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises Nordsachsen</li> </ul>

	<p>Landkreises Delitzsch</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR-Vorsitzender Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Delitzsch GmbH</li> <li>▪ AR-Vorsitzender Abfallwirtschaft Torgau-Oschatz</li> <li>▪ AR-Vorsitzender Senioren- pflege und Wohnen Delitzsch GmbH</li> <li>▪ AR-Vorsitzender Omnibus Verkehrsgesellschaft mbH „Heide land“ (OVH) Oschatz</li> <li>▪ AR-Vorsitzender Kreiskrankenhaus "Johann Kentmann" Torgau gGmbH</li> <li>▪ AR-Vorsitzender Anfall- und Servicegesellschaft des Land kreises Nordsachsen</li> <li>▪ AR-Vorsitzender Hotel am Heide Spa GmbH &amp; Co KG</li> <li>▪ AR-Vorsitzender Hotel am Hei de Spa Bad Düben GmbH</li> <li>▪ AR-Vorsitzender Wirtschafts förderung Region Leipzig GmbH</li> </ul>		
Matthias Müller	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR Wohnungsgenossenschaft Oschatz/Mügeln</li> </ul>		
Harald Koch			
Hans-Hartmut Grabmann			
Bernd Bachmann			
Dr. Michael Friedrich			
Hubertus Wacker	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR-Vorsitzender Stadtwerke Eilenburg GmbH</li> <li>▪ AR KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der enviaM</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Mitglied der Gesellschafterver sammlung der Eilenburger Wohnungsbau- und Verwal tungsgesellschaft mbH</li> <li>▪ Mitglied der Gesellschafterver sammlung der Remondis Eilenburg GmbH</li> <li>▪ Mitglied der Verbandsver sammlung des AZV „Mittlere Mulde“</li> </ul>

			<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Mitglied der Verbandsversammlung des Trinkwasserversorgungsbandes Eilenburg Wurzen</li> </ul>
Dr. Bernd Klose			
Prof. Dr. Peter Lipinski			
Herbert Ehme (Angaben aus Eröffnungsbilanz)			
Henry Graichen			<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR MITGAS GmbH</li> <li>▪ Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH</li> </ul>
Uwe Hermann (Angaben aus Eröffnungsbilanz)			
Jürgen Frisch			<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Mitglied der Gesellschafterversammlung der Wohnungsgesellschaft Rötha-Mölbis-Espenhain mbH i.L.</li> </ul>
Frank Feldmann	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR Städtische Werke Borna GmbH</li> </ul>		
Wolfgang Hiensch (Angaben aus Eröffnungsbilanz)			<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Mitglied im Beirat der MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH</li> </ul>

Leipzig, 21. August 2015  
(Ort, Datum)

.....  
1. Stellvertreterin des Verbandsvorsitzend



# Anlage 1: Kennzahlen

Analysebereich	Kennzahl	Formel	01.01.2013	31.12.2013	31.12.2014	Interpretation
Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation	Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	-	107,72 %		<b>Soll: &gt;100%</b> Der Planungsverband war vollständig in der Lage, seine ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge zu decken
	Eigenkapitalquote I	$\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$	-	95,56 %		Die Kennzahl misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Sie dient als ein wichtiger Bonitätsindikator, als Maß für die Sicherheit und Kreditwürdigkeit.
	Eigenkapitalquote II	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge}) * 100}{\text{Bilanzsumme}}$	-	95,69 %		Das Eigenkapital kann aus wirtschaftlicher Sicht um den Sonderposten erweitert werden, da dieser weitgehend Eigenkapitalcharakter besitzt.
	Fehlbetragsquote	$\frac{\text{Negatives Jahresergebnis} * (-100)}{(\text{Ausgleichsrücklage} + \text{Allgemeine Rücklage})}$	-	0 %		
Vermögenslage	Abschreibungsintensität	$\frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$		1,1 %		Aufgrund des geringen Anlagevermögens ist die Abschreibungsquote beim Regionalen Planungsverband nicht bedeutend.
	Drittfinanzierungsquote	$\frac{\text{Erträge aus Sonderposten-Auflösung} * 100}{\text{Bilanzielle AfA auf Anlagevermögen}}$		1,6 %		Es wurde grundsätzlich nur sehr wenig Anlagevermögen des Planungsverbandes bezuschusst. Da die Abschreibungsbeträge aufgrund des geringen Anlagevermögens jedoch gering sind, wirkt sich dies nicht negativ auf das Ergebnis aus.
	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagevermögen} * 100}{\text{Abschreibungen auf Sachanlagen}}$		306,67 %		<b>Soll: = oder &gt;100%</b> Das Vermögen des Planungsverbandes hat sich erhöht. Es findet kein Substanzverzehr statt

Analysebereich	Kennzahl	Formel	01.01.2013	31.12.2013	31.12.2014	Interpretation
Finanzlage	Anlagendeckungs-grad 2	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge} + \text{langfristiges Fremdkapital}) * 100}{\text{Anlagevermögen}}$		2.680,7 %		<b>Soll: &gt;100%</b> Der Planungsverband deckt sein Anlagevermögen vollständig durch langfristige Finanzierung.
	Liquidität 2. Grades	$\frac{(\text{Liquide Mittel} + \text{Kurzfristige Forderungen}) * 100}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}}$		13.788,6 %		<b>Soll: &gt;100%</b> Der Planungsverband ist vollständig in der Lage, seinen kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.
	Kurzfristige Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$		0,7 %		Gibt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität. Ein großer Anteil kurzfristiger zinstragender Verbindlichkeiten bedeutet z.B. bei sich ändernden Zinsniveau starke Anpassungstendenzen bei den Zinsaufwendungen und -erträgen.
	Zuwendungsquote	$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} * 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$		95,67 %		Der Planungsverband ist sehr abhängig von den entsprechenden Zuweisungen. Dies entspricht jedoch dem Charakter des Planungsverbandes.
	Personalintensität	$\frac{\text{Personalaufwendungen} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$		81,24 %		Die Personalaufwandsquote entspricht der Quote eines Unternehmens im Dienstleistungssektor.
	Sach- und Dienstleistungsintensität	$\frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$		7,24 %		Drückt Anteil an Aufwendungen für Sach- & Dienstleistungen an den gesamten ordentlichen Aufwendungen aus. Muss im Zusammenhang mit Personalaufwandsquote betrachtet werden. Beide Kennzahlen stellen die Prioritätensetzung der Eigenleistung od. Fremdleistung bei der Bereitstellung kommunaler Leistungen dar.

## **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

### **1 Vorbemerkungen**

Mit Ablauf des Haushaltsjahres 2012 hat der Regionale Planungsverbandes Leipzig-West Sachsen den kameralistischen Buchungsbetrieb eingestellt. Seit dem 1. Januar 2013 erfolgt die Abbildung der Geschäftsvorfälle auf der Grundlage eines doppelischen Rechnungswesens.

Gemäß § 88 SächsGemO hat jede Gemeinde zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Im Jahresabschluss ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft einschließlich des Standes des Vermögens und der Verbindlichkeiten zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres nachzuweisen. Gemäß dem Gesetz zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaats Sachsen (Landesplanungsgesetz – SächsLPlG) vom 11. Juni 2010 (SächsGVBl 2010, S. 174), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. April 2014 (SächsGVBl. S. 234) geändert worden ist, gelten für die Wirtschaftsführung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen die Vorschriften der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO).

Der Jahresabschluss ist durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Nach § 53 SächsKomHVO-Doppik sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen vorzunehmen.

Der Rechenschaftsbericht soll nach § 53 Abs. 2 SächsKomHVO-Doppik auch darstellen:

8. die Erreichung der wesentlichen Ziele;
9. Angaben über den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung;
10. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind;
11. zu erwartende positive Entwicklungen und mögliche Risiken von besonderer Bedeutung;
12. die Ausführung eines Haushaltsstrukturkonzepts;
13. die Entwicklung und Abdeckung der Fehlbeträge.
14. die Auswertung der für die Schlüsselprodukte gesetzten Leistungsziele anhand der zur Messung der Zielerreichung gebildeten Kennzahlen.

### **2 Darstellung der wirtschaftlichen Lage**

#### **2.1 Allgemeines**

Der Regionale Planungsverband war im Haushaltsjahr 2014 sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht und zu jedem Zeitpunkt in der Lage, seine Aufgaben stetig zu erfüllen.

Die Zielstellungen des Haushaltsplans konnten erfüllt werden. Die Ziele des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen ergaben sich, wie in den Vorjahren auch, im Wesentlichen aus den Vorgaben des Sächsischen Landesplanungsgesetzes und des Raumordnungsgesetzes. Der Regionale Planungsverband ist Träger der Regionalplanung, die ihm als Teil der Landesplanung als Pflichtaufgabe übertragen worden ist. Dabei ist die Strategie des Verbands hauptsächlich auf die Erstellung, Fortschreibung und Verwirklichung des Regionalplans Westsachsen sowie der Braunkohlenpläne ausgerichtet. Hierzu zählten die begonnene Gesamtfortschreibung des Regionalplans Westsachsen aus dem Jahr 2008 sowie die gemeinsame Gesamtfortschreibung der Braunkohlepläne als Sanierungspläne „Tagebaubereich Goitzsche-Holzweißig-Rösa“ und die „Tagebau Delitzsch-Südwest/Breitenfeld“, wobei die Interessen der Region im Rahmen der Landesplanung unter Wahrung der vom Freistaat Sachsen gesetzten Planungsziele und unter Abwägung der Grundsätze der Raumordnung abzustimmen waren. Wesentliche Schwerpunkte der fachlichen Verbandsarbeit stellten hierbei, unter Auswertung der Hochwasserereignisse vom Juni 2013, die Verbesserung des Hochwasserschutzes in der Region, die Regionalentwicklung und die Fortführung der Braunkohlesanierung dar.

Daneben übernahm der Regionale Planungsverband Leipzig-West Sachsen die Aufgaben,

- an der Ausarbeitung und Aufstellung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung durch Staatsbehörden nach Maßgabe der landesrechtlichen Vorschriften mitzuwirken,

- auf die Verwirklichung des Regionalplans Westsachsen, der Braunkohlepläne und der regionalen Entwicklungspläne hinzuwirken; zudem ist der Verband Praxispartner im Rahmen von Forschungsprojekten mit Bezug zur Raumordnungsplanung
- die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen sowie sonstigen Planungsträger über die Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung in seinem Verbandsgebiet zu unterrichten, zu beraten und darauf hinzuwirken, dass raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen im Verbandsgebiet miteinander im Einklang stehen
- Stellungnahmen zu raumbedeutenden Planungen und Maßnahmen im Rahmen von raumordnungsverfahren, Zielabweichungsverfahren, anderen landesplanerischen Abstimmungen sowie Fachplanungen abzugeben,
- die Moderation von regionalen Planungsprozessen zum Ausgleich unterschiedlicher Interessenlagen nach Aufforderung wahrzunehmen und
- aktiv in den verschiedensten Arbeitsgremien zur regionalen Entwicklung mitzuarbeiten (z.B. FR Regio, Braunkohlensanierung, touristischer Gewässerverbund, Raumordnungskommission Sachsen/Sachsen-Anhalt).

Inhaltliche Änderungen im Aufgabenspektrum des Verbands gegenüber dem Vorjahr sind nicht eingetreten.

Wesentliche Eckpunkte des Jahresabschlusses:

	Werte in EUR
Ordentliche Erträge	1.107.467
Ordentliche Aufwendungen	990.783
Jahresergebnis	116.862
Liquiditätszufluss aus laufender Verwaltung	89.073
Investitionen	10.499

## 2.2 Ertragslage

Der Regionale Planungsverband konnte einen positiven Jahresverlauf 2014 verzeichnen. Eine geringfügig verbesserte Ertragssituation sowie geringere Aufwendungen stellen hierfür die Ursache dar.

Der Planungsverband weist in seiner Ergebnisrechnung einen Jahresüberschuss in Höhe von 116.862 EUR aus. Hierbei standen den Gesamterträgen in Höhe von 1.107.467 EUR Aufwendungen in Höhe von 990.783 EUR entgegen. Die Gesamtaufwendungen wurden demnach vollständig durch die Erträge gedeckt.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Erträge und Aufwendungen und deren Abweichung zu den Planwerten:

Bereich	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Ordentliche Erträge	1.058.670	1.107.647	+ 48.977	+ 4,6
Ordentliche Aufwendungen	1.284.500	990.783	-293.717	- 22,9
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-225.830</b>	<b>116.863</b>	<b>+ 342.693</b>	<b>+ 151,7</b>

Das in der Planung angenommene Haushaltsdefizit wurde nicht bestätigt, es konnte sogar ein positives Jahresergebnis erzielt werden. Dies ist insbesondere auf die Mehrerträge im Bereich der privatrechtlichen Leistungsentgelte und der Kostenerstattungen sowie den Minderaufwendungen der sonstigen ordentlichen Aufwendungen zurückzuführen.

Die Überschüsse des ordentlichen und der Fehlbetrag des Sonderergebnisses wurden gem. § 23 SächsKomHVO-Doppik getrennten Rücklagen zugeführt.

Die wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung im Vergleich zur Haushaltsplanung:

Bereich	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
<b>Erträge</b>	<b>1.058.670</b>	<b>1.107.647</b>	<b>+ 48.977</b>	<b>+ 4,6</b>
Zuwendungen und Umlagen	1.054.170	1.063.364	+ 9.194	+ 0,9
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.000	10.983	+ 9.983	+ 998,3
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	3.241	+ 3.241	+ 100,0
Finanzerträge	3.500	4.632	+ 1.132	+ 32,3
Außerordentliche Erträge	0	3	+ 3	+ 100,0
<b>Aufwendungen</b>	<b>1.284.500</b>	<b>990.783</b>	<b>- 293.717</b>	<b>- 22,9</b>
Personalaufwendungen	908.500	859.356	- 49.144	- 5,4
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	91.500	59.081	- 32.419	- 35,4
Planmäßige Abschreibungen	15.000	14.244	- 756	- 5,0
Sonstige ordentliche Aufwendungen	269.500	58.102	- 211.398	-78,4
Außerordentliche Aufwendungen	0	4	+ 4	+ 100,0

Besonders hervorzuheben waren die Mehrerträge im Bereich der Zuwendungen und Umlagen sowie der Privatrechtlichen Leistungsentgelte. Diese resultierten aus den zugewiesenen Bundesmitteln im Rahmen des Aktionsvorhabens „Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) und dem Verkauf von Druckerzeugnissen. Daneben erhielt der Planungsverband Mehrerträge aus den Erstattungen der gezahlten Gerichtskosten gemäß dem Kostenfestsetzungsbeschluss der Gemeinde Borsdorf sowie einer Gutschrift der Betriebskosten aus 2013. Weiterhin konnten mehr Zinserträge erzielt werden, als diese veranschlagt waren.

Bei den Aufwendungen dagegen dominiert die positive Entwicklung der geplanten sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Hier sind insbesondere die Aufwendungen für Sachverständigen- und Gerichtskosten zu nennen, die nicht in dem Umfang in Anspruch genommen werden mussten. Weiterhin fielen keine Aufwendungen für Kopierleistungen an.

Entwicklung Fehlbetrag

Haushaltsjahr	Haushaltsplan	Ergebnis	
		Fehlbetrag	Überschuss
<b>Kameral</b>		<b>0</b>	
2010		0	
2011		0	
2012		0	
<b>Doppisch</b>			<b>79.903</b>
2013	-137.130		79.903
2014	-88.700		116.862

Weder in den Vorjahren noch im Haushaltsjahr 2014 wurde ein Fehlbetrag festgestellt.

## 2.3 Finanzlage

Liquiditätsprobleme bestanden sowohl zum Eröffnungsbilanzstichtag als auch im Haushaltsjahr 2014 nicht. Die liquiden Mittel zum 31.12.2014 betrugen 1.297.076 EUR.

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Bereich	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Einzahlungen	1.058.500	1.081.730	+ 23.230	+ 2,2
Auszahlungen	1.269.500	992.657	- 276.843	- 21,8
<b>Ergebnis</b>	<b>- 211.000</b>	<b>89.073</b>	<b>300.073</b>	<b>+ 142,2</b>

Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit:

Bereich	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Einzahlungen	0	0	0	0
Auszahlungen	16.500	10.499	- 6.001	- 36,4
<b>Ergebnis</b>	<b>- 16.500</b>	<b>- 10.499</b>	<b>6.001</b>	<b>36,4</b>

Für die Finanzrechnung ergibt der Plan-Ist-Vergleich folgendes Bild:

Bereich	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Einzahlungen	1.058.500	1.081.730	+ 23.230	+ 2,2
Auszahlungen	1.286.000	1.003.156	- 282.844	+ 22,0
<b>Ergebnis</b>	<b>- 227.500</b>	<b>78.574</b>	<b>+ 306.074</b>	<b>+ 134,5</b>

Das Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit weist eine Abweichung in Höhe von 6.001 EUR auf. Dies liegt darin begründet, dass geplante Investitionen im IT-Bereich nicht getätigt wurden.

Der Saldo der Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit hingegen hat sich gegenüber den Planansatz verbessert. Daraus resultiert das positive Gesamtergebnis der Finanzrechnung in Höhe von 78.574 EUR.



Es bestehen zudem keine übertragenen Ermächtigungen, die das Folgejahr belasten.

## 2.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2014 hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz zum 31.12.2013 um 80.104 EUR (5,9 %) erhöht.

### Aktiva

Das bilanzierte Anlagevermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 41.479 EUR verringert und macht 3,08 % (31.12.2013: 3,57 %) der Bilanzsumme aus. Die größte Position des Anlagevermögens ist das Sachanlagevermögen mit den Maschinen und technischen Anlagen sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Im Anlagevermögen wurden entsprechende planmäßige Abschreibungen vorgenommen. Außerplanmäßige Abschreibungen fielen lediglich bei Abgängen von Vermögensgegenständen an, die mit einem Erinnerungswert von 1 EUR bilanziert waren.

Da geplante Investitionen nicht getätigt wurden, konnte das Vermögen auch nicht wie geplant vermehrt werden.

### Entwicklung der Hauptpositionen des Anlagevermögens

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil am AV in %	Anteil an der Bilanzsumme	Vorjahreswert in EUR	Abweichung Vorjahreswert in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.467	18	0,6	5.151	145,0
Sachanlagevermögen	34.012	92,6	2,5	40.077	84,9

Die größte Position des Umlaufvermögens sind die liquiden Mittel in Höhe von 1.297.076 EUR. Diese spiegeln die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr wieder. Weiterhin kommen die öffentlich-rechtlichen Forderungen in Höhe von 1.335 EUR hinzu sowie die privatrechtlichen Forderungen in Höhe von 1.436 EUR.

### Passiva

Auf der Passivseite dominiert die Kapitalposition mit 1.327.821 EUR und bestimmt damit 98,6 % der Bilanzsumme. Die Kapitalposition des Planungsverbandes hat sich von 1.210.959 EUR auf 1.327.821 EUR erhöht. Weiterhin haben sich die Verbindlichkeiten von 8.857 EUR auf 5.021 EUR verringert. Des Weiteren haben sich die Rückstellungen um 32.478 EUR auf 13.025 EUR verringert. Der Grund hierfür liegt in der Auflösung der Rückstellungen für Gerichtsprozesse. Die in der Vermögensrechnung ausgewiesenen Rückstellungen können vollständig durch die liquiden Mittel abgedeckt werden.

### Entwicklung der Hauptpositionen der Passiva

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil an der Bilanzsumme in %	Vorjahreswert in EUR	Abweichung Vorjahreswert in %
Kapitalposition	1.327.821	98,6	1.210.959	+ 9,7
Rückstellungen	13.025	1,0	45.722	- 71,5
Verbindlichkeiten	5.021	0,4	8.857	- 43,3

## 3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge eingetreten, über die wegen Ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu berichten ist.

## 4 Kennzahlen

Die wesentlichen Kennzahlen sind der Anlage 1 zu entnehmen.

## Schlüsselprodukte:

### Produkt 511000 - Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen -

Die Ziele des Schlüsselproduktes wurden vollständig erfüllt. Sie sind größtenteils deckungsgleich mit den wesentlichen Zielen des Regionalen Planungsverbands und wurden bereits im Kapitel 2.1 umfassend hinsichtlich deren Erreichung und Umsetzung beschrieben. Im Jahr 2014 wurden im Auftrag des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen als Träger öffentlicher Belange von der Regionalen Planungsstelle insgesamt 264 Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Planungen und Aktivitäten abgegeben. Ausgewählte Stellungnahmen von hoher regionalplanerischer Bedeutung nach Themenkomplexen:

- Raumplanung Nachbarländer und -regionen (Aufstellung des Sachlichen Teilplans „Zentrale Orte, Sicherung und Entwicklung der Daseinsvorsorge sowie großflächiger Einzelhandel“ für die Planungsregion Halle; Aufstellung des Regionalen Entwicklungsplans für die Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Teilregionalplan Windenergienutzung für die Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Teilregionalplan Windenergienutzung für die Planungsregion Lausitz-Spreewald)
- Zielabweichungsverfahren (Errichtung von Windenergieanlagen im Vorrang- und Eignungsgebiet Windenergienutzung Rackwitz, zum Vorhaben "Seehaus Nordufer Hainer See" Jugendstrafvollzug in freien Formen)
- Fördermittelanträge (Tourismuswirtschaftliches Gesamtkonzept für die Gewässerlandschaft im mitteldeutschen Raum (TWGK), Machbarkeitsstudie Erlebbarkeit der Wyhra; Verknüpfungspunkt Bahnhof Beilrode, Ehrenamts-Community Südraum Leipzig, Leerstandsproblematik Kleingärten im Landkreis Nordsachsen, Errichtung eines Schul-, Gesundheits- und Seniorensportzentrums Falkenhain; Konzept Besucherlenkung Bergbaufolgelandschaft Delitzscher Land; Gutachten Auswirkungen Sulfatgehalt Wasser auf Bausubstanz im KFSRL)
- Braunkohlesanierung (Stellungnahmen zu Maßnahmen für Regionalen Sanierungsbeirat und AG § 4-Maßnahmen nach VA-Braunkohlesanierung)
- Gesetzgebungsverfahren (Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Straßengesetzes und anderer Vorschriften) und Leitbilder zur Raumordnung in Deutschland
- Sonstige (Verfahren gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 SächsWG zur Feststellung der Fertigstellung von Gewässern für die Schifffahrt (Cospudener See, Markkleeberger See, Störmthaler See, Zwenkauer See, Harthkanal, Störmthaler Kanal); Flächenentwicklungskonzept (FEK) Leipzig-Nord; Hochwasserrisikomanagementpläne (Faule Parthe, Gösel, Heinersdorfer Bach, Todgraben))

Das Forschungsprogramm Stadtverkehr (FoPS) ist ein Programm des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden. Ziel des FoPS ist es, anwendungsorientierte, wissenschaftliche und praktische Erkenntnisse für die Entscheidungsträger im Bereich Stadt- und Regionalverkehr zu erarbeiten und zur Verfügung zu stellen. Für das Forschungsprojekt haben die Mitglieder des Lenkungsgremiums den Leiter der Regionalen Planungsstelle Leipzig als „Sprecher der Region“ benannt. Im Jahr 2014 fanden unter intensiver Mitwirkung des Planungsverbandes folgende Zusammenkünfte statt:

- 27.01.2014: 1. Sitzung des Lenkungsgremiums in Borna
- 06.03.2014: öffentliche Auftaktveranstaltung in Leipzig
- 13.06.2014: Treffen der operativen Steuerungsgruppe beim MDV
- 27.06.2014: 2. Sitzung des Lenkungsgremiums in Merseburg
- 14.08.2014: Treffen der operativen Steuerungsgruppe beim MDV
- 22.09.2014: 3. Sitzung des Lenkungsgremiums in Altenburg
- 03.11.2014: 1. Treffen der Fokusgruppe „Raum Meuselwitz“ in Meuselwitz (länderübergreifend)
- 04.11.2014: 1. Treffen der Fokusgruppe „Mittelbereich Torgau“ in Torgau
- 25.11.2014: Treffen der operativen Steuerungsgruppe beim MDV
- 11.12.2014: 4. Sitzung des Lenkungsgremiums in Delitzsch

Zu einem weiteren Handlungsschwerpunkt mit gleichbleibend hohem Gewicht entwickelte sich die Mitwirkung des Verbandes als Praxispartner im Zuge von Forschungsprojekten mit Bezug zur Raumordnungsplanung. Hierzu sind insbesondere folgende Aktivitäten zu nennen:

- Mitarbeit in der Definitionsphase des Projekts „StadtPartheLand - Kulturlandschaftsmanagement als Brücke zwischen Metropole und ländlichem Raum“ im Rahmen der Fördermaßnahme „Nachhaltiges Landmanagement“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)
  - Teilnahme an Experteninterviews zur Studie des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) der Schweiz „SUP in der Schweiz und den Nachbarländern“ (SUP-Praxiserfahrungen) am 28.01.2014 im BMUB Berlin
  - Mitglied der projektbegleitenden Arbeitsgruppe zum Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) „Langzeitwirkung von Photovoltaikanlagen auf Freiflächen aus Naturschutzsicht“
4. Sitzung am 29.01.2014 (BfN Leipzig)
- Mitarbeit als Vertreter der Kooperationsregion Leipzig-West Sachsen im Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) „Den Landschaftswandel gestalten“
    - 3. Querschnittsworkshop am 13. und 14. März 2014 in der Modellregion Ostwürttemberg in Schwäbisch Gmünd
    - Internationaler Abschlussworkshop am 22. und 23. Oktober 2014 beim Regionalverband FrankfurtRheinMain in Frankfurt/Main

Zu den Tagebauseen und zum Gewässerverbund Leipziger Neuseenland erfolgte im Berichtszeitraum eine intensive Facharbeit in den Arbeitsgruppen Standortentwicklung und Gewässerverbund (Mitwirkung Katrin Klama). In Vorbereitung der Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland wurden durch die AG Standortentwicklung 2013 insgesamt sechs Sitzungen, davon zwei mit Moderation durch den Leiter der Regionalen Planungsstelle, sowie durch die AG Gewässerverbund insgesamt acht Sitzungen jeweils mit mehreren Berichterstattungen durch die Regionale Planungsstelle durchgeführt.

Im Auftrag des Verbandsvorsitzenden vertritt Herr Prof. Dr. Berkner die Belange der Regionalplanung in der 2005 etablierten Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland, die 2014 nachfolgende Aktivitäten zu verzeichnen hatte:

- 34. Sitzung am 11.04.2014 (Schiffbarkeit, Charta),
- 35. Sitzung am 11.07.2014 (Fragebogen Charta, Tagebauseen und Entlassung aus dem Bergrecht),
- 36. Sitzung am 13.10.2014 (Monitoring Floßgraben, Schlüsselmaßnahmen Gewässerverbund),
- 37. Sitzung am 12.12.2014 (Karl-Heine-Kanal, Lindenauer Hafen, Kommunikation)

Darüber hinaus erfolgten Fachberatungsaktivitäten insbesondere zum Harthkanal und zur „Wasserschlange“.

Einen absoluten Arbeitsschwerpunkt bildete 2014 der Kommunikationsprozess zur Charta Leipziger Neuseenland 2030 mit einer Arbeitsgruppe (6 Sitzungen), mehreren Workshops und Informationsveranstaltungen sowie Bürgerbefragungen in der Kreisfreien Stadt Leipzig bzw. in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen unter Einbeziehung von ca. 4000 Probanden. Eckpunkte bildeten dabei

- die Auftaktveranstaltung am 06.02.2014 in Leipzig,
- der Workshop zur Charta in der Stadt Leipzig am 22.03.2014,
- der Workshop zur Charta im Landkreis Leipzig am 29.03.2014 in Borna sowie
- der Workshop zur Charta im Landkreis Nordsachsen am 05.04.2014 in Delitzsch.

Der Regionale Planungsverband ist seit Beginn des IV. Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung am 01.01.2008 gemeinsam mit dem Sächsischen Oberbergamt Freiberg und der Landesdirektion Sachsen als Vertreter des Freistaats Sachsen stimmberechtigtes Mitglied sowie durch seine Fachberatung und die Abgabe von Stellungnahmen zu den Sanierungsmaßnahmen tätig. Im Jahr 2014 wurden vier Sanierungsbeiräte durchgeführt:

- |                             |                             |
|-----------------------------|-----------------------------|
| • 89. Sitzung am 17.01.2014 | • 91. Sitzung am 16.07.2014 |
| • 90. Sitzung am 07.05.2014 | • 92. Sitzung am 15.10.2014 |

Die Tätigkeit der § 4-Arbeitsgruppe zum Verwaltungsabkommen Braunkohlesanierung wurde in 2 durchgeführten Sitzungen koordiniert:

- |                                |                                |
|--------------------------------|--------------------------------|
| • 29. AG-Sitzung am 16.04.2014 | • 30. AG-Sitzung am 05.11.2014 |
|--------------------------------|--------------------------------|

Das im Jahr 2013 durch den Regionalen Planungsverband initiierte Bündelungsgremium etablierte sich auch 2014 als wichtige Kommunikationsplattform. So wurden die folgenden Punkte dezidiert behandelt:

- 09.01.14 Walgraben Markkleeberg und Vernässung Landpfeiler
- 04.06.14 Gesamtproblematik Gösel
- 24.10.14 Grundwasseranstieg Regis-Breitingen

#### Gliederung der Teilhaushalte

Die Gliederung der Teilhaushalte erfolgte nach den vorgegebenen Produktbereichen.

#### Übersicht:

Produktbereich	Bezeichnung
11	Innere Verwaltung
51	Räumliche Planung und Entwicklung
61	Allgemeine Finanzwirtschaft

### 5 Prognosebericht

#### Ergebnisentwicklung

Die Entwicklung der ordentlichen Erträge wird als konstant eingeschätzt. Gleiches gilt für die ordentlichen Aufwendungen. Gemäß Haushaltsplanung wird der Planungsverband dennoch sowohl im Haushaltsjahr 2015 als auch in den Folgejahren voraussichtlich nicht in der Lage sein, ein positives Jahresergebnis zu erzielen. Nur schwer planbare Erträge aus dem Verkauf von Druckerzeugnissen wurden sehr gering angesetzt, die Aufwendungen für Sachverständigen- und Gerichtskosten dagegen sehr hoch.

#### Liquiditätsentwicklung

Der Verband verfügt über eine stabile Kassenlage und ist daher in der Lage, mittelfristig eine negative Änderung des Zahlungsmittelbestands durch eine Entnahme aus der Liquiditätsreserve auszugleichen. Die stetige Aufgabenerfüllung des Verbands ist daher sichergestellt. Zudem verfügt der Regionale Planungsverband über ausreichend liquide Mittel, um alle Zahlungsverpflichtungen dauerhaft zu erfüllen. Der Verband ist schuldenfrei. Die Aufnahme von Krediten ist nicht vorgesehen.

### 6 Risikoeinschätzung

Die wesentlichsten Erträge des Regionalen Planungsverbandes setzen sich aus dem Mehrbelastungsausgleich des Sächsischen Staatsministerium des Innern sowie der Verbandsumlage zusammen. Da es sich hierbei um eine Pflichtaufgabe nach dem Sächsischen Landesplanungsgesetzes und des Raumordnungsgesetzes handelt, stellen diese konstante und sichere Erträge dar. Weiterhin stehen dem Verband Erträge aus Schutzgebühren für Publikationen und Zinsen zur Verfügung.

Hinsichtlich der Personalaufwendungen sind die Ergebnisse der Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst zu berücksichtigen, dies ist in den künftigen Haushaltsplanungen bereits erfolgt.

Da der Planungsverband nur über ein sehr geringes Anlagevermögen verfügt, sind keine hohen Abschreibungsbeträge sowie keine größeren Ersatzinvestitionen zu erwarten.

Die hohen Liquiditätsreserven des Planungsverbandes garantieren die dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Planungsverband hat keine Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen oder zur Liquiditätssicherung, die Gefahr von möglichen Zinsschwankungen besteht demnach nicht.

### 7 Ausführung des Haushaltsstrukturkonzeptes

Der Regionale Planungsverband verfügt derzeit über kein Haushaltsstrukturkonzept. Aufgrund der gesetzlichen Vorgabe von § 25 Abs. 4 SächsKomHVO-Doppik ist über die Erstellung eines Haushaltsstrukturkonzeptes spätestens bei Verrechnung der Fehlbeträge mit dem Basiskapital, das heißt für das Haushaltsjahr 2018, zu entscheiden.

## 8 Organe und Mitgliedschaften

	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG	Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Organisationseinheiten und Vermögensmassen, die mit dem Verband eine Rechtseinheit bilden, und in Organen von Unternehmen nach § 96, an denen der Verband eine Beteiligung hält (ausgenommen Hauptversammlung)	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen (ausgenommen Hauptversammlung)
<b>Verbandsvorsitzender:</b>			
Dr. Gerhard Gey	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR-Vorsitzender Muldentalkliniken GmbH</li> <li>▪ AR-Vorsitzender WEV Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungs mbH</li> </ul>		
<b>Leiter Regionale Planungsstelle:</b>			
Prof. Dr. Andreas Berkner			

Mitglieder der Versammlungsversammlung:			
Volkmar Winkler 2. stellvertretender Verbandsvorsitzender			
Burkhard Jung	<ul style="list-style-type: none"> <li>AR-Vorsitzender Beratungs- gesellschaft für Beteiligungs- verwaltung Leipzig mbH</li> <li>AR-Vorsitzender Leipziger Versorgungs- und Verkehrs- gesellschaft mbH</li> <li>AR Leipziger Messe GmbH</li> <li>AR der European Energy Exchange AG</li> <li>AR Handelshochschule Leipzig gGmbH</li> <li>AR Mitteldeutsche Flug- Hafen AG</li> <li>AR Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Mitglied im Beirat der Verbundnetz Gas AG</li> <li>Mitglied im Kommunalbeirat der Sparkassen Versicherung Sachsen Holding AG</li> </ul>
Dr. Sabine Heymann	<ul style="list-style-type: none"> <li>AR LBW - Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH</li> <li>AR LEVG - Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH &amp; Grundstücks-KG</li> <li>Verbandsmitglied Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZNVL)</li> </ul>		
Dr. Wolfgang Lingk			
Christopher Zenker (Angaben aus Eröffnungsbilanz)	<ul style="list-style-type: none"> <li>AR Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH</li> <li>AR Sportbäder Leipzig GmbH</li> </ul>		
Heike König (keine Angaben)			
Ansgar König (keine Angaben)			
Knut Keding			
Naomi-Pia Witte	<ul style="list-style-type: none"> <li>AR Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH ( LWB )</li> </ul>		
Matthias Müller	<ul style="list-style-type: none"> <li>AR Wohnungsgenossenschaft Oschatz/Mügeln</li> </ul>		



	<ul style="list-style-type: none"> <li>AR-Vorsitzender Abfallwirtschaft Torgau-Oschatz</li> </ul>		
Harald Koch			
Hans-Hartmut Grabmann			
Bernd Bachmann			
Dr. Michael Friedrich			
Hubertus Wacker	<ul style="list-style-type: none"> <li>AR-Vorsitzender Stadtwerke Eilenburg GmbH</li> <li>AR KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der enviaM</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Mitglied der Gesellschafterversammlung der Eilenburger Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH</li> <li>Mitglied der Gesellschafterversammlung der Remondis Eilenburg GmbH</li> <li>Mitglied der Verbandsversammlung des AZV „Mittlere Mulde“</li> <li>Mitglied der Verbandsversammlung des Trinkwasserversorgungsbandes Eilenburg Wurzen</li> </ul>
Dr. Bernd Klose			
Prof. Dr. Peter Lipinski			
Herbert Ehme (Angaben aus Eröffnungsbilanz)			
Henry Graichen	<ul style="list-style-type: none"> <li>AR IRL Investregion Leipzig GmbH</li> <li>AR MITGAS GmbH</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Verbandsvorsitzender des Zweckverbands Planung und Erschließung Industriestandort Böhlen-Lippendorf</li> </ul>
Uwe Herrmann (Angaben aus Eröffnungsbilanz)			
Jürgen Frisch			<ul style="list-style-type: none"> <li>Mitglied der Gesellschafterversammlung der Wohnungsgesellschaft Rötha-Mölbis-Espenhain mbH i.L.</li> </ul>

Karsten Schütze	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR Wohnungsbaugesellschaft Markkleeberg mbH</li> <li>▪ AR Markkleeberger Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH</li> <li>▪ AR Entwicklungsgesellschaft für Gewerbe und Wohnen Wachau mbH</li> <li>▪ AR Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia</li> <li>▪ AR Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH</li> </ul>		
Wolfgang Klinger	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR IRL Investregion Leipzig GmbH</li> <li>▪ AR Kommunale Datennetz GmbH</li> </ul>		
Michael Reinhardt			
Dr. Holger Schirmbeck			
Holger Schulz	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR Regionalbus Leipzig GmbH</li> </ul>		
Dorothee Dubrau	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AR LWB – Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH</li> <li>▪ AR LVB – Leipziger Verkehrsbetriebe</li> <li>▪ AR LEVG &amp; Co. KG – Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH &amp; Co. Grundstücks-KG</li> <li>▪ AR LEVG – Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH</li> <li>▪ AR LESG mbH – Leipziger Entwicklungs- und Sanierungsgesellschaft</li> <li>▪ AR MDV GmbH - Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH</li> </ul>		
Axel Wohlschläger			

Leipzig, 17. August 2016

.....  
Henry Graichen  
Verbandsvorsitzender des  
Regionalen Planungsverbands  
Leipzig-West Sachsen

# Anlage 1: Kennzahlen

Analysebereich	Kennzahl	Formel	01.01.2013	31.12.2013	31.12.2014	Interpretation
Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation	Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	-	107,72 %	111,80 %	<b>Soll: &gt;100%</b> Der Planungsverband war vollständig in der Lage, seine ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge zu decken. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Aufwandsdeckungsgrad erhöht.
	Eigenkapitalquote I	$\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$	-	95,56 %	98,56 %	Die Kennzahl misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Sie dient als ein wichtiger Bonitätsindikator, als Maß für die Sicherheit und Kreditwürdigkeit. Die hohe Eigenkapitalquote von 98,56 % weist auf eine hohe finanzielle Stabilität des Planungsverbandes hin.
	Eigenkapitalquote II	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge}) * 100}{\text{Bilanzsumme}}$	-	95,69 %	98,66 %	Das Eigenkapital kann aus wirtschaftlicher Sicht um den Sonderposten erweitert werden, da dieser weitgehend Eigenkapitalcharakter besitzt.
	Fehlbetragsquote	$\frac{\text{Negatives Jahresergebnis} * (-100)}{(\text{Ausgleichsrücklage} + \text{Allgemeine Rücklage})}$	-	0 %	0 %	
Vermögenslage	Abschreibungsintensität	$\frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$		1,1 %	1,44 %	Aufgrund des geringen Anlagevermögens ist die Abschreibungsquote beim Regionalen Planungsverband nicht bedeutend.
	Drittfinanzierungsquote	$\frac{\text{Erträge aus Sonderposten-Auflösung} * 100}{\text{Bilanzielle AfA auf Anlagevermögen}}$		1,6 %	1,21 %	Es wurde grundsätzlich nur sehr wenig Anlagevermögen des Planungsverbandes bezuschusst. Da die Abschreibungsbeträge aufgrund des geringen Anlagevermögens jedoch gering sind, wirkt sich dies nicht negativ auf das Ergebnis aus.

Analysebereich	Kennzahl	Formel	01.01.2013	31.12.2013	31.12.2014	Interpretation
Finanzlage	Anlagendeckungs-grad 2	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge} + \text{langfristiges Fremdkapital}) * 100}{\text{Anlagevermögen}}$		2.680,7 %	3.586,52 %	<b>Soll: &gt;100%</b> Der Planungsverband deckt sein Anlagevermögen vollständig durch langfristige Finanzierung.
	Liquidität 2. Grades	$\frac{(\text{Liquide Mittel} + \text{Kurzfristige Forderungen}) * 100}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}}$		13.788,6 %	19.697,86 %	<b>Soll: &gt;100%</b> Der Planungsverband ist vollständig in der Lage, seinen kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.
	Kurzfristige Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$		0,7 %	0,49 %	Die Kennzahl gibt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität. Ein großer Anteil kurzfristiger zinstragender Verbindlichkeiten bedeutet z.B. bei sich ändernden Zinsniveau starke Anpassungstendenzen bei den Zinsaufwendungen und -erträgen. Aufgrund der geringen kurzfristigen Fremdkapitalquote unterliegt der Planungsverband keinen starken Zinsanpassungen.
	Zuwendungsquote	$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} * 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$		95,67 %	96,00 %	Der Planungsverband ist sehr abhängig von Zuweisungen. Dies entspricht jedoch dem Charakter des Planungsverbandes.
	Personalintensität	$\frac{\text{Personalaufwendungen} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$		81,24 %	85,75 %	Die Personalaufwandsquote entspricht der Quote eines Unternehmens im Dienstleistungssektor.
	Sach- und Dienstleistungsintensität	$\frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$		7,24 %	7,03 %	Die Kennzahl drückt den Anteil an den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen an den gesamten ordentlichen Aufwendungen aus. Sie muss im Zusammenhang mit der Personalaufwandsquote betrachtet werden. Beide Kennzahlen stellen die Prioritätensetzung der Eigenleistung oder Fremdleistung bei der Bereitstellung kommunaler Leistungen dar.

## Kommunaler Sozialverband Sachsen

### Beteiligungsübersicht

Thomasiusstraße 1  
04109 Leipzig

Tel. 0341 / 1266-0  
Fax 0341 / 1266 700/ 1266800  
Email [post@ksv-sachsen.de](mailto:post@ksv-sachsen.de)  
Internet <http://www.ksv-sachsen.de>

Gründungsdatum 22.01.1993

### Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		47,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Meißen	6,3800 %	3,00
Landkreis Vogtlandkreis	6,3800 %	3,00
Stadt Leipzig	10,6400 %	5,00
Landkreis Mittelsachsen	8,5100 %	4,00
Stadt Dresden	10,6400 %	5,00
Landkreis Bautzen	8,5100 %	4,00
Landkreis Erzgebirgskreis	8,5100 %	4,00
Landkreis Görlitz	6,3800 %	3,00
Landkreis Leipzig	6,3800 %	3,00
Landkreis Nordsachsen	6,3800 %	3,00
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	6,3800 %	3,00
Landkreis Zwickau	8,5100 %	4,00
Stadt Chemnitz	6,3800 %	3,00

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Dem LWV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelfunktion übertragen.

Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung behinderter Menschen. Nach dem BSHG sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des LWV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe, und damit der Kostenträger für stationäre und teilstationäre Maßnahmen, ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem BSHG.

Die Aufgaben und Ziele des LWV Sachsen sind:

- Kostenträger von stationären und teilstationären Hilfsangeboten für körperlich, geistig oder seelisch behinderte Personen nach dem BSHG und dem SGB IX;
- Verhandlungsführung über Entgelte für Einrichtungen nach dem BSHG und dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI);
- Wahrnehmung der Aufgaben der überörtlichen Betreuungsbehörde und Prüfungsbehörde;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege und Beteiligung an der Planung und Förderung von Einrichtungen im Freistaat Sachsen;

Der LWV als höherer Kommunalverband erhebt seine Umlage nach der Umlagekraft seiner Mitglieder. Damit wird gesichert, dass allen Hilfeempfängern, unabhängig von ihrem gewöhnlichen Aufenthalt und dem Ort ihrer Betreuung und Unterbringung in gleicher Weise und nach einheitlichen Standards die erforderliche Hilfe gewährt werden kann.

Durch das Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (AGSGB vom 14.Juli 2005) wurde am 30. Juli 2005 der Landeswohlfahrtsverband (LWV) als Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV) gegründet.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	23.026.169,56

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	





Das Haushaltsjahr 2015 des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen (KSV Sachsen) wurde mit folgenden Ergebnissen abgeschlossen:

#### **Ergebnisrechnung**

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	537.965.170,53 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	539.808.770,85 EUR
Ordentliches Ergebnis	- 1.843.600,32 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	70,64 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	2.679,02 EUR
Sonderergebnis	- 2.608,38 EUR
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>- 1.846.208,70 EUR</b>

#### **Finanzrechnung**

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	968.773,06 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	672,59 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	198.900,10 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-198.227,51 EUR
Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	770.545,55 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	204.083,73 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	- 204.083,73 EUR
Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes	566.461,82 EUR

#### **Vermögensrechnung**

Bilanzsumme des KSV Sachsen:	65.125.641,43 EUR
------------------------------	-------------------

#### **Allgemeine Erläuterungen zum Kommunalhaushalt Rechtsgrundlagen**

Nach § 53 SächsKomHVO-Doppik ist die Jahresrechnung durch einen Rechenschaftsbericht zu ergänzen.

Insbesondere sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern.

Im Gesetz über den KSV Sachsen (SächsKomSozVG) werden im § 3 die durch den Verband zu erfüllenden Aufgaben definiert. Im Absatz 1 wird der KSV Sachsen zum überörtlichen Träger der Sozialhilfe bestimmt.

Stand: 30.09.2016

## Haushaltssatzung

Nach § 21 SächsKomSozVG finden auf die Wirtschaftsführung des KSV Sachsen die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes sowie der Jahresabschluss entsprechend Anwendung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2015 sind von der Verbandsversammlung in der Sitzung vom 08.12.2014 beschlossen worden.

Das Sächsische Staatsministerium des Innern (SMI) hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 24. März 2015 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt und die in § 5 festgesetzte Sozialumlage in Höhe von 8,58017928927 v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 16 vom 16.04.2015. Gleichzeitig war der Haushaltsplan an sieben Tagen im Dienstgebäude des KSV Sachsen öffentlich ausgelegt.

In der Haushaltssatzung des KSV Sachsen waren für das Haushaltsjahr 2015 festgesetzt:

> im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	541.488.015 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	541.488.015 EUR
Entnahmen aus Rücklagen auf	0,00 EUR
> im Finanzhaushalt	
Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	250.820 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 240.000 EUR
Finanzierungsfehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 490.820 EUR
Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes	- 490.820 EUR
> Höchstbetrag der Kassenkredite	108.200.000 EUR
> Höhe der Sozialumlage v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte	8,58017928927

Stand: 30.09.2016



Der Umlagesatz wurde auf der Basis der Umlagegrundlagen 2014 ermittelt, da zum Zeitpunkt des Beschlusses der Haushaltssatzung 2015 weder Orientierungsdaten noch endgültige Umlagegrundlagen zur Ermittlung des Umlagesatzes für die Sozialumlage 2015 bekannt gemacht waren. Es musste eine Nachtragssatzung aufgestellt werden, da sich die Sozialumlage auf Basis der Umlagegrundlagen 2015 um 14,1 Mio. EUR gegenüber der ursprünglichen Planung erhöht hätte. Am 8. Juni 2015 beschloss die Verbandsversammlung die erste Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2015 mit angepasstem Umlagesatz in Höhe von 8,29701335311263 v.H. der Umlagegrundlagen. Mit Bescheid vom 10. Juli 2015 genehmigte das SMI den beschlossenen Umlagesatz. Die Veröffentlichung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt/Amtlichen Anzeiger Nr. 32 vom 06.08.2015

Im Rahmen der per Gesetz zum 01.08.2008 vollzogenen Verwaltungs- und Funktionalreform der öffentlichen Verwaltung im Freistaat Sachsen wurden dem KSV Sachsen zusätzliche Verwaltungsaufgaben im Sozialbereich übertragen. Die durch diese Aufgabenwahrnehmung entstandenen Ausgaben im Bereich der Personal- und Sachkosten werden vollständig aus dem Kommunalhaushalt finanziert.

Mit der Verwaltungsreform wurde der KSV Sachsen außerdem ermächtigt, Titel des Bundes- und Landeshaushaltes zu bewirtschaften sowie die Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX zu verwalten. Diese Ausgabemittel sind nicht Bestandteil des Haushaltsplanes des KSV Sachsen und haben keinen Einfluss auf den Jahresabschluss bzw. die Höhe der Sozialumlage.

#### **Zusammengefasste Ergebnisse des Jahresabschlusses**

Die Jahresrechnung 2015 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem veranschlagten Gesamtergebnis in Höhe von minus 1.846.208,70 EUR ab.

Die Jahresrechnung 2015 schließt in der Finanzrechnung mit einem Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 24.601.283,77 EUR ab.  
Er erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 249.672,87 EUR.

Gegenüber dem Haushaltsplan ergaben sich folgende Veränderungen:

##### **in der Ergebnisrechnung**

beim Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge ein Minderbetrag von 3.522.844,47 EUR

beim Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen ein Minderbetrag von  
1.679.244,15 EUR

##### **in der Finanzrechnung**

beim Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit + 1.219.593,06 EUR

beim Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit + 41.772,49 EUR

beim Bedarf an Zahlungsmitteln - 740.492,87 EUR

##### **in der Vermögensrechnung**

verringerte sich die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr von 67.299.614,21 EUR  
auf 65.125.641,43 EUR.

---

Stand: 30.09.2016

## **5. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung**

### **5.1. Ordentliche Erträge der Ergebnisrechnung**

#### **5.1.1. Zuwendungen und Umlagen nach Arten und aufgelösten Sonderposten**

Diese Position enthält die mit rd. 77 % gemessen an den Gesamterträgen stärkste Ertragsposition im Haushalt, die Sozialumlage. Weiterhin werden unter dieser Position Erträge in geringem Umfang aus der Auflösung von Sonderposten erfasst.

#### **5.1.2. Sonstige Transfererträge**

Position 3 beinhaltet den Ersatz sozialer Leistungen durch vorrangige Sozialleistungsträger und Dritte an den KSV Sachsen. Sie ist nach der Sozialumlage die zweite Haupteintragsquelle im Kommunalhaushalt. Dem Plan von 79.363.500 EUR stehen im Ergebnis 77.186.900 EUR gegenüber (Planerfüllung von 97 %).

Die größten Abweichungen gegenüber dem Plan finden sich bei den Konten:

322310.....Ersatz von Rentenversicherungsträgern	- 1,3 Mio. EUR
322315.....Ersatz von Wohngeldstellen	- 1,1 Mio. EUR

Wesentliche Gründe für den Rückgang von Renteneinnahmen sind die fehlenden bzw. geringen Rentenansprüche bei Neuzugängen in der stationären Eingliederungshilfe (Wohnheime für behinderte Menschen) im Vergleich zu Personen, die wegen Erreichens der Altersgrenze in die Zuständigkeit des örtlichen Sozialhilfeträgers wechseln. Vergleicht man das Ist-Ergebnis zum Vorjahr (+ 0,3 Mio. EUR), so ist eine gewisse Kompensation durch die jährlichen Rentenerhöhungen zu erkennen.

Die Ist-Abweichung vom Plan bei den Erträgen von Wohngeldstellen hat ihre Ursache insbesondere darin, dass die Wohngeldbeträge seit 2009 nicht mehr erhöht wurden. Das heißt, die Ansprüche der laufenden Wohngeldbezieher sind in Folge der jährlichen Rentenerhöhungen gesunken. Diese Entwicklung war im Voraus schwer abzuschätzen, obwohl bei der Planerstellung 2015 gegenüber 2014 bereits mit einer Reduzierung des Ansatzes um 40 % auf die tendenzielle Entwicklung reagiert wurde. Künftig werden hier in Folge der Novellierung des Wohngeldgesetzes wieder deutlich steigende Einnahmen erwartet.

#### **5.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**

Im Haushaltsjahr 2015 konnten 15,0 TEUR mehr Verwaltungsgebühren als geplant und 20,5 TEUR mehr als im Vorjahr eingenommen werden. Diese Mehreinnahme gegenüber dem Plan entstand hauptsächlich bei der Erhebung von Gebühren im Ergebnis der Tätigkeit der Heimaufsicht. Diese Aufgabe wurde im Rahmen der Funktionalreform am 01.01.2013 vom KSV Sachsen übernommen. Die steigenden Gebühreneinnahmen sind das Ergebnis einer höheren Begehungsquote.

Der Planwert der Gebühren für die Anerkennung der Gesundheitsfachberufe wurde mit 99,5 % erfüllt.

#### **5.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte**

Das Ergebnis 2015 liegt mit 28,1 TEUR über dem Planansatz. Diese Mehrerträge resultieren aus der Jahresabrechnung der Heizkosten und der Betriebskostenerstattung zur Jahresabrechnung 2014.

---

Stand: 30.09.2016



#### **5.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen**

Der Ansatz dieser Position wurde mit 1,8 Mio. EUR unterschritten. Die Mindererträge resultieren im Wesentlichen aus Mindererträgen bei der Erstattung von Grundsicherungsleistungen. Im Rahmen der Prüfung des Erstattungsverfahrens durch den Bundesrechnungshof nach § 46a SGBXII wurden Beanstandungen zu Lasten des Bundes festgestellt, welche zu geringeren Erstattungsbeträgen führten. Nennenswerte Mehreinnahmen in Höhe von 256 TEUR sind bei den Erstattungen von vorrangig verpflichteten Sozialleistungsträgern zu verzeichnen. Es handelt sich vorwiegend um Erstattungen vom Rentenversicherungsträger sowie von Krankenkassen. Eine exakte Planung von Erstattungsbeträgen seitens der Krankenkassen und anderen Versicherungsträgern ist schwer möglich, da es sich um Einzelfälle mit teilweise hohen Beträgen handelt. Planungsgrundlage bilden Erfahrungswerte neben den Erträgen der Vorjahre.

#### **5.1.6. Finanzerträge (Zinsen, Erträge aus Beteiligungen u. ä. Erträge)**

Aus kurzfristigen Geldanlagen für zeitweilig nicht benötigte Finanzmittel konnten 2015 Zinserträge von Kreditinstituten in Höhe von 1,0 TEUR und damit 19,0 TEUR weniger als geplant erwirtschaftet werden, verursacht durch die Niedrigzinssituation am Kapitalmarkt.

#### **5.1.7. Sonstige ordentliche Erträge**

Mehreinnahmen in Höhe von 233,3 TEUR wurden unter dieser Position bei den Erträgen aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen sowie bei den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen für sonstige vertragliche Verpflichtungen gegenüber Dritten erzielt.

### **5.2. Ordentliche Aufwendungen der Ergebnisrechnung**

#### **5.2.1. Personalaufwendungen**

Bei den Personalaufwendungen wurden gegenüber der Plansumme 129,5 TEUR mehr in Anspruch genommen. Grund dafür war die Einstellung von Mitarbeitern in der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder der DDR im Laufe des Jahres 2015. Da dies zum Planungszeitpunkt nicht bekannt war, konnten die Mittel dafür nicht angesetzt werden. Diese Personalaufwendungen werden vom Freistaat zu 100 % erstattet.

#### **5.2.2. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

Diese Position beinhaltet alle Leistungen, welche sich auf die Unterhaltung und Bewirtschaftung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, den Erwerb von Ausrüstungsgegenständen bis zu einem Wert von 410 EUR und deren Unterhaltung beziehen. Weiterhin sind Mieten und Pachten, Fortbildungskosten, Dienstreisen und Aufwendungen für Ausbildung erfasst. Der Planwert für diesen Teil der Sachaufwendungen wurde mit 96,7 TEUR unterschritten.

Der zweite Teil der Sachaufwendungen des KSV Sachsen ist unter Position 17 - sonstige ordentliche Aufwendungen - zu finden. Es handelt sich um alle Aufwendungen, die dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit zugerechnet werden. Im wesentlichen sind dies Aufwendungen für Bücher und Zeitschriften, Steuern, Versicherung, Schadensfälle, Gerichts- und Vollstreckungskosten, Post- und Fernmeldegebühren, Büromaterial, Mitgliedsbeiträge, Datenverarbeitung, ehrenamtliche Tätigkeit und sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen. Bei diesem zweiten Teil wurde der Planansatz mit 23,8 TEUR unterschritten, so

Stand: 30.09.2016

dass bei einem Plan-Ist-Vergleich aller Sachaufwendungen des KSV Sachsen 120,5 TEUR im Haushaltsjahr 2015 nicht in Anspruch genommen worden.

Bei folgenden Positionen konnten wesentliche Einsparungen mit folgenden Gründen erzielt werden:

- Post- und Fernmeldegebühren 31,1 TEUR

Der geplante Anstieg an Ausgangspostvolumen und damit an Portokosten blieb unter den Erwartungen. Des Weiteren fielen die Fernsprechverbindungskosten geringer aus, als geplant.

- Elektroenergie 29,5 TEUR

Zum einen konnten Einsparungen erzielt werden, weil die Mitarbeiter zum bewussten Umgang mit der Technik angehalten wurden. Des Weiteren kam die angenommene Energiekostenerhöhung von 5 % nicht zum tragen. Außerdem wurden für die Büroräume Ranstädter Steinweg für 2014 geringere Abschläge im Vergleich zum Vorjahr festgesetzt.

- Bürobedarf 22,6 TEUR

Durch die Einführung eines externen Web-Shops der Fa. Schmaus konnten bei den im Vergleich zum vorherigen Anbieter niedrigere Einkaufspreise erzielt werden.

Bei folgenden Positionen sind wesentliche Planüberschreitungen aus folgenden Gründen zu verzeichnen:

- Sonstige Geschäftsaufwendungen 63,6 TEUR

Zum Zeitpunkt der Planung für das Haushaltsjahr 2015 stand die Aufstockung des Personals der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder der DDR noch nicht fest. Deshalb konnten Aufwendungen zur Arbeitsplatzausstattung für dieses Personal noch nicht in den Plan eingearbeitet werden. Diese Aufwendungen werden durch den Freistaat in voller Höhe erstattet. Aufwendungssteigerungen gab es außerdem auch beim Kurierdienst.

- Erwerb beweglichen Vermögens unter 410 EUR 19,1 TEUR

Im Bereich der zentralen Rechentechnik sowie bei der Ausstattung der Arbeitsplätze mit Hardware (Ausstattung neuer Arbeitsplätze sowie Ersatzbeschaffungen) waren unvorhergesehene Aufwendungen und Kostensteigerungen zu verzeichnen.

### **5.2.3. Planmäßige Abschreibungen**

In dieser Position wurden 0,41 Mio. EUR mehr als geplant aufgewendet. Dabei stehen Minderaufwendungen für Abschreibungen Mehraufwendungen für Einzelwertberichtigungen (EWB) von Forderungen gegenüber. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Aufwendungen für EWB für Forderungen um 0,27 Mio. EUR.

---

Stand: 30.09.2016



#### 5.2.4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Planwert der Zinsaufwendungen für Kassenkredite wurde nur zu knapp 60 % (0,1 Mio. EUR) in Anspruch genommen. Dabei profitierte der KSV Sachsen vom niedrigen Zinsniveau am Kreditmarkt.

#### 5.2.5. Transferaufwendungen

Die sozialen Transferaufwendungen (Aufwendungen der Sozialhilfe) bilden mit 495,8 Mio. EUR Jahresergebnis die mit Abstand größte Aufwandsposition im Ergebnishaushalt. Der Planwert wurde mit 2,0 Mio. EUR unterschritten. Das entspricht einer Planerfüllung von 99,6 %. Zum Ist-Wert des Vorjahres ist hier ein Zuwachs von 17,8 Mio. EUR zu verzeichnen.

Das sind 0,5 Mio. mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

In den Produktuntergruppen stellt sich das Rechnungsergebnis wie folgt dar:

Produktuntergruppe	Hilfeart	Plan Aufwendungen (TEUR)	IST Aufwendungen (TEUR)	Vergleich Plan – IST (TEUR)
31.11	Hilfe zum Lebensunterhalt	12.831,0	16.256,8	3.425,8
31.12	Hilfe zur Pflege	22.787,0	22.049,5	-737,5
31.13	Eingliederungshilfe für beh. Menschen	417.115,0	412.701,4	-4.413,6
31.14	Hilfen zur Gesundheit	1.946,0	2.311,2	365,2
31.15	Hilfe z. Überwindung bes. soz. Schwierigkeiten	3.031,0	2.996,2	-34,8
31.16	Hilfe in anderen Lebenslagen	386,0	429,0	43,0
31.17	Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung	43.025,0	43.112,3	87,3
31.18	Hilfe f. Deutsche im Ausland	150,0	101,0	-49,0
32.11-32.18	Kriegsopferfürsorge	368,4	353,5	-14,9

Die in der Tabelle ausgewiesenen Aufwendungen umfassen auch den Teil Erstattungen der Sozialhilfe, welche Inhalt der Position „sonstige ordentliche Aufwendungen“ sind. So ist ein Gesamtüberblick der Sozialhilfeaufwendungen pro Produktuntergruppe möglich (siehe auch Erläuterungen Punkt 5.2.6.)

Nennenswerte Planabweichungen sind in den Produktuntergruppen 31.11 – Hilfe zum Lebensunterhalt und 31.13. Eingliederungshilfe zu verzeichnen.

Auf Grund der IST-Entwicklung der vergangenen Haushaltsjahre wurde bei der Leistungsart Hilfe zum Lebensunterhalt ein Planwert von 12,8 Mio. EUR für 2015 eingestellt, welcher sich als zu niedrig erwies. Da sich die Aufwendungen der Eingliederungshilfe (Produkt 31.13.14.01 Wohnheime für behinderte Menschen) mit steigendem HLU-Anspruch verringern, steht die Planüberschreitung bei der HLU in einem direktem Zusammenhang zur Planunterschreitung bei der Eingliederungshilfe.

Stand: 30.09.2016

#### **5.2.6. Sonstige ordentliche Aufwendungen**

Die in dieser Position u. a. enthaltenen Sachaufwendungen wurden bereits unter dem Punkt 5.2.2. interpretiert. Weitere Bestandteile der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind die Erstattungen an den Bund, das Land u. a. Gebietskörperschaften sowie Sozialleistungsträger. Insgesamt wurde der Planwert für Erstattungen mit 1,0 % vom Ansatz unterschritten. Dabei stehen Mehraufwendungen für Erstattungen an kommunale Gebietskörperschaften und für die Förderung von Diensten und Angeboten Minderaufwendungen für den zu zahlenden Anteil am Landesblindengeld gegenüber. Bei letzterem wurden 632 TEUR weniger als geplant in Anspruch genommen. Der Planwert kann nur auf Grund der Entwicklung der vergangenen Jahre sorgfältig geschätzt werden, weil der zu zahlende Anteil für den KSV für das zu planende Haushaltsjahr, welcher auf dem Ist des Vorjahres basiert, zum Planungszeitpunkt noch nicht fest steht. Die Bekanntgabe des konkreten Zahlungsbetrages erfolgt erst zu Beginn des Haushaltsjahres durch das SMS.

#### **5.3 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen**

Den außerordentlichen Erträgen aus der Bagatelldetragsbereinigung in Höhe von 19 EUR und aus dem Abgang bzw. der Veräußerung von Vermögen in Höhe von 52 EUR stehen außerordentliche Aufwendungen aus Abschreibung wegen der Aussonderung von beweglichen Vermögensgegenständen in Höhe von 2.700 EUR gegenüber. Das daraus resultierende Sonderergebnis in Höhe von minus 2.600 EUR wird gemäß § 25 Abs. 5 SächsKomHVO-Doppik mit dem Basiskapital verrechnet.

### **6. Erläuterungen zur Finanzrechnung**

#### **6.1. Einzahlungen**

##### **6.1.1. Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit**

In der Finanzrechnung sind unter der Position 2 die Einzahlungen für die Sozialumlage erfasst. An dieser Stelle wird auf Punkt 5.1.1. der Ergebnisrechnung verwiesen.

##### **6.1.2. Sonstige Transfereinzahlungen**

Im Haushaltsjahr 2015 wurden gegenüber dem Plan 0,4 Mio. EUR weniger Einzahlungen für Sozialhilfeerträge getätigt. Dazu wird auf die Ausführungen im Punkt 5.1.2. verwiesen.

##### **6.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**

Den Sollstellungen in Höhe von 324,9 TEUR für die Gebührenerhebung für die Anerkennung von Gesundheitsfachberufen und der Heimaufsicht (siehe Gliederungspunkt 5.1.3.) stehen im Haushaltsjahr 2015 Geldeingänge in Höhe von 313,8 TEUR gegenüber.

##### **6.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte**

Diese Position steht im direkten Zusammenhang mit Position 5 der Ergebnisrechnung. Deshalb wird auf Gliederungspunkt 5.1.4. verwiesen.

Stand: 30.09.2016



#### **6.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen**

Gegenüber dem Planwert von 46,4 Mio. EUR wurden Geldeingänge in Höhe von 53,4 Mio. EUR verzeichnet. Die Mehreinzahlungen in Höhe von 7,0 Mio. EUR setzen sich im Wesentlichen aus Mehreinzahlungen von Grundsicherungsleistungen und aus Erstattungen von Sozialleistungsträgern zusammen. Durch Nachberechnungen in der Grundsicherung für das Jahr 2014 mit Abrechnung Anfang 2015 fielen die Einzahlungen 2015 höher als geplant aus.

#### **6.1.6. Zinsen u. ä. Einzahlungen**

Hier wird verwiesen auf den Gliederungspunkt 5.1.6.

#### **6.1.7. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**

Neben Geldeingängen von Säumniszuschlägen in Höhe von 3,5 TEUR und sonstigen öffentlich rechtlichen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen in Höhe von 13,2, TEUR sind in Position 8 die Geldeingänge abgebildet, welche erst im Jahr 2014 offenen Sollstellungen aus 2013 bzw. 2012 zugeordnet werden konnten (siehe auch 6.1.2).

#### **6.1.8. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit fallen mit 546,0 Mio. EUR 1,4 % bzw. 7,7 Mio. EUR höher als geplant aus. Die hauptsächliche Ursache dafür sind die nicht geplanten Zahlungseingänge der Erstattung von Grundsicherungsleistungen.

### **6.2. Auszahlungen**

#### **6.2.1. Personalauszahlungen**

Der Planansatz wurde mit 17,2 TEUR geringfügig unterschritten. Für die Gründe wird auf Punkt 5.2.1 verwiesen.

Die höheren Auszahlungen im Vergleich zu den Aufwendungen resultieren insbesondere aus der Auflösung von Rückstellungen für Altersteilzeit.

#### **6.2.2. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Position 12) sowie sonstige haushaltswirksame Auszahlungen (Position 15)**

In Bezug auf Gliederungspunkt 5.2.2. findet auch für den Finanzhaushalt entsprechend eine Gesamtbetrachtung beider Positionen statt. Da die Ergebnisse der Auszahlungen im Finanzhaushalt im Wesentlichen den Ergebnissen des Ergebnishaushaltes entsprechen, wird inhaltlich auf o. g. Gliederungspunkt verwiesen. Die Abweichungen zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung sind gering und resultieren vorrangig aus Periodenabweichungen zwischen Aufwand und Auszahlung am Jahresanfang bzw. Jahresende.

#### **6.2.3. Zinsen und ähnliche Auszahlungen**

Bei der Position 13 wird auf die Ausführungen im Gliederungspunkt 5.2.4. verwiesen. Die Zinsauszahlungen entsprechen zu 100 % den Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

#### **6.2.4. Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**

Bei den Sozialhilfeauszahlungen wurden 6,9 Mio. EUR mehr als geplant ausgezahlt. Im Vergleich zu den Aufwendungen lagen die Auszahlungen um 7,9 Mio. EUR höher. Grund dafür

Stand: 30.09.2016

ist die periodengerechte Zuordnung der Aufwandsbuchungen, welche insbesondere am Jahresanfang und am Jahresende zu Unterschieden bei der Periodenzuordnung zwischen Aufwand und Auszahlung führen sowie die Bildung von Rückstellungen im Bereich der Fahrtkosten WfbM (siehe auch 7.2.3).

#### **6.2.5. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**

Der Ist-Wert für die Summe der Auszahlungen liegt um 6,5 Mio. EUR höher als geplant. Hauptursache sind Mehrauszahlungen für Sozialhilfe in Position 14 einerseits und den Mindersonnalauszahlungen (Position 10), den Minderauszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Position 12), den Minderauszahlungen für Zinsen (Position 13) sowie den sonstigen haushaltswirksamen Minderauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Position 15) andererseits.

#### **6.2.6. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelbedarf**

Der Saldo aus Einzahlungen (Position 9 – Gliederungspunkt 6.1.8) und Auszahlungen (Position 16 – Gliederungspunkt 6.2.5.) aus laufender Verwaltungstätigkeit ergibt als Zwischenergebnis einen Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 968,8 TEUR.

#### **6.2.7. Einzahlungen und Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und übrigen Sachanlagevermögen**

Im Haushaltsjahr 2015 wurde eine Einzahlung in Höhe von 0,7 TEUR getätigt. Hierbei handelt es sich um einen Zuschuss des Integrationsamtes für die behindertengerechte Ausstattung eines Arbeitsplatzes.

Dem Plan für Investitionen in Höhe von 240,0 TEUR stehen Auszahlungen in Höhe von 198,9 TEUR gegenüber. Damit wurden 41,1 TEUR aus folgenden Gründen nicht ausgegeben:

- die Ausschreibung zur Erneuerung der XENApp-Farm konnte 2015 nicht durchgeführt werden
- die Softwareumstellung im Fachdienst 350 setzt eine Unternehmensanalyse voraus, welche 2015 noch nicht abgeschlossen war
- die Umstellung des Internetauftritts wurde auf das folgende Jahr verschoben

#### **6.2.8. Finanzierungsmittelbedarf**

Der Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit verringert sich durch die Inanspruchnahme von Investitionsmitteln um 0,2 Mio. EUR auf 0,8 Mio. EUR.

#### **6.2.9. Änderung des Finanzmittelbestandes**

Der Finanzmittelbestand verringert sich außerdem um 0,2 Mio. EUR durch die Ausreichung von Abschlägen zur dauerhaften Liquiditätssicherung an Werkstätten für behinderte Menschen (Fahrtkosten) sowie von Heimabschlägen aus Nachberechnungen.



#### **6.2.10. Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern (Position 44) und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern (Position 45)**

Position 44 beinhaltet im Wesentlichen die Einzahlungen der vom Bund getragenen Sozialversicherungsbeiträge für in Werkstätten beschäftigte Leistungsberechtigte sowie Renteneinzahlungen.

Position 45 beinhaltet im Wesentlichen die Auszahlungen der in Position 44 beinhalteten Einzahlungen sowie die Auszahlung von Abschlägen zur Liquiditätssicherung der Behinderten- und Pflegeeinrichtungen.

Die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen der durchlaufenden Gelder bildet ein Zahlungsmittelbedarf als Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen in Höhe von 0,3 Mio. EUR (Position 46).

#### **6.2.11. Liquidität am Ende des Haushaltsjahres**

Die Liquidität (Pos. 52) hat sich auf Grund des positiven Zahlungsmittelbestandes, welcher dem Zahlungsmittelüberschuss im abgelaufenen Haushaltsjahr entspricht, um 0,2 Mio. EUR auf 24,6 Mio. EUR erhöht.

### **7. Erläuterungen zur Vermögensrechnung**

Mit dem Jahresabschluss 2015 wird die Vermögenssituation des KSV Sachsen zum Abschluss des Haushaltsjahres 2015 dargestellt.

Die Bilanzsumme des KSV Sachsen am 31.12.2015 beträgt 65.125.641,43 EUR und ist damit 2,2 Mio. EUR niedriger als am 31.12.2014.

Im Einzelnen stellt sich die Bilanz folgendermaßen dar:

#### **7.1. Aktiva**

##### **7.1.1. Anlagevermögen**

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zur Vorjahresbilanz von 19,7 Mio. EUR auf 19,9 Mio. EUR erhöht. Die Erhöhung resultiert aus dem Zuwachs des Finanzanlagevermögens, speziell durch die Erhöhung der Summe der Ausleihungen an Werkstätten für behinderte Menschen (90 % der Fahrtkosten) mit einer Laufzeit über einem Jahr zu deren Liquiditätssicherung.

Während sich der Wert der immateriellen Vermögensgegenstände um 101,1 TEUR im Jahr 2015 verringerte, waren beim Sachanlagevermögen die Investitionen höher als die Abschreibungen, so dass diese Positionen sich gegenüber dem Vorjahr um 46 TEUR erhöht hat. Ein zum Vorjahr geringerer Wert für das Grundstück mit Verwaltungsgebäude, bedingt durch Abschreibungen, steht hier einem höheren Wert für sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung gegenüber.

##### **7.1.2. Umlaufvermögen**

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 45,5 Mio. EUR auf 43,1 Mio. EUR verringert.

Zum einen sind die Forderungen aus Transferleistungen im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Zum anderen lagen die sonstigen öffentlich rechtlichen Forderungen mit 2 Mio. EUR

Stand: 30.09.2016

unter dem Vorjahresbetrag. Ursache dafür war im Vorjahr der Sondereffekt aus Nachberechnungen von Grundsicherungsleistungen im Jahr 2015 mit Aufwandszuordnung in 2014 und Zahlungseingang 2015. Dieser lies die sonstigen öffentlich rechtlichen Forderungen 2014 in dieser Größenordnung einmalig ansteigen.  
Die liquiden Mittel lagen zum Bilanzstichtag mit 0,3 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau.

#### **7.1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten**

Hier wurden die Sozialhilfeaufwendungen mit Fälligkeit 01.01.2016 sowie die Beamtenbesoldung für den Monat Januar 2016 ausgewiesen, bei denen die Auszahlung wegen der Fälligkeit bereits Ende Dezember 2015 erfolgte, die Aufwendungen aber erst im Jahr 2016 gebucht wurden.

### **7.2. Passiva**

#### **7.2.1. Kapitalpositionen**

Das Basiskapital verringert sich wegen einer Korrektur der Eröffnungsbilanz hinsichtlich der Bildung einer Rücklage gegenüber dem Vorjahr um 360,7 TEUR.  
Außerdem wurde das Sonderergebnis in Höhe von 2,6 TEUR mit dem Basiskapital verrechnet.

#### **7.2.2. Sonderposten**

Die Sonderposten wurden im gleichen Maße reduziert wie die sonderpostenrelevanten Anlagegüter durch Abschreibungen. Da der KSV Sachsen keine Investitionszuwendungen erhält, sind keine weiteren Sonderposten zu passivieren.

#### **7.2.3. Rückstellungen**

Unter Nr. 3 a) sind die Rückstellungen für Mitarbeiter in Altersteilzeit (Blockmodell) ausgewiesen. Durch die Auflösung von Rückstellungsbeträgen für Mitarbeiter in der Freiphase verringert sich der Rückstellungsbetrag gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio. EUR.

Weiterhin wurden Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren gebildet. Hier wurden die Rückstellungen für Verfahren, welche sich in 2015 erledigt haben, aufgelöst. In Abhängigkeit davon, ob aus den Gerichtsverfahren Zahlungsverpflichtungen für den KSV Sachsen entstanden sind oder nicht, erfolgte eine aufwands- bzw. ertragswirksame Auflösung. Für neue Gerichtsverfahren, die im Jahr 2015 begonnen haben und zum Bilanzstichtag noch anhängig waren, wurden Rückstellungen gebildet. Insgesamt erhöhte sich diese Bilanzposition gegenüber dem Vorjahr um 129,4 TEUR.

Durch terminliche Verzögerung konnten geplante Vorhaben zur Instandhaltung am Dienstgebäude Thomasiusstraße im Jahr 2015 nicht endgültig realisiert werden. Darum wurde eine Rückstellung für unterlassene Instandhaltung in Höhe von 44 TEUR gebildet.

Auf Grund der Abrechnungszyklen für die WfbM-Fahrtkosten sind Rückstellungen zu bilden und entsprechend der Abrechnung aufzulösen. Im Haushaltsjahr 2015 wurden 0,3 Mio. EUR weniger Rückstellungen gebildet als aufgelöst. Damit verringerte sich der Wert für Rückstellungen für sonstige vertragliche Verpflichtungen auf 4,2 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Trotz Fahrtkostenerhöhungen konnte infolge höherer Abrechnungsquoten eine Reduzierung erreicht werden.

#### **7.2.4. Verbindlichkeiten**

Der KSV Sachsen war zum Bilanzstichtag schuldenfrei. Deshalb sind unter den Punkten 4a) bis c) keine Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Stand: 30.09.2016



Unter 4d) wurden die Beträge aus fiskalischem Behördenhandeln veranschlagt, bei denen die Leistungserbringung im Jahr 2015 erfolgte, die Rechnungslegung aber erst im Jahr 2016. Es werden 62,5 TEUR weniger als in der Vorjahresbilanz ausgewiesen. Grund dafür war das gegenüber 2014 geringere Leistungsvolumen am Ende des Haushaltsjahres 2015. Heimkostenabrechnungen, insbesondere Nachberechnungen und -zahlungen, welche in die Abrechnungsperioden des Jahres 2015 gehören und vor dem Schließen der Bücher des Jahres 2015 am 29.02.2016 zur Auszahlung gebracht wurden, fallen unter die Position Verbindlichkeiten aus Transferleistungen (Punkt 4e)). Auf Grund der planmäßigen nachträglichen Abrechnung der Heimkosten in Behinderteneinrichtungen, wird bei dieser Position ein Betrag von 34,2 Mio. EUR ausgewiesen, 99,1 TEUR weniger als 2014. Unter den sonstigen Verbindlichkeiten, (Punkt 4f)) werden die Verbindlichkeiten ausgewiesen, welche nicht aus Lieferungen und Leistungen bzw. Transferleistungen resultieren. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Mio. EUR auf 3,6 Mio. EUR erhöht. Grund dafür sind Auszahlungen von SV-Abrechnungen für WfbM Anfang 2016 für das Jahr 2015 sowie die Zunahme der nicht zugeordneten Geldeingänge. Diese Position war bis 2014 den öffentlich-rechtlichen Forderungen (Punkt 2b) zugeordnet. Ab dem Jahr 2015 sind die nicht zugeordneten Geldeingänge den sonstigen Verbindlichkeiten (Punkt 4 f) zugeordnet.

#### **7.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

Hier wurden die Einzahlungen ausgewiesen, die im Jahr 2015 eingegangen sind, ertragswirksam aber erst im Monat Januar 2016 verbucht wurden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sozialleistungen, insbesondere Rente, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und Wohngeld für den Leistungsmonat Januar 2016.

#### **8. Betrachtungen gemäß § 53 Abs.2 SächsKomHVO-Doppik**

Abweichend von den Aufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften leistet der KSV als überörtlicher Träger der Sozialhilfe zu fast 100 % gesetzliche Pflichtaufgaben. Ziel der Haushaltsführung des KSV Sachsen ist es dabei, bereits die Haushaltsplanung unter Einbeziehung aller Wirkfaktoren so genau wie möglich zu gestalten, um einerseits Fehlbeträge im Jahresabschluss zu vermeiden, andererseits die von den Mitgliedskörperschaften aufzubringenden Haushaltsmittel in Form der Sozialumlage nur in der unbedingt benötigten Größenordnung zu beanspruchen.

Das erzielte Gesamtergebnis in Höhe von – 1,8 Mio. EUR entspricht bei einem Haushaltsvolumen von rd. 540 Mio. EUR nahezu den Planvorgaben. Eine präzise Haushaltsplanung sowie ein kontrollierter und gesteuerter Haushaltsvollzug sind dabei Voraussetzung für eine geringe Gesamtplanabweichung, wie sie 2015 und auch in den zurückliegenden Jahren der Fall war. Durch die Entnahme aus der Rücklage konnte der im Jahr 2015 entstandene Fehlbetrag gedeckt werden. Ursache für den Fehlbetrag war eine ertragsseitige Planunterschreitung, welche als Einmaleffekt eingeschätzt wird (siehe Punkt 5.1.5).

Die Aufwendungen vollzogen sich nahezu planmäßig mit einer Planabweichung von weniger als 0,5 Prozent. Bei den Transferaufwendungen sind die Steigerungen fast vollständig auf Entgeltentwicklungen zurückzuführen. Fallzahlsteigerungen haben sich im letzten Jahr deutlich abgeschwächt, im stationären Wohnen waren sie erstmals sogar leicht rückläufig.

Nennenswerte außerplanmäßige Vorgänge von besonderer Bedeutung mit Einfluss auf das Gesamtergebnis sind im abgelaufenen Haushaltsjahr nicht zu verzeichnen gewesen.

Stand: 30.09.2016

Mögliche Haushaltsrisiken bestehen durch noch nicht bezifferbare Auswirkungen von Aktivitäten des Bundesgesetzgebers mit dem Bundesteilhabegesetz sowie den Pflegestärkungsgesetzen II und III.

## **9. Schlüsselprodukte**

### **9.1 Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen**

Wenn wegen der Art und Schwere der Behinderung die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder Berufsvorbereitung, berufliche Anpassung und Weiterbildung bzw. berufliche Ausbildung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder in Betracht kommen, werden die Kosten für den Arbeitsbereich in der Werkstatt für behinderte Menschen übernommen.

Die Kosten beinhalten vier Bestandteile:

1. Maßnahmekosten
2. Fahrtkosten
3. Arbeitsförderungsgeld
4. Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen

Für alle 4 Kostenbestandteile wurden für das Haushaltsjahr 2015 163,9 Mio. EUR geplant. Im Ergebnis wurden Leistungen in Höhe von 167,5 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 102,2 % für diesen Leistungsbereich.

Folgende Entwicklung dokumentiert sich im abgelaufenen Haushaltsjahr 2015 gegenüber 2014 bei dem mit Abstand größten Kostenbestandteil, den Maßnahmekosten für den Arbeitsbereich:

Fallzahlen 31.12.2014: 15.394 Leistungsberechtigte, 114,6 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlen 31.12.2015: 15.429 Leistungsberechtigte, 120,0 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlsteigerung: 0,2 % (Vorjahr 1,4 %)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2014: 7.445 EUR

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2015: 7.778 EUR

Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter: 4,5 % (Vorjahr 2,7 %)

Hier zeigt sich der verstärkte Trend eines geringeren Fallzahlzuwachses bei höheren Entgeltsteigerungsraten. Der überwiegende Teil der Kostensteigerungen resultiert aus gestiegenen Kosten je Fall, Fallzahlsteigerungen haben darauf nur einen immer geringer werdenden Einfluss.

### **9.2 Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, hier Hilfen zu selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten**

Die Kosten, die in stationären Wohnformen die Befähigung vermitteln sollen, ein selbstständiges Leben zu führen, werden übernommen.

Im Bereich der **vollstationären Eingliederungshilfe** als Hauptbestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2015 201,5 Mio. EUR geplant und Leistungen in Höhe von 191,0 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 94,8 %. An dieser Stelle wird auf die Ausführungen im Punkt 5.2.5. verwiesen.

Stand: 30.09.2016



Im Wohnheimbereich für behinderte Menschen stellt sich folgende Entwicklung des Haushaltsjahres 2015 im Vergleich zu 2014 dar:

Fallzahl per 31.12.2014: 8.696 Leistungsberechtigte, 189,4 Mio. EUR Aufwendungen  
Fallzahl per 31.12.2015: 8.662 Leistungsberechtigte, 191,0 Mio. EUR Aufwendungen

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2014: 21.780 EUR  
Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2015: 22.050 EUR

Ohne Einbeziehung des Leistungsbestandteiles Grundsicherung ist hier eine Aufwandssteigerung von 1,2 % bei leicht rückgängigen Fallzahlen um 0,4 % zu verzeichnen. Kostensteigerungen bei dieser Leistungsart sind damit im abgelaufenen Haushaltsjahr 2015 ausschließlich auf steigende Kosten pro Fall zurück zu führen.

Im Bereich des **ambulant betreuten Wohnens** als weiteren wesentlichen Bestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2015 23,7 Mio. EUR geplant und Leistungen in Höhe von 25,9 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 107,6 %.

Hier stellt sich folgende Entwicklung des Haushaltsjahres 2015 im Vergleich zu 2014 dar:

Fallzahl per 31.12.2014: 5.082 Leistungsberechtigte, 21,6 Mio. EUR Aufwendungen  
Fallzahl per 31.12.2015: 5.268 Leistungsberechtigte, 25,9 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlentwicklung: 3,7 % (Vorjahr 8,0 %)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2013: 4.250 EUR  
Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2014: 4.916 EUR

Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter: 15,7 % (Vorjahr 4,9 %)

Im Bereich ambulant betreutes Wohnen zeigt sich im Gegensatz zu den anderen Leistungsbereichen ein höherer Fallzahlzuwachs, allerdings ebenfalls mit degressiver Tendenz. Auch die Entgeltsteigerungen sind höher als in anderen Bereichen, jedoch im Gegensatz zur Tendenz der Fallzahlensteigerung progressiv steigend. Hier spielen die Fallzahlen bei der Aufwandssteigerung eine größere Rolle als bei den oben beschriebenen Leistungsarten. Generell unterstreicht die hier beschriebene Entwicklung die der Aufwandssteigerungen in Wohnheimen und Werkstätten für behinderte Menschen.

#### 10. Aufstellung nach § 88 Abs. 3 SächsGemO

Verbandsdirektor

Werner, Andreas

Fachbediensteter für das Finanzwesen

Stand: 30.09.2016

Schlegel, Olaf

Verbandsräte der Verbandsversammlung des KSV Sachsen

- |                            |  |
|----------------------------|--|
| - Albrecht, Karsten        | AR SWL<br>BA Soziales Leipzig  |
| - Bartholomäus, Hans-Jörg  | Verbandsrat im Abfallwirtschafts-Verband Chemnitz (AWVC)   |
| - Dr. Brunzlaff, Roswitha  |  |
| - Büchner, Ralph           | Aufsichtsrat Wohnungsgesellschaft Hoyerswerda  |
| - Darmstadt, Peter         | -  |
| - Drews, Vincent           |  |
| - Eisenmann, Josef         | -  |
| - Emanuel, Kai             | Beiratsvorsitzender OVH (Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“)<br>Verwaltungsratsmitglied SAKD (Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung)                                |
| - Prof. Dr. Fabian, Thomas | Aufsichtsratsvorsitzender der Klinikum St. Georg gGmbH<br>Aufsichtsratsvorsitzender der Städtischen Altenpflege-Heime Leipzig gGmbH<br>Mitglied des Vorstandes der Bürgerstiftung Leipzig  |
| - Fritsch, Christina       | -  |
| - Frommelt, Bernd          | -  |
| - Gampe, Thomas            | MGLG mbH<br>TRIXI-Park GmbH<br>BGG mbH<br>GHT mbH<br>EGLZ mbH<br><br>EWK GmbH<br>GF der Beteiligungsgesellschaft des LK Görlitz mbH  |
| - Harig, Michael           | Aufsichtsratsvorsitzender Oberlausitz-Kliniken gGmbH<br>Aufsichtsratsvorsitzender Oberlausitz Pflegeheim und Kurzzeitpflege gGmbH<br>Aufsichtsratsvorsitzender Marketinggesellschaft Ober- |

Stand: 30.09.2016

	Lausitz – Niederschlesien mbH Stv. Aufsichtsratsvorsitzender Regionalbus Oberlausitz GmbH Aufsichtsratsmitglied Verkehrsverbund Oberelbe GmbH
- Hänsel, Ralf Elbe-	stellv. Verbandsvorsitzender Abwasserzweckverband Röder Floßkanal Geschäftsführer EVGZ mbH
- Hellfritzsche, Albrecht	stellv. Mitglied Verbandsvers. Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen Stellv. Mitglied Verbandsvers. Zweckverband KISA Mitglied ASR Meisop gGmbH Ersatzmitglied Grundstückentw.-gesell. des LK MEI mbH i. L. Ersatzmitglied Elblandkliniken Stiftung & Co. KG
- Hillinger, Antje	Kreisrätin LK Mittelsachsen
- Hölzel, Angelika	Aufsichtsratsmitglied Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg Rudolf Virchow Klinikum Glauchau, Pleißen-Klinik GmbH
- Jordan, Günter	Aufsichtsrat Verkehrsgesellschaft Meißen mbH Geschäftsführer der Armierungsbau Coswig GmbH
- Kador-Probst, Martina	-
- Dr. Kaufmann, Kristin Klaudia	Aufsichtsrat STESAD, DVB AG
- Kragl, Herbert	-
- Lemm, Gerhard	
- Muskulus, Hans-Jürgen	Cultus gGmbH Dresden QaD gGmbH i. L. Dresden
- Pritsch, Katrin	-
- Rausch, David	
- Reusch, Ingrid	Mitglied im Aufsichtsrat der gemeinnützigen Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirschberg Vorstandsmitglied DRK Schwesternschaft Sachsen e. V.

---

Stand: 30.09.2016

- Ring, Anneliese kreis	Gesellschafterversammlung d. SBW gGmbH Vogtland-
- Rochold, Philipp	
- Rudler, Joachim	
- Salzwedel, Marina	-
- Dr. Scheurer, Christoph	Kommunale Datennetz GmbH Verwaltungsrat der Sparkasse Chemnitz Verwaltungsrat der Sparkasse Zwickau Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg Management- und Beteiligungsgesellschaft Zwickauer Land mbG Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH Kommunale Entsorgungsgesellschaft Chemnitzer Land mbH Tourismus- und Sport GmbH Kreiskrankenhaus Glauchau gGmbH Verkehrssicherheitszentrum Verwaltungs GmbH Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG
- Schmelich, Michael	
- Schulze, Christian	Verwaltungsrat Sparkasse Leipzig AR SAH (Städtische Altenhilfe Leipzig) Mitglied BaJSG Leipzig (Betriebsausschuss Jugend, Soziales Gesundheit) AR St. Georg – Krankenhaus VKKJ/SEB/St. Georg
- Schumann, Klaus	Aufsichtsrat Stadtwerke Oelsnitz GmbH
- Schwab, Nicole	-
- Seidel, Martin	Vorsitzender des Aufsichtsrates der Cultus gGmbH Vorsitzender des Aufsichtsrates d. Qualifizierungs- u. Arbeitsförderungsgesellschaft Dresden i. L. Mitglied im Beirat der BBW Berufsbildungswerk Sachsen GmbH
- Sirrenberg, Hans-Günter	Aufsichtsrat Collm-Klinik Oschatz
- Steinert, Dieter	-
- Tirpitz, Michael	LESG – Gesellschaft der Stadt Leipzig zur Erschließung, Entwicklung und Sanierung von Baugebieten mbH
- Utech, Cornelia	-

---

Stand: 30.09.2016



- Vogel, Frank
  - Erzgebirgssparkasse
  - Tourismus- und Marketinggesellschaft Sachsen mbH
  - FC Erzgebirge Aue e. V.
  - Gesellschaftervertreter des Erzgebirgskreises in der Gesellschafterversammlung in folgenden Unternehmen:
    - Krankenhaus-Gesundheitsholding Erzgebirge GmbH
    - Wirtschaftsförderung Erzgebirge GmbH
    - Naturschutzzentrum Erzgebirge gemeinnützige GmbH
    - Regionalverkehr Erzgebirge GmbH
  - Erzgebirgische Theater- und Orchester GmbH
  - CAP Oelsnitz GmbH – Technologieorientiertes Gründerzentrum des Erzgebirgskreises
  - Verkehrslandeplatz Chemnitz/Jahnsdorf GmbH
  - Freizeitbad An der Silberstraße GmbH
  - Sozialpädiatrisches Zentrum am HELIOS Klinikum Aue gGmbH
  - EKA Erzgebirgsklinikum Annaberg gemeinnützige GmbH
  - Kreiskrankenhaus Stollberg gemeinnützige GmbH
  - Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau GmbH Wirtschaftsförderungsgesellschaft i. L.
  - Tourismusverband Erzgebirge e. V.
  - Landestourismusverband Sachsen e. V.
- Dr. Voigt, Thomas
  - Aufsichtsrat Regionalverkehr Leipzig GmbH
  - Aufsichtsrat Altenheimgesellschaft Muldentale GmbH
- Vorjohann, Hartmut
  - Energieverbund Dresden GmbH, Vorsitzender im Aufsichtsrat
  - Wasserversorgung Brockwitz-Röders GmbH – Mitglied
  - ENSO Energie Sachsen Ost AG – Vorsitzender im Aufsichtsrat
  - STESAD GmbH – Vorsitzender im Aufsichtsrat
  - Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co.KG – Vorsitzender im Aufsichtsrat
  - Stiftungsrat Frauenkirche Dresden
  - Stiftungsrat Deutsches Hygienemuseum Dresden
  - Sozialstiftung der Stadt Dresden
  - Kreuzchorstiftung der Stadt Dresden
- Walter, Daniela
  - Mitglied im Aufsichtsrat der Dresdner Bäder GmbH
- Weber, Martina
  - Aufsichtsrat – Krankenhäuser – KH Weißwasser – KH KOB der Gesundheitszentren im LK GR
- Witte, Naomi-Pia
  - Aufsichtsrat Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB)

Stand: 30.09.2016

- Wünschmann, Martina      Kreisrätin LK Sächsische Schweiz-Osterzgebirge  
Gemeinderätin Gemeinde Bannewitz
- Zettwitz, Wolfgang      -
- Zschommler, Gunther      Aufsichtsrat EKM (Entsorgung LK Mittelsachsen)

#### **11. Abschlussbeurkundung**

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2015 wird hiermit bestätigt.

Leipzig, den 30.09.2016



Andreas Werner  
Verbandsdirektor



Olaf Schlegel  
Fachbediensteter für Finanzwesen

---

Stand: 30.09.2016



**Kommunaler Sozialverband Sachsen**



### **Impressum**

Herausgeber  
Kommunaler Sozialverband Sachsen  
Büro des Verbandsdirektors  
Thomasiusstraße 1  
04109 Leipzig

Telefon: 0341 1266-306  
Telefax: 0341 1266-9306  
E-Mail: [post@ksv-sachsen.de](mailto:post@ksv-sachsen.de)  
Internet: [www.ksv-sachsen.de](http://www.ksv-sachsen.de)

Stand: 28.09.2016

## Allgemeine Angaben

### Dienstsitz des KSV Sachsen

**Adresse:** Thomasiusstraße 1  
04109 Leipzig  
**Telefon:** 0341 1266-0  
**Fax:** 0341 1266-700

**Adresse:** Reichsstraße 3  
09112 Chemnitz  
**Telefon:** 0371 577-0  
**Fax:** 0371 577-282

**E-Mail:** [post@ksv-sachsen.de](mailto:post@ksv-sachsen.de)  
**Internet:** [www.ksv-sachsen.de](http://www.ksv-sachsen.de)

**Gründungsjahr:** 1993 (SächsLWVG vom 22.01.1993)

**Rechtsform:** Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Aufgaben:**
1. Überörtlicher Sozialhilfeträger  
Leistungen an Menschen mit Behinderungen zwischen  
18 und 65 Jahren
  - 1.1 Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft:  
Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der  
Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt  
teilstationäres und stationäres Wohnen
  - 1.2 Hilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben:  
Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen  
(WfbM) einschl. Förder- und Betreuungsbereich
  - 1.3 Leistungen der Hilfe zur Pflege
  - 1.4 Leistungen an Personen mit besonderen sozialen  
Schwierigkeiten:  
Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der  
Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt  
teilstationäres und stationäres Wohnen
  - 1.5 Krankenhilfe ab dem 61. Tag
  - 1.6 Leistungen zum Besuch einer Hochschule und zur  
Beschaffung eines Kfz
  - 1.7 Abschluss von Vereinbarungen nach SGB XI und SGB XII
  - 1.8 Sozialplanung einschl. Beratung und Unterstützung der  
Landkreise und Kreisfreien Städte
  2. Überörtliche Betreuungsbehörde



3. Zuständige Behörde für nicht geförderte Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen
4. Vollzug Förderrichtlinien SGB VIII/Landesjugendhilfegesetz
5. Anerkennung/Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote
6. Erteilung einer Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung für die Gesundheitsfachberufe/Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in nichtakademischen Gesundheitsfachberufen
7. Integrationsamt einschl. Fahrgelderstattungen und Erhebung/Einnahme/Verwendung der Ausgleichsabgabe
8. Zuständige Stelle nach Aufwendungserstattungsverordnung
9. Soziales Entschädigungsrecht für Anspruchsberechtigte nach dem BVG, OEG, ZDG, IfSG, StrRehaG, VwRehaG, HHG, AntiDHG
- 9.1 Landesversorgungsamt:  
Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung, Rentenleistungen, einkommensabhängige Leistungen, Pflegeleistungen
- 9.2 Hauptfürsorgestelle:  
Leistungen der Kriegsofopferfürsorge, einschl. beruflicher Rehabilitation
- 9.3 Landesblindengeld und Feststellungsverfahren nach dem SGB IX  
Grundsatzfragen, Rechtsaufsicht LBlindG und SGB IX  
Widerspruchsbehörde für LBlindG und SGB IX
- 9.4 SächsLERzGG, BEEG, BERzG,  
Grundsatzfragen, Fachaufsicht, EDV-Verfahrensgestaltung und -betreuung, Widerspruchsbehörde
10. Anlauf- und Beratungsstelle des Freistaates Sachsen zum Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 – 1990“
11. Aufgaben der Heimaufsicht

#### **Zusammensetzung der Siebenten Verbandsversammlung (01.01.2015 – 31.12.2015)**

**Vorsitzender der Verbandsversammlung:** Michael Harig, Landrat des Landkreises Bautzen

<b>Mitglieder des KSV Sachsen:</b> (48)	<b>Vertreter in der Siebenten Verbandsversammlung</b>
<u>Landkreis</u>	
Nordsachsen	2
Leipzig	3
Mittelsachsen	4
Zwickau	4
Erzgebirgskreis	4
Vogtlandkreis	3
Meißen	3
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3
Bautzen	4
Görlitz	3



<u>Kreisfreie Stadt</u>	
Chemnitz	3
Dresden	6
Leipzig	6

**Verbandsdirektor:** Andreas Werner

**Beteiligungen:** Der Kommunale Sozialverband Sachsen ist an der Kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) unmittelbar beteiligt.

**Organe:** Verbandsversammlung  
Verbandsausschuss  
Verbandsdirektor

**Kurzworstellung  
des Verbandes:**

Der am 30. Juli 2005 durch das Sächsische Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (Sächs. AGSGB) in Kommunalen Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen) umbenannte Landeswohlfahrtsverband Sachsen (LWV Sachsen) wurde als Höherer Kommunalverband aller Landkreise und kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen am 22.01.1993 durch die Verabschiedung des Gesetzes über den LWV Sachsen im Landtag des Freistaates Sachsen gegründet. Der KSV Sachsen war zu diesem Zeitpunkt der einzige kommunal organisierte überörtliche Träger der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern. Die Landkreise und kreisfreien Städte gehören als juristische Personen des öffentlichen Rechts dem Verband an, der Körperschaft des öffentlichen Rechts ist.

Dem KSV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungs-/Dienstleistungsfunktion übertragen.

Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung für Menschen mit Behinderungen. Nach dem SGB XII sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX und SGB XII.

Mit dem oben genannten Sächs. AGSGB traten zum 01.01.2006 Veränderungen in der sachlichen Zuständigkeit des KSV Sachsen ein.

Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung (Sächs.VwNG) wurden dem KSV Sachsen zum 01.08.2008 die bereits genannten weiteren Aufgaben übertragen.

**Anzahl der Mitarbeiter**      ca. 500

**Kommunalhaushalt**  
(vorläufiges Rechnungsergebnis 2015  
in EUR)

**1. Ergebnisrechnung**

ordentliche Erträge:	537.965.170,53
ordentliche Aufwendungen:	539.808.770,85
<b>Ordentliches Ergebnis:</b>	<b>- 1.843.600,32</b>
Sonderergebnis:	- 2.608,38
<b>Gesamtergebnis:</b>	<b>- 1.846.208,70</b>

**2. Finanzrechnung**

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	545.987.275,53
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	545.018.502,47
Einzahlungen für Investitionstätigkeit:	672,59
Auszahlungen für Investitionstätigkeit:	198.900,10
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit:	204.083,73
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen:	- 316.788,95
<b>Zahlungsmittelüberschuss:</b>	<b>249.672,87</b>

### 3. Vermögensrechnung (Bilanz)

#### Aktiva:

Anlagevermögen:	19.860.301,82
Umlaufvermögen:	43.115.934,33
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	2.149.405,28

#### Passiva:

Kapitalposition:	15.383.280,99
Sonderposten:	5.493,22
Rückstellungen:	8.283.920,86
Verbindlichkeiten:	38.058.998,34
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	3.393.948,02

<b>Bilanzsumme:</b>	<b>65.125.641,43</b>
---------------------	----------------------

## Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

### Beteiligungsübersicht

Humboldtstraße 25  
04105 Leipzig

Tel. 0341 9860  
Fax 0341 9861109  
Email [info@sparkasse-leipzig.de](mailto:info@sparkasse-leipzig.de)  
Internet

Gründungsdatum 01.01.1990

### Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		25,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	40,0000 %	10,00
Stadt Leipzig	60,0000 %	15,00

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Zweckverbandsgebiet. Der Zweckverband ist Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig; die kommunale Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig haben der Zweckverband und der Landkreis Nordsachsen gemeinsam inne. Die Sparkassenträgerschaft, die Ausübung der Trägerbefugnisse und sonstige trägerschaftliche Beziehungen bestimmen sich nach dem ÖRKSF-G und/oder gesondert zwischen den Trägern getroffenen Vereinbarungen. Die Zweckverbandsmitglieder dürfen keine weitere Sparkasse oder ähnliche Unternehmen errichten oder sich an solchen beteiligen. Bestehende Trägerschaften gemäß § 1 Abs. 1 ÖRKSF-G bleiben unberührt.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

### Lagebericht 2015

## Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

### **Adresse**

c/o Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, Humboldtstraße 25, 04105 Leipzig

### **E-Mail**

[info@sparkasse-leipzig.de](mailto:info@sparkasse-leipzig.de)

### **Gründungsjahr**

1990 (Sicherheitsneugründung 2003)

### **Rechtsform**

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

### **Mitglieder/Stimmenanteile**

Stadt Leipzig 15 von 25  
Landkreis Leipzig 10 von 25

**Organe**

Verbandsversammlung

Verbandsvorsitzender

**Verbandsvorsitzender**

Burkhard Jung

**Beteiligungen/Trägerschaften**

Stadt- und Kreissparkasse Leipzig (kommunale Trägerschaft gemeinsam mit dem Landkreis Nordsachsen) anteilig (gerundet) 85,85 %

**Vertreter in der Verbandsversammlung**

- Burkhard Jung (Verbandsvorsitzender)
- Dr. Gerhard Gey  
(Vertreter kraft Amtes und Stellvertretender Verbandsvorsitzender bis 31.07.2015)
- Henry Graichen  
(gewählter Vertreter bis 31.07.2015, Vertreter kraft Amtes seit 01.08.2015, Stellvertretender Verbandsvorsitzender seit 12.11.2015)
- Heiko Bär (bis 21.01.2015)
- Adam Bednarsky  
(seit 21.01.2015)
- Dr. Arnd Besser  
(bis 21.01.2015)
- Petra Cagalj Sejdi  
(seit 21.01.2015)
- Andreas Faulhaber  
(seit 23.03.2016)
- Ursula Grimm (bis 21.01.2015)
- Andreas Habicht  
(seit 21.01.2015)
- Ines Hantschick  
(bis 21.01.2015)
- Hartmut Harbich
- Gerd Heinrich (bis 21.01.2015)
- Holger Hentschel  
(seit 21.01.2015)
- Margitta Hollick
- Dietmar Kern (21.01.2015  
bis 23.03.2016)
- Annette Körner
- Maik Kunze
- Eberhard Kupfer
- Dr. Gabriela Lantzsch
- Jens Lehmann
- Wolfram Leuze  
(bis 21.01.2015)
- Simone Luedtke
- Birgitt Mai (seit 21.01.2015)
- Juliane Nagel, MdL  
(bis 21.01.2015)
- Wolf-Dietrich Rost, MdL  
(bis 21.01.2015)
- Claus-Uwe Rothkegel  
(seit 21.01.2015)
- Frank Rudolph
- Siegfried Runkwitz  
(seit 25.02.2015)
- Christian Schulze
- Klaus Sommer  
(bis 07.10.2015)
- Gabriele Sporbart  
(seit 07.10.2015)



- Sebastian Walther  
(seit 21.01.2015)
- Steffen Wehmann  
(seit 21.01.2015)
- Uwe Wellmann  
(seit 07.10.2015)
- Heike Werner (bis 25.02.2015)
- René Wiesner (bis 21.01.2015)
- Christopher Zenker

### **Aufgaben**

Gemäß § 2 der Verbandssatzung hat der Zweckverband folgende Aufgaben:

"(1) Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Zweckverbandsgebiet.

(2) Der Zweckverband ist Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig; die kommunale Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig haben gemäß § 1 Abs. 1 und Abs. 3 des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe (im Nachfolgenden 'ÖRKSF-G') der Zweckverband und der Landkreis Nordsachsen gemeinsam inne. Die Sparkassenträgerschaft, die Ausübung der Trägerbefugnisse und sonstige trägerschaftliche Beziehungen bestimmen sich nach dem ÖRKSF-G und/oder gesondert zwischen den Trägern getroffenen Vereinbarungen.

(3) Die Zweckverbandsmitglieder dürfen keine weitere Sparkasse oder ähnliche Unternehmen errichten oder sich an solchen beteiligen. Bestehende Trägerschaften gemäß § 1 Abs. 1 ÖRKSF-G bleiben unberührt."

## Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

### Beteiligungsübersicht

Eilenburger Straße 1 a  
04317 Leipzig

Tel. 0341 52010120  
Fax 0341 52010122  
Email [post@kisa.it](mailto:post@kisa.it)  
Internet <http://www.kisa.it>

Gründungsdatum 01.01.2004

### Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		2.231,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
verschiedene	98,6600 %	2.201,00
Landkreis Leipzig	1,3400 %	30,00

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die KISA stellt ihren Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörigen Service zur Erledigung und Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Diese Leistungen kann die KISA auch für Nichtmitglieder erbringen.

Insbesondere sorgt die KISA für Wartung, Pflege und Weiterentwicklung beziehungsweise für Ersatz/Ablösung der bereitgestellten Verfahren sowie für einen möglichst integrierten Einsatz durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen. Sie unterstützt in allen Anwendungsverfahren und in allen Fragen, die mit ihrer Leistung im Zusammenhang stehen und führt Schulungen durch, wobei rechtliche Beratungen jedoch ausgeschlossen sind. Die KISA berät und unterstützt bei der Auswahl, Beschaffung und der Nutzung von Hard- und Software. Sie erwirbt Gebietslizenzen und schließt Rahmenverträge mit Dritten für Lieferungen und Leistungen. Auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung vertritt sie die Interessen der Verbandsmitglieder und achtet auf die Einhaltung der Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen.

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	77.754,61

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

**Lagebericht  
der Kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen  
für das Geschäftsjahr 2015**

**I. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschl. des Geschäftsergebnisses**

Allgemeines

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist der kommunale IT-Dienstleister in Sachsen und stellt seinen Mitgliedern und Kunden Softwareanwendungen, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche sie ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Darüber hinaus unterstützt die KISA sowohl im kommunalen als auch im privaten Bereich die Auftragsverarbeitung und ist für integrierte IT-Lösungen im öffentlichen Sektor zuständig.

Die KISA ist ein Zweckverband mit 284 Mitgliedern und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit. Zum 31.12.2015 waren bei der KISA 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, im Jahresdurchschnitt 93. Neben den 284 Verbandsmitgliedern betreut die KISA ca. 600 weitere Kunden, insbesondere Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, kommunale Einrichtungen und sonstige Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts in Sachsen.

Zur Vereinfachung und Erledigung von Verwaltungsaufgaben der öffentlichen Hand bietet die KISA Softwareanwendungen, IT-Dienstleistungen und IT-Komplettlösungen. Zentrale Datenhaltung und -sicherung sowie IT-Outsourcing ergänzen den Leistungsumfang. Ein weiteres großes Aufgabengebiet besteht in der umfassenden IT-technischen und fachlichen Betreuung der Kunden. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung beim Anwenden der Software sowie ein Hotline-Service. Die KISA führt dabei insbesondere die Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der Software durch. Die Softwareanwendungen werden installiert und administriert. Die Entwicklung von Softwareanwendungen erfolgte vor allem im Bereich des Finanzwesens gemeinsam mit der SASKIA GmbH.

Die Kunden der KISA nutzen zu einem großen Anteil die Vorteile eines Rechenzentrums, was eine effiziente, sichere und schnelle Bearbeitung der Daten bietet; dazu bedienen wir uns der Lecos GmbH sowie der ICS GmbH.

Darüber hinaus bietet die KISA umfangreiche Beratungsleistungen zu Hard- und Software sowie Informationssicherheit und Datensicherheit an. Durch Workshops und Schulungen unterstützt KISA seine Kunden und Mitglieder in ihrem Bestreben, stets auf dem neuesten Stand der EDV-Anwendung zu bleiben.

Die o.g. Dienstleistungen erbrachte KISA im Berichtsjahr im Wesentlichen in folgenden Geschäftsstellen (Stand 31. Dezember 2015):

- Leipzig, Eilenburger Straße 1A (29 Mitarbeiter)
- Dresden, Semperstraße 2 (31 Mitarbeiter)
- Limbach-Oberfrohna, Markt 11-13 (30 Mitarbeiter)

Die Geschäftsstelle Dresden, Käthe-Kollwitz-Ufer 88 wurde im Laufe des Jahres 2014 aufgelöst. Die Mitarbeiter gingen auf die Geschäftsstelle Dresden, Semperstraße 2 über. Zusätzliche Anmietungen von Räumen waren nicht erforderlich.

#### Grundlagen der Wirtschaftsführung

Gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG i. V. m. § 17 Abs. 2 der Verbandssatzung finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbands unmittelbare Anwendung. Gemäß § 3 Abs. 1 SächsEigBG gelten darüber hinaus auch die Vorschriften der Gemeindeordnung sowie die sonstigen für Gemeinden maßgebenden Vorschriften.

Gemäß Abschnitt 4 der SächsEigBVO vom 16.12.2013 sind für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ein aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehender Jahresabschluss sowie ein Lagebericht aufzustellen. Dabei sind die Vorschriften des HGB sowie der SächsEigBVO zu beachten.

Der Wirtschaftsplan und die dazugehörige Haushaltssatzung der KISA für das Wirtschaftsjahr 2015 wurden am 24.11.2014 durch die Verbandsversammlung beschlossen. Die Genehmigung durch das Sächsische Staatsministerium des Innern (Rechtsaufsichtsbehörde) wurde am 18.12.2014 erteilt. Die Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2015 wurde am 08.01.2015 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 02/2015 veröffentlicht.

#### Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Der gesellschaftliche, technologische und demografische Wandel, die schwierige Haushaltslage und die Internationalisierung bzw. Europäisierung stellen die Verwaltungen vor große Herausforderungen. Staatliche Aufgaben sollen effizient, bürgerfreundlich und in hoher Qua-

lität erfüllt werden. Die Abläufe (Prozesse) müssen optimiert werden, die elektronische Verwaltungsarbeit (E-Akte, Langzeitspeicherung) muss eingeführt werden.

Mit der Einführung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen (SächsEGovG) vom 09.07.2014 wird die elektronisch öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden des Freistaates Sachsen sowie der seiner Aufsicht unterliegenden Körperschaften geregelt. Diesen Anforderungen haben sich IT-Unternehmen wie die KISA zu stellen, auf dem IT-Gipfel 2014 wurden dazu weitere Eckpunkte und Aufgaben für die Zukunft festgelegt. Im Jahr 2015 bildeten sich aufgrund der Anforderungen neue Produkte und Aufgaben heraus, welche beginnend mit dem Jahr 2016 umgesetzt werden. Aufgrund der gesetzlichen Regelung werden seitens der KISA vier Beratungspakete mit folgenden Inhalten bereit gestellt:

- Internetauftritt, Barrierefreiheit und Formulare
- IT-Sicherheit
- technische Infrastruktur
- elektronischer Zahlungsverkehr.

Neben den umfangreichen Beratungen empfiehlt die KISA die Umsetzung der Module mit Hilfe der vom Zweckverband angebotenen Anwendungen: Virtuelles Rathaus, Sitzungsdienst, Ratsinformationssystem, Dokumenten-Managementssystem VISkompakt und den Diensten Formularservice, E-Poststelle, Datenverschlüsselung und Datenübermittlung.

#### Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2015 war geprägt von weitreichenden strukturellen Änderungen, der vertiefenden Analyse und Umsetzung des Haushaltstrukturkonzepts, dass Grundlage für Konsolidierung des Verbands ist, sowie der Ausprägung einer Servicekultur gegenüber den Kunden.

Um die Stabilisierung des Zweckverbandes weiter voran zu treiben, mussten die im Jahr 2014 festgelegten umfangreichen Reformen fortgesetzt und weiter präzisiert werden.

Im ersten Halbjahr 2015 erfolgte die organisatorische Neustrukturierung. Es wurden insgesamt fünf Bereiche (Kundenmanagement, Finanzwesen, Personalwesen und Bürgerservices, IT-Services, Finanzen und Verwaltung) gebildet. Die Stellen der Bereichsleiter wurden nach der Durchführung von internen Stellenausschreibungen nach Eignung sorgfältig besetzt. Durch die Verbandsversammlung im Mai erfolgte die endgültige Bestellung des Ge-



schäftsführers und der Fachbediensteten für das Finanzwesen. Weiterhin wurden die Fachbereiche gebildet. Auch hier erfolgte die Besetzung der Fachbereichsleiter nach erfolgter Ausschreibung.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein war die Fortschreibung des durch die Verbandsversammlung im Jahr 2014 beschlossenen Haushaltsstrukturkonzeptes gemäß § 26 der Sächs-KomHVO-Doppik. Die Fortschreibung wurde im Zusammenhang mit der Erstellung des Wirtschaftsplanes 2016 und der Erstellung des Personalkonzeptes zum 30.06.2015 erstellt und unseren Verbandsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Neben der Umstrukturierung der Aufbau- und Ablauforganisation wurde die Kundenbetreuung intensiviert. Hatte aufgrund der Schieflage des Verbandes in den Wirtschaftsjahren 2014 und 1. Halbjahr 2015 der Vertrieb nahezu geruht, so wurden die Vertriebsaktivitäten im 2. Halbjahr deutlich intensiviert. Ein besonders wichtiger Punkt war die Umsetzung der besseren Erreichbarkeit der Berater und Betreuer für den Kunden. Durch den neuen Bereich Kundenmanagement wurde im vierten Quartal 2015 der Service Desk mit einem integrierten Ticketsystem eingeführt. Mit der Einführung erfolgte parallel die Schaltung der Fachhotlines für die einzelnen Verfahren, damit jede Kundenanfrage zeitnah aufgenommen und schnellst möglichst bearbeitet wird und jederzeit nachverfolgt werden kann. Weiterhin wurden regionale Kundenmanager etabliert, sowie die Bündelung der Kompetenzen im Innendienst für die Angebots- und Vertragserstellung umgesetzt.

In der „Organisationsberatung“ (Projekt- und Prozessmanagement) gab es das Jahr 2015 über unverändert personelle Engpässe, welche zum Jahresende durch die Besetzung der ausgeschriebenen Stelle beendet wurden. Der Fachbereich begleitete neben den laufenden Projekten die Pilotierung und die Umsetzung der ersten Umstellungen des Dokumentenmanagementsystems auf ein neues Release.

Im Fachbereich Finanzwesen wurden die letzten Arbeiten für die Doppikumstellung bzw. die Begleitung für die Fertigstellung der Eröffnungsbilanzen bei den Anwendern erfolgreich abgeschlossen. Die Verlängerung der SAKD-Zertifizierung für die Software IFRSachsen.Ki-Sa bis in das Jahr 2017 konnte erfolgreich abgeschlossen werden. In der Veranlagung wurde die Pilotierung des automatischen Datenträgeraustausch mit dem Finanzamt und deren laufende Einführung bei den Anwendern umgesetzt. Weiterhin wurde durch die SAKD der KM-V bis zum Jahr 2019 zertifiziert.



Das Verfahren LOGA (Personalwesen) zeichnete sich im Jahr 2015 durch Stabilität und eine fast 100%-ige Verfügbarkeit aus. Die Umstrukturierung in der Betreuung der Zusatzmodule wurde erfolgreich abgeschlossen. Die Anzahl der Personalfälle blieb im Jahr 2015 im Vergleich zum Jahr 2014 nahezu gleich.

Im Bürgerservice wurden neben der laufenden Betreuung aller Verfahren die Umsetzung des neuen Wohngeldrechts zum 01.01.2016 erfolgreich bewältigt. Für das Verfahren „Einwohnermeldewesen“ konnten neben der Begleitung von Wahlen auch der Einsatz der Zusatzmodule verstärkt umgesetzt werden. Die Einführung des neuen Melderechts wurde für alle Anwender gewährleistet. Die Migration des Dokumentenmanagementsystems wurde in Zusammenarbeit mit der Organisationsberatung erfolgreich begonnen und wird im ersten Quartal 2016 abgeschlossen.

Für den bei der KISA bestehenden Fremdnetzübergang ins Internet fordert die KDN GmbH Schutzmaßnahmen auf Basis des Grundschutzes nach BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik). Die korrekte Umsetzung dieser Maßnahmen wurde im Rahmen einer Folgetestierung erneut im Dezember 2015 durch einen BSI-zertifizierten Auditor bestätigt.

Der Bereich IT-Service hat im Jahr 2015 zahlreiche Wechsel von Arbeitsplatztechnik (Rollouts) bei Outsourcing-Kunden vorgenommen. Das Jahr 2015 war geprägt durch kurzfristige und umfangreiche Rollouts von Technik für die Bearbeitung der anstehenden Anfragen im Ausländerbereich. Neben der Entwicklung von beauftragten neuen Schnittstellen wurde durch die Entwicklung die Unterstützung der vertraglich gebundenen Entwicklungsleistungen für das Finanzwesen abgesichert.

Durch den Bereich Finanzen und Verwaltung erfolgte im Jahr 2015 erstmalig die Erhebung der Umlage. Im Jahr 2015 wurden 3.000 T€ im Mai beschieden. Zum Jahresende waren hiervon 2.517 T€ zahlungswirksam eingegangen. Aufgrund der noch laufenden Verfahren im Zusammenhang mit Widersprüchen, Anträgen auf Herstellung der aufschiebenden Wirkung und eingereichten Anfechtungsklagen war eine Vollstreckung bisher noch nicht möglich, wird aber im Jahr 2016 verfolgt werden.

Die Normenkontrollklage der Stadt Mittweida vor dem OVG Bautzen gegen die Haushalts-satzung 2015 wurde mit Urteil vom 06. November 2015 abgelehnt.

2015 hat die KISA den Prozess, bestehende Leasingverträge nicht zu verlängern bzw. zu kündigen, fortgesetzt. Neue Technik wurde mittels Investitionskredit beschafft und wird über die vorgeschriebene Nutzungsdauer abgeschrieben.

Investitionen 2015

	Plan 2015 T€	Ist 2015 T€
Outsourcing LK Leipzig	320,00	281,90
Outsourcing Dahlen	5,70	5,40
Outsourcing Groitzsch	8,40	7,30
Outsourcing Niesky	-	
Outsourcing Reichenbach	-	1,00
Outsourcing Limbach-Oberfrohna	28,32	4,00
Outsourcing Zwenkau	19,00	12,30
Outsourcing Leisnig	10,00	1,60
Outsourcing Borsdorf	3,00	10,30
Outsourcing Radeburg	-	1,00
Outsourcing Großpösna	-	0,60
Outsourcing Böhlen	3,00	4,50
Outsourcing Kabelsketal	6,50	3,80
Reserve	21,08	
<b>Zwischensumme Outsourcing</b>	<b>425,00</b>	<b>333,70</b>
OWI	35,00	
KISA intern	165,00	54,00
E-Poststelle	25,00	
KIN-S	50,00	0,10
<b>Zwischensumme Sonstiges</b>	<b>275,00</b>	<b>54,10</b>
<b>Gesamt</b>	<b>700,00</b>	<b>387,80</b>

Im Vergleich der geplanten und durchgeführten Investitionen 2015 kann festgestellt werden, dass die geplanten Investitionen aus zeitlichen und organisatorischen Gründen nicht komplett umgesetzt werden konnten. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte aus den restlichen Mitteln des Investitionskredites 2013 (74 T€) und dem 2015 aufgenommenen Kredit (700 T€).

Umsätze der einzelnen Betriebszweige

Bereiche	Erlöse 2015 T€	Erlöse 2014 T€	Abweichungen T€	
Finanzwesen	6.326	6.760	-	434 -6%
Personalwesen	2.086	1.872		214 11%
IT-Service	1.993	2.086	-	93 -4%
Organisationsberatung	1.238	844		394 47%
Bürgerservice	4.533	4.509		24 1%
Kurier / Verwaltung	172	245	-	73 -30%
<b>Summe</b>	<b>16.348</b>	<b>16.316</b>	<b>32</b>	<b>0,2%</b>

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der laufende Umsatz um 32 T€. Die Umsatzsteigerung ist hauptsächlich durch die Erhöhung der Preise begründet. Aufgrund eingegangener Kündigungen und geringer Fallzahlen im Wohngeld und Einwohnermeldewesen fiel die Erhöhung des Umsatzes durch die Preisanpassung jedoch geringer aus als ursprünglich geplant. Die Kündigungen und die damit einhergehenden geringeren Fallzahlen machen sich auch durch einen entsprechenden Minderaufwand bemerkbar.

Im Wirtschaftsplan 2015 wurde ein Umsatz von 16.546 T€ geplant, das Ziel wurde nicht erreicht. Hauptursache dafür sind fehlende Beratungsleistungen sowie eine sehr optimistische Planung dieser Position. Für das Haushaltsjahr 2016 ff. wurde diese Planposition korrigiert und konservativ geplant. Insbesondere in der Organisationsberatung ist es nicht gelungen, die geplanten Ziele zu erreichen. Der personelle Engpass wurde erst zum Jahresende beseitigt, umfangreiche Aufträge seitens der Kunden immer wieder verschoben.

Personalentwicklung

	Stand 31.12.2014	Zugang 2015	Abgang 2015	Stand 31.12.2015
Vollzeit-Mitarbeiter	80	3	7	76
Teilzeit-Mitarbeiter	11	1	0	12
Geringfügig Beschäftigte	2	1	3	0
Altersteilzeit Arbeitsphase	0	1	0	1
Altersteilzeit Freizeitphase	0	0	0	0
Auszubildende	2	0	1	1
BA-Studenten	0	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>95</b>	<b>6</b>	<b>11</b>	<b>90</b>

Dem hohen Abgang von Personal in den Vorjahren auf Grund der wirtschaftlichen Situation wurde 2015 durch Neueinstellungen begonnen entgegenzuwirken. Dabei wurde nicht jede freie Stelle besetzt. Den Vorgaben des Haushaltsstrukturkonzeptes wurde jederzeit Rechnung getragen.

#### Personalaufwendungen

	2015 T€	2014 T€	Abweichung T€	
Gehälter / Brutto	4.183	4.273	- 90	-2%
Aufstockungszulage ATZ	14	2	12	600%
Beitrag Unfallversicherung (BG)	14	16	- 2	-13%
Gesetzlicher Sozialaufwand	747	762	- 15	-2%
Zusatzversorgung	141	144	- 3	-2%
Umlage KVS	-	42	- 42	-100%
Aufwendungen Altersvorsorge	-	297	- 297	-100%
<b>Summe</b>	<b>5.099</b>	<b>5.536</b>	<b>- 437</b>	<b>-8%</b>

Die Personalaufwandsquote lag im Berichtsjahr bei 31 % der Gesamtleistung (Vorjahr 34 %). Aufgrund der teilweise vorhandenen personellen Engpässe blieben die Personalaufwendungen unter dem Planwert.

#### Geschäftsergebnis

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung entstand zum Jahresende ein positives Ergebnis von 2.534 T€ davon 3.000 T€ durch Erträge aus Umlagen. Dies ergibt einen operativen Verlust von 466 T€ (Vorjahr 1.345 T€).

Ursachen für das positive Ergebnis waren insbesondere:

-	Umsetzung Preisanpassung für Produkte und Dienstleistungen
-	geringe Zinsen für die Inanspruchnahme der Kassenkredite
-	Ausnutzung aller vertretbaren Einsparmöglichkeiten
-	Einhaltung Vorgaben Haushaltsstrukturkonzept
-	Erhebung Umlage in Höhe von 3 Mio. €



Ursachen für negative Faktoren sind:

-	Bildung einer hohen Rückstellung für Anwaltskosten (382 T€)
-	Bildung einer hohen Rückstellung für Personalkosten (733 T€)
-	Ausstehende Rechnungen (170 T€)
-	Noch nicht alle Verfahren können kostendeckend angeboten werden

Zur Verbesserung der Ertragssituation hat die KISA, beginnend im Jahr 2014, die Produkt- und Dienstleistungspreise kontinuierlich und orientiert an der Kostenentwicklung der kommunalen IT-Branche auf ein kostendeckendes Niveau angehoben und künftige Steigerungen bei den Material- und Personalaufwendungen bei der Kalkulation berücksichtigt.

## II. Darstellung der Lage

### Ertrags-, Kapital- und Vermögenslage

#### Ertragslage

	2015	2014	Veränderung		Plan 2015	Abweichg.
	T€	T€	T€		T€	T€
Umsatzerlöse	16.348	24.720	- 8.372	-34%	16.546	- 198
Bestandsveränderungen	10	- 8.404	8.414	-100%	-	10
Aktiv.Eigenleistungen	-	4	- 4	-100%	-	-
Sonst.betriebl.Erträge	3.421	317	3.104	979%	3.150	271
<b>Gesamtleistungen</b>	<b>19.779</b>	<b>16.637</b>	<b>3.142</b>	<b>19%</b>	<b>19.696</b>	<b>83</b>
Materialaufwand	8.594	9.275	- 681	-7%	9.014	- 420
Personalaufwand	5.099	5.536	- 437	-8%	5.472	- 373
Abschreibungen	998	1.095	- 97	-9%	1.205	- 207
Sonst.betriebl.Aufwand	2.392	1.800	592	33%	1.585	807
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>2.696</b>	<b>- 1.069</b>	<b>3.767</b>	<b>-352%</b>	<b>2.420</b>	<b>276</b>
Zinserträge	-	-	-		-	-
Erträge a.Beteiligungen	-	27	- 27	-100%	-	-
Zinsaufwand	146	163	- 17	-10%	191	- 45
<b>Finanzergebnis</b>	<b>- 146</b>	<b>- 136</b>	<b>10</b>	<b>7%</b>	<b>- 191</b>	<b>45</b>
Außerord.Ergebnis	- 12	-	- 12	100 %	-	- 12
Steuern	4	9	- 5	-56%	-	4
<b>Jahresergebnis</b>	<b>2.534</b>	<b>- 1.214</b>	<b>3.748</b>	<b>-309%</b>	<b>2.229</b>	<b>305</b>

2014 wurde die Position „unfertige Leistungen“ in den Bestandsveränderungen für das NKF Projekt SV Leipzig vollständig aufgelöst. Im Vergleich führt dieser Sachverhalt zu der hohen Abweichung.

Beim Material-, Personal und Abschreibungsaufwand sind sowohl gegenüber der Planung als auch im Jahresvergleich Einsparungen erkennbar.

Der sonstige betriebliche Aufwand liegt sowohl über dem Aufwand 2014 als auch über der Planung 2015. Dies ist mit der hohen Rückstellung für laufende Gerichtsverfahren und für Personalkosten zu erklären. Die Rückstellung ist für das laufende Verfahren der Schadensersatzforderung am Landgericht Leipzig gegenüber dem ehemaligen Geschäftsführer erforderlich. Die Verbandsversammlung beschloss im Dezember 2015 die Klageeinreichung, welche im Jahr 2015 erfolgte.

Auf Grund der guten finanziellen Situation 2015 und eines wirksamen Controllings sowie ständiger Zinsüberwachung wurden Zinsen in Höhe von 45 T€ eingespart.

Insgesamt ist die Geschäftsentwicklung besser als bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes erwartet. Vor dem Hintergrund des weiterhin fehlenden Gewinns aus dem operativen Geschäft bleibt es die Hauptaufgabe des Zweckverbands, die Konsolidierung fortzuschreiben und zeitgleich durch gezielte Aktivitäten der Kundenbetreuung möglichst rasch eine „schwarze Null“ zu erwirtschaften.

#### Vermögensstruktur

	2015 T€	2014 T€	Veränderungen T€	
Immaterielle Vermögensgegenstände	887	1.475	- 588	-40%
Sachanlagen	1.075	1.098	- 23	-2%
Finanzanlagen	227	227	-	0%
Anzahlungen immateriellen VMG	-	-	-	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>2.189</b>	<b>2.800</b>	<b>- 611</b>	<b>-22%</b>
Vorräte	75	65	10	15%
Forderungen	1.156	429	727	169%
liquide Mittel	4	78	- 74	-95%
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>1.235</b>	<b>572</b>	<b>663</b>	<b>116%</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	35	56	- 21	-38%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	4.373	6.907	- 2.534	-37%
<b>Bilanzsumme</b>	<b>7.832</b>	<b>10.335</b>	<b>- 2.503</b>	<b>-24%</b>



Das Anlagevermögen hat sich durch planmäßige Abschreibungen vermindert. Neuinvestitionen wurden nicht in geplanter Höhe durchgeführt. Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr durch den Zufluss liquider Mittel, insbesondere aus der Umlage und aus dem 2015 aufgenommenen und nicht vollständig verbrauchten Investitionskredit (700 T€), erhöht. Durch die Minderung des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages hat sich die Bilanzsumme ebenfalls vermindert.

#### Kapitalstruktur

	2015 T€	2014 T€	Veränderungen T€	
Eigenkapital	-	-	-	0,0
SOPO Zuschüsse	-	-	-	0%
Rückstellungen	3.131	2.294	837	36%
kurzfristige Verbindlichkeiten	3.271	6.716	- 3.445	-51%
langfristige Verbindlichkeiten	1.285	1.140	145	13%
erhaltene Anzahlungen	136	141	- 5	-4%
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>4.692</b>	<b>7.997</b>	<b>- 3.305</b>	<b>-42%</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	9	44	- 35	-80%
<b>Bilanzsumme</b>	<b>7.832</b>	<b>10.335</b>	<b>- 2.503</b>	<b>-24%</b>

Die Kapitalstruktur ist weiterhin negativ. Durch die in den Jahren 2012, 2013 und 2014 entstandenen Verluste belief sich zum Jahresende 2014 der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag auf rund 6,9 Mio. €. Dieser Fehlbetrag konnte durch das positive Ergebnis 2015 auf 4,4 Mio. € reduziert werden.

Die Finanzierung des Eigenkapitals erfolgte durch Kassenkredite. In der Position „erhaltene Anzahlungen“ wurden Rechnungen verbucht, welche unsere Kunden bereits 2015 bezahlt haben, aber noch keine Leistung von KISA erbracht wurde.

Der im Jahr 2013 aufgenommene Investitionskredit wurde 2015 mit 380 T€ getilgt.

2015 wurde ein neuer Investitionskredit in Höhe von 700 T€ aufgenommen. Die Beschlussfassung zur Aufnahme erfolgte durch die Verbandsversammlung im Mai 2015.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen konnten 2015 durch eine gezielte Liquiditätsüberwachung abgebaut werden. Der Kassenkredit wurde zu keinem Zeitpunkt voll ausgeschöpft.

Die Rückstellungen erhöhten sich vor allem wegen des zurzeit laufenden Gerichtsverfahrens gegen den ehemaligen Geschäftsführer.

Cash-Flow-Rechnung

	Kapitalflussrechnung in T€	Ist 2015	Ist 2014	Veränderung
+ / -	Periodenergebnis vor außerord. Posten	2.534	- 1.214	3.748
+	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	998	1.095	- 97
-	Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	-	-	-
+ / -	Zunahme/Abnahme Rückstellungen	838	670	168
+ / -	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge z.Bsp. Auflös. Sonderposten	-	- 165	165
- / +	Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-	- 76	76
- / +	Zunahme / Abnahme der Vorräte, Forderungen aus L.u.L. sowie anderer Aktiva (sonst. Vermögensgegenst., A-RAP)	- 716	8.525	- 9.241
+ / -	Zunahme / Abnahme Verbindl. aus L.u.L., sowie anderer Passiva (z.Bsp. Anzahlungen auf Bestellungen, sonst. Verbindl., P-RAP)	- 362	- 10.957	10.595
+ / -	Ein-/ Auszahlungen aus a.o. Posten			
=	<b>Mittelzu-/Mittelabfluss aus der lauf. Geschäftstätigkeit</b>	<b>3.292</b>	<b>- 2.122</b>	<b>5.414</b>
+	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagenvermö.	-	71	- 71
-	Auszahl. für Investitionen in das Sachanlagenvermögen	- 378	- 596	218
+	Einzahlungen aus Abgängen des immaterielle AV	-	-	-
-	Auszahl. für Investitionen in das immaterielle AV	- 10	- 137	127

+	Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	-	391	-	391		
-	Auszahl. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-		
+	Einz.aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonst.Geschäftseinheiten	-	-	-	-		
-	Ausz.aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonst.Geschäftseinheiten	-	-	-	-		
+	Einz.aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-	-		
-	Ausz.aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-	-		
=	Cashflow Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-	388	-	271	-	117
+	Einz.aus Eigenkapitalzuführungen	-	-	-	-	-	-
-	Ausz. an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-	-	-	-	-	-
+	Einz.aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskrediten	700	-	-	-	-	700
-	Ausz.aus der Tilgung von Investitionskrediten	-	380	-	380	-	-
=	Cashflow Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	320	-	380	-	-	700
=	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe aus 10.+21.+26.)	3.224	-	2.773	-	-	5.997
+	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	-	4.859	-	2.086	-	2.773
=	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	-	1.635	-	4.859	-	3.224

Die Liquidität konnte im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert werden. Um die Zahlungsfähigkeit zu erhalten, musste der durch die Haushaltssatzung 2015 beschlossene Kassenkredit das komplette Jahr 2015 aber weiterhin in Anspruch genommen werden.

Sonstige Bilanz-und Leistungskennzahlen

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Anlagenintensität	29,4 %	27,1%	18,9%	19,5%
Fremdkapitalquote	100,0%	100,0%	99,1%	99,4%
Personalaufwandsquote	29,8 %	33,1%	35,0%	40,9%

Beteiligungen

Die KISA hält zwei Beteiligungen, 100 % an der KDN GmbH und 10 % an der Lecos GmbH. Das Stammkapital der KDN GmbH beträgt 60 T€, das Stammkapital der Lecos GmbH 200 T€. Es erfolgten für das Jahr 2015 keine Ausschüttungen. Die Beteiligungen entwickelten sich im Rahmen der Erwartungen.

**III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Unternehmensrisiko

Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass das vorhandene Risikomanagementsystem bisher unzureichend war. Um den Verband zu konsolidieren, wurde im Jahr 2014 ein Haushaltsstrukturkonzept aufgestellt und durch die Verbandsversammlung beschlossen. Weiterhin wurde die Stelle des Fachbediensteten für das Finanzwesen besetzt, um zukünftig eine schnellere und bessere Übersicht über die laufende Geschäftsentwicklung zu erhalten. Parallel dazu erfolgte die Neustrukturierung der kompletten Aufbauorganisation.

Das beschlossene und im Jahr 2015 fortgeschriebene Haushaltsstrukturkonzept legt die wesentlichen notwendigen wirtschaftlichen Eckpunkte und Handlungsanforderungen an den Zweckverband fest. Die Erarbeitung und Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen erfolgte in enger Abstimmung mit der Rechtsaufsichtsbehörde. Durch die Umsetzung der im Konzept genannten Maßnahmen hat sich bereits im Jahr 2015 die Liquiditäts- und Ertragslage deutlich verbessert.

Der bis zum 31.12.2014 aufgelaufene sehr hohe nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag lässt sich kurz- bzw. mittelfristig aber nur durch die Erhebung von Umlagen in nennenswertem Umfang abbauen. Nach § 12 Abs. 3 der am 1. Januar 2014 in Kraft getretenen neuen „Verordnung des Sächsischen Staatsministerium des Innern über kommunale Eigen-



betriebe im Freistaat Sachsen (SächsEigBVO) ist dafür eine Frist von bis zu drei Jahren vorgesehen.

Diese Frist kann nur mit Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde verlängert werden, wenn ein Ausgleich absehbar ist. Andernfalls ist nach § 12 Abs. 4 der SächsEigBVO ein Ausgleich durch Haushaltsmittel der Gemeinde vorzunehmen.

Die Umlage ist ebenfalls als umzusetzende Maßnahme im Haushaltsstrukturkonzept benannt. Bereits mit dem Haushaltsjahr 2015 erfolgte die Erhebung in Höhe von 3.000 T€. In den Jahren 2016 und 2017 sollen nochmal 2.000 T€ und 1.000 T€ erhoben werden.

Ausgehend von der wirtschaftlichen Lage und der beschlossenen Eckpunkte im Haushaltsstrukturkonzept ergeben sich für unseren Verband folgende Risiken und Chancen.

Risiken können sich insbesondere ergeben aus:

- der sinkenden Bevölkerung und dadurch weiter schrumpfenden Kommunen und Landkreisen bzw. dem Wegfall von Mitgliedern durch Eingemeindungen;
- der fehlenden oder nur eingeschränkten Akzeptanz der notwendigen Erhöhung der Preise für unsere Dienstleistungen bei unseren Kunden und Mitgliedern;
- Schwierigkeiten bei der Findung von qualifiziertem Personal, insbesondere im Zusammenhang der noch ungeklärten Frage der Zusammenlegung der Geschäftsstellen bis Ende 2018;
- erhöhten Anforderungen an den Datenschutz sowie der weltweit steigenden Computerkriminalität;
- der starken Marktposition unserer Lieferanten und der damit verbundenen schwierigen Lage für künftige Preisverhandlungen.

Chancen haben wir in der Zukunft durch:

- hoch motivierte, gut ausgebildete Mitarbeiter;
- eine große Zahl solventer Kunden und Mitglieder;
- gute Marktstellung mit hohem Bekanntheitsgrad;
- die wachsende Bedeutung der EDV in allen Geschäftsbereichen und Lebenslagen;

- unser Produktportfolio, dass eine umfassende EDV-Betreuung gerade kleiner und mittlerer Kommunen ermöglicht; IT-Services, zugeschnitten auf die Bedürfnisse öffentliche Auftraggeber
- die grundsätzliche Bereitschaft der Mitglieder, die notwendigen Veränderungen mitzutragen und umzusetzen.

Die Leistungen der KISA verbinden eine umfassende Analyse der Ist-Situation mit Beratung sowie bedarfsgerechter Planung und Realisierung aller anstehenden Themen. Dabei wird sich unsere Geschäftstätigkeit unverändert auf die Bereitstellung von EDV-Dienstleistungen und Programmen für den kommunalen Bereich in Sachsen konzentrieren. Wesentliche Investitionen über die normale Fortentwicklung der bestehenden Anwendungen hinaus sind dafür in absehbarer Zeit nicht erforderlich oder geplant. Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit in andere Bereiche, wie z. B. die Eigenentwicklung von Programmen oder der Betrieb eines eigenen Rechenzentrums, ist nicht vorgesehen.

Die Entwicklung des Verbandes wird in der Zukunft ganz wesentlich davon abhängen, ob unsere Mitglieder und Kunden bereit sind, kostendeckende Preise für unsere Dienstleistungen zu zahlen. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ständig fortbilden, damit eine den Anforderungen des Marktes entsprechende Servicequalität gewährleistet wird.

Die Liquidität des Verbandes kann in den Jahren 2016 und 2017 nur durch die Erhebung von Umlagen sowie Kassenkredite gewährleistet werden. Mittelfristig sollte der Verband ab 2018 mit ausreichend Eigenkapital ausgestattet werden.

Mit dem Jahr 2015 wurde in diesem Zusammenhang begonnen, das Konzept für die IT-Strategie der KISA umzusetzen. Aus insgesamt ca. 30 Strategiepunkten konnten die folgenden Aufgaben bereits im Berichtsjahr erfüllt werden:

- Anpassung Aufbauorganisation
- Festlegung der Kernleistungen des Verbandes
- Bildung von Kundengruppen
- Erstellung standardisierter Kundenverträge als EVB-IT Vertrag
- regelmäßige Überprüfung der Deckungsbeiträge aller Verfahren und Produkte
- Aufbau interner Steuerung durch Controlling



- Inbetriebnahme Service Desk
- Strukturierung Kundenbetreuung und Erarbeitung Vertriebskonzept
- Beginn Anpassung der Allgemeinen Dienst- und Geschäftsordnung
- Beginn Schulungen und Qualifizierung unserer Mitarbeiter
- Durchführung von Kundenveranstaltungen, Regionalkonferenzen und fachbezogenen Veranstaltungen
- Aufbau Pressearbeit und Marketing

Für das Jahr 2016 werden unter Berücksichtigung der IT-Strategie folgende Aufgaben im Fokus stehen:

- Standardisierung der Leistungen und Preise
- Konsolidierung der Lieferantenverträge
- Bildung eines Einkaufs-Warenkorbs für die Kunden von KISA
- Bildung Budget für Weiterentwicklungsprojekte
- Aufbau effektiverer Ablauforganisation
- Abschluss der Anpassung der Allgemeinen Dienst- und Geschäftsordnung
- Fortführung von Schulungen und Qualifizierung unserer Mitarbeiter
- Führungskräftefortbildung
- Standortanalyse der Geschäftsstellen
- Teilnahme an einem bundesweiten IT-Benchmark zur Überprüfung der Marktsituation der KISA

#### **IV. Sonstige Angaben**

##### Nachtragsbericht

Im ersten Quartal 2016 wurden in internen Workshops zusätzliche Ziele für das Jahr 2016 definiert. Die Anpassung der internen Ablauforganisation (insbesondere die internen Prozesse für den Rechnungseingang, die Angebotserstellung und die Beschaffung) wurde begonnen und teilweise bereits umgesetzt. Die Auftaktveranstaltung zum IT-Benchmark fand statt. Mit Ergebnissen wird für die Verbandsversammlung im September gerechnet.

Im ersten Quartal 2016 konstituierten sich die Fachbeiräte der KISA:

- Fachbeirat für Strategie
- Fachbeirat Finanzwesen

- Fachbeirat Bürgerservice
- Fachbeirat Personalwesen.

Im Juni 2016 ist eine zusätzliche Verbandsversammlung geplant. In dieser werden zum wiederholten Male die Austrittsanträge mehrerer Verbandsmitglieder zur Beschlussfassung vorgelegt.

Durch die Landesdirektion Sachsen wurden die ersten beiden Austritte von Mitgliedern genehmigt und öffentlich bekannt gemacht. Insgesamt haben 34 Mitglieder einen Austrittsantrag gestellt. Aufgrund einer Eingemeindung zum Jahresanfang zählt KISA aktuell 281 Mitglieder. Eine Entscheidung zu den vorliegenden Anfechtungsklagen im Zusammenhang mit dem Umlagebescheid 2015 liegt bisher noch nicht vor.

Der Vergleich mit dem vormaligen Geschäftsführer zum Ausgleich wechselseitiger Forderungen wurde noch nicht abgeschlossen, wird aber weiter verfolgt.


#### Prognosebericht

Für die Zukunft muss die Ertragskraft der KISA weiterhin verbessert werden, um zu einer nachhaltigen und stabilen Geschäftsentwicklung zu kommen. Die dafür notwendigen Maßnahmen sind in dem beschlossenen und fortgeschriebenen Haushaltsstrukturkonzept aufgezeigt. Die Umsetzung und Realisierung dieser Vorschläge wird voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Außerdem muss der Verband mit einem angemessenen Eigenkapital ausgestattet werden, um zukünftig Liquiditätsprobleme wie in der Vergangenheit zu verhindern.

Das Controlling wird zukünftig einen noch höheren Stellenwert im Unternehmen einnehmen. Die in 2015 entwickelte IT-Strategie wird in den Folgejahren zu einer Unternehmensstrategie weiterentwickelt und ausgebaut.

Leipzig, am 08. April 2016

  
Ralf Rother  
Verbandsvorsitzender

  
Andreas Bitter  
Geschäftsführer

**Rechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Verhältnisse**

<u>Firma:</u>	„Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen“ KISA
<u>Rechtsform:</u>	Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts
<u>Sitz:</u>	04317 Leipzig, Eilenburger Str. 1a
<u>Organe:</u>	Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende.
<u>Satzung:</u>	Verbandssatzung vom 03. Dezember 2003, in der Fassung von 11. Dezember 2013
<u>Rechtsaufsichts- behörde:</u>	Landesdirektion Sachsen
<u>Gegenstand des Unternehmens:</u>	Der Zweckverband stellt seinen Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung. Der Zweckverband arbeitet kostendeckend ohne Gewinnerzielungsabsicht. Der vollumfängliche Aufgabenbereich ist in § 3 der Satzung niedergeschrieben.
<u>Wirtschaftsjahr:</u>	01. Januar bis 31. Dezember
<u>Dauer des Zweckverbandes:</u>	Der Zweckverband ist auf unbestimmte Zeit errichtet.
<u>Verbandsvorsitzender:</u>	Herr Ralf Rother, Bürgermeister der Stadt Wilsdruff
<u>Geschäftsführung:</u>	Herr Andreas Bitter (ab 24. November 2014 als Interimgeschäftsführer, ab 20. Mai 2015 als Geschäftsführer bestätigt)
<u>Verbands- versammlungen:</u>	Im Jahr 2015 fanden drei ordentliche Verbandsversammlungen statt.
<u>Buchführung:</u>	Der Zweckverband ist gemäß § 24 SächsEigBVO buchführungs- und bilanzierungspflichtig.  Der Zweckverband ist gemäß § 32 SächsEigBVO prüfungspflichtig.



# **Beteiligungsbericht**

der Kommunalen Informationsverarbeitung  
Sachsen  
(KISA)

für das Berichtsjahr 2015

### Abkürzungsverzeichnis

EK    Eigenkapital

FB    Fehlbetrag

RAP   Rechnungsabgrenzungsposten



## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA	5
2. Die Unternehmen im Einzelnen	6
2.1 KDN GmbH (Kommunale Datennetz GmbH)	6
2.1.1 Beteiligungsübersicht	6
2.1.2 Finanzbeziehungen	6
2.1.3 Organe	7
2.1.4 Sonstige Angaben	7
2.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen	8
2.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015	9
2.2 Lecos GmbH	17
2.2.1 Beteiligungsübersicht	17
2.2.2 Finanzbeziehungen	18
2.2.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015	18
2.3 ProVitako eG	27
2.3.1 Beteiligungsübersicht	27
2.3.2 Finanzbeziehungen	27
2.3.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015	28
Anlage 1 - Mitglieder von KISA und ihre Anteile	29

## Vorwort

Der Beteiligungsbericht ist am Ende eines Geschäftsjahres entsprechend den Anforderungen aus § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung aufzustellen.

Dabei werden im Wesentlichen folgende Inhalte dargestellt:

- die Beteiligungsübersicht zum 31. Dezember 2015 unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals, sowie des prozentualen Anteils,
- die Finanzbeziehungen, insbesondere die Summe der Gewinnabführungen und der Verlustabdeckungen, die Summe sonstiger Zuschüsse, gewährten Vergünstigungen sowie die Summe der übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
- den Lagebericht der Beteiligungen,
- die Organe der Beteiligungen und
- die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und der beiden vorangegangenen Jahre

Der Beteiligungsbericht wird der Rechtsaufsichtsbehörde zugeleitet. Den Mitgliedern des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) wird der Beteiligungsbericht im Zusammenhang mit der Einladung zur Verbandsversammlung zur Verfügung gestellt. In der Verbandsversammlung wird über den Bericht mündlich informiert.

Ziel des Beteiligungsberichtes ist die Darstellung der Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zu beteiligten Unternehmen sowie der Ausweis der Anteile der Mitglieder am Zweckverband. Zusammenfassend soll der Bericht für Außenstehende ein Bild über die Lage im Unternehmensverbund ergeben.

Leipzig, den 15.08.2016

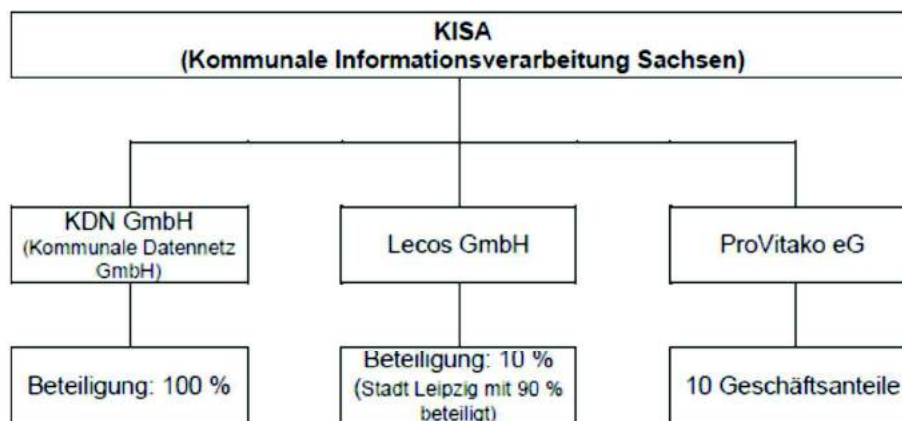


Andreas Bitter

Geschäftsführer

## 1. Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA

Die Struktur der Beteiligungen inkl. der prozentualen Anteile stellt sich wie folgt dar:



Eine Veränderung der Beteiligungen zum Vorjahr 2014 liegt nicht vor.

## **2. Die Unternehmen im Einzelnen**

### 2.1 KDN GmbH (Kommunale Datennetz GmbH)

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Kommunalen Datennetz GmbH (KDN GmbH) mit Sitz in Dresden (HRB 20074). KISA ist an der KDN GmbH mit 100 % beteiligt.

#### 2.1.1 Beteiligungsübersicht

Name: KDN - Kommunale DatenNetz GmbH  
Anschrift: Wiener Straße 128  
01219 Dresden  
Telefon: 0351 3156952  
Telefax: 0351 3156966  
Internet: www.kdn-gmbh.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung  
Gesellschafter: Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)  
Stammkapital: 60.000,00 EUR  
Anteil KISA: 60.000,00 EUR (100,00 %)

#### Unternehmensgegenstand:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Bereitstellung und den Betrieb eines Datennetzes für den kommunalen Bedarf sowie die Entwicklung, die Bereitstellung und den Vertrieb von über dieses Datennetz abzurufenden Netzdiensten und den Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen.

#### 2.1.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der KDN GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €

Zwischen KISA und der KDN GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die KDN GmbH nutzt zum Beispiel das Verfahren zur Personalabrechnung, während KISA über die KDN GmbH an das Kommunale Datennetz angebunden wird. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der Preislisten, welche in beiden Häusern vorliegen.

### 2.1.3 Organe

Die KDN GmbH setzt sich auf folgenden Organen zusammen:

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Frank Schlosser. Herr Frank Schlosser ist Angestellter des Zweckverbandes und ist als Geschäftsführer an die Gesellschaft abgeordnet.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Berichtsjahr an:

Herr Franz-Heinrich Kohl,

Herr Dr. Christoph Scheurer, 1. Stellvertreter bis 17.11.2015

Herr Andre Jacob, 1. Stellvertreter ab 17.11.2015

Herr Mischa Woitscheck, 2. Stellvertreter bis 17.11.2015

Herr Ralf Rother, 2. Stellvertreter ab 17.11.2015

Herr Wolfgang Klinger bis 17.11.2015

Herr Thomas Weber ab 17.11.2015

Herr Dr. Christian Aegerter ab 17.11.2015

Herr Prof. Dr. Lothar Ungerer ab 17.11.2015

### 2.1.4 Sonstige Angaben

Zur KDN GmbH liegen folgende sonstige Angaben vor:

Abschlussprüfer im Berichtsjahr:	WSR Cintinus Werblow & Gassen WP / StB / RA
Anzahl Mitarbeiter:	3 Mitarbeiter
Beteiligungen:	keine Beteiligungen



## 2.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

KDN GmbH	Ist 2013 in T€	Ist 2014 in T€	Ist 2015 in T€	Plan 2015 in T€
<b>Bilanz:</b>				
Anlagevermögen	5	4	3	keine Planbilanz vorhanden
Umlaufvermögen	1.051	708	606	
aktiver RAP	-	-	-	
<u>Summe Aktiva</u>	<u>1.056</u>	<u>712</u>	<u>609</u>	
Eigenkapital+ Sonderposten	65	64	63	
Rückstellungen	7	19	16	
Verbindlichkeiten	984	629	530	
passiver RAP	-	-	-	
<u>Summe Passiva</u>	<u>1.056</u>	<u>712</u>	<u>609</u>	
<b>Gewinn-und Verlustrech.:</b>				
Umsatz	782	719	667	633
sonstige Erträge	2.293	2.181	2.667	3.250
Materialaufwand	2.657	2.665	2.619	3.041
Personalaufwand	161	163	161	179
Abschreibungen	207	2	1	3
sonst. Aufwand	50	70	553	659
Zinsen / Steuern	- 1	0	0	1
<u>Ergebnis</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
<b>Sonstige:</b>				
Zugang Investitionen	2	2	0	5
Mitarbeiter	3	3	3	3



Aufgrund der vorliegenden Zahlen ergeben sich folgende Kennzahlen:

KDN GmbH	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015	Plan 2015
<b>Vermögenssituation</b>				Berechnung aufgrund fehlender Planbilanz nicht möglich
Vermögensstruktur	0%	1%	0%	
<b>Kapitalstruktur</b>				
Eigenkapitalquote	6%	9%	10%	
Fremdkapitalquote	94%	91%	90%	
<b>Liquidität</b>				
Liquidität	107%	113%	114%	
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	
<b>Geschäftserfolg</b>	in T€			
Pro-Kopf-Umsatz	261	240	222	211
Arbeitsproduktivität	5	4	4	4

#### 2.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2015 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

##### **Die Kommunale DatenNetz GmbH (KDN GmbH) im Rahmen der allgemeinen Konjunkturlage**

Der Sächsische Städte- und Gemeindetag (SSG) äußerte sich anlässlich des kommunalen Kassenabschlusses zur Eintrübung der kommunalen Finanzsituation und fordert eine stärkere Unterstützung von Bund und Land bei der Bewältigung der Kosten für die Flüchtlingsunterbringung und deren Integration.

In der Presseerklärung des SSG Nr. 6/2016 vom 17. März heißt es dazu:

*„Die vom Statistischen Landesamt vorgelegte Kassenstatistik 2015 hat die Befürchtungen des SSG bestätigt. Die laufenden Einnahmen der sächsischen Kommunen aus Steuern, Zuweisungen und Erstattungen fielen 2015 insgesamt rund 90 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr aus. Sorgen bereiten den Städten und Gemeinden insbesondere die Gewerbesteuererinnahmen, die erstmals seit 2009 um 37 Mio. Euro oder knapp 3 Prozent zurückgingen. Betroffen sind vor allem die Kreisfreien Städte, die allein einen Rückgang von 34 Mio. verkraften mussten.*

*Gleichzeitig stiegen die laufenden Ausgaben gegenüber 2014 um 2,8 Prozent an. Auffallend ist der starke Anstieg der Sozialausgaben, die damit wieder den größten Kostenblock noch vor den Personalausgaben darstellen. Die Kreisfreien Städte mussten in 2015 rund 45,5 Mio. Euro mehr für soziale Leistungen aufbringen als in 2014, die Landkreise sogar 61,3 Mio. Euro. Unter dieser Position werden statistisch auch die Leistungen für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen erfasst. Der Rückgang der Steuereinnahmen und der Aufwuchs bei den Sozialleistungen führten zu einem Defizit in den Haushalten der Kreisfreien Städte von rund 44 Mio. Euro. Auch die Landkreise konnten ihre Haushalte nicht ausgleichen und schlossen mit einem geringen Defizit von 4,5 Mio. Euro ab.“*

Jedoch sind zur Aufgabenerfüllung für die Kommunen sichere und leistungsfähige IT-Infrastrukturen und Vernetzung unverzichtbar. Im Rahmen des Projektes SVN 2.0/KDN III werden entsprechende Anforderungen berücksichtigt. Auf Grund der spezifischen Ausrichtung der KDN GmbH als IT-Dienstleister, ganz speziell für sächsische Kommunen, wird die KDN GmbH die Kommunen hierbei maßgeblich unterstützen und den Verbreitungsgrad ihrer Lösungen weiter erhöhen. Insbesondere die Informationssicherheit gewinnt auf Grund immer vielfältigerer Angriffsversuche eine entscheidende Bedeutung.

Wichtig ist dafür die weitere Absicherung der Leistungen der KDN GmbH aus dem Finanzausgleichsgesetz (FAG), um die o. a. Unterschiede zwischen großen und kleinen Kommunen im Steueraufkommen nicht auf die IT-technische und IT-sicherheitstechnische Leistungsfähigkeit der Kommunen durchschlagen zu lassen.

## **Geschäftsverlauf in 2015**

### **Neues Basismengengerüst im KDN II**

Das in der Aufsichtsratssitzung am 5. Juni 2012 beschlossene neue, für die Verlängerungsphase des KDN II geltende, Basismengengerüst ist fast vollständig umgesetzt.

Für die Kommunen wurden die Bandbreiten erhöht, sofern sie für die Erledigung ihrer neuen Aufgaben (Führung Personenstandsregister) mehr Bandbreite benötigen oder



bandbreitenmäßig noch unter der niedrigsten Definition der Bundesregierung zur Breitbandversorgung lagen.

Für die kostenpflichtigen Leistungen kommt die Preisliste mit den Verlängerungspreisen seit Januar 2013 zur Anwendung.

### **Finanzierung KDN II im Verlängerungszeitraum, Risiken-Betrachtung der Finanzierung**

Für den Verlängerungszeitraum erfolgten gesonderte Verhandlungen mit dem FAG-Beirat zur Erhöhung der Zuweisungen. Die im Februar 2009 beschlossenen Anpassungen bilden auch die Grundlage für die derzeitige Finanzierung und berücksichtigen zugleich folgende Sachverhalte:

- umsatzsteuerliche Behandlung der KDN GmbH gemäß verbindlicher Auskunft
- Erhöhung des FAG-finanzierten Basisanschlusses für Landkreise und kreisfreie Städte im Zuge der Verwaltungs- und Funktionalreform von 10 Mbit/s auf 20 Mbit/s
- absehbarer Eintritt des DSL-Risikos in nahezu voller geschätzter Höhe über die Laufzeit des KDN II, auch in der Verlängerungsphase

Die FAG-Finanzierung kann damit grundsätzlich bis zum Ende der regulären Laufzeit des KDN II als gesichert angesehen werden.

Im Detail verbleiben, wie in den Vorjahren, weiterhin einige Risiken aus der FAG-Finanzierung.

Das DSL-Risiko wurde in der derzeit absehbaren Höhe über FAG-Zuweisungen gedeckt, ebenso die Finanzierung der Erhöhung der Bandbreite von Landkreisen und kreisfreien Städten.

Die Steigerung der Kosten des Budgets von P2P-Verbindungen auf Grund der umsatzsteuerlichen Behandlung wurde teils aus FAG-Mitteln, teils unter zweckgebundener Heranziehung von zusätzlichen Einnahmen der KDN GmbH aus dem Verkauf von P2P-Verbindungen gedeckt. Die Erhöhung der GmbH-Kosten auf Grund der umsatzsteuerlichen Behandlung wird ebenfalls aus FAG-Mitteln finanziert.

Mit dem neuen Basismengengerüst hat sich ein neuer Risikofaktor ergeben. Die Finanzierung des neuen Basismengengerüsts ist zwar mit Beschluss des FAG-Beirats vom 7. Dezember 2012 gesichert, allerdings wurde das neue Basismengengerüst auch auf Grund von Annahmen von Gemeindezusammenschlüssen erarbeitet, so dass weniger Basisanschlüsse enthalten sind als im bisherigen Mengengerüst (8,5 %).

Es hat sich im Laufe der Umsetzung des neuen Basismengengerüsts gezeigt, dass auf Grund verschiedener Sachverhalte einige der geplanten Gemeindezusammenschlüsse nicht, dafür aber andere, in der ursprünglichen Planung nicht vorgesehene Zusammenschlüsse erfolgt sind. Sollten Gemeindezusammenschlüsse nicht im

angenommenen Umfang erfolgen und die Anzahl von zu finanzierenden Basisanschlüssen nicht sinken, kann dies zu einer Überschreitung der FAG-Mittel führen. Allerdings wurden die Annahmen von der Gesellschaft mit gebotener Vorsicht getroffen.

Als weiterer Risikofaktor im Rahmen des neuen Basismengengerüsts hat sich die Nichtverfügbarkeit der zugestandenen Basisbandbreite bei SDSL-Anschlüssen und der daraus resultierenden Notwendigkeit von teureren Festverbindungen ergeben. Die Alternative VDSL wurde im Jahr 2015 erfolgreich erprobt, allerdings ist VDSL ebenfalls nicht an allen Standorten verfügbar. Es ist derzeit bei aller gebotenen Vorsicht davon auszugehen, dass die Finanzierung im Rahmen des zugesagten Risikobudgets ausreicht.

In Bezug auf die Finanzierung der Beratungsleistungen im Rahmen des Vergabeverfahrens SVN 2.0/KDN III für die von Freistaat und Kommunen gemeinsam genutzten Teile von SVN 2.0 und KDN III, stimmten die kommunalen Spitzenverbände einer kommunalen Beteiligung an der Finanzierung zu. Die Aufteilung der Kosten zwischen Freistaat und Kommunen werden anhand des derzeitigen Nutzungsvolumens SVN/KDN II berechnet. Im Rahmen der Finanzierung des Verlängerungszeitraums wurden finanzielle Mittel für Beratung durch externe Dritte bei Neuvergabe des Netzes in Höhe von 210 TEUR eingestellt und vom FAG-Beirat bewilligt. Das Risiko, dass die genannte Summe u. U. nicht ausreichend ist, konnte mit der vereinbarten Deckelung dieser Kosten auf 150 TEUR minimiert werden. Die für das Jahr 2015 geplanten Kosten für die Beratungsleistungen von 70 TEUR wurden auf Grund des späten Projektstarts beim Freistaat nicht ganz ausgeschöpft. Deshalb wurden die restlichen Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung in das Jahr 2017 vorgetragen.

Auf Grund der Anwendung der neuen Preisliste (verringerte Preise für den Verlängerungszeitraum) sanken die Umsätze aus eigenen Leistungen auf ca. 667 TEUR. Dies war im Wirtschaftsplan bereits so prognostiziert worden. Es konnten jedoch ca. 34 TEUR mehr als geplant umgesetzt werden.

#### **Geschäftstätigkeit für Netzbetrieb KDN II**

Seit Oktober 2009 befindet sich das KDN II im Regelbetrieb. Der Betrieb des KDN II wird als sicher und stabil eingeschätzt. Der Anschlussgrad bei den sächsischen Städten und Gemeinden wurde und wird sukzessive ausgebaut.



Ende des Jahres 2015 konnte folgender Beauftragungsstand im KDN II verzeichnet werden:

<b>Gesamt</b>	<b>Kostenfreie Anschlüsse Kommunen</b>	<b>Sonstige Kostenfreie Anschlüsse</b>	<b>Kostenpflichtige Anschlüsse Sachsen-Anhalt</b>	<b>Kostenpflichtige Anschlüsse</b>	<b>Stand</b>
<u>446</u>	321	11	7	107	11.12.2014
<u>450</u>	321	12	7	110	24.02.2015
<u>455</u>	319	12	7	117	23.06.2015
<u>463</u>	318	12	7	126	31.12.2015

Die Akquise-Anstrengungen werden weiterhin fortgesetzt, um eine Flächendeckung des KDN II bei den sächsischen Kommunen zu erreichen.

Es gelang der KDN GmbH auch im Jahr 2015, eine größere Anzahl von Kunden von der technischen Notwendigkeit einer kostenpflichtigen Bandbreitenerhöhung oder, wenn dies technisch nicht mehr möglich war, einem Technologiewechsel z. B. von xDSL nach einer qualitativ höherwertigen Festverbindung zu überzeugen.

Seit 2015 bietet die KDN GmbH vermehrt ADSL-Anschlüsse zusätzlich zum Basisanschluss an, um Engpässe bei Kommunen zu vermeiden. Der verfügbarkeitskritische Datenverkehr wird dabei über den Basisanschluss und der Internetverkehr über den ADSL-Anschluss geleitet. Das Load-Balancing übernimmt ein Router auf Open-Source-Basis. Ende 2015 waren 15 dieser Anschlüsse umgesetzt. Des Weiteren wird von den Kunden der ZP-D-Mobil-Anschluss über LTE immer stärker nachgefragt. Seit dem III. Quartal 2015 wurden gemeinsam mit der T-Systems VDSL-Anschlüsse erfolgreich pilotiert.

Die Zahl der beauftragten Anschlüsse von Schulen hat sich erneut fast nicht verändert. Die T-Systems hat die freigegebenen Lokationen von 1.300 auf 1.298 korrigiert. Die Gründe für den Rückgang sind auch diesmal Stornierungen der Schulen. Aktuell sind 1.298 Lokationen angeschlossen, davon sind 15 Schulen über LAN-RAS angeschlossen.

Die Lastmessungen in den zentralen Teilen Backbone, PZD, DOI zeigten unverändert im Geschäftsjahr keine kritischen Auslastungen. Gleiches gilt für den Zugang zu den E-Government-Basiskomponenten. Der zentrale Internet-Anschluss gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen zeigt eine intensive Nutzung, dem jedoch eine Verdopplung der Bandbreite des Internetübergangs entgegen gewirkt.

Der Beratungsbedarf der sächsischen Kommunen hinsichtlich IT-Sicherheit ist weiterhin sehr hoch. Die Gesellschaft berät ihre Kunden aktiv dazu. Die KDN GmbH wird das Thema IT-Sicherheit in Zukunft noch weiter intensivieren, die Teilnehmer am KDN II sensibilisieren und, wo notwendig und gewünscht, Unterstützung anbieten.

Auf Grund dieser Fakten wird eingeschätzt, dass mit dem KDN II ein leistungsfähiges Netz mit attraktiven Diensten für sächsische Kommunen aufgebaut wurde. Mit der Verlängerung der Laufzeit bis 2017 und den bei den Verlängerungsverhandlungen erzielten Ergebnissen konnte mit dem neuen Basismengengerüst auf den erhöhten Vernetzungsbedarf reagiert werden. Die Anschlussmodule im KDN II bieten eine deutlich erhöhte Flexibilität für die Bedürfnisse der Kunden. Langfristig wird damit die Basis für eine flächendeckende kommunale IT-Infrastruktur geschaffen, die es den sächsischen Kommunen bei allen Sparzwängen ermöglicht, sich den zukünftigen Herausforderungen zu stellen.

Wesentlicher Teil der Geschäftstätigkeit war im Jahr 2015 die Vorbereitungen für die Neuvergabe des Netzes ab 2017. Auf Ziffer 2.4 wird verwiesen. Die Arbeit in Projekten, wie der Aufstellung und dem Rollout des neuen Basismengengerüsts sowie die Vorbereitung der Neuvergabe, beansprucht die personellen Ressourcen der Gesellschaft in höchstem Maße.

### **Projekt SVN 2.0/KDN III**

In seiner Sitzung am 26. Februar 2013 beauftragte der Aufsichtsrat die Gesellschaft in Bezug auf ein Nachfolgenetz zum KDN II mit der Evaluierung der Zielerreichung im KDN II und der Erarbeitung der Eckpunkte der kommunalen Anforderungen zum Nachfolgenetz des KDN II (Arbeitstitel KDN III) in Zusammenarbeit mit der AG kommunale Anforderungen (SSG, SLKT, SAKD, KISA, KDN GmbH).

Die Ergebnisse dieser Arbeit sind in einen Projektvorschlag zum KDN III eingeflossen und wurden vom Aufsichtsrat der Gesellschaft, nach Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände, am 11. Juni 2013 beschlossen.

Die KDN GmbH ist im gemeinsamen Projekt mit dem Freistaat Sachsen im Projekt-kemteam und in mehreren Teilarbeitsgruppen vertreten. Des Weiteren erfolgt eine enge Abstimmung über die o. a. AG kommunale Anforderungen mit den kommunalen Spitzenverbänden, der SAKD und KISA.

Im Jahr 2015 erfolgte im gemeinsamen Projekt mit dem Freistaat die Erarbeitung der Verdingungsunterlagen für das Netz und die zugehörigen Dienste sowie die Durchführung des Teilnahmewettbewerbs für das Verhandlungsverfahren.

Das Projekt SVN 2.0/KDN III bindet in hohem Maße Ressourcen, dem wurde durch einen höheren Zeitanteil der Tätigkeit des Geschäftsführers für die Gesellschaft Rechnung getragen.

### **Dienstleistungen für KISA**

Für KISA wurden im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrags Leistungen in vereinbartem Umfang und vereinbarter Qualität erbracht.



## **Finanzierung**

Die KDN GmbH kann ohne Zuwendungen aus dem FAG ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht entfalten. Im Wirtschaftsplan 2015 und in den Finanzplänen der Folgejahre sind geschätzte Größenordnungen angegeben. Im Ergebnis wurden die Zuwendungen nicht in der geplanten Höhe benötigt bzw. abgerufen. Die Einnahmen aus kostenpflichtigen Leistungen betrugen 667.647,08 EUR. Die notwendigen abgerufenen Zuwendungen zum kostendeckenden Betrieb im Geschäftsjahr 2015 beliefen sich auf 2.653.817,98 EUR. Das Geschäftsergebnis 2015 war aufgrund der Ausgestaltung der FAG-Zuwendungen als Fehlbedarfsfinanzierung ausgeglichen.

## **Ausblick auf die Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2016 und Folgejahre**

Das Jahr 2016 wird neben dem Netzbetrieb im Wesentlichen von der Arbeit im Projekt SVN 2.0/KDN III geprägt sein. Auf Grund von Gemeindegemeinschaften ist davon auszugehen, dass die Zahl von FAG-finanzierten Basisanschlüssen weniger stark steigen wird.

Die Beratungsleistungen der KDN GmbH für ihre Kunden hinsichtlich möglicher Anschlusslösungen und zur IT-Sicherheit werden fortgeführt.

Die Finanzierung der KDN GmbH wird für die Folgejahre auch weiterhin eine Mischfinanzierung sein. Der überwiegende Teil der Finanzmittel kommt aus der Förderung durch das Finanzausgleichsgesetz über den Zuwendungsgeber SAKD für den Basisanschluss der Kommunen. Darauf aufbauend werden Zusatzleistungen durch eigene Einnahmen von den Kommunen und kommunalen Einrichtungen finanziert. Hier ist zu beachten, dass sich nicht nur die Preisreduzierungen des Dienstleisters T-Systems im Rahmen der Vertragsverlängerung und der Preisüberprüfung 2013 auf die Marge der KDN GmbH, sondern auch die Anhebung der Basisbandbreiten im Rahmen des veränderten Basismengengerüsts gleichfalls negativ auf die eigenen Einnahmen der Gesellschaft auswirken.

## **Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung**

Die Risiken im Geschäftsjahr 2016 sind auf Grund der FAG-Finanzierung der Basisanschlüsse im Vergleich zum Vorjahr auf niedrigem Niveau gleich geblieben, auch wenn es keine Garantie geben kann, ob die geplanten Neuanschlüsse und Bandbreitenerhöhungen tatsächlich realisiert werden können.

Als Risiko wird das sehr geringe Budget für die GmbH-Kosten selbst eingeschätzt, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Ein weiteres Risiko ist die relativ geringe personelle Ausstattung der GmbH, welche eine Kompensation längerer Ausfälle, sowohl im Tagesgeschäft als auch bei den unter Ziffer 2.5 genannten Projekten sehr erschwert bzw. bei letztgenannten nahezu

unmöglich macht. Im Tagesgeschäft kann teilweise durch den Einsatz von Mitarbeitern der KISA gegen erhöhten finanziellen Aufwand Abhilfe geschaffen werden, im Projektgeschäft ist dies jedoch nicht möglich.

Durch die zukünftig in höherem Maße von Kommunen genutzten Dienste des DOI/NDB kann eine Erhöhung der Bandbreiten erforderlich sein, welche u. U. erhöhte Kosten verursacht. Hinsichtlich der Risikominimierung kommt der Gesellschaft der Umstand zu Gute, dass die gleiche Anschlussbandbreite bei DOI/NDB geringere Kosten verursacht als ursprünglich für TESTA geplant. Eine Steigerung der durch die Kommunen in Anspruch genommenen Bandbreiten ist bei der FAG-Finanzierung vorgesehen, es kann zum heutigen Zeitpunkt aber nicht verlässlich eingeschätzt werden, ob diese ausreichend sind.

Den Risiken DOI/NDB wird zum einen durch entsprechende Vertragsgestaltung mit dem Freistaat entgegengewirkt, zum anderen sind im Bedarfsfall die bereitgestellten und in anderen Positionen teilweise nicht vollständig ausgeschöpften FAG-Mittel in diese Position umzuschichten.

Die Ausgestaltung der Finanzierung des P2P-Budgets der Landkreise über das FAG und eigene Einnahmen bergen als weiteres Risiko, dass u. U. eigene Einnahmen der KDN GmbH durch Kündigungen kostenpflichtiger P2P-Verbindungen verloren gehen. Diesem Risiko wurde durch eine entsprechende Vertragsgestaltung mit den Landkreisen entgegengewirkt.

Chancen werden durch die Erbringung von weiteren Beratungsleistungen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit und der optimalen Ausgestaltung des Kundenanschlusses an das KDN unter Nutzung von Zweitanbindungen gesehen sowie im Verkauf von Bandbreiten und Leistungen, die über den Basisanschluss hinausgehen.

Bund und Freistaat setzten mit ihren E-Government-Vorhaben sowie den E-Government-Gesetzen Impulse, für die eine gesicherte Vernetzung Voraussetzung ist und daher ein Anschluss an das KDN II eine notwendige Basis darstellt.

Auf der Grundlage der Zusatzleistungen ist davon auszugehen, dass sich die erlösorientierte Geschäftstätigkeit der KDN GmbH auf Grund der unter Ziffer 5 aufgeführten möglichen Preisreduzierungen und Verbesserungen der Basisbandbreiten auf hohem Niveau geringfügig negativ entwickeln wird. Für diesen Fall wird die Gesellschaft zu beachten haben, dass zusätzliche Aufwände von den verbleibenden Eigenerlösen finanziert werden können. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Gesellschaft auf Grund von zusätzlichen Aufgaben im Projekt SVN 2.0/KDN III (Mitwirkung bei Anforderungsanalyse, Erstellung der Verdingungsunterlagen, Systemaufbau und Migration sowie dafür notwendige externe Beratungsleistungen) einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf aus dem FAG erwartet. Mittel in Höhe von 210 TEUR über die Laufzeit des Projektes sind zwar im ersten Schritt bewilligt, es lässt sich aber nicht ausschließen, dass u. U. ein höherer Betrag für Beratungsleistungen oder für personelle Ressourcen benötigt wird.



Letztlich werden alle Risiken als beherrschbar und die künftige Geschäftstätigkeit der Kommunalen DatenNetz GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck als geordnet eingeschätzt.

#### **Wesentliche Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2015**

Im Projekt SVN 2.0/KDN III wurde gemeinsam mit dem Freistaat das Verhandlungsverfahren begonnen. Die weiteren Details unterliegen in Anbetracht des laufenden Vergabeverfahrens der Geheimhaltung.

Es erfolgt weiterhin eine enge Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der SAKD zum neuen Netz.

#### 2.2 Lecos GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Lecos GmbH mit Sitz in Leipzig (HRB 17608). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2015 einen Anteil von 10%.

##### 2.2.1 Beteiligungsübersicht

Name:	Lecos GmbH
Anschrift:	Prager Str. 8 04103 Leipzig
Telefon:	0341 2538 0
Telefax:	0341 2538 111
Internet	www.lecos-gmbh.de
<u>Rechtsform:</u>	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
<u>Gesellschafter:</u>	Stadt Leipzig Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
<u>Stammkapital:</u>	200.000,00 EUR
<u>Anteil KISA:</u>	20.000,00 EUR (10,00 %)

#### Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung der Gesellschafter im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik sowie Bürodienstleistungen.

#### 2.2.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Lecos GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen:	0 €
- Verlustabdeckungen:	0 €
- sonstige Zuschüsse:	0 €
- übernommene Bürgschaften:	0 €
- sonstige Vergünstigungen:	0 €

Zwischen KISA und der Lecos GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die Lecos GmbH stellt den Betrieb der Rechenzentrumsverfahren der KISA sicher. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge.

#### 2.2.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2015 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

##### **Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der IT-Branche**

Die IT-Branche im öffentlichen Umfeld hat sich entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur entwickelt, wobei auch in 2015 vorwiegend Software und Service- und Beratungsleistungen bezüglich der Vernetzung von Informationen den Verlauf bestimmten. Vor dem Hintergrund des steigenden IT-Bedarfes in der Verwaltungsarbeit ist eine effektive und effiziente IT ein Kernbestandteil zukünftigen Verwaltungshandelns und muss im Kontext mit der weiteren schwierigen Haushaltsituation in den Kommunen (durch neue Herausforderungen wie Asyl/Migration) insbesondere durch intensive Beratungsleistungen in Einklang gebracht werden.

##### **Geschäftsverlauf**

In den Jahren als Gesellschaft der Stadt Leipzig hat sich die Lecos GmbH gegenüber ihrem 90%-Gesellschafter und Kunden als IT-Volldienstleister erwiesen, der die besonderen Kundenwünsche der Kommune Leipzig berücksichtigt und hinsichtlich der Weiterentwicklung der IT-Strategie der Stadt Leipzig zukunftsweisend den Markt für den Auftraggeber beobachtet und auswertet. Durch die konsequente Umsetzung der Rollout-Vorgaben konnte beim größten Kunden der Lecos GmbH der sehr hohe Standardisierungsgrad in Hardware und Standardsoftware weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus konnte mit dem Abschluss des Rollouts in den Schulverwaltungen

Seite 18 von 36



und Horten der Stadt Leipzig ebenfalls ein hoher Grad an Standardisierung erreicht werden. Diesen gilt es weiter fortzuschreiben und ggf. auf die Schulkabinette auszuweiten. Des Weiteren ist es mit dem Gewandhaus zu Leipzig gelungen, im Bereich der Eigenbetriebe der Stadt Leipzig einen weiteren IT-Vollservice erfolgreich umzusetzen und konsequent weiterzuverfolgen. Dieses Modell stellt auch die Grundlage für konzeptionelle Leistungen zur Bereitstellung einer einheitlichen IT für die Kulturhäuser der Stadt Leipzig in den folgenden Jahren dar. Das Geschäft mit dem zweiten Gesellschafter (10%) des Unternehmens, der KISA, konnte auch im Wirtschaftsjahr 2015 trotz der finanziellen Probleme auf Seiten der KISA konstant weiter betrieben werden. Ein weiterer Ausbau der Geschäftsfelder war in 2015 nicht möglich, wird aber in 2016 ff. wieder in Angriff genommen. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren für die Steuerung der Lecos GmbH sind Umsatz und Betriebsergebnis.

#### Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr 2015

Bis 2015 bestand für die Lecos GmbH Vertragssicherheit mit ihrem größten Gesellschafter und Kunden. Die Option für weitere fünf Jahre ab 01.01.2016 wurde bereits in dem Betriebsleistungsvertrag inkludiert und vereinbart. Diese Option wurde umgesetzt, wodurch eine weitere Vertragssicherheit bis 31.12.2020 besteht.

Die Strategie aus 2010, durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos GmbH eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhousefähigkeit zu festigen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2015 bestätigt. Somit konnte der Umsatz mit dem Zweckverband KISA auch für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs- und Verfahrensentwicklung und Anwendungs-/Verfahrensbetreuung, bei der Beratung der Kunden zur Optimierung ihrer Organisation durch weitere IT-Nutzung, bei den Rechenzentrumsservices, Endgeräteservice und Daten- und Sprachnetzleistungen sowie der Benutzerunterstützung.

Besonders hervorzuheben sind die Unterstützungen bei der Umsetzung und Fortführung von verschiedenen Förderprojekten zum Technischen Baubürgerservice und Open Data sowie dem Aufbau der Geodateninfrastruktur mit dem WebGIS für die Stadt Leipzig.

Für die KISA lag der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2015 in der Bereitstellung des Rechenzentrumsservices im Rahmen der vereinbarten Leistungsscheine für die Fachverfahren. Neue Themenfelder wie z. B. die Einführung des Personalwesens konnten auf Grund der finanziellen Probleme der KISA nicht wie geplant in 2015 begonnen werden.

Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde deutlich ausgeweitet. Hier ist insbesondere auf das weiter wachsende Geschäft mit dem Gewandhaus zu



Leipzig zu verweisen, welches eine erhebliche Ausstrahlung auf die weiteren Kulturhäuser der Stadt Leipzig ausübt.

Darüber hinaus konnte die Lecos GmbH die Produktivsetzung des neuen Sächsischen Melderegisters (SMR) zum 01.11.2015 gewährleisten und somit dauerhaft einen erheblichen Anteil am Umsatz mit Drittkunden sicherstellen. Im Rahmen des Projektes konnten bereits Erweiterungen umgesetzt und damit auch der Umsatz gesteigert werden.

#### Weitere Aktivitäten des Geschäftsjahres 2015:

Der Betrieb des SAP-Systems für die Stadt Leipzig wurde weiter geführt und dessen Weiterentwicklung mit der Gesellschaft für Organisation und Informationsverarbeitung Sachsen-Anhalt mbH (GISA) vorangetrieben. Im Auftrag der Stadt Leipzig wird auch die SAP-Strategie federführend durch die Lecos GmbH begleitet.

Das Ämterframework konnte als Anwendungsplattform in der Stadt Leipzig gefestigt und durch zusätzliche Module erweitert werden.

Die Dienstleistung für die Leipziger Schulen im Umfeld der Informationstechnik wurde weiter ausgebaut. Das erste Rollout konnte erfolgreich abgeschlossen und bereits der nächste Rollout Zyklus begonnen werden.

In der Stadtverwaltung Tharandt konnte das Server-Rollout erfolgreich umgesetzt werden.

Das Geschäftsfeld der Output-Leistungen konnte technisch weiter vorbereitet werden. Auf dieser Grundlage konnten im Jahr 2015 weitere Kunden gewonnen werden. Dieses Leistungsportfolio wird 2016 weiter vorangetrieben.

Im Jahr 2015 wurden fünf Ausschreibungen durchgeführt und die Zuschläge für vier Ausschreibungen erteilt, eine Ausschreibung wurde aufgehoben. Die aufgehobene Ausschreibung wird in 2016 als EU-weite Ausschreibung erneut veröffentlicht. Sie musste in 2015 aufgehoben werden, da die eingegangenen Angebote den Schwellenwert von 207.000 Euro überschritten. Die fünf Ausschreibungen gliedern sich in drei europaweite, offene Verfahren und zwei nationale, öffentliche Ausschreibungen.

Die Fachanwendung des Kindertagesstätten-, Verwaltungs- und Reservierungssystems KIVAN konnte auch in 2015 erfolgreich vertrieben werden. Als neuer Kunde konnte die Stadt Unterschleißheim gewonnen werden. Für die anderen Kunden wurden Weiterentwicklungen in verschiedenen Modulen vorgenommen.

Parallel zu den aktuellen Kundenprojekten wird die Produktweiterentwicklung der Fachanwendung intensiv vorangetrieben.

Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE ist im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert und wird in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben. Es erfolgt eine zentrale Steuerung der Weiterentwicklung in enger Abstimmung zwischen der Lecos GmbH und der Stadt Leipzig.

Das Rollout der PC-Technik konnte mit Auslieferung für die letzten Ämter Ende des 1. Quartals 2015 abgeschlossen werden.

Es erfolgte auch 2015 eine kontinuierliche Erneuerung der Telekommunikationsanlagen in den Schulen der Stadt Leipzig, welche im Wesentlichen mit den durch die Stadt Leipzig durchgeführten Sanierungs- und Baumaßnahmen verbunden wurden.

Unter dem Dach der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. wurde die Beteiligung an einer kommunalen Cloud fortgeführt und darin verschiedene Produkte bzw. Dienstleistungen eingestellt. Im Jahr 2016 werden von Seiten der ProVitako weitere Marketingmaßnahmen gestartet, um den Bekanntheitsgrad und somit die Vertriebschancen zu steigern.

Der Geschäftsführer Peter Kühne ist weiterhin Vorstandvorsitzender der Vitako. Die Aufgabe wird ehrenamtlich wahrgenommen.

Im Jahr 2015 konnte das erste Überwachungsaudit im Rahmen der Zertifizierung nach ISO27001 auf Basis BSI-Grundschutz erfolgreich durchgeführt werden. Der Audit-Bericht liegt aktuell zur Bestätigung bei dem BSI.

Das Geschäftsjahr 2015 stand bei der Lecos GmbH intern im Zeichen einer stärkeren Ausrichtung an die steigenden Anforderungen der Kunden. Im Ergebnis wurde eine Neuausrichtung der Lecos GmbH erarbeitet und in ersten Schritten umgesetzt, welche neben inhaltlichen Veränderungen auch organisatorische Veränderungen nach sich gezogen haben. Ziel dabei ist es, die Zukunftssicherheit der Lecos GmbH zu stärken und die Arbeit der Lecos GmbH auf die kommenden Herausforderungen hin auszurichten.

In 2013 hatte die Lecos GmbH die Finanzierungsstrategie langfristiger Investitionen umgestellt. Ziel ist eine nachhaltige Steigerung der Eigenkapitalquote sowie eine Verteilung der Kostenbelastung durch hohe Erstinvestitionen. Damit wird einem Investitionsstau entgegengewirkt. Dies wurde 2015 fortgeführt und stellt somit auch eine Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der Lecos GmbH dar.

Angaben gemäß § 289 Abs. 3 HGB zur:

#### Arbeitnehmerschaft:

Die Auswahl der Arbeitnehmerschaft erfolgt entsprechend den fachlichen Anforderungen eines IT-Unternehmens. Die Arbeitszeitregelung wird von einer Gleitzeitregelung Montag bis Freitag von 6.00 – 20.00 Uhr geprägt.

Die Struktur der Arbeitnehmerschaft stellt sich wie folgt dar:

- Alter: unter 20 = 2 %
- Alter: 20 – 39 = 39%
- Alter: 40 - 59 = 49%
- Alter: 60 – 65 = 10%



Struktur des Personalaufwands: In der Lecos GmbH kommt neben dem TVÖD auch eine Lecos-individualrechtliche Regelung zur Anwendung. Die Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter erfolgt über eine variable Vergütung, die sich aus einem Anteil für die persönliche Bewertung des Mitarbeiters sowie aus einem Anteil am Gesamt-Unternehmenserfolg zusammensetzt.

betriebliche Sozialleistungen: Gemäß der gültigen Betriebsvereinbarungen werden u. a. ein Kinderbetreuungszuschuss sowie auch ein Fahrtkostenzuschuss für den ÖPNV gezahlt.

Aus- und Weiterbildung: Im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsplanung findet eine entsprechende Budgetplanung für interne und externe fachliche Weiterbildungen mit dem Ziel der Erreichung von Zertifizierungsabschlüssen statt.

## **Lage der Gesellschaft**

### **Ertragslage**

Der Gesamtumsatz der Lecos GmbH betrug im Geschäftsjahr 2015 TEUR 19.548 und lag damit um TEUR 2.246 unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2014 (TEUR 21.794). Diese Entwicklung führte neben der Steigerung der Personal- und Energieaufwendungen zu einem Jahresüberschuss von TEUR 74 (VJ: TEUR 218).

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nach Bereichen stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

- Rechenzentrumsdienstleistungen (3,93 % vom Jahresumsatz)
- Anwendungsentwicklungs-/Betreuungsleistungen und Beratungsleistungen (17,10 % vom Jahresumsatz)
- Endbenutzerbetreuung (26,31 % vom Jahresumsatz)
- Basisinfrastruktur (39,17 % vom Jahresumsatz)
- Speicherkapazität, Applikationsserver (2,52 % vom Jahresumsatz)
- Lotus Notes/Mailuser (3,25 % vom Jahresumsatz)
- Fachanwendungen und Internet (3,86 % vom Jahresumsatz)
- Telekommunikation (3,86 % vom Jahresumsatz).

Im Berichtsjahr war ein leichter Rückgang der Umsatzerlöse zu verzeichnen. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Verschiebung von Kundenprojekten. Aktuell beträgt der Anteil des Umsatzes mit der Stadt Leipzig am Gesamtumsatz ca. 84,9 % und 11,2 % mit der KISA. Die verbleibenden 3,9 % Umsatzanteile entfallen auf sonstige Kunden.

Im Materialaufwand werden vor allem Hardware und Telekommunikationsanlagen ausgewiesen, die sich aus Zusatzaufträgen ergeben und zum Weiterverkauf bestimmt sind. Den Hauptanteil hierbei haben TK-Anlagen und PC-Hardware für diverse Schulen und die Ausstattung der Städtischen Altenpflegeheime Leipzig gGmbH sowie die Versorgung mit Datenverarbeitungsmaterialien. Darüber hinaus sind vor allem auch die umsatzrelevanten Fremdleistungen zu benennen.

Die Steigerung der Personalaufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus der Tarifierhöhung des TVöD und Erhöhungen im Lecos Vergütungssystem, sowie zusätzlichem Personal für die Entwicklung des KIVAN.

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR 142 (VJ: TEUR 337) und liegt über den Planungen für 2015.

Der sonstige betriebliche Aufwand enthält Aufwendungen für Leasing und Wartung für Hard- und Software, Leitungsmieten, Ausbildungs- und Reisekosten, Personaldienstleistungen und Raummieten.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2015 wurde von folgenden einmaligen Vorgängen geprägt

- Erträge aus KIVAN Leasing TEUR 545, denen Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüber stehen
- Auflösung personalbezogener Rückstellungen (Erfolgsbeteiligung) TEUR 118
- Auflösung im Vorjahr gebildeter Drohverlustrückstellungen KISA TEUR 129.

### **Investitionen**

Die Bilanz zum 31. Dezember 2015 weist einen Rückgang des Anlagevermögens aus. Hauptsächlich Ursache dafür ist die teilweise Finanzierung von Wirtschaftsgütern über Leasing. Die Gesamtinvestitionen betrugen im Geschäftsjahr 2015 TEUR 2.196.

Schwerpunkte waren auch 2015 das Rollout der Arbeitsplatztechnik für die Stadt Leipzig, Investitionen für neue Aufträge sowie die Aktualisierung von Softwarelizenzen.

### **Vermögens- und Finanzlage**

Aufgrund einer konsequenten Liquiditätsüberwachung und regelmäßigem Forderungsmanagement konnte die Zahlungsfähigkeit im Jahr 2015 gesichert werden. Die ab 2015 vereinbarte Verschiebung der Abrechnungstermine für die BLV-Leistungen wirkte sich bis zum Jahresende aus.

Die Position der Rückstellungen ist geprägt durch die Aktualisierung von Rückstellungen für Personalaufwendungen, Vertragsrisiken, Garantie- und Gewährleistungsverpflichtungen und Drohverlust-Rückstellungen aufgrund der wirtschaftlichen Lage der KISA.

Bei den Verbindlichkeiten ist stichtagsbedingt ein niedrigerer Stand zu verzeichnen.



## **Risiko- und Chancenbericht**

Das Risikomanagement der Gesellschaft stützt sich vor allem auf die Managementstruktur, das Planungssystem sowie die eingesetzten Berichts- und Informationssysteme. Die Ergebnisse und Maßnahmen des Risiko- und Schwachstellenmanagements aus den Berichts- und Informationssystemen liegen vor und fanden Berücksichtigung in den Management-Meetings.

Das Berichtswesen wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme. Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die Risikobetrachtungen durchgeführt und Strategien zur Risikominimierung entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei durch eine tägliche Liquiditätsüberwachung gewährleistet. Dieses geschieht vor dem Hintergrund der unter 3.3 genannten teilweise hohen Forderungen gegenüber den Kunden sowie die hohe Liquiditätsauswirkung durch die Zahlung der monatlichen Personalkosten.

In 2014 wurde die Lecos GmbH im Rahmen der Vorbereitung auf die Zertifizierung nach ISO 27001/ BSI einer großen Anzahl von Risiko-Interviews unterzogen. Diese bezogen sich u. a. auf die Risiken, resultierend aus möglichen Mängeln in der Organisation, den Prozessen, der Dokumentation sowie der technischen Leistungserbringung. Eine kontinuierliche Überarbeitung ist 2015 erfolgt und gemäß der Zertifizierung wurde das erste Überwachungsaudit durchgeführt.

In 2014 wurde gemeinsam mit der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (bbvl) eine Regelung zur internen Revision erarbeitet und durch den Geschäftsführer in Kraft gesetzt. Auf dieser Grundlage erfolgte 2015 eine erste Prüfung.

Der Aufsichtsrat wird über die Ergebnisse dieser Untersuchungen bei Bedarf zeitnah unterrichtet. Als Ergebnis dieser Risikoanalysen ergibt sich, dass wesentliche oder den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken derzeit nicht bestehen.

Angemessene, überschau- und beherrschbare Risiken werden bewusst getragen. Dies gilt auch für Preis- und Ausfallrisiken, gegen die sich die Lecos GmbH – aufgrund ihrer Kundenstruktur – nicht zusätzlich absichert. Geschäftsüblichen Liquiditätsschwankungen begegnet die Gesellschaft mit der Inanspruchnahme von Kreditlinien. Unabhängig davon gewährleisten die Erlöse aus dem Betriebsleistungsvertrag mit der Stadt Leipzig und den Leistungsverträgen mit der KISA sowie dem Gewandhaus zu Leipzig eine kontinuierliche Liquiditätszufuhr.

Aus der Ende 2013 entstandenen wirtschaftlichen Krise beim Gesellschafter KISA können der Lecos GmbH in 2016 Risiken entstehen:

- Eine Zahlungsunfähigkeit der KISA würde zu Liquiditätsproblemen der Lecos GmbH führen. Das Risiko ist aber aus heutiger Sicht aufgrund eines dem KISA bewilligten zusätzlichen Kassenkredits nicht wahrscheinlich. Allerdings liegen aktuelle Klagen vor, welche noch nicht abschließend entschieden sind.



- Die langfristige geplante Partnerschaft mit KISA ist möglicherweise nur eingeschränkt umsetzbar, wodurch sich damit verbundene Synergien für die Lecos GmbH verspäten können.
- Aus der Unklarheit bei der Platzierung gemeinsamer strategischer Produkte (Output, Kuvertierung, ePostbrief und Personalmanagement-Software) könnten Umsatzrückgänge in 2016ff resultieren.

Darüber hinausgehende bestandsgefährdende Risiken werden nicht gesehen.

Chancen für die Lecos GmbH bestehen in der Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge, der Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und e-Government sowie der Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen.

### **Umweltschutz und Nachhaltigkeit**

Um sich den Anforderungen der Berücksichtigung der Gesetze zum Umweltschutz zu stellen, hat die Lecos GmbH sich an dem Wettbewerb "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010" der deutschen Umwelthilfe (DUH) beteiligt. Die Lecos GmbH hat 2010 einen Sonderpreis für ihr neues Primärrechenzentrum erhalten. Gewürdigt wurden damit die durch Modernisierung und Konsolidierung der Rechenzentrumstechnik erzielten Energieeinsparungen. Das systematische Vorgehen im Bereich der Klimatisierung wurde auch auf alle weiteren Bereiche der energierelevanten Wirkungskette übertragen. Von den Applikationen und dem Daten-Management über die IT-Hardware und Stromversorgung bis hin zur Kühlung und Gebäudeplanung sind Möglichkeiten zur Optimierung der Energieeffizienz gesucht und Einsparpotenziale konsequent umgesetzt worden.

Im Rahmen von Ausschreibungen, wie auch bei sonstigen Investitionen für die IT sowie bei der Erneuerung des Fuhrparks, berücksichtigt die Lecos GmbH die gesetzlich vorgesehenen und aktuellen Umweltschutzrichtlinien.

### **Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Prognosebericht)**

Die IT-Branche rechnet mit einer analogen Nachfrage für das Jahr 2016. An diesen Marktentwicklungen will die Lecos GmbH auch im Jahr 2016 angemessen partizipieren.

Konkretisiert ergeben sich für die Lecos GmbH nachstehende Ziele, deren sukzessive Umsetzung in der Wirtschaftsplanung 2016 ff. abgebildet ist:

- Absicherung der Grundversorgung der Stadt Leipzig mit IT-Technik und -Services,

- Konsequente Ausnutzung von Einkaufsvorteilen und deren Weitergabe an die Stadt Leipzig,
- Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge,
- Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und e-Government,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen,
- Ausbau des Druckoutput-Volumens und Entwicklung der Lecos GmbH zu einem kompetenten und wirtschaftlichen Anbieter in diesem Bereich,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für Betriebsleistungen, Consulting für IT-Dienstleistungen und Servicemanagement im kommunalen Umfeld,
- Vermarktung von Know-how im Bereich Anwendungsentwicklung,
- Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region.

Darüber hinaus werden Anstrengungen unternommen, auch im Jahr 2016 innerhalb des Gesellschafterumfeldes (Eigenbetriebe der Stadt Leipzig) die Zahl der Kunden zu erhöhen und das Portfolio für die Stadt Leipzig zu erweitern.

Durch den Wechsel des Beigeordneten für Allgemeine Verwaltung sowie des Aufsichtsratsvorsitzenden ist zu erkennen, dass es Überlegungen zur weiteren Prozessunterstützung durch den Einsatz von IT in der Stadt Leipzig gibt. Diese Veränderungen können positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Lecos GmbH in Bezug auf die Leistungserbringung gegenüber der Stadt Leipzig haben.

Für das Geschäftsjahr 2016 sind Neuinvestitionen in Höhe von TEUR 2.500 geplant.

Eine abschließende Verteilung der Investitionen auf Darlehen, Leasing oder Eigenmittel wird unterjährig unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Lecos GmbH gesteuert und entschieden. Die aktuellen Werte sichern den Gestaltungsspielraum ab.

Der Wirtschaftsplan der Lecos GmbH geht für 2016 von einem Umsatzvolumen von TEUR 21.205 und einem positiven Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von TEUR 87 aus.

## 2.3 ProVitako eG

KISA erwarb im Jahr 2012 10 Geschäftsanteile an der ProVitako eG.

### 2.3.1 Beteiligungsübersicht

Name:	ProVitako Marketing-und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT- Dienstleister eG
Anschrift:	Markgrafenstraße 22 10117 Berlin
Telefon:	030 2063156-0
Homepage:	provitako.de
Rechtsform:	Eingetragene Genossenschaft
Stammkapital:	130.500 EUR
Anteil KISA:	5.000 EUR

### Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung beim Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard-und Software durch kooperatives Einkaufsmarketing für die Mitglieder. KISA und somit auch die Kunden von KISA profitieren an den von der ProVitako eG ausgeschriebenen Rahmenverträgen, insbesondere bei der Beschaffung von Hardware.

### 2.3.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der ProVitako eG liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen:	0 €
- Verlustabdeckungen:	0 €
- Sonstige Zuschüsse:	0 €
- Übernommene Bürgschaften:	0 €
- Sonstige Vergünstigungen:	0 €.

KISA ist Genossenschaftsmitglied in der ProVitako eG. Die ProVitako eG erhält bei Einkäufen von Technik eine Provision von 0,9 %.



### 2.3.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2015 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

#### **Unternehmensgegenstand/öffentlicher Zweck**

Der Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Dies geschieht durch den gemeinsamen Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für die Genossenschaftsmitglieder. ProVitako unterstützt darüber hinaus die Mitglieder durch kooperatives Einkaufsmarketing sowie weitere Serviceleistungen – wie z. B. Schulung, Beratung und Betreuung in Unternehmensfragen.

#### **Eigentümerziele/strategische Ziele**

Begründet durch den Mitgliederzuwachs können in den kommenden Jahren Ausschreibungen mit deutlich höheren Volumina am Markt platziert werden. Voraussetzung hierfür ist eine aktive Beteiligung der Mitglieder, für die der Vorstand permanent wirbt. Gelingt es, diesen Prozess weiter voranzutreiben, werden sich die wirtschaftlichen Ergebnisse der Genossenschaft deutlich verbessern.

Die Genossenschaft bietet für ihre Mitglieder den Inhouse-Leistungsaustausch zwischen den beteiligten IT Dienstleistern an. ProVitako übernimmt dabei die Aufgabe Anbieter und Nachfrager zusammen zu bringen und unterstützt dabei, Leistungsangebote zu definieren und zu bündeln. Spezialisierungen werden möglich und Kompetenzen gebündelt. Die Idee des Inhouse-Leistungsaustauschs findet Zuspruch bei den Genossenschaftsmitgliedern und bereits nach wenigen Monaten ist ein positiver Trend in Form von steigenden Nachfragen zu erkennen, der sich im Jahr 2016 fortsetzen wird.

Der Geschäftszweig Cloud-Dienste beinhaltet ein Potenzial, das derzeit nur schwer messbar ist. Ein konkreter Nutzen durch die Schaffung dieses neuen Geschäftszweiges ist, dass ProVitako-Mitglieder in der Zukunft Government Cloud-Leistungen als Ergänzung der eigenen Dienste zu attraktiven Konditionen beziehen können. Dadurch wird ihre eigene Position als Dienstleister gegenüber ihren Trägerverwaltungen gestärkt. Für die Anbieter von Cloud-Leistungen besteht die Möglichkeit, neue Kunden zu gewinnen und ihr eigenes Betriebsumfeld durch neue Nachfragemengen wirtschaftlicher zu gestalten.

# Anlage 1 - Mitglieder von KISA und ihre Anteile

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
1	LRA Norbachsen	8	0,359	215,15 €	71,72 €
2	LRA Leipzig	36	1,345	806,81 €	268,94 €
3	LRA Meißen	20	0,896	537,88 €	179,29 €
4	LRA Erzgebirgskreis	12	0,538	322,73 €	107,58 €
5	LRA Göltz	36	1,345	806,81 €	268,94 €
6	LRA Vogtlandkreis	36	1,345	806,81 €	268,94 €
7	LRA Sächsische Schweiz - Ostergebirge	20	0,896	537,88 €	179,29 €
8	LRA Talskai	20	0,896	537,88 €	179,29 €
9	Landkreis Dahme-Spreewald	12	0,538	322,73 €	107,58 €
10	SV Altenberg	8	0,359	215,15 €	71,72 €
11	SV Annaberg-Buchholz	8	0,359	215,15 €	71,72 €
12	SV Aue	20	0,896	537,88 €	179,29 €
13	SV Augustusburg	12	0,538	322,73 €	107,58 €
14	SV Bad Döben	3	0,134	80,68 €	26,89 €
15	SV Bad Lausick	8	0,359	215,15 €	71,72 €
16	SV Bad Muskau	8	0,359	215,15 €	71,72 €
17	SV Bad Schandau	12	0,538	322,73 €	107,58 €
18	SV Bautzen	20	0,896	537,88 €	179,29 €
19	SV Belgern-Schilbau	12	0,538	322,73 €	107,58 €
20	SV Bernstadt a. d. Eigen	5	0,224	134,47 €	44,82 €
21	SV Böhlen	20	0,896	537,88 €	179,29 €
22	SV Borna	5	0,224	134,47 €	44,82 €
23	SV Brande	12	0,538	322,73 €	107,58 €
24	SV Burgstädt	20	0,896	537,88 €	179,29 €
25	SV Chemnitz	36	1,345	806,81 €	268,94 €
26	SV Coswig	5	0,224	134,47 €	44,82 €
27	SV Crottenschan	20	0,896	537,88 €	179,29 €
28	SV Dahlen	12	0,538	322,73 €	107,58 €
29	SV Delitzsch	20	0,896	537,88 €	179,29 €
30	SV Dippoldiswalde	8	0,359	215,15 €	71,72 €
31	SV Dohna	12	0,538	322,73 €	107,58 €
32	SV Döben	3	0,134	80,68 €	26,89 €
33	SV Dommitsch	12	0,538	322,73 €	107,58 €
34	SV Elsteritz	1	0,040	20,69 €	6,90 €
35	SV Flautenberg/Sa.	20	0,896	537,88 €	179,29 €



	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
36	SV Frauenstein	3	0,134	80,88 €	28,89 €
37	SV Freiberg	8	0,359	215,15 €	71,72 €
38	SV Freibitz	8	0,359	215,15 €	71,72 €
39	SV Froburg	1	0,045	28,89 €	8,96 €
40	SV Geyer	8	0,359	215,15 €	71,72 €
41	SV Gasthüte	12	0,538	322,73 €	107,58 €
42	SV Gauchau	12	0,538	322,73 €	107,58 €
43	SV Görlitz	8	0,359	215,15 €	71,72 €
44	SV Grimma	20	0,808	537,88 €	179,29 €
45	SV Gröitz	5	0,224	134,47 €	44,82 €
46	SV Grützsch	20	0,808	537,88 €	179,29 €
47	SV Großenhain	1	0,045	28,89 €	8,96 €
48	SV Großröseldorf	8	0,359	215,15 €	71,72 €
49	SV Großschirma	8	0,359	215,15 €	71,72 €
50	SV Hainichen	12	0,538	322,73 €	107,58 €
51	SV Hartenstein	8	0,359	215,15 €	71,72 €
52	SV Hartha	12	0,538	322,73 €	107,58 €
53	SV Herzgerode	3	0,134	80,88 €	28,89 €
54	SV Hildersau	8	0,359	215,15 €	71,72 €
55	SV Hohenstein-Ernstthal	20	0,808	537,88 €	179,29 €
56	SV Hohnstein	8	0,359	215,15 €	71,72 €
57	SV Hoyerswerda	8	0,359	215,15 €	71,72 €
58	SV Johanneergeorgenstadt	1	0,045	28,89 €	8,96 €
59	SV Kriebitz	12	0,538	322,73 €	107,58 €
60	SV Kitzscher	8	0,359	215,15 €	71,72 €
61	SV Klingenthal	3	0,134	80,88 €	28,89 €
62	SV Kohren-Sahlis	1	0,045	28,89 €	8,96 €
63	SV Königstein	12	0,538	322,73 €	107,58 €
64	SV Landsberg	12	0,538	322,73 €	107,58 €
65	SV Lauter/Bernsbach	12	0,538	322,73 €	107,58 €
66	SV Leipzig	30	1,345	808,81 €	288,94 €
67	SV Lützen	12	0,538	322,73 €	107,58 €
68	SV Lützen-Oberförstner	30	1,345	808,81 €	288,94 €
69	SV Lützen	12	0,538	322,73 €	107,58 €
70	SV Lützen	12	0,538	322,73 €	107,58 €
71	SV Markneukirchen	8	0,359	215,15 €	71,72 €
72	SV Marktredwitz	20	0,808	537,88 €	179,29 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
73	SV Meßien	20	0,890	537,88 €	179,29 €
74	SV Meerane	5	0,224	134,47 €	44,82 €
75	SV Mithras	1	0,045	28,89 €	8,88 €
76	SV Mögeln	12	0,538	322,73 €	107,58 €
77	SV Naumburg	20	0,890	537,88 €	179,29 €
78	SV Naumhof	12	0,538	322,73 €	107,58 €
79	SV Neustadt	3	0,134	80,88 €	28,89 €
80	SV Nesty	20	0,890	537,88 €	179,29 €
81	SV Nossen	8	0,359	215,15 €	71,72 €
82	SV Oberungwitz	8	0,359	215,15 €	71,72 €
83	SV Oelsnitz/Erzgeb.	8	0,359	215,15 €	71,72 €
84	SV Ostritz	5	0,224	134,47 €	44,82 €
85	SV Pausa-Mühlrot	3	0,134	80,88 €	28,89 €
86	SV Pegau	8	0,359	215,15 €	71,72 €
87	SV Pima	12	0,538	322,73 €	107,58 €
88	SV Plauen	8	0,359	215,15 €	71,72 €
89	SV Polenz	20	0,890	537,88 €	179,29 €
90	SV Rabenau	8	0,359	215,15 €	71,72 €
91	SV Radeberg (Große Kreisstadt)	5	0,224	134,47 €	44,82 €
92	SV Radebeul (Große Kreisstadt)	8	0,359	215,15 €	71,72 €
93	SV Radeburg	8	0,359	215,15 €	71,72 €
94	SV Regis-Breitingen	3	0,134	80,88 €	28,89 €
95	SV Reichenbach/O.L.	12	0,538	322,73 €	107,58 €
96	SV Reichenbach/ Vogtland	5	0,224	134,47 €	44,82 €
97	SV Riesa (Große Kreisstadt)	8	0,359	215,15 €	71,72 €
98	SV Rötha	12	0,538	322,73 €	107,58 €
99	SV Roßwein	12	0,538	322,73 €	107,58 €
100	SV Rothenburg/O.L.	8	0,359	215,15 €	71,72 €
101	SV Snyda	8	0,359	215,15 €	71,72 €
102	SV Schleuditz	20	0,890	537,88 €	179,29 €
103	SV Schöneck/Vogtl.	8	0,359	215,15 €	71,72 €
104	SV Schwarzenberg/Erzgeb.	5	0,224	134,47 €	44,82 €
105	SV Tholberg/Erzgeb.	3	0,134	80,88 €	28,89 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
106	SV Stolpen	8	0,359	215,15 €	71,72 €
107	SV Srenia	8	0,359	215,15 €	71,72 €
108	SV Taucha	26	0,908	537,88 €	179,29 €
109	SV Thälheim (Erzgeb.)	3	0,134	80,68 €	26,89 €
110	SV Tharandt	12	0,538	322,73 €	107,58 €
111	SV Torgau	1	0,045	28,89 €	8,96 €
112	SV Trebsen/Mude	8	0,359	215,15 €	71,72 €
113	SV Trosen	12	0,538	322,73 €	107,58 €
114	SV Waldheim	12	0,538	322,73 €	107,58 €
115	SV Weitzsberg	8	0,359	215,15 €	71,72 €
116	SV Weißwasser O.L.	8	0,359	215,15 €	71,72 €
117	SV Werdau	26	0,908	537,88 €	179,29 €
118	SV Wildenfels	8	0,359	215,15 €	71,72 €
119	SV Wilkau-Haßlau	12	0,538	322,73 €	107,58 €
120	SV Wilsdruff	26	0,908	537,88 €	179,29 €
121	SV Wolkstein	3	0,134	80,68 €	26,89 €
122	SV Wurzen	8	0,359	215,15 €	71,72 €
123	SV Zittau	5	0,224	134,47 €	44,82 €
124	SV Zschopau	8	0,359	215,15 €	71,72 €
125	SV Zwickau	26	0,908	537,88 €	179,29 €
126	SV Zwönitz	1	0,045	28,89 €	8,96 €
127	Schülerverband Freier Land	3	0,134	80,68 €	26,89 €
128	GV Amtsberg	3	0,134	80,68 €	26,89 €
129	GV Amsdorf	8	0,359	215,15 €	71,72 €
130	GV Auerbach/Erzgebirge	3	0,134	80,68 €	26,89 €
131	GV Bannewitz	3	0,134	80,68 €	26,89 €
132	GV Belgershain	1	0,045	28,89 €	8,96 €
133	GV Borsdorf	26	0,908	537,88 €	179,29 €
134	GV Gräfenröden (Borsdorf)	1	0,045	28,89 €	8,96 €
135	GV Boxberg O.L.	8	0,359	215,15 €	71,72 €
136	GV Breitenbrunn/Erzgeb.	12	0,538	322,73 €	107,58 €
137	GV Burkau	5	0,224	134,47 €	44,82 €
138	GV Burghardsdorf	12	0,538	322,73 €	107,58 €
139	GV Callenberg	3	0,134	80,68 €	26,89 €
140	GV Cautznitz	1	0,045	28,89 €	8,96 €
141	GV Crottendorf	3	0,134	80,68 €	26,89 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
142	GV Ders-Zehren	8	0,359	215,15 €	71,72 €
143	GV Doberschau-Gaulzig	8	0,359	215,15 €	71,72 €
144	GV Dorfain	3	0,134	80,08 €	26,89 €
145	GV Dörnisdorf Dittenbach	8	0,359	215,15 €	71,72 €
146	GV Ebersbach	8	0,359	215,15 €	71,72 €
147	GV Eickertsdorf	3	0,134	80,08 €	26,89 €
148	GV Ependorf	8	0,359	215,15 €	71,72 €
149	GV Etau	3	0,134	80,08 €	26,89 €
150	GV Lessatal	8	0,359	215,15 €	71,72 €
151	GV Flänschen	3	0,134	80,08 €	26,89 €
152	GV Gablenz	1	0,045	28,89 €	8,96 €
153	GV Gauditz	3	0,134	80,08 €	26,89 €
154	GV Göda	8	0,359	215,15 €	71,72 €
155	GV Gohrisch	6	0,224	134,47 €	44,82 €
156	GV Großdubrau	3	0,134	80,08 €	26,89 €
157	GV Großharthau	8	0,359	215,15 €	71,72 €
158	GV Großpöna	12	0,538	322,73 €	107,58 €
159	GV Großschönau	8	0,359	215,15 €	71,72 €
160	GV Großschönau	3	0,134	80,08 €	26,89 €
161	GV Hähnichen	1	0,045	28,89 €	8,96 €
162	GV Hainewalde	1	0,045	28,89 €	8,96 €
163	GV Hartmannsdorf	3	0,134	80,08 €	26,89 €
164	GV Hartmannsdorf b. Kriebitz	3	0,134	80,08 €	26,89 €
165	GV Hartmannsdorf-Reichenau	1	0,045	28,89 €	8,96 €
166	GV Hirschfeld	1	0,045	28,89 €	8,96 €
167	GV Hochkirch	8	0,359	215,15 €	71,72 €
168	GV Hohenleubrau	6	0,224	134,47 €	44,82 €
169	GV Kabelstetal	12	0,538	322,73 €	107,58 €
170	GV Käbschützau	8	0,359	215,15 €	71,72 €
171	GV Kienberg	3	0,134	80,08 €	26,89 €
172	GV Kippner	20	0,898	537,03 €	179,29 €
173	GV Königswarth	8	0,359	215,15 €	71,72 €



	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
174	GV Krauschwitz	5	0,224	134,47 €	44,82 €
175	GV Kreba-Neudorf	3	0,134	80,08 €	26,89 €
176	GV Kretsch	8	0,359	215,15 €	71,72 €
177	GV Krositz	8	0,359	215,15 €	71,72 €
178	GV Kottmar	5	0,224	134,47 €	44,82 €
179	GV Kubshütz	8	0,359	215,15 €	71,72 €
180	GV Langenbernsdorf	8	0,359	215,15 €	71,72 €
181	GV Leubsdorf	5	0,224	134,47 €	44,82 €
182	GV Lausig	3	0,134	80,08 €	26,89 €
183	GV Leifersdorf	8	0,359	215,15 €	71,72 €
184	GV Lichtenau	8	0,359	215,15 €	71,72 €
185	GV Lichtenanne	3	0,134	80,08 €	26,89 €
186	GV Liebschützberg	8	0,359	215,15 €	71,72 €
187	GV Lohmitz	5	0,224	134,47 €	44,82 €
188	GV Lohsa	3	0,134	80,08 €	26,89 €
189	GV Mochern	3	0,134	80,08 €	26,89 €
190	GV Nalschwitz	8	0,359	215,15 €	71,72 €
191	GV Markersdorf	8	0,359	215,15 €	71,72 €
192	GV Mildenau	8	0,359	215,15 €	71,72 €
193	GV Moderehma	8	0,359	215,15 €	71,72 €
194	GV Moritzburg	8	0,359	215,15 €	71,72 €
195	GV Möck	3	0,134	80,08 €	26,89 €
196	GV Mogitztal	5	0,224	134,47 €	44,82 €
197	GV Muldenhammer	3	0,134	80,08 €	26,89 €
198	GV Neudorf	8	0,359	215,15 €	71,72 €
199	GV Neudersitz	5	0,224	134,47 €	44,82 €
200	GV Neutrohen	3	0,134	80,08 €	26,89 €
201	GV Neuhausen/Eugetz	8	0,359	215,15 €	71,72 €
202	GV Neuhertzsich	12	0,538	322,73 €	107,58 €
203	GV Neustadt/Vogtl.	1	0,045	26,89 €	8,96 €
204	GV Niederz	12	0,538	322,73 €	107,58 €
205	GV Nörditz	12	0,538	322,73 €	107,58 €
206	GV Obergung	3	0,134	80,08 €	26,89 €
207	GV Odenwitz	3	0,134	80,08 €	26,89 €
208	GV Otendorf-Okrilla	5	0,224	134,47 €	44,82 €
209	GV Otterbach	3	0,134	80,08 €	26,89 €
210	GV Petersberg	8	0,359	215,15 €	71,72 €



	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
211	GV Pöhl	8	0,359	215,15 €	71,72 €
212	GV Priestewitz	8	0,359	215,15 €	71,72 €
213	GV Puschwitz	1	0,045	28,89 €	8,96 €
214	GV Quidsdorf am See	3	0,134	80,88 €	28,89 €
215	GV Raasdorf	8	0,359	215,15 €	71,72 €
216	GV Radibor	1	0,045	28,89 €	8,96 €
217	GV Rammerau	1	0,045	28,89 €	8,96 €
218	GV Rathen, Kurort	3	0,134	80,88 €	28,89 €
219	GV Reinkantzen-Schöna	3	0,134	80,88 €	28,89 €
220	GV Reinsberg	3	0,134	80,88 €	28,89 €
221	GV Reinsdorf	12	0,538	322,73 €	107,58 €
222	GV Reum	3	0,134	80,88 €	28,89 €
223	GV Retschen	8	0,359	215,15 €	71,72 €
224	GV Rosenbach	3	0,134	80,88 €	28,89 €
225	GV Roskau	3	0,134	80,88 €	28,89 €
226	GV Schilke	8	0,359	215,15 €	71,72 €
227	GV Schmollin-Patzkau	5	0,224	134,47 €	44,82 €
228	GV Schönau-Bersdorf u. c. Eger	3	0,134	80,88 €	28,89 €
229	GV Sohnsfeld	1	0,045	28,89 €	8,96 €
230	GV Schwepnitz	5	0,224	134,47 €	44,82 €
231	GV Sehmatal	5	0,224	134,47 €	44,82 €
232	GV Steinberg	3	0,134	80,88 €	28,89 €
233	GV Steingrubensdorf	5	0,224	134,47 €	44,82 €
234	GV Striegistal	8	0,359	215,15 €	71,72 €
235	GV Tannenberg	3	0,134	80,88 €	28,89 €
236	GV Taura	5	0,224	134,47 €	44,82 €
237	GV Tauscha	1	0,045	28,89 €	8,96 €
238	GV Theuma	1	0,045	28,89 €	8,96 €
239	GV Teuscherthal	12	0,538	322,73 €	107,58 €
240	GV Thierdorf	1	0,045	28,89 €	8,96 €
241	GV Trosin	5	0,224	134,47 €	44,82 €
242	GV Wacha	8	0,359	215,15 €	71,72 €
243	GV Wachutten	5	0,224	134,47 €	44,82 €
244	GV Weinböna	12	0,538	322,73 €	107,58 €
245	GV Weischütz / Burgstein	12	0,538	322,73 €	107,58 €
246	GV Weiskessel	1	0,045	28,89 €	8,96 €
247	GV Wernsdorf	12	0,538	322,73 €	107,58 €
248	GV Zetheln	1	0,045	28,89 €	8,96 €
249	VV Denka	8	0,359	215,15 €	71,72 €
250	VV Eilenburg-West	12	0,538	322,73 €	107,58 €
251	VV Jägerswald	3	0,134	80,88 €	28,89 €
252	GV Wiedemar	8	0,359	215,15 €	71,72 €
253	VVO Oberlausitz- Niederschlesien GmbH	3	0,134	80,88 €	28,89 €
254	VVO Oberlausitz- Niederschlesien	1	0,045	28,89 €	8,96 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
255	Verband für ländliche Neuordnung in Sachsen	3	0,134	80,08 €	26,89 €
256	AZV Elbe-Fischkanal	5	0,224	134,47 €	44,82 €
257	AZV „Heidelbad“	1	0,045	28,89 €	8,96 €
258	AZV „Leisnig“	5	0,224	134,47 €	44,82 €
259	AZV „Obere L. mer“	5	0,224	134,47 €	44,82 €
260	AZV „Schöpsau“ Rietzchen	3	0,134	80,08 €	26,89 €
261	AZV „Gemeinschaftskläranlage Kalkreuth“	3	0,134	80,08 €	26,89 €
262	AZV „Untere Zischgau“	3	0,134	80,08 €	26,89 €
263	AZV „Unteres Pleißnitztal-Gaule“	3	0,134	80,08 €	26,89 €
264	AZV „Weiße Elster“	3	0,134	80,08 €	26,89 €
265	AZV „Weiße Elster“ Wilmsdorf	3	0,134	80,08 €	26,89 €
266	AZV „Ostsee-Spre“ TAZV L. Bauer Wasser	1	0,045	28,89 €	8,96 €
267	Kommunales Forum Südraum Leipzig	1	0,045	28,89 €	8,96 €
268	ZV RAVON	5	0,224	134,47 €	44,82 €
269	ZV Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien	3	0,134	80,08 €	26,89 €
270	TINK-WZV Mittelnitz- Dreckschwalbe	3	0,134	80,08 €	26,89 €
271	ZV WAZV „Mittlere Weesertitz“ Striepen	1	0,045	28,89 €	8,96 €
272	ZV „Asfawirtschaft“ Obere Elbe Dresden	3	0,134	80,08 €	26,89 €
273	ZV „Parthenauer“	3	0,134	80,08 €	26,89 €
274	ZV WALL	3	0,134	80,08 €	26,89 €
275	ZV Planung und Erschließung Industrie- und Länderdorf	1	0,045	28,89 €	8,96 €
276	JuCo-Soziale Arbeit gGmbH	3	0,134	80,08 €	26,89 €
277	Kommunaler Versorgungsverband Sachsen	26	0,898	537,88 €	179,29 €
278	Kommunaler Sozialverband Sachsen	12	0,538	322,73 €	107,58 €
279	Kulturbeteiligungs- Gesellschaft Meißner Land mbH	3	0,134	80,08 €	26,89 €
280	LeCOS GmbH	8	0,359	215,15 €	71,72 €
281	Stadtwerke Schkeuditz	3	0,134	80,08 €	26,89 €
282	Wasser Abwasser Betriebsgesellschaft Coswig mbH	1	0,045	28,89 €	8,96 €
283	Stiftung ebendige Gemeinde Neukirchitzsch	1	0,045	28,89 €	8,96 €
284	Gesellschaft soziale Betreuung Bina Vita	3	0,134	80,08 €	26,89 €
	<b>Gesamtstimmen 2015</b>	<b>2.231</b>	<b>100,00</b>	<b>80.000,00 €</b>	<b>20.000,00 €</b>

## Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig

### Beteiligungsübersicht

Rathausplatz 1  
04416 Markkleeberg

Tel. 0341 3533216  
Fax 0341 3533181  
Email [kommunales.forum@t-online.de](mailto:kommunales.forum@t-online.de)

Gründungsdatum 01.01.1996

### Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		175,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	11,4300 %	20,00
Stadtverwaltung Borna	11,4300 %	20,00
Stadtverwaltung Groitzsch	4,5700 %	8,00
Stadtverwaltung Pegau	4,0000 %	7,00
Stadtverwaltung Kitzscher	3,4300 %	6,00
Stadt Leipzig	28,5700 %	50,00
Stadtverwaltung Markkleeberg	13,7100 %	24,00
Stadtverwaltung Regis-Breitungen	2,2900 %	4,00
Stadtverwaltung Rötha	2,2900 %	4,00
Gemeinde Espenhain	1,7100 %	3,00
Stadtverwaltung Zwenkau	5,1400 %	9,00
Stadtverwaltung Böhlen	4,0000 %	7,00
Gemeinde Großpösna	3,4300 %	6,00
Gemeinde Neukieritzsch	4,0000 %	7,00

### Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Verband setzt sich zum Ziel, die durch den Braunkohlenabbau in Anspruch genommene Region zu entwickeln. Es werden der Ausbau der Verkehrs- und technischen Infrastruktur, die Entwicklung als Wirtschafts- und Lebensraum, die wasserwirtschaftliche Sanierung, die Landschaftsgestaltung, die Förderung des Tourismus und Fragen der Flächenverfügbarkeit abgestimmt, beraten und vertreten. Der Zweckverband ist Träger des MEDIOS-Projektes im Südraum Leipzig und des Managements für die wassertouristischen Anlagen des Gewässerverbundes.

Der Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig ist ein Zusammenschluss von 12 Kommunen des Südraumes Leipzig, dem Landkreis Leipzig sowie der Stadt Leipzig (sie hat sieben ihrer südlichen Stadtteile in den Verband eingebracht). Das Verbandsgebiet umfasst (ohne die Flächen der Stadt Leipzig) eine Fläche von etwa 450 km<sup>2</sup>, auf der 107.000 Einwohner leben. In den zum Verband gehörenden Stadtteilen der Stadt Leipzig leben ca. 50.000 Menschen.

(Der Landkreis Leipzig hat 20 von 175 Stimmenanteilen.)

### Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	17.400,00

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Für den Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2013, 31.12.2014 und 31.12.2015 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

## Anlage 1: Kennzahldefinition

Bezeichnung	Berechnung	Wertangabe
Anlagendeckung (goldene Bilanzregel)	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{EK Sopo} + \text{langfristige Verbindlichkeiten}}{\text{Anlagevermögen}} \cdot 100$	%
Arbeitsproduktivität	$\frac{\text{Umsatz} \cdot 100}{\text{Personalaufwand}}$	Umsatz je Aufwand
Effektivverschuldung	Verbindlichkeiten - monetäres Umlaufvermögen	absolut
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$	%
Eigenkapitalreichweite	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Jahresfehlbetrag}}$	Jahre
Eigenkapitalrendite	$\frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} \cdot 100$	%
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} \cdot 100}{\text{Gesamtkapital} - \text{EK Sopo}}$	%
Gesamtkapitalrendite	$\frac{(\text{Überschuss} + \text{Zinsaufwand}) \cdot 100}{\text{Gesamtkapital}}$	%
Investitionsdeckung	$\frac{\text{Abschreibung}}{\text{AfA} + (\text{Anlagevermögen neu} - \text{Anlagevermögen alt})} \cdot 100$	% (=Neuinvestition)
kurzfristige Liquidität	$\frac{\text{monetäres Umlaufvermögen} \cdot 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	%
Pro-Kopf-Umsatz	$\frac{\text{Umsatz}}{\text{Personalbestand}}$	Umsatz je Mitarbeiter
Vermögensstruktur	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} \cdot 100$	%